Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/122

21. 12. 94

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über den Stand der Unfallverhütung und das Unfallgeschehen in der Bundesrepublik Deutschland 1993 — Unfallverhütungsbericht Arbeit 1993 —

Inhalt

Zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers vom 21. Dezember 1994 – 021 (311) – 81300 – 4n 28/94 – gemäß § 722 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung.

ÜBERSICHT 1993

1993

Erwerbstätige	**36 380 000**
	gegenüber 1992: –2,83 v. H.
Es wurden angezeigt **Unfälle** im Zusammenhang mit der Arbeit	**2 198 298** gegenüber 1992: –5,7 v. H.
tödliche Unfälle im Straßenverkehr bei der Arbeit und Wegeunfälle	**1 506** gegenüber 1992: +4,7 v. H.
tödliche Unfälle im Betrieb am Arbeitsplatz	**1 334** gegenüber 1992: +9,1 v. H.
Anzeigen auf Verdacht einer **Berufskrankheit**	**108 989** gegenüber 1992: +27,1 v. H.
Anerkannte **Berufskrankheiten**	**18 725** gegenüber 1992: +42,5 v. H.
Berufskrankheiten mit tödlichem Ausgang	**788** gegenüber 1992: +43,5 v. H.
Kosten der gesetzlichen Unfallversicherung	**22 028 231 028 DM** gegenüber 1992: +7,2 v. H.

1993		
	Schüler, Studenten, Kinder in Kindergärten	**16 153 547** gegenüber 1992: +2,0 v. H.
	Angezeigte **Schülerunfälle**	**1 416 104** gegenüber 1992: +6,0 v. H.
	tödliche Unfälle während der Schulzeit	**14** gegenüber 1992: –12,5 v. H.
	tödliche Unfälle auf dem Schulweg	**91** gegenüber 1992: –20,2 v. H.
	Kosten	**560 651 000 DM** gegenüber 1992: +13,1 v. H.

Erläuterungen

1. Angezeigter Unfall

Ein Unfall ist anzuzeigen, wenn eine versicherte Person durch einen Unfall getötet oder so verletzt wird, daß sie stirbt oder für mehr als drei Tage völlig oder teilweise arbeitsunfähig ist. Eine Berufskrankheit ist anzuzeigen, wenn der begründete Verdacht auf das Vorliegen einer solchen Krankheit besteht.

Ein Unfall von Schülern, Studenten oder Kindergartenkindern ist ohne Berücksichtigung einer Frist anzuzeigen, wenn ein Arzt aufgesucht worden ist.

2. Arbeitsunfall

Ein Arbeitsunfall ist ein Unfall, den eine versicherte Person bei der Ausübung ihrer versicherten Tätigkeit innerhalb und außerhalb der Arbeitsstätte, z. B. auch im Straßenverkehr, erleidet.

3. Wegeunfall

Als Wegeunfall wird ein Unfall auf dem Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte bezeichnet und von den Unfallversicherungsträgern erfaßt, wenn die dabei verletzte Person mehr als drei Tage arbeitsunfähig ist. Bei den Wegeunfällen überwiegen die Straßenverkehrsunfälle.

Straßenverkehrsunfälle sind Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet und verletzt oder Sachschäden verursacht werden. Nach dem Gesetz zur Durchführung einer Straßenverkehrsunfallstatistik wird hierbei eine Bundesstatistik geführt. Es wird zwischen Straßenverkehrsunfällen mit Personenschäden und Straßenverkehrsunfällen mit Sachschäden unterschieden. Für die Statistik der Wegeunfälle spielen Sachschäden keine Rolle. Es kommt allein darauf an, ob eine Person verletzt oder getötet worden ist.

Verkehrsunfälle können sich auch auf betrieblichen oder dienstlichen Wegen ereignen. Diese Unfälle sind keine Wegeunfälle im Sinne der Unfallstatistik, sondern Arbeitsunfälle. Sie sind deshalb auch in der Statistik der Arbeitsunfälle ausgewiesen.

Wegeunfälle können sich aber auch unbeeinflußt vom Fahrverkehr auf öffentlichen Wegen und Plätzen ereignen (z. B. durch Stürzen, Ausrutschen, Stolpern).

4. Berufskrankheiten

Berufskrankheiten sind die in 64 Positionen aufgegliederten Krankheiten, die die Bundesregierung auf Grund von § 551 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung in der Anlage 1 der Berufskrankheiten-Verordnung vom 20. Juni 1968 — zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. Dezember 1992 — bezeichnet hat.

5. Erstmals entschädigter Unfall oder Berufskrankheit

Ein Unfall oder eine Berufskrankheit werden als erstmals entschädigt ausgewiesen, wenn wegen der Folgen des Unfalls oder der Berufskrankheit im Berichtsjahr erstmals eine Rente, eine Abfindung oder ein Sterbegeld gezahlt worden ist.

6. Träger der gesetzlichen Unfallversicherung-Unfallversicherungsträger

Unfallversicherungsträger sind die gewerblichen Berufsgenossenschaften, die Eigenunfallversicherungsträger und die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften.

7. Vollarbeiter

Der „Vollarbeiter" ist eine Rechengröße und dient zur Berechnung der Unfallhäufigkeit. Die verschiedenen zeitlichen Beschäftigungsverhältnisse (z. B. Teilzeitbeschäftigung, Überstunden) werden zur Ermittlung der Zahl der Vollarbeiter auf Beschäftigungsverhältnisse mit normaler ganztägiger Arbeitszeit umgerechnet.

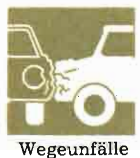
8. Symbole


Gewerbliche Berufsgenossenschaften


Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften


Eigenunfall-Versicherung


Arbeitsunfälle


Wegeunfälle

Berufskrankheiten


Schulunfälle


Schulwegeunfälle

Einleitung

Aufgrund des § 722 Reichsversicherungsordnung hat die Bundesregierung jährlich einen Bericht über das Unfallgeschehen im Arbeitsleben, die durch die Unfälle entstandenen Kosten und über die Unfallverhütungsmaßnahmen zu erstatten. Der Deutsche Bundestag hat am 1. Juli 1976 (Drucksache 7/5380) die Bundesregierung ersucht, den Bericht einmal für die Legislaturperiode mit Textteil zu erstatten und im übrigen jährlich die Statistik vorzulegen.

Der vorliegende Bericht ist wieder ein Textbericht. Er stellt das Unfallgeschehen im Jahre 1993 dar und bezieht in der Auswertung die vorangegangenen statistischen Berichte mit ein. In dem Bericht wird ein Überblick über die Gesamtentwicklung gegeben. Dazu sind Daten der Gewerbeaufsichtsbehörden der Länder und der Unfallversicherungsträger zusammengefaßt.

Dieser Textbericht umfaßt den Zeitraum der deutschen Einigung. Durch die Einbeziehung der Daten aus den neuen Bundesländern ergeben sich erhebliche Veränderungen bei den absoluten Zahlenangaben. In den Kurvendarstellungen wird mit dem Jahr 1991 neu begonnen. Eine getrennte Ausweisung aussagefähiger Unfalldaten für alte und neue Bundesländer ist nicht möglich, da eine gesonderte Erhebung nicht durchgeführt werden konnte.

Neben diesem Bericht der Bundesregierung geben die für den Arbeitsschutz zuständigen obersten Behörden der Länder und die Unfallversicherungsträger eigene Berichte heraus, die Einzelinformationen über das Unfallgeschehen und die Unfallverhütung enthalten.

I. Das Unfallgeschehen in der Bundesrepublik Deutschland

1. Arbeitsunfälle

1.1 Angezeigte Arbeitsunfälle

Bei den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung sind im Jahr 1993 1 931 387 Arbeitsunfälle angezeigt worden. Diese Zahl liegt um 138 035 Fälle oder 6,7 v. H. niedriger als im Vorjahr (Übersicht 1).

Das Schaubild 1 gibt den Verlauf der Zahl der angezeigten Arbeitsunfälle wieder.

Nach der deutschen Einigung ist die Zahl der Unfallmeldungen im Jahr 1991 um 343 673 Fälle oder 20,5 v. H. angestiegen, im Jahr 1992 um weitere 53 269 Fälle oder 2,6 v. H. Diese Zunahmen entsprechen etwa dem Zugang der Vollarbeiter aus den neuen Ländern um 20,9 v. H. bzw. 0,9 v. H. (s. Tabellen 1 und 2).

Dagegen hat sich die Arbeitsunfallhäufigkeit im Zusammenhang mit der deutschen Einigung nur unbedeutend geändert, und zwar von 54 Arbeitsunfällen pro 1 000 Vollarbeiter im Jahr 1991 auf 55 im Jahr 1992. Im Jahr 1993 ist die Häufigkeit auf 52 gesunken. Die Entwicklung der Unfallhäufigkeit ist in Schaubild 1 dargestellt.

Die angezeigten Arbeitsunfälle verteilen sich im Jahr 1993 auf die drei Gruppen der Unfallversicherungsträger:

	angezeigte Arbeitsunfälle	Anteil v. H.	angezeigte Arbeitsunfälle je 1 000 Vollarbeiter
gewerbliche Berufsgenossenschaften	1 510 745	*78*	52
landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	184 833	*10*	81
Eigenunfallversicherungsträger	235 809	*12*	46

Auffällig ist die hohe Unfallhäufigkeit bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, die aber seit dem Jahr 1989 von 94 um 13 Punkte (−16 v. H.) auf 81 gesenkt werden konnte (s. Übersicht 6). Ein Vergleich der Unfallhäufigkeit der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften mit dem Durchschnitt der gewerblichen Berufsgenossenschaften ist nicht möglich. Die Häufigkeit im gewerblichen Bereich schwankt zwischen 25 (Verwaltungs-BG) und 147 (Tiefbau-BG) Arbeitsunfällen je 1 000 Vollarbeiter, während bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften eine homogene Zusammensetzung der

Angezeigte Arbeitsunfälle

1993: 1 931 387 angezeigte Arbeitsunfälle

1992: 2 069 422 angezeigte Arbeitsunfälle

Schaubild 1

Angezeigte Arbeitsunfälle und Häufigkeit der angezeigten Arbeitsunfälle je 1 000 Vollarbeiter seit 1949

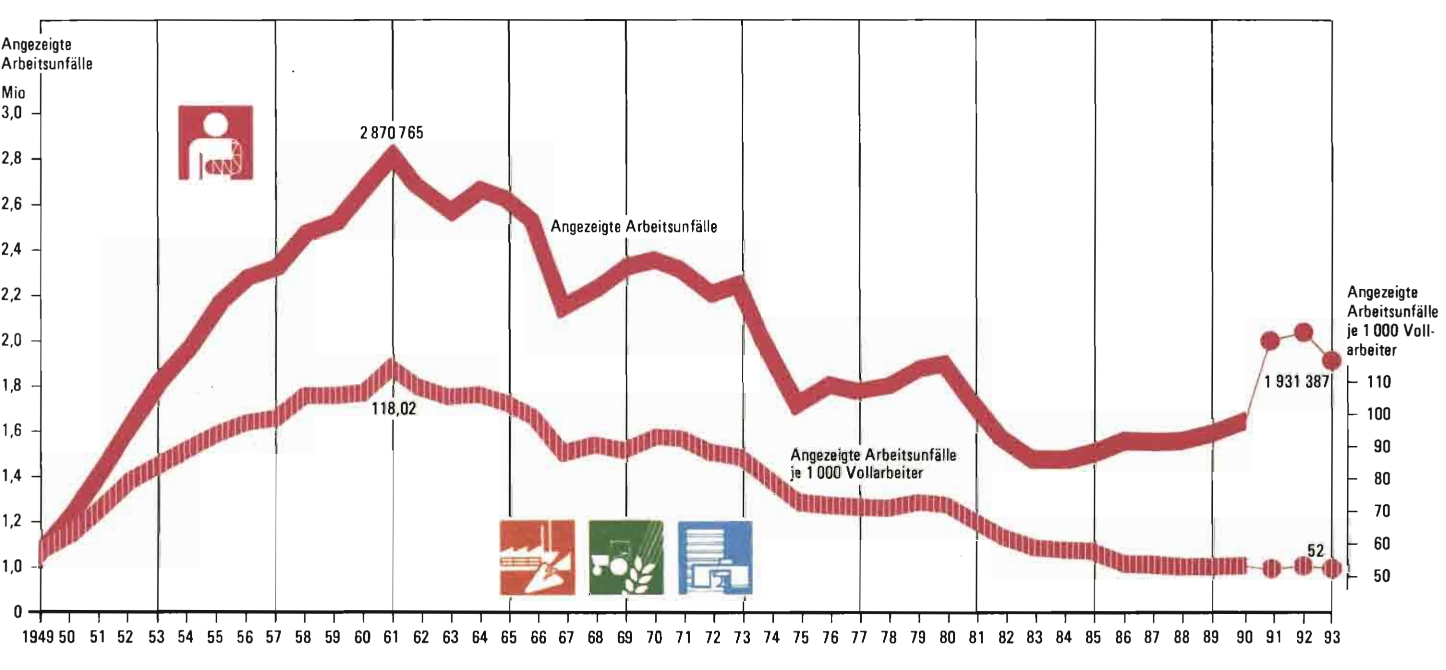
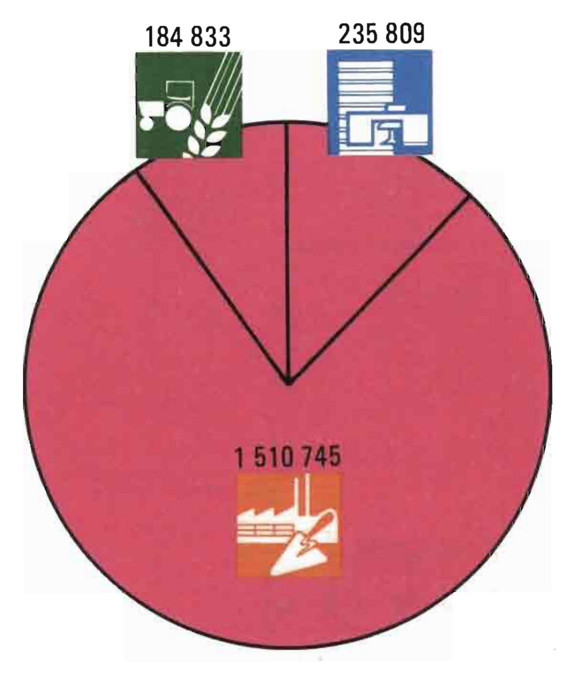


Schaubild 2

Verteilung der angezeigten Arbeitsunfälle nach Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung im Jahre 1993







Angezeigte Arbeitsunfälle 1 931 387



BMA – 3/94

Häufigkeitswerte vorhanden ist. Zusätzlich ist darauf hinzuweisen, daß bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften die selbständigen Landwirte und deren Familienangehörige, sofern sie in dem landwirtschaftlichen Betrieb mitarbeiten, einen Anteil von 76 v. H. an der Gesamtzahl der Versicherten stellen. Die Expositionszeiten dürften bei dieser Versichertengruppe erheblich über dem Durchschnitt aller bei den Unfallversicherungsträgern Versicherten liegen. Unter den Versicherten bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften haben Unternehmer und Ehegatten nur einen Anteil von 4 v. H. Ihr Anteil an den gemeldeten Unfällen ist vernachlässigbar gering.

Arbeitsunfälle der Männer und Frauen

Von den im Jahr 1992 gemeldeten Arbeitsunfällen entfielen 80 v. H. auf Männer und 20 v. H. auf Frauen (Schaubild 3). Dabei liegt der Anteil der erwerbstätigen Frauen mit 41 v. H. erheblich höher als ihr Anteil bei den Unfällen. Bezogen auf die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in diesen beiden Gruppen ist die Unfallgefährdung der Männer um das 2,8fache höher als bei den Frauen. Dieser Unterschied resultiert aus der allgemein größeren Gefährdung der beruflichen Tätigkeiten, die bevorzugt von Männern ausgeübt werden. So sind in den Arbeitsbereichen, in denen die Männer dominierend tätig sind, z. B. die Bauwirtschaft, die größten Unfallhäufigkeiten anzutreffen (s. Übersicht 6).

Arbeitsunfälle nach dem Alter

Während sich die prozentualen Anteile der Beschäftigten nach Altersgruppen in den letzten Jahren kaum geändert haben (s. Schaubild 4), hat sich aber der Anteil an den Arbeitsunfällen in den Altersgruppen seit 1988 geändert. Die Aufteilung der angezeigten Arbeitsunfälle nach dem Alter der Beschäftigten ergibt, daß 41 v. H. der Arbeitsunfälle auf die Altersgruppe bis 30 Jahre entfällt (1988: 69 v. H.). Der Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten liegt hier bei 32 v. H. Daraus ergibt sich jedoch eine nach wie vor überproportionale Gefährdung dieser Altersgruppe. Bei allen anderen Altersgruppen liegt der Anteil der Arbeitsunfälle unter den Beschäftigtenanteilen (Schaubild 4). Betrug der Anteil der Arbeitsunfälle 1988 in der Altersgruppe 41 bis 50 Jahre noch 8 v. H. ist er bis zum Jahr 1992 auf 17 v. H. gestiegen. Bei der Altersgruppe über 50 Jahre ist der Anteil sogar von 3 v. H. auf 19 v. H. gestiegen. Schaubild 4: Verteilung der Arbeitsunfälle nach Alter

Durch Arbeitsunfälle verletzte Körperteile

Das Ergebnis einer Auswertung von Unfalldaten aus dem Jahre 1992 bei den drei Gruppen der Unfallversicherungsträger hinsichtlich der durch Unfälle verletzten Körperteile ist im Schaubild 5 dargestellt. Die Verletzungen an den Händen werden hier bei allen Unfallversicherungsträgern an erster Stelle genannt. An zweiter Stelle stehen die Fußverletzungen, gefolgt von Verletzungen der Kniegelenke sowie der Unterschenkel. Das Verhältnis der Anteile der Zahlen der einzelnen verletzten Körperteile zur Gesamtzahl der Verletzungen hat sich im Vergleich zur letzten Auswertung im Jahre 1988 nur geringfügig verändert.

1.2 Erstmals entschädigte Arbeitsunfälle

Der stetige Rückgang der Zahl der erstmals entschädigten Arbeitsunfälle seit dem Jahr 1980 hat sich bis zum Jahr 1990 weiter fortgesetzt (Schaubild 6). Im Jahr 1991 ist die absolute Zahl der Fälle erstmals aufgrund der Zunahme der Beschäftigten (Wiedervereinigung) wieder gestiegen. Die Häufigkeit der erstmals entschädigten Arbeitsunfälle je 1 000 Vollarbeiter ist jedoch bis zum Jahr 1992 weiter gesunken. Erst 1993 ist diese Zahl leicht von 1,2 auf 1,3 gestiegen. Dies ist auf die Umstellung der Unfallversicherung in den neuen Bundesländern zurückzuführen. Die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung haben durch Zahlung einer Rente, einer Abfindung oder eines Sterbegeldes im Jahr 1993 48 422 Arbeitsunfälle erstmals entschädigt.

Diese Zahl liegt um 2 803 Fälle bzw. 6,1 v. H. höher als im Vorjahr (Übersicht 2).

	erstmals entschädigte Arbeitsunfälle	Anteil v. H.
gewerbliche Berufsgenossenschaften . .	35 553	73,4
landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften . .	9 688	20,0
Eigenunfallversicherungsträger	3 181	6,6

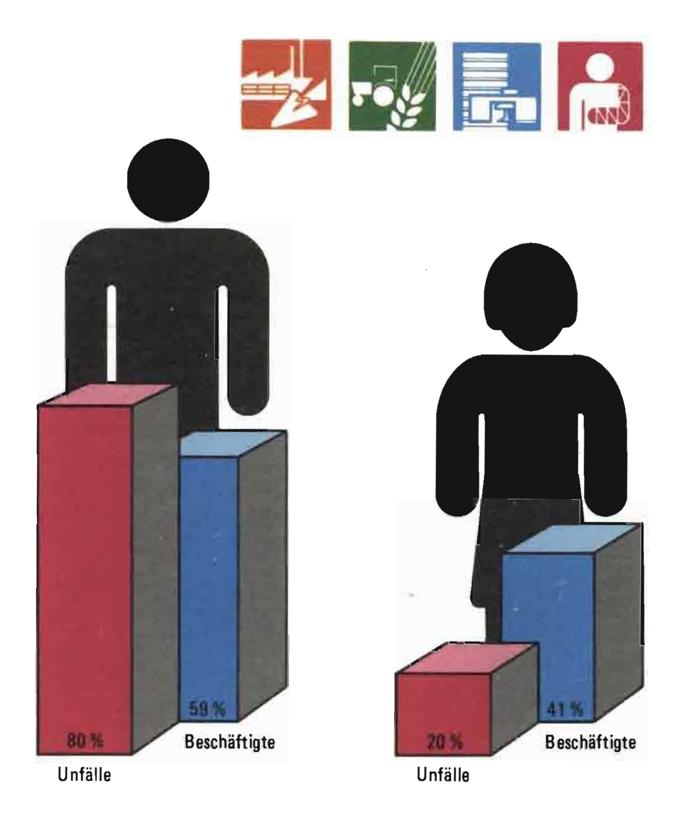
Der Grund für die erstmalige Entschädigung von Arbeitsunfällen war bei 46 555 Fällen bzw. bei 96,1 v. H. eine teilweise oder eine völlige Erwerbsunfähigkeit; 1 867 entschädigte Fälle waren Todesfälle (Übersicht 3). Auf die drei Gruppen der Unfallversicherungsträger verteilen sich die im Jahre 1993 erstmals entschädigten Arbeitsunfälle wie folgt:

Es fällt auf, daß der Anteil der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften an den erstmals entschädigten Arbeitsunfällen im Vergleich zu dem Anteil an den angezeigten Arbeitsunfällen deutlich größer ist (Schaubild 2 und 7). Das bedeutet, daß im landwirtschaftlichen Bereich ein höherer Anteil der Arbeitsunfälle so schwer ist, daß eine erstmalige Entschädigung geleistet werden muß. Dabei ist zu berücksichtigen, daß hiervon zu einem großen Teil Personen über 65 Jahre betroffen waren, ein Personenkreis, der in den anderen beiden Versicherungsbereichen wegen Ausscheidens aus dem Erwerbsleben überwiegend nicht mehr versichert ist.

Im Schaubild 6 ist neben der Entwicklung der Zahl der erstmals entschädigten Arbeitsunfälle die Häufigkeit

Schaubild 3

Verteilung der Arbeitsunfälle nach Männern und Frauen



BMA – 4/94

Schaubild 4

Verteilung der Arbeitsunfälle und der Arbeitnehmer nach Altersgruppen






Beschäftigte insgesamt

bis 30 Jahre
32 %
41 %

31 bis 40 Jahre
25 %
23 %

41 bis 50 Jahre
22 %
17 %

über 50 Jahre
21 %
19 %

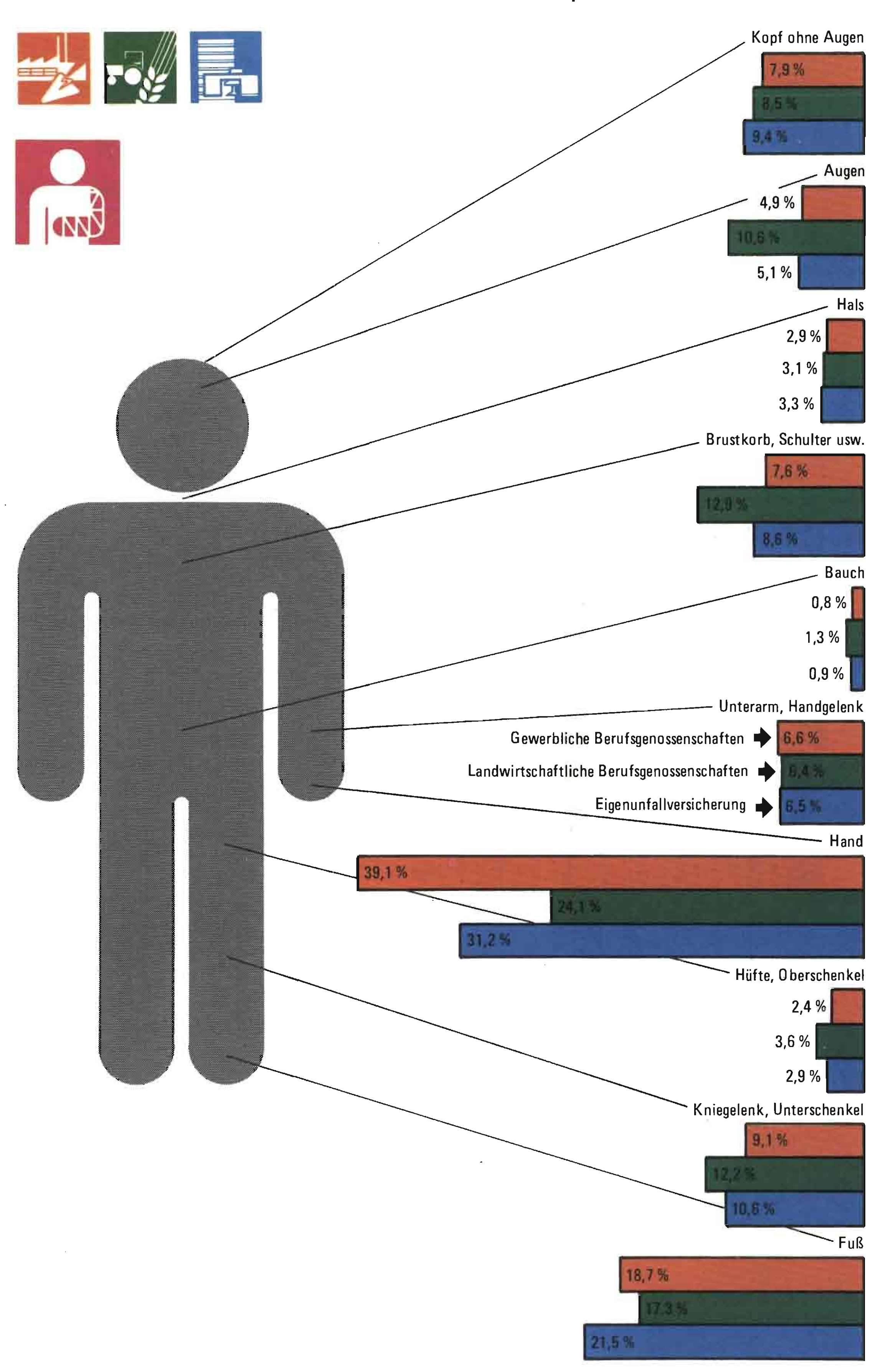
◀ Anteile an den angezeigten Arbeitsunfällen

◀ Anteile an den Beschäftigten

BMA – 5/94

Schaubild 5

Durch Arbeitsunfälle verletzte Körperteile



BMA — 6/94

Erstmals entschädigte Arbeitsunfälle

1993: 48 422 erstmals entschädigte Arbeitsunfälle

1992: 45 619 erstmals entschädigte Arbeitsunfälle

Schaubild 6

Erstmals entschädigte Arbeitsunfälle und Häufigkeit der erstmals entschädigten Arbeitsunfälle je 1 000 Vollarbeiter seit 1949

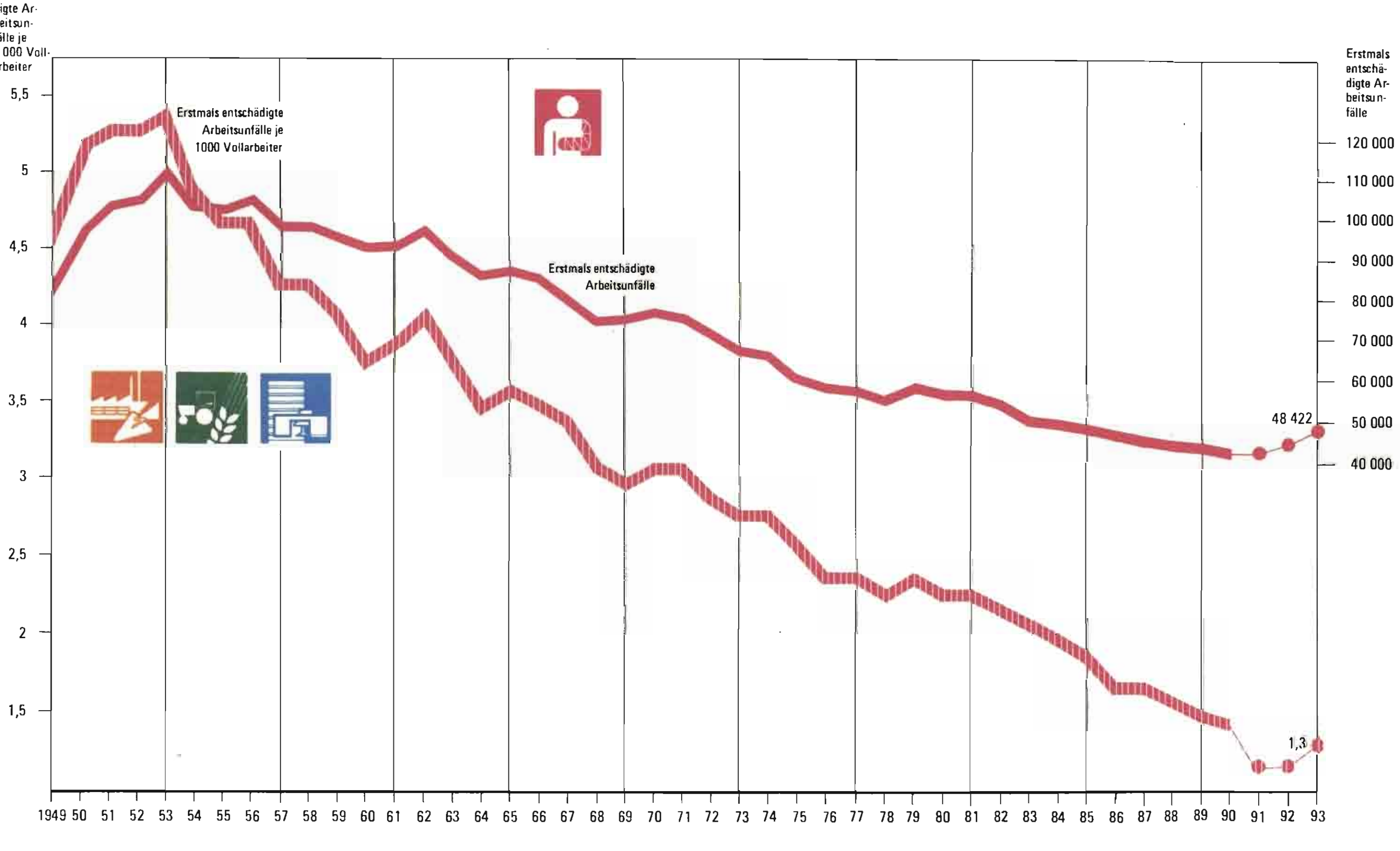
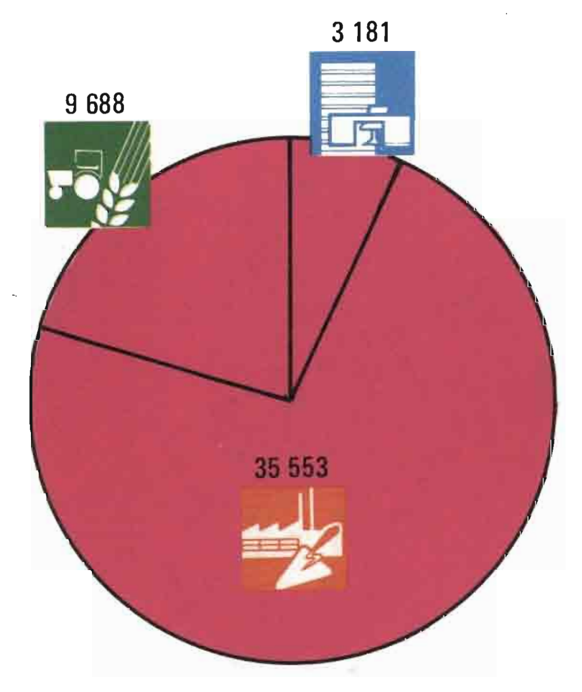


Schaubild 7

Verteilung der erstmals entschädigten Arbeitsunfälle nach Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung im Jahre 1993



Erstmals entschädigte Arbeitsunfälle 48 422



BMA – 8/94

je 1 000 Vollarbeiter dargestellt. Ein Vergleich beider Kurven zeigt, daß die Häufigkeit im langjährigen Vergleich noch stärker zurückgegangen ist als die absolute Zahl der erstmals entschädigten Arbeitsunfälle (Übersicht 6). Die Kurven lassen auch den Schluß zu, daß das Unfallgeschehen an Schwere abnimmt.

1.3 Häufigkeit der angezeigten und der erstmals entschädigten Arbeitsunfälle in verschiedenen Wirtschaftszweigen

Die gewerblichen Berufsgenossenschaften sind im wesentlichen nach Wirtschaftsbereichen gegliedert. Die Unfallhäufigkeit der Arbeitsunfälle der einzelnen gewerblichen Berufsgenossenschaften, der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und der Eigenunfallversicherungsträger gibt einen Anhalt für das Unfallgeschehen und den Gefahrengrad in den einzelnen Wirtschaftszweigen.

In Schaubild 8 ist die Häufigkeit der angezeigten und der erstmals entschädigten Arbeitsunfälle im Jahr 1993 der einzelnen gewerblichen Berufsgenossenschaften sowie der Gruppe der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und der Eigenunfallversicherung dargestellt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bei den Unfallversicherungsträgern nicht nur die für den einzelnen Wirtschaftszweig typischen Unfälle angezeigt und entschädigt werden, sondern von allen versicherten Personen in diesem Bereich, unabhängig von der Art ihrer Tätigkeit.

Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften ist die Unfallhäufigkeit bei den Arbeitsunfällen pro 1 000 Vollarbeiter in den Jahren 1990 bis 1992 von 52 auf 54 gestiegen. Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sank sie von 99 auf 89 und im Bereich der Eigenunfallversicherung sank die Unfallhäufigkeit im selben Zeitraum von 49 auf 48. Im Jahr 1993 ist die Häufigkeit bei den angezeigten Arbeitsunfällen in allen drei Bereichen gesunken und hat jetzt mit 52 Arbeitsunfällen pro 1 000 Vollarbeiter den niedrigsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik erreicht. Die Verwaltungs-Berufsgenossenschaften, die Berufsgenossenschaft für Gesundheit und Wohlfahrtspflege sowie die Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik haben mit einer Häufigkeit von 24 bzw. 25 Arbeitsunfällen pro 1 000 Vollarbeiter die geringste Unfallhäufigkeit (Übersicht 6).

Den höchsten Wert bei den angezeigten Arbeitsunfällen weist die Tiefbau- Berufsgenossenschaft aus, die Unfallhäufigkeit liegt hier ca. sechsmal höher als bei der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft. Gegenüber dem Jahr 1989 ist sie jedoch um 7 v. H. zurückgegangen. Positiv verändert hat sich die Häufigkeit im Berichtszeitraum bei den angezeigten Unfällen bei 26 gewerblichen Berufsgenossenschaften. In besonderem Maße bei der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft (–22 v. H.), der Bergbau-Berufsgenossenschaft (–20 v. H.), der Fleischerei-Berufsgenossenschaft (–20 v. H.) und der Edel- und Unedelmetall-Berufsgenossenschaft (–18 v. H.). Verschlechtert haben sich neun Berufsgenossenschaften.

Bei den erstmals entschädigten (schweren) Arbeitsunfällen befindet sich die Tiefbau-Berufsgenossenschaft in der Häufigkeit im Mittelfeld. Auch die Bau-Berufsgenossenschaft Hamburg und die Holz-Berufsgenossenschaft liegen bei der Häufigkeit der erstmals entschädigten Arbeitsunfälle erheblich besser als bei der Häufigkeit angezeigter Arbeitsunfälle. Die geringste Häufigkeit ist bei der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft zu verzeichnen. Dagegen zeigt sich das Verhältnis der Häufigkeit der angezeigten Arbeitsunfälle zu der Häufigkeit der erstmals entschädigten Arbeitsunfälle ungünstig bei der See-Berufsgenossenschaft, der Binnenschiffahrts-Berufsgenossenschaft, der Bergbau-Berufsgenossenschaft und bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften.

Die Gesamtbilanz bei den erstmals entschädigten Arbeitsunfällen ist positiv. Gegenüber dem Jahr 1989 ist die Häufigkeit dieser schweren Unfälle bis auf sieben Fälle bei allen anderen Berufsgenossenschaften zurückgegangen und das zum großen Teil deutlich. Bei der Berufsgenossenschaft Druck und Papierverarbeitung ist dasselbe Ergebnis wie vor vier Jahren zu verzeichnen. Mit 0,40 Unfällen pro 1 000 Vollarbeiter weist die Verwaltungs-Berufsgenossenschaft die niedrigste Häufigkeit aller Berufsgenossenschaften auf. Der deutlichste Rückgang in diesem Zeitraum wird von der Bau-Berufsgenossenschaft Frankfurt a. M. (–34 v. H.) gemeldet.

In den Unfallverhütungsberichten über das Jahr 1974 (Drucksache 7/4668 S. 22), über das Jahr 1978 (Drucksache 8/3650 S. 18), über das Jahr 1985 (Drucksache 10/690 S. 17) und über das Jahr 1989 (Drucksache 11/8165 S. 15) sind gleiche Darstellungen über die Häufigkeit der Arbeitsunfälle (Schaubild 8) wiedergegeben. Ein Vergleich ergibt, daß sich die Positionen der Berufsgenossenschaften in den letzten 20 Jahren nur wenig geändert haben. Aus den Darstellungen wird deutlich, daß nach wie vor in der Bauwirtschaft und im Bergbau ein höheres Unfallrisiko besteht.

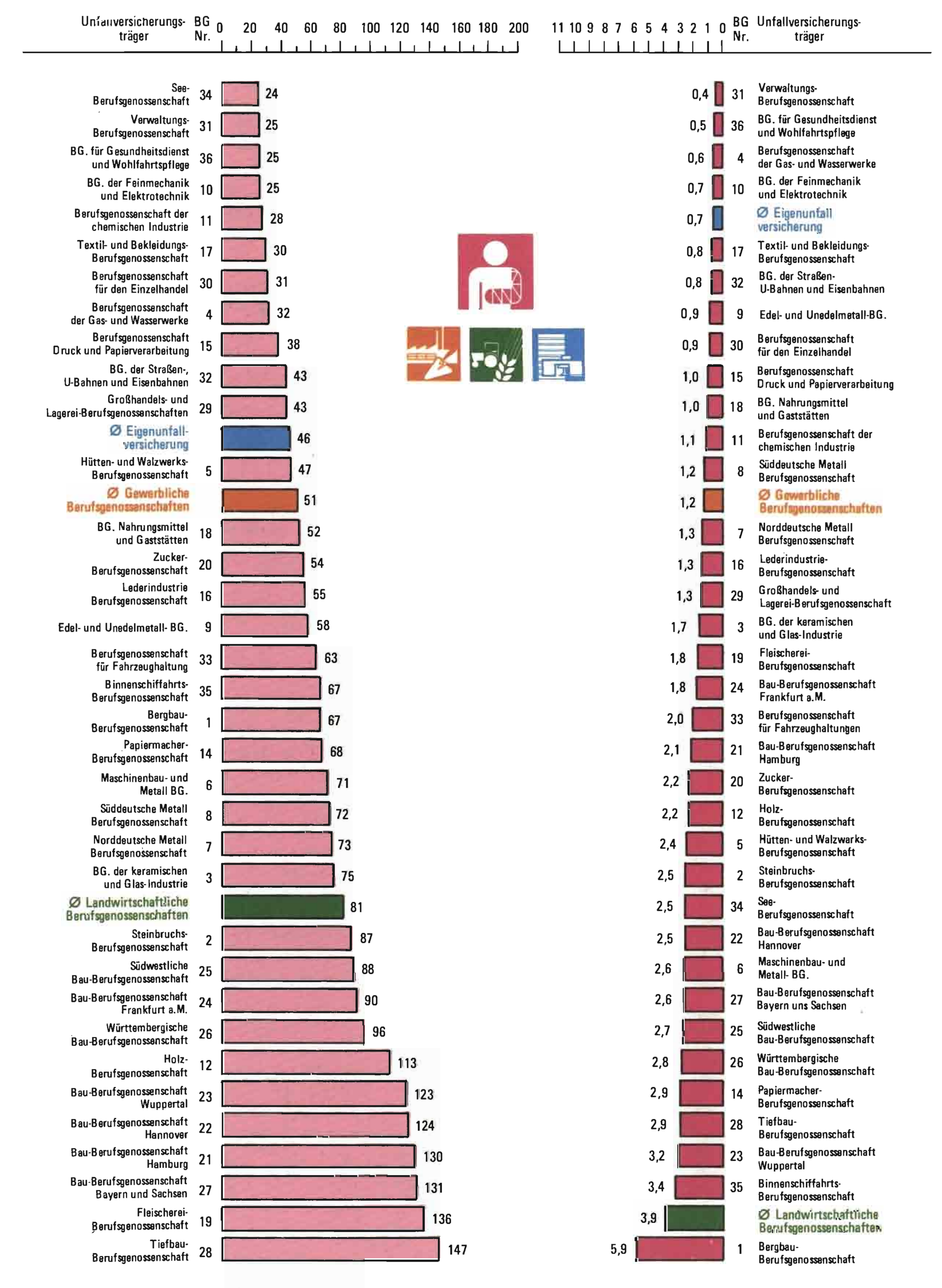
Die nachstehende Aufschlüsselung der Häufigkeit von angezeigten und erstmals entschädigten Arbeitsunfällen in der gewerblichen Wirtschaft nach Betriebsgrößenklassen im Jahre 1992 bestätigt die schon seit langer Zeit gemachte Feststellung, daß Betriebe von 20 bis 200 Beschäftigte die höchste Unfallhäufigkeit aufweisen. Zu den größeren Betrieben hin nimmt die Unfallhäufigkeit ab. In Großbetrieben liegt sie am niedrigsten.

Unternehmensgröße nach Versicherten	Häufigkeit der Arbeitsunfälle je 1 000 Versicherte	
	angezeigte	erstmals entschädigte
1— 19	51,3	1,55
20— 199	62,3	1,12
200— 999	55,3	0,94
über 1 000	39,7	0,76

Schaubild 8

Häufigkeit der angezeigten Arbeitsunfälle je 1 000 Vollarbeiter bei den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung im Jahre 1993

Häufigkeit der erstmals entschädigten Arbeitsunfälle je 1 000 Vollarbeiter bei den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung im Jahre 1993



BMA – 9/94

1.4 Tödliche Arbeitsunfälle

Die tödlichen Arbeitsunfälle haben in den Jahren nach 1989 zunächst nochmals abgenommen, und zwar bis 1991 um 3,2 v. H. Ein Anstieg war allerdings bereits im Jahr 1991 durch die Einigung Deutschlands erwartet worden. Dieser Anstieg machte sich dann jedoch erst im Jahr 1992 — bedingt durch die Aufbauarbeiten der Verwaltungen in den neuen Ländern — verstärkt bemerkbar, liegt aber unterproportional zum Anstieg der Zahl der Vollarbeiter durch die Einbeziehung der neuen Länder. Im Jahr 1993 ist die Häufigkeit der tödlichen Arbeitsunfälle pro 1 000 Vollarbeiter mit 0,05 wieder auf dem gleichen Stand wie vor der Wiedervereinigung im Jahre 1989. Schaubild 9 zeigt den Verlauf der Zahlen der tödlichen Arbeitsunfälle seit dem Jahr 1949.

Im Jahr 1993 verliefen von den erstmals entschädigten Arbeitsunfällen 1 867 tödlich (s. Übersicht 3). Insgesamt 533 Unfälle davon geschahen im Straßenverkehr bei der Arbeit und 1 334 ereigneten sich im Betrieb am Arbeitsplatz.

Das sind 115 Todesfälle mehr als im Vorjahr (+6,6 v. H.). Auf die drei Gruppen der Unfallversicherungsträger verteilen sich die tödlichen Arbeitsunfälle im Jahre 1993 wie folgt:

	tödliche Arbeitsunfälle	Veränderungen von 1992 auf 1993	
		absolut	in v. H.
gewerbliche Berufsgenossenschaften	1 414	+104	+7,9
landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften ..	324	+ 15	+4,9
Eigenunfallversicherungsträger	129	− 4	−3,0

122 der 1 414 tödlichen Arbeitsunfälle bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften waren Unfälle von versicherten Unternehmern oder deren Familienangehörigen. Das ist ein Anteil von 9,1 v. H., während ihr Anteil an den Versicherten nur 4 v. H. beträgt. Im gewerblichen Bereich haben sich 31 v. H. der tödlichen Arbeitsunfälle im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr ereignet. Die höchsten Unfallraten bei den tödlichen Arbeitsunfällen hatten im Jahr 1993 die Binnenschiffahrts-Berufsgenossenschaft mit 0,29 und die See-Berufsgenossenschaft mit 0,19 Unfällen auf 1 Mio. Arbeitsstunden.

Während das Verhältnis von tödlichen zu gemeldeten Arbeitsunfällen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften bei ungefähr 1 : 1 068 liegt, beträgt das Verhältnis bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 1 : 570. Insgesamt ist bei den tödlichen Arbeitsunfällen der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften über den Zeitraum von 1990 bis 1993 ein Rückgang von 7,4 v. H. zu verzeichnen. In der Landwirtschaft ist bei den tödlichen Arbeitsunfällen wesentlich mehr als in den anderen Bereichen die Altersstruktur von Bedeutung. In den Altersgruppen über 50 Jahre fallen insgesamt 64,5 v. H. der tödlichen Arbeitsunfälle. Davon sind 36,6 v. H. über 50 bis 65 Jahre, über 65 bis 70 Jahre 9,4 v. H. und über 70 Jahre sogar 18,5 v. H. Um diesen Personenkreis auf die altersbedingte Gefährdung aufmerksam zu machen, wird von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in speziellen Aufklärungsveranstaltungen für diese Altersgruppe ein besonderer Film eingesetzt. Der Anteil der Straßenverkehrsunfälle beträgt bei den tödlichen Arbeitsunfällen 13,9 v. H.

Bei den Eigenunfallversicherungsträgern sind mehr als die Hälfte aller tödlichen Arbeitsunfälle (59 v. H.) Unfälle im Straßenverkehr bei der Arbeit.

2. Wegeunfälle

2.1 Angezeigte Wegeunfälle

Nach einem stetigen Rückgang der Zahl der angezeigten Wegeunfälle ab dem Jahr 1980 zeigt die Kurve seit dem Jahre 1985 einen schwankenden Verlauf. Einem Rückgang im Jahr 1986 (−5,0 v. H.) folgte ein Anstieg im anschließenden Jahr (+9,4 v. H.). Im Jahr 1988 und 1989 gingen die Anzeigen wieder zurück, um dann in den folgenden Jahren stetig anzusteigen. Die Zunahme der angezeigten Wegeunfälle in den Jahren 1991 und 1992 ist im wesentlichen auf die Einbeziehung der neuen Länder zurückzuführen. Sie verläuft überproportional zur Zunahme der Zahl der Versicherten. Dies dürfte auf die Steigerung des Straßenverkehrs und den anfänglich schlechten Zustand der Straßen in den neuen Ländern begründet sein.

Im Jahre 1993 wurden bei den Unfallversicherungsträgern 266 902 Wegeunfälle angezeigt (s. Übersicht 1 und Schaubild 11). Das bedeutet einen Anstieg von 4 706 Unfällen (+1,8 v. H.) gegenüber 1992.

Die angezeigten Wegeunfälle teilen sich auf nach den Gruppen der Unfallversicherungsträger:

	angezeigte Wegeunfälle	Anteil v. H.	Veränderungen 1992 auf 1993 v. H.
gewerbliche Berufsgenossenschaften	204 755	77	+ 0,3
landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften ..	5 421	2	+ 32,3
Eigenunfallversicherungsträger	56 726	21	+ 5,2

Schaubild 9

Tödliche Arbeitsunfälle

1993: 1 867 tödliche Arbeitsunfälle

1992: 1 752 tödliche Arbeitsunfälle

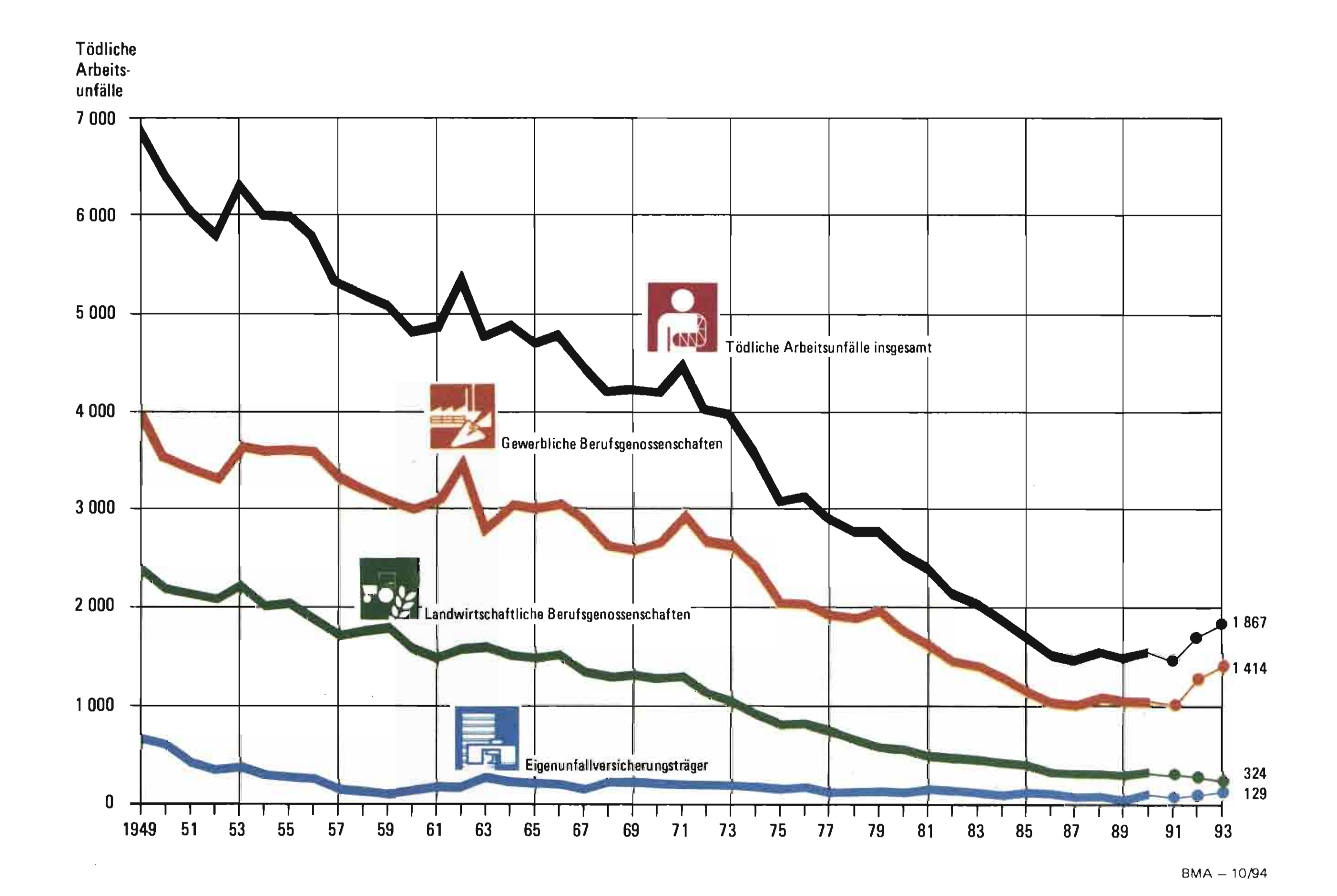
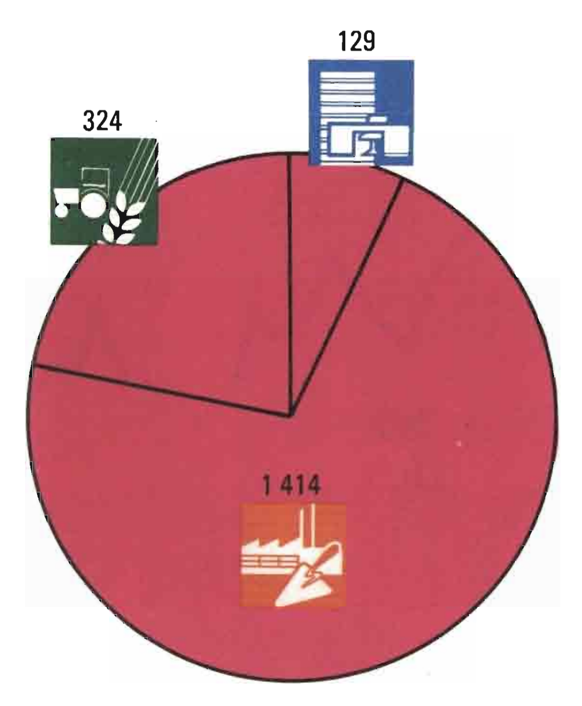


Schaubild 10

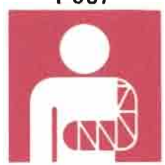
Verteilung der tödlichen Arbeitsunfälle nach Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung im Jahre 1993







Tödliche Arbeitsunfälle
1 867



BMA – 11/94

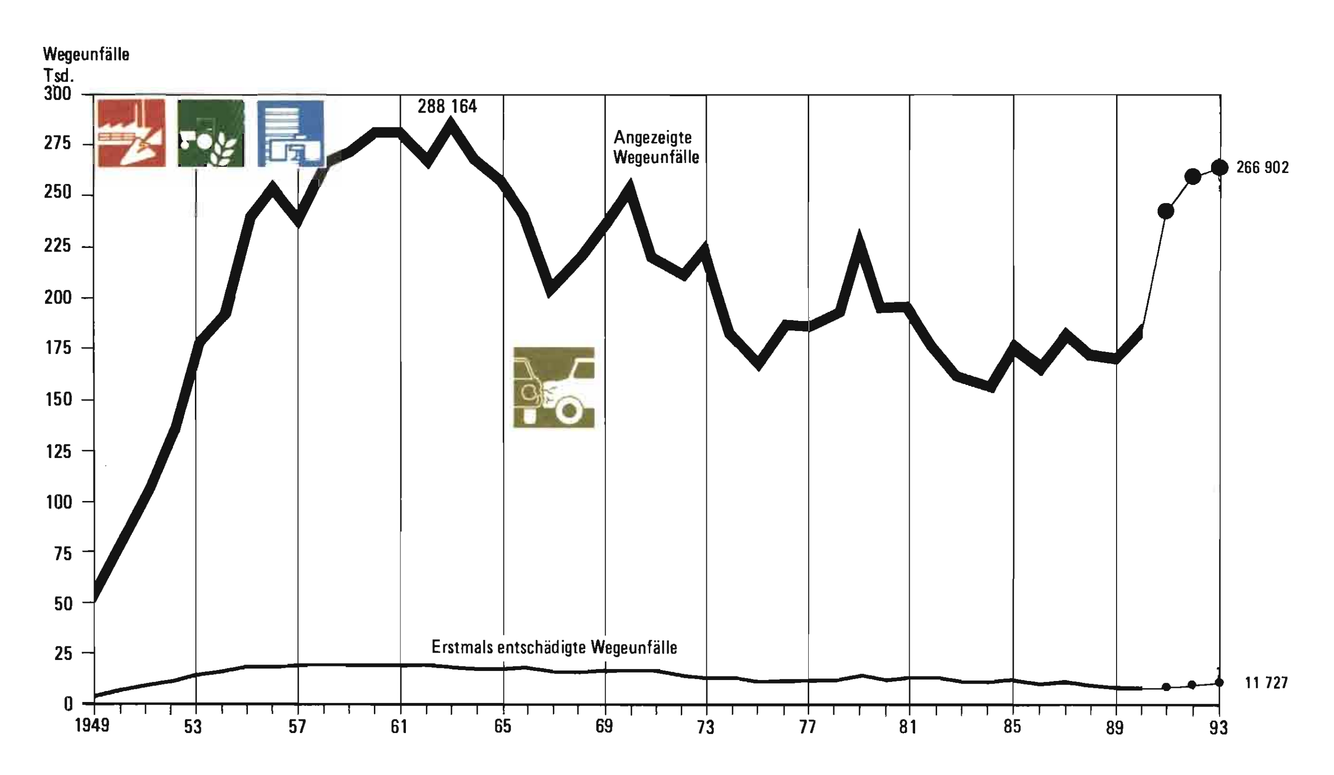
Schaubild 11

Angezeigte Wegeunfälle

1993: 266 902 angezeigte Wegeunfälle

1992: 262 196 angezeigte Wegeunfälle

Angezeigte Wegeunfälle seit 1949



BMA – 12/94

Von den 5 421 Wegeunfällen bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften entfallen alleine 3 744 Wegeunfälle auf die Gartenbau-Berufsgenossenschaft (70 v. H.). So ergeben sich im eigentlichen land- und forstwirtschaftlichen Bereich nur 1 677 angezeigte Wegeunfälle. Das Verhältnis von angezeigten Wegeunfällen zu angezeigten Arbeitsunfällen bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften mit Ausnahme der Gartenbau-Berufsgenossenschaft beträgt 1 : 95 (hier kommt zum Tragen, daß bei nahezu allen Versicherten in der Landwirtschaft üblicherweise kein Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zurückzulegen ist), während es bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften bei 1 : 7 und bei den Eigenunfallversicherungsträgern bei 1 : 4 liegt.

2.2 Erstmals entschädigte Wegeunfälle

Die Zahl der erstmals entschädigten Wegeunfälle ist seit 1990 deutlich gestiegen, und zwar um 3 317 Fälle oder 39 v. H. (Schaubild 11).

Im Jahre 1993 wurden bei den Unfallversicherungsträgern 11 727 Wegeunfälle erstmals entschädigt (Übersicht 2). Das bedeutet eine Zunahme von 1 212 Fällen oder mehr als 11 v. H. gegenüber dem Vorjahr.

Die erstmals entschädigten Wegeunfälle verteilen sich auf die drei Gruppen der Unfallversicherungsträger:

	erstmals entschädigte Wegeunfälle	Anteil v. H.	Veränderungen von 1992 auf 1993 v. H.
gewerbliche Berufsgenossenschaften	9 789	*83*	+ *9,2*
landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	301	*3*	+*36,2*
Eigenunfallversicherungsträger	1 637	*14*	+*23,5*

Von allen drei Gruppen der Unfallversicherungsträger wurde somit eine deutliche Zunahme dieser Unfälle gemeldet.

Das Verhältnis der erstmals entschädigten Wegeunfälle zu den angezeigten Wegeunfällen beträgt 1 : 23. Das entsprechende Verhältnis bei den Arbeitsunfällen liegt bei 1 : 40. Daraus ist zu entnehmen, daß die Wahrscheinlichkeit, bei einem Wegeunfall so schwer verletzt zu werden, daß als Folge eine Rente, Abfindung oder ein Sterbegeld gezahlt werden muß, fast doppelt so hoch ist wie bei einem Arbeitsunfall.

2.3 Tödliche Wegeunfälle

Die Zahl der auf dem Arbeitsweg tödlich Verunglückten ist in den Jahren 1978 bis 1987 kontinuierlich rückläufig gewesen. Seither wurde das erreichte Niveau bei leicht höheren Unfallzahlen bis zum Jahr 1990 gehalten. Seit dem Jahr 1991 sind die Zahlen stetig bis auf 973 im Jahr 1993 gestiegen.

1993 haben sich 63 Todesfälle auf dem Arbeitswege mehr (+6,9 v. H.) als im Jahre 1992 ereignet (s. Übersicht 3). Die tödlichen Wegeunfälle verteilen sich auf die drei Gruppen der Unfallversicherungsträger.

	tödliche Wegeunfälle	Anteil v. H.	Veränderungen 1992 auf 1993 v. H.
gewerbliche Berufsgenossenschaften	813	*84*	+ *4,1*
landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	52	*5*	+ *100,0*
Eigenunfallversicherungsträger	108	*11*	+ *4,9*

Die Anteile der einzelnen Gruppen der Unfallversicherungsträger an den tödlichen Wegeunfällen dekken sich etwa mit den jeweiligen Anteilen an den leichten und schweren Wegeunfällen. Hieraus ist zu erkennen, daß das Unfallgeschehen und somit auch der Schweregrad bei den Wegeunfällen von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Berufsgruppe unabhängig ist.

3. Berufskrankheiten

3.1 Angezeigte Berufskrankheiten

Nach dem letzten Tiefststand der Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit im Jahre 1983 mit 35 354 Fällen ist bis heute ein ständiger Anstieg zu verzeichnen (Tabelle 4). Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich die Berufskrankheitenverordnung seit dem 1. Januar 1991 auf die neuen Bundesländer erstreckt. Weitere Gründe für einen Anstieg sind auf folgende Faktoren zurückzuführen:

1. Geänderte Zählweise:

   Seit 1986 werden alle Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit statistisch erfaßt, auch wenn frühzeitig erkannt wird, daß eine Anerkennung im Rahmen des geltenden Berufskrankheitenrechts scheitern muß.

2. Erweiterung der Berufskrankheiten-Liste:

   Mit der Zweiten Verordnung zur Änderung der BerufskrankheitenVerordnung vom 18. Dezember 1992 wurden die bis dahin 59 Positionen umfassende Liste der Berufskrankheiten zum 1. Januar

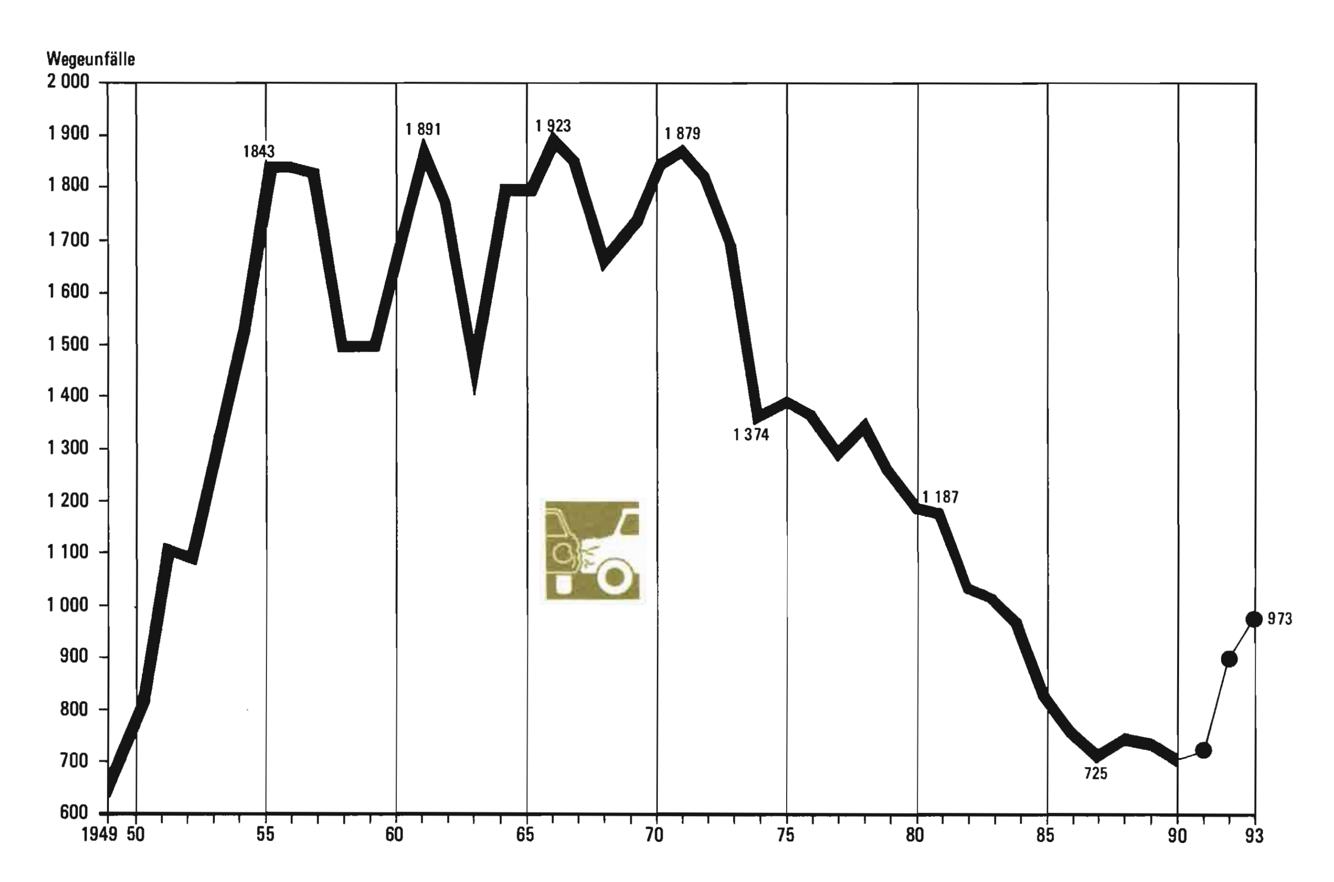
Schaubild 12

Tödliche Wegeunfälle

1993: 973 tödliche Wegeunfälle

1992: 910 tödliche Wegeunfälle

Tödliche Wegeunfälle seit 1949



BMA – 13/94

1993 auf 64 erweitert, u. a. um folgende Tatbestände:

Nr. 2108
Bandscheibenbedingte Erkrankungen der Lendenwirbelsäule durch langjähriges Heben oder Tragen schwerer Lasten oder durch langjährige Tätigkeit in extremer Rumpfbeugehaltung, die zur Unterlassung aller Tätigkeiten gezwungen haben, die für die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufleben der Krankheit ursächlich waren oder sein können.

Nr. 2109
Bandscheibenbedingte Erkrankungen der Halswirbelsäule durch langjähriges Tragen schwerer Lasten auf der Schulter, die zur Unterlassung aller Tätigkeiten gezwungen haben, die für die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufleben der Krankheit ursächlich waren oder sein können.

Nr. 2110
Bandscheibenbedingte Erkrankungen der Lendenwirbelsäule durch langjährige, vorwiegend vertikale Einwirkung von Ganzkörperschwingungen im Sitzen, die zur Unterlassung aller Tätigkeiten gezwungen haben, die für die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufleben der Krankheit ursächlich waren oder sein können.

Die Aufnahme von bestimmten Wirbelsäulenerkrankungen in die Liste der Berufskrankheiten hat in der Bevölkerung eine erhebliche, sicher oftmals ungerechtfertigte Erwartungshaltung erzeugt und zu einer Vielzahl von Leistungsanträgen geführt.

Bei den Unfallversicherungsträgern sind im Jahre 1993 108 989 Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit eingegangen. Das sind 23 268 Anzeigen mehr als noch im Jahre 1992 (Übersicht 12). Die meisten Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit gingen zu den neu aufgenommenen bandscheibenbedingten Erkrankungen der Lendenwirbelsäule ein. Es wurden insgesamt hierzu 27 305 Verdachtsanzeigen (BK Nr. 2108) abgegeben. Danach folgen die schweren Hautkrankheiten (BK Nr. 5101) mit 22 156 Anzeigen, gefolgt von Erkrankungen infolge von Lärmschwerhörigkeit (BK Nr. 2301) mit 12 708 Anzeigen, dann die durch allergisierende Stoffe verursachten Atemwegserkrankungen (BK Nr. 4301) mit 5 654 Anzeigen, die Quarzstaublungenerkrankungen (Silikose) (BK Nr. 4101) mit 3 320 Anzeigen und die Asbesterkrankungen (BK Nr. 4103) mit insgesamt 3 245 Anzeigen. Auf die vorgenannten Berufskrankheiten entfallen 68 v. H. aller angezeigten Berufskrankheiten (vgl. Übersicht 13).

Bei den Anzeigen wegen schwerer Hauterkrankungen ist erstmals seit Jahren wieder ein Rückgang der Zahlen (−8 v. H.) zu verzeichnen. Die Lärmschwerhörigkeit ist nur noch leicht um 3,8 v. H. gestiegen. (Schaubild 13). Erkrankungen der Lendenwirbelsäule haben einen Anteil von einem Viertel an der Gesamtzahl der Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit erreicht. Ebenfalls starke Zunahmen sind bei den Verdachtsanzeigen der Erkrankungen durch Silikose, der Asbeststaublungenerkrankungen und bei den Meniskusschäden zu verzeichnen.

Weiterhin auffällig ist die Zunahme bei den Erkrankungen, die auf die Einwirkung von Asbest zurückzuführen sind. Die 3 245 Verdachtsanzeigen im Jahre 1993 bedeuten gegenüber dem Jahre 1992 eine Zunahme von 10 v. H., gegenüber 1989 eine Zunahme von 80 v. H. Hier muß berücksichtigt werden, daß der Anlaß für die asbestbedingten Krebserkrankungen etwa 10 bis 40 Jahre (im Mittel 30 Jahre) zurückliegt. Der starke Anstieg dieser Zahlen ist auf den damaligen oft sorglosen Umgang mit diesem Stoff zurückzuführen. Heute ist die Verwendung von Asbest verboten. Für den Umgang bei der Entsorgung dieses Stoffes bestehen strenge Arbeitsschutzvorschriften. Mit der Neufassung der Gefahrstoffverordnung wurde auch unwiderruflich der Ausstieg der Bundesrepublik Deutschland aus der Produktion bzw. dem Umgang mit dem krebserzeugenden Asbest festgelegt.

3.2 Anerkannte und erstmals entschädigte Berufskrankheiten

Wird der durch die Anzeige vorgebrachte Verdacht auf Vorliegen einer Berufskrankheit im Feststellungsverfahren bestätigt, so wird die Berufskrankheit von der Berufsgenossenschaft anerkannt. Eine Entschädigung erfolgt jedoch nur bei Vorliegen einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 20 v. H.

Im Jahre 1993 wurden insgesamt 18 725 Berufskrankheiten bei allen Unfallversicherungsträgern anerkannt. Das sind gegenüber dem Vorjahr insgesamt 5 585 Fälle (42,5 v. H.) mehr (Übersicht 12). Allein bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften betrug die Zahl der anerkannten Fälle 17 293. Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften hat sich die Zahl der anerkannten Fälle um 519 (175,3 v. H.) auf 815 erhöht und bei der Eigenunfallversicherung ist die Anerkennungsquote mit 617 Fällen gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben.

An erster Stelle liegen bei den erstmals berenteten (entschädigten) Fällen mit 1 277 Fällen die Lärmschwerhörigkeit und an zweiter Stelle mit 789 Fällen die Hauterkrankungen. An dritter Stelle stehen mit 466 Fällen die Quarzstaublungenerkrankungen. Danach folgen mit 416 entschädigten Fällen die asbestbedingten Erkrankungen. Die meisten Berufskrankheitenfälle wurden bei der Bergbau-Berufsgenossenschaft (1 043 Fälle) entschädigt. An zweiter Stelle folgt die Berufsgenossenschaft der Chemischen Industrie (610 Fälle).

Die Unfallversicherungsträger haben insgesamt 6 401 Berufskrankheiten im Jahr 1993 erstmals entschädigt.

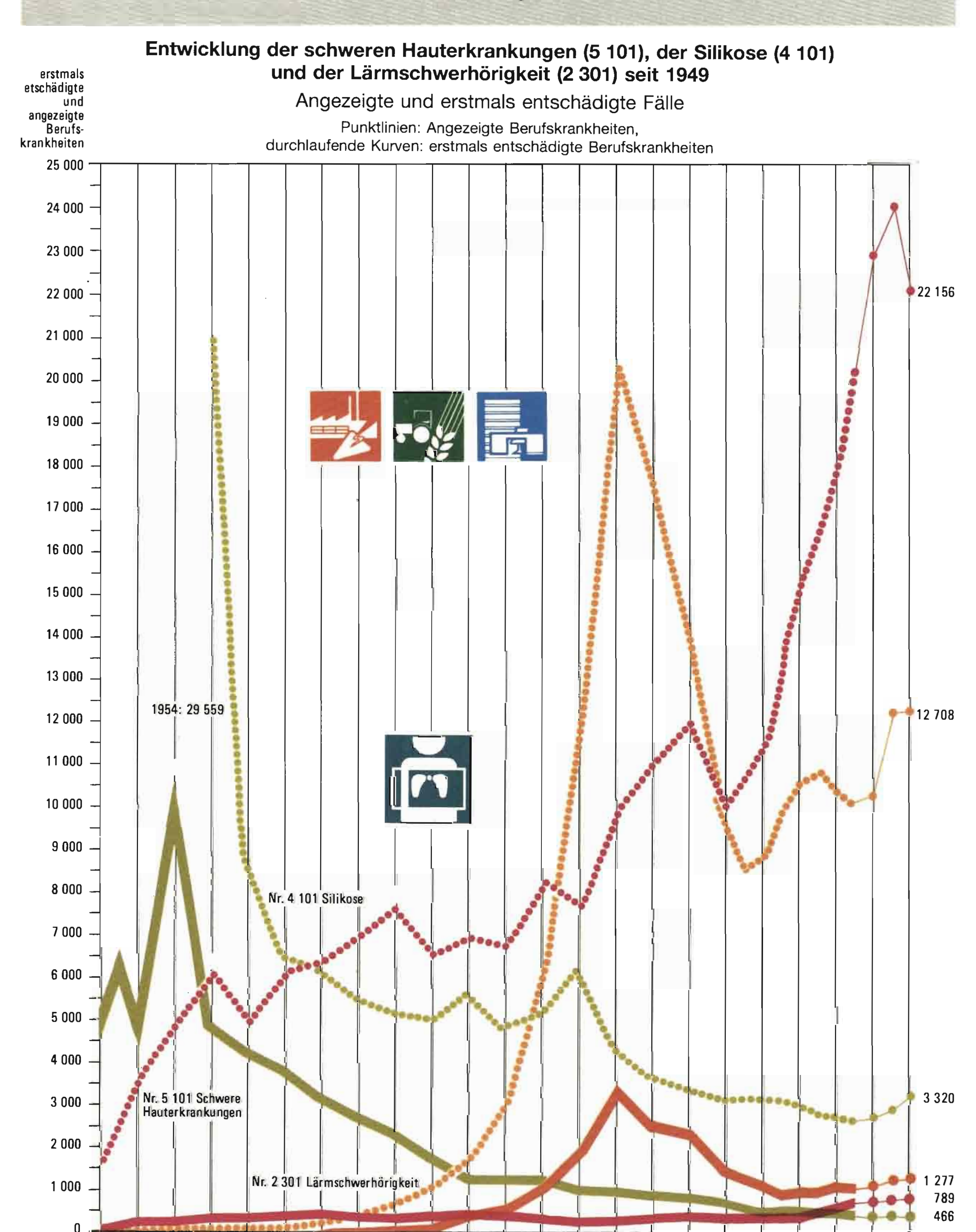
Diese Zahl ist gegenüber dem Vorjahr um 483 Fälle (8,2 v. H.) gestiegen (s. Übersicht 12). Die Zahl der erstmals entschädigten Berufskrankheiten verteilt sich auf die drei Gruppen der Unfallversicherungsträger:

Schaubild 13

Berufskrankheiten

1993: 6401 erstmals entschädigte Berufskrankheiten

1992: 5918 erstmals entschädigte Berufskrankheiten



BMA – 14/94

	erstmals entschädigte Berufskrankheiten	Anteil v. H.	Veränderungen 1992 auf 1993 v. H.
gewerbliche Berufsgenossenschaften	5 668	*88*	*+ 9,0*
landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	423	*7*	*+ 14,3*
Eigenunfallversicherungsträger	310	*5*	*– 10,7*

Bei einer Wertung der Verhältnisse von der Gesamtzahl der angezeigten Berufskrankheiten zu der Zahl der erstmals entschädigten Berufskrankheiten ist zu berücksichtigen, daß es sich bei den angezeigten Berufskrankheiten um Verdachtsfälle handelt. Von den angezeigten Fällen wurden 1993 als Berufskrankheit ca. 6 v. H. erstmals entschädigt. Weitere 11 v. H. wurden als Berufskrankheit anerkannt, aber nicht entschädigt, da der Grad der Erwerbsminderung (MdE) von wenigstens 20 v. H. nicht erreicht worden ist. Bei den nicht anerkannten Berufskrankheiten hat sich der Verdacht auf eine Berufskrankheit nicht bestätigt, weil die Voraussetzungen für eine Anerkennung als Berufskrankheit nicht erfüllt waren. Große Unterschiede zwischen der Zahl der Berufskrankheitsanzeigen einerseits und der Zahl der erstmals entschädigten Fälle und der nicht zur Entschädigung gelangten Berufskrankheiten andererseits sind u. a. damit zu erklären, daß häufig die bloße Möglichkeit des Vorliegens einer Berufskrankheit z. B. von den Betroffenen selbst oder von den Krankenkassen vorsorglich angezeigt wird.

3.3 Berufskrankheiten mit tödlichem Ausgang

Berufskrankheiten haben meistens eine lange Latenzzeit. Sie kann wie z. B. bei Asbestkrebserkrankungen bis zu 40 Jahren dauern. Berufskrankheiten, die heute erkannt werden und kurzfristig zum Tode führen oder bereits zum Tode geführt haben, haben ihre Ursachen in einer gefährlichen Einwirkung, die fast immer viele Jahre zurückliegt. Die Zahl der erstmals entschädigten Berufskrankheiten mit tödlichem Ausgang ist, nachdem sie sich lange Jahre um 200 Fälle bewegt hat, seit 1985 stark gestiegen. Im Jahr 1989 lag die Zahl bei 300 Todesfällen. Im Jahr 1991 sank die Zahl um 25 auf 275 Fälle, um dann bis ins Jahr 1992 auf 549 Todesfälle zu steigen. Im Berichtsjahr liegt die Zahl bei 788 Fällen mit tödlichem Ausgang. Bei den o. a. Fällen handelt es sich überwiegend um solche Berufskrankheiten, die bereits längere Zeit bestanden, aber erst sehr spät erkannt oder angezeigt wurden, so daß Feststellungsverfahren bis zum Eintritt des Todes nicht mehr abgeschlossen werden konnten. Nicht selten wird eine Berufskrankheit erst im Zusammenhang mit der Feststellung der Todesursache erkannt.

Von den 788 im Jahr 1993 erfaßten Fällen sind 308 Fälle Erkrankungen durch Einwirkungen von Asbeststaub gewesen, und zwar 128 durch ein durch Asbest verursachtes Mesotheliom des Rippenfells und des Bauchfells, 171 durch Asbestose mit Lungenkrebs und 9 Fälle durch Asbestose (Übersicht 14). Damit sind 61 v. H. aller Fälle auf die Einwirkung von Asbest zurückzuführen.

Eine weitere Berufskrankheitengruppe mit vielen Todesfällen sind die Silikose- und Silikotuberkulose-Erkrankungen mit 48 Fällen. Es folgen Erkrankungen durch Benzol oder seine Verbindungen mit 9 Fällen, gefolgt von Schleimhautveränderungen durch aromatische Amine mit 8 Fällen.

In der Übersicht 15 sind für den gewerblichen Bereich neben den erstmals entschädigten Berufskrankheiten mit tödlichem Ausgang auch die an den Folgen einer Berufskrankheit verstorbenen Rentenbezieher angegeben. Danach war im Jahr 1993 bei 1 094 verstorbenen Personen, die wegen einer Berufskrankheit eine Rente erhielten, die Berufskrankheit Todesursache oder wesentliche Mitursache. Insgesamt wurden somit im gewerblichen Bereich 1 772 Todesfälle im Zusammenhang mit einer Berufskrankheit gezählt.

Bei den Berufskrankheiten Silikose, Silikotuberkulose, Asbestose und Lungenkrebs durch Asbest mit einer Minderung der Erwerbstätigkeit von 50 v. H. und mehr wird der Tod eines Rentenbeziehers als Folge der Berufskrankheit anerkannt, wenn nicht offensichtlich ein anderes Ereignis, z. B. ein Verkehrsunfall, den Tod verursacht hat. In allen anderen Fällen muß der Zusammenhang des Todes mit der vorausgegangenen Berufskrankheit im Einzelfall festgestellt werden. Dabei ist zu beachten, daß die Berufskrankheit nicht immer alleinige Todesursache zu sein braucht, sondern auch andere Leiden Mitursache für den Eintritt des Todes sein können.

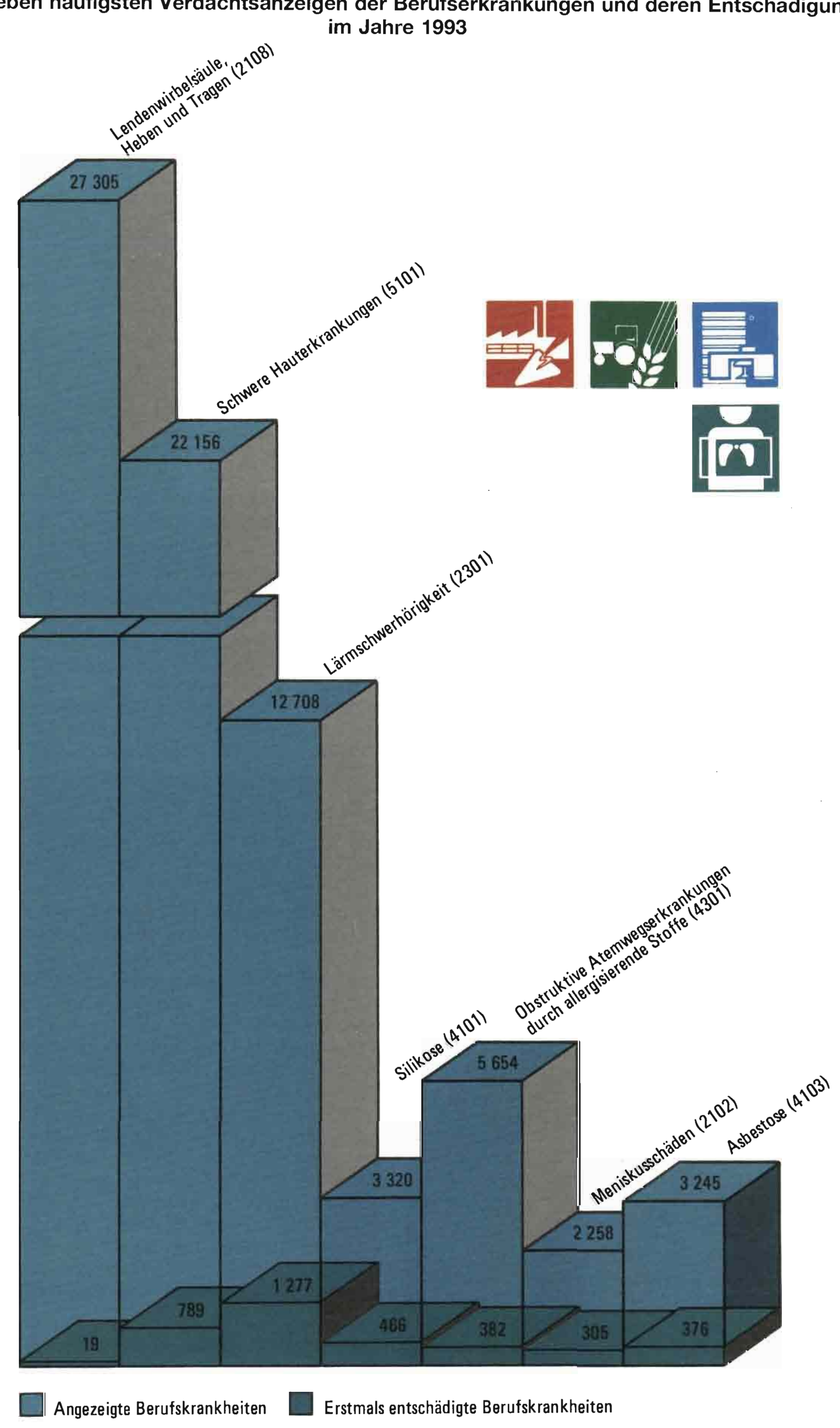
3.4 Meldungen und Entschädigungen nach § 551 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung

§ 551 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung (RVO) bestimmt, daß die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung im Einzelfall eine Krankheit, auch wenn sie nicht in der Rechtsverordnung (Berufskrankheiten-Verordnung) bezeichnet ist oder die dort bestimmten Voraussetzungen nicht vorliegen, wie eine Berufskrankheit entschädigen sollen, sofern nach neuen Erkenntnissen die übrigen Voraussetzungen von § 551 Abs. 1 RVO zur Bezeichnung einer Berufskrankheit erfüllt sind. Zu den letztgenannten Voraussetzungen gehört, daß die Krankheit durch bestimmte Einwirkungen verursacht wurde und daß bestimmte Personengruppen durch ihre Arbeit diesen Einwirkungen in erheblich höherem Grade als die übrige Bevölkerung ausgesetzt sind.

Im Zeitraum der Jahre 1990 bis 1993 wurden den gewerblichen Berufsgenossenschaften insgesamt 20 466 Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit zugeleitet, die zunächst keiner der in der Liste der Berufskrankheiten aufgeführten Erkrankungen zuge-

Schaubild 14

Die sieben häufigsten Verdachtsanzeigen der Berufserkrankungen und deren Entschädigung im Jahre 1993



BMA – 15/94

ordnet werden konnten. Dabei entfielen mehr als 12 000 dieser Verdachtsanzeigen auf Erkrankungen der Wirbelsäule, die am 1. Januar 1993 Bestandteil der Berufskrankheiten-Liste wurden und von diesem Zeitpunkt an nicht mehr über § 551 Abs. 2 RVO abgewickelt werden durften. Von den verbleibenden Fällen konnten weitere 6 000 Fälle ebenfalls im Zuge der Ermittlungen nachgehend einer Listen-Berufskrankheit zugeordnet werden, so daß zu 2 143 Fällen eine Prüfung gemäß § 551 Abs. 2 RVO vorzunehmen war. Entschieden wurden im Berichtszeitraum 1 410 Fälle, wobei in 62 Fällen die Anerkennung erfolgte. Dabei handelt es sich um

— 23 durch polyzyklisch chlorierte Kohlenwasserstoffe (PAK) verursachte Karzinome,

— 14 durch Asbest verursachte Karzinome (ab 1993 z. T. über die BK-Liste abgedeckt, „Faserjahre"),

— 5 starke Zahnabrasionen durch Granitstaub (ab 1993 Bestandteil der BK-Liste),

— 4 durch Kühlschmierstoffe und deren Inhaltsstoffe/Verunreinigungen verursachte Karzinome,

— 3 durch aromatische Amine verursachte Karzinome,

— 13 weitere Einzelfälle ohne besondere Häufung.

Bei 1 348 gemeldeten Fällen konnte keine Anerkennung vorgenommen werden, weil entweder der ursächliche Zusammenhang zwischen Arbeitstätigkeit und Erkrankung nicht wahrscheinlich gemacht werden konnte, neue medizinisch-wissenschaftliche Erkenntnisse nicht vorlagen oder die sonstigen Voraussetzungen von § 551 Abs. 1 RVO nicht erfüllt waren.

Die besonderen Umstände und Kombinationen von schädigenden Einwirkungen im Einzelfall lassen nicht immer eine verallgemeinernde Beurteilung zu. Andererseits gibt eine Häufung von Anzeigen gleicher Krankheitsbilder und -ursachen wichtige Hinweise für die Gewinnung von neuen Erkenntnissen i. S. v. § 551 Abs. 2 RVO und damit zur Ergänzung der Berufskrankheitenliste.

Mit der Prüfung und Auswertung solcher Erkenntnisse befaßt sich die Sektion „Berufskrankheiten" des Ärztlichen Sachverständigenbeirats beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Auf der Grundlage von Forschungsarbeiten, klinischen Beobachtungen und der kritischen Auswertung nationaler und internationaler Literatur unterstützt dieses Sachverständigengremium den Bundesarbeitsminister bei der Fortentwicklung der Berufskrankheitenliste und empfiehlt, neue Erkrankungen bei einer Änderung der Berufskrankheitenliste zu berücksichtigen.

Diese Empfehlungen der Sektion „Berufskrankheiten" werden publiziert. Damit wird es den Unfallversicherungsträgern möglich, bis zu einer Aufnahme dieser Erkrankungen in die Liste der Berufskrankheiten im Rahmen eines Verfahrens nach § 551 Abs. 2 RVO auf die Prüfungen und Erkenntnisse des Sachverständigenbeirates zurückzugreifen und so zu einer schnelleren Entscheidung zu gelangen.

4. Unfälle in Schulen und Kindergärten

Im Jahr 1993 sind den Unfallversicherungsträgern der öffentlichen Hand

1 416 104 Unfälle

von Schülern, Studenten und Kindern in Kindergärten angezeigt worden. Gegenüber dem Vorjahr (1 336 307 Fälle) ist diese Zahl im Jahre 1993 um 79 797 Fälle gestiegen (+6,0 v. H.). Unter die Begriffe „Schulunfälle" und „Schulwegeunfälle" fallen auch Unfälle von Kindern in Kindergärten und auf dem Weg zwischen Kindergärten und Wohnung. Die Unfälle teilen sich auf in

	Anzahl	v. H.
Unfälle in Schulen, Hochschulen und Kindergärten (Schulunfälle)	1 289 485	*90*
Schulwegeunfälle	126 619	*10*

Eine Analyse der 1 217 928 Schulunfälle im Jahr 1992 gibt folgendes Bild:

	Schulunfälle		
	Anzahl	Anteil in v. H.	je 1 000 Versicherte
Kindergärten ...	107 413	*8,8*	50
Vorschulen, Grund-, Haupt- und Gesamtschulen	628 625	*51,6*	106
Sonderschulen .	34 636	*2,8*	96
Realschulen	165 444	*13,6*	178
Gymnasien	206 862	*17,0*	105
Berufsbildende Schulen	63 632	*5,2*	25
Hochschulen ...	11 317	*0,9*	6
insgesamt	1 217 928	*100,0*	77

Der Schwerpunkt bei den Schulunfällen liegt sowohl nach Anzahl als auch in Häufigkeit bei den allgemeinbildenden Schulen. Erst mit weitem Abstand folgen die Kindergärten, dann die berufsbildenden Schulen und die Hochschulen mit den niedrigsten Zahlen. Die Unfallhäufigkeit ist an den Realschulen mehr als sieben mal größer als an den berufsbildenden Schulen und sogar 29mal größer als an einer Hochschule.

Bei einer Wertung dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, daß eine Karenzzeit bis zur Unfallmeldung in der

Schülerunfallversicherung nicht besteht und deshalb die Unfallzahlen der Schüler, Studenten und Kinder in Kindergärten mit den Unfallzahlen im Arbeitsbereich, wo eine Unfallanzeige erst bei einer Arbeitsunfähigkeit von mehr als 3 Tagen zu erstatten ist, nicht miteinander verglichen werden können.

Nach dem Jahr 1980 ist der vorher starke Anstieg der Kurve der angezeigten Schulunfälle (Schaubild 15) stark abgeflacht und nach dem Höchststand im Jahr 1984 zu einem Stillstand gekommen. Die Zahl der angezeigten Schulunfälle hatte sich seitdem auf einen Wert um 900 000 stabilisiert. Mit dem Berichtsjahr 1992 lagen dann erstmals sämtliche Versicherten- sowie Unfallzahlen aus dem Beitrittsgebiet vor. Die im Vergleich zu den Versichertenzahlen überproportionale Zunahme der gemeldeten Unfallzahlen in der Schülerunfallversicherung gegenüber 1991 war auf eine Verbesserung des Melde- und Erfassungssystems der Schülerunfälle in den neuen Bundesländern zurückzuführen. Hierbei spielt auch die Zunahme der Versicherten in diesem Zeitraum eine Rolle.

Es ist zu vermuten, daß es bei den Unfallmeldungen für das Jahr 1993 zu einer gewissen Konstanz bei der Beurteilung der Unfälle durch die Lehrkräfte gekommen ist. Schulsportunfälle machen etwa die Hälfte aller Schulunfälle aus und beeinflussen somit die Gesamtzahl stark. Pausenunfälle, die lange Zeit die häufigste Unfallkategorie waren, sind heute mit etwa 32 v. H. am Unfallgeschehen in der Schule beteiligt. Rund 10 v. H. Schulunfällen sind Folge aggressiven Verhaltens der Schülerinnen und Schüler untereinander. Überproportional häufig sind Hauptschüler an Raufereien beteiligt; auf sie entfallen 40 Prozent der Raufunfälle, obwohl der Anteil der Hauptschüler an der Geamtzahl der versicherten Schüler lediglich 14 v. H. beträgt. Altersmäßig treten besonders die 12- bis 14jährigen mit mehr als 40 v. H. aller Raufunfälle in Erscheinung.

Unfalljahr	Schulart (Obergruppen)	Unfälle		
		Geschlecht		Insgesamt
		männlich	weiblich	
		Anzahl	Anzahl	Anzahl
1989	Kindergarten	41 466	23 629	65 095
	Schulen	448 487	362 890	811 377
	Hochschulen	4 513	3 198	7 710
	Insgesamt	494 465	389 717	884 182
1990	Kindergarten	45 580	24 660	70 240
	Schulen	445 701	355 050	800 751
	Hochschulen	4 830	3 341	8 172
	Insgesamt	496 111	383 052	879 163
1991	Kindergarten	50 248	29 768	80 016
	Schulen	491 058	397 414	888 472
	Hochschulen	4 758	3 883	8 641
	Insgesamt	546 064	431 065	977 129
1992	Kindergarten	67 519	39 894	107 413
	Schulen	613 079	486 120	1 099 199
	Hochschulen	6 287	5 030	11 317
	Insgesamt	686 885	531 043	1 217 928

3 %-Repräsentativ-Statistik

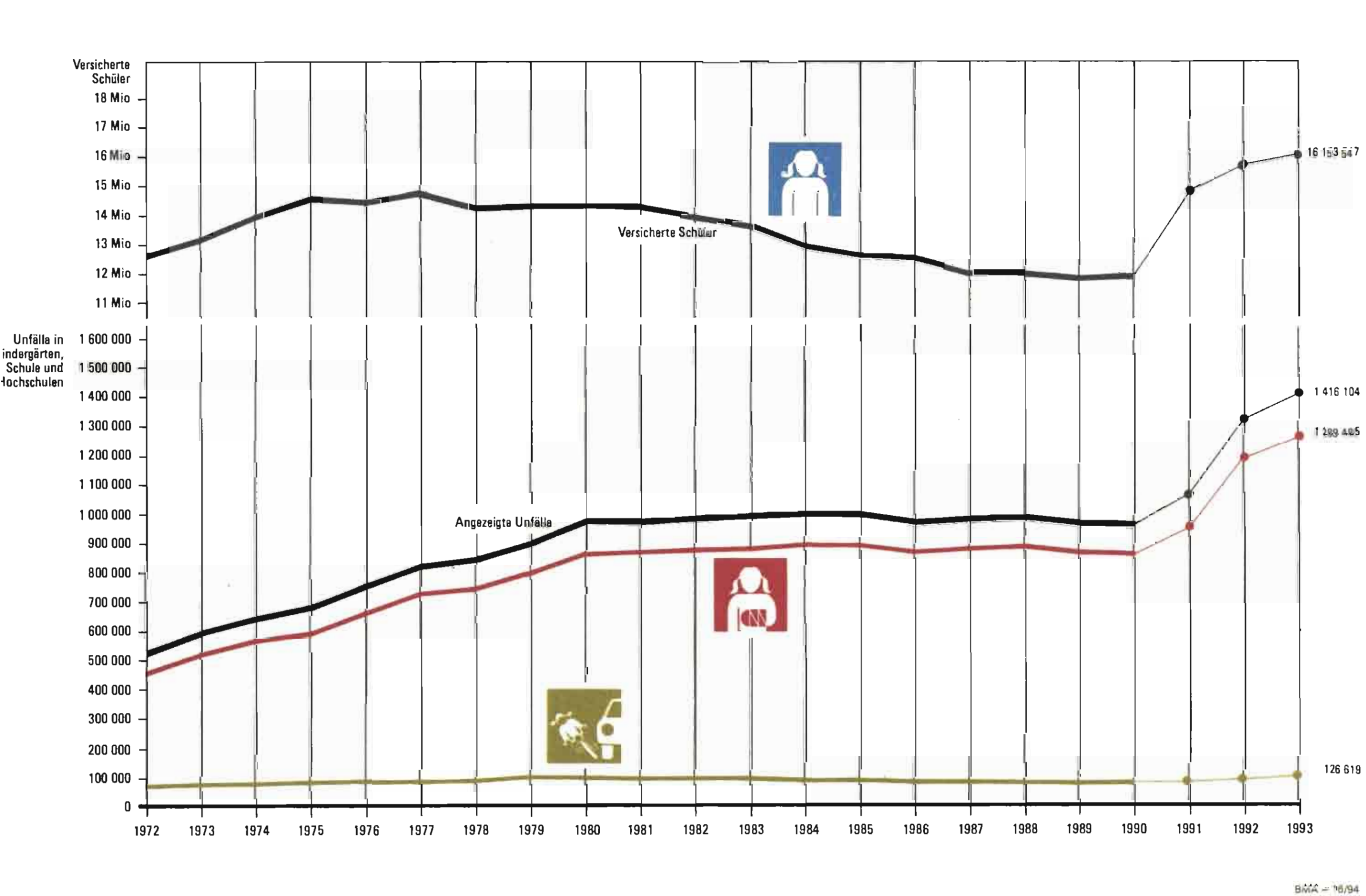
Schaubild 15

Schülerunfallversicherung (Schüler, Studenten und Kinder in Kindergärten)

1993: 1 416 104 angezeigte Unfälle

1992: 1 336 307 angezeigte Unfälle

Schülerunfallversicherung Versicherte, angezeigte Unfälle, Schulunfälle und Wegeunfälle seit 1972



Die nachstehenden Zahlen der Schulunfälle in allgemeinbildenden Schulen zeigen diese Veränderungen:

Jahr	Pausenunfälle	Sportunfälle	sonstige Schulunfälle
1979	307 000	369 600	93 800
1982	342 400	424 200	86 000
1984	326 600	458 700	93 700
1985	312 800	454 700	101 700
1986	299 400	449 000	100 700
1987	301 500	459 200	103 100
1988	307 800	461 500	103 000
1989	286 400	454 500	108 100
1990	281 600	440 900	124 200
1991	310 600	496 300	130 000
1992	398 100	624 000	148 600

Nach Feststellung des Bundesverbandes der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand ist der große Anteil der Sportunfälle am gesamten Unfallgeschehen in den letzten Jahren im wesentlichen auf vermehrten Sportunterricht und auf eine Verlagerung im Sportunterricht vom Geräteturnen und der Leichtathletik zu Ballspielen begründet, bei denen mehr Unfälle vorkommen.

Im Jahr 1993 wurde in 1 764 Fällen wegen der Folge eines Schulunfalles erstmals eine Rente oder Abfindung gezahlt. Damit wurde seit 1990 erstmals wieder ein Rückgang verzeichnet.

14 Schulunfälle sind tödlich verlaufen. Im Jahr 1992 waren es noch 16 Unfälle, die tödlich verliefen, und mit einer Ausnahme im Jahr 1986, wo 5 tödliche Unfälle gemeldet wurden, schwankte diese Zahl bis 1989 ca. 10 Jahre lang um 20 Todesfälle.

Unfalljahr	Schulart (Obergruppen)	Wegeunfälle		
		Geschlecht		Insgesamt
		männlich	weiblich	
		Anzahl	Anzahl	Anzahl
1989	Kindergarten	1 983	1 448	3 431
	Schulen	46 894	34 935	81 829
	Hochschulen	2 014	1 762	3 777
	Insgesamt	50 891	38 145	89 036
1990	Kindergarten	2 686	1 703	4 389
	Schulen	45 657	36 290	81 946
	Hochschulen	2 096	1 867	3 963
	Insgesamt	50 438	39 860	90 298
1991	Kindergarten	2 998	1 988	4 986
	Schulen	51 330	45 366	96 697
	Hochschulen	2 575	1 662	4 237
	Insgesamt	56 903	49 017	105 920
1992	Kindergarten	2 986	2 510	5 496
	Schulen	57 220	49 881	107 100
	Hochschulen	3 145	2 637	5 782
	Insgesamt	63 352	55 027	118 379

3 %-Repräsentativ-Statistik

Die Zahl der angezeigten Schulwegeunfälle hat kontinuierlich bis zum Jahr 1983 auf 104 230 zugenommen. Mit einer Ausnahme im Jahr 1985 (101 576) ist diese Zahl seit diesem Zeitpunkt bis 1988 deutlich zurückgegangen und dann wieder bis auf 118 379 im Jahr 1992 gestiegen. Im Jahr 1993 liegt die Zahl bei 126 619 Schulwegeunfälle. Die Zunahme hängt u. a. auch mit der deutlichen Zunahme der versicherten Schüler zusammen.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich diese Zahl um 8 240 Fälle (7,0 v. H.) erhöht.

91 in der Schülerunfallversicherung Versicherte sind im Jahr 1993 auf dem Weg zum Kindergarten, zur Schule oder zur Hochschule tödlich verunglückt. Das sind 23 Fälle weniger als im Vorjahr (–20,3 v. H.).

Ein großer Anteil der tödlich verlaufenen Wegeunfälle entfällt auf Schüler der Altersgruppen über 16 Jahre. Hier macht sich bemerkbar, daß diese Altersgruppen für den Schulweg selbst geführte Kraftfahrzeuge benutzen können. Im Jahr 1992 sind 84 Schüler infolge des Straßenverkehrs getötet worden, 62 v. H. davon als Nutzer von PKW und motorisierten Zweirädern.

Unfalljahr	Art des Wegeunfalls	Wegeunfälle		
		Geschlecht		Insgesamt
		männlich	weiblich	
		Anzahl	Anzahl	Anzahl
1989	Fußgänger	19 419	15 736	35 155
	Fahrrad	15 957	11 645	27 601
	Pkw	3 462	3 777	7 239
	Sonstige	12 054	6 987	19 041
	Insgesamt	50 891	38 145	89 036
1990	Fußgänger	16 605	15 164	31 770
	Fahrrad	14 771	11 201	25 973
	Pkw	3 373	2 980	6 354
	Sonstige	15 688	10 513	26 202
	Insgesamt	50 438	39 860	90 298
1991	Fußgänger	21 673	21 314	42 987
	Fahrrad	18 544	13 134	31 678
	Pkw	3 585	4 139	7 724
	Sonstige	13 101	10 429	23 531
	Insgesamt	56 903	49 017	105 920
1992	Fußgänger	26 989	24 082	50 071
	Fahrrad	20 556	16 267	36 823
	Pkw	5 433	5 465	10 897
	Sonstige	11 374	9 214	20 588
	Insgesamt	63 352	55 027	118 379

3%-Repräsentativ-Statistik

5. Heim- und Freitzeitunfälle

Unfälle im Heim- und Freizeitbereich ereignen sich bei Sport und Spiel, bei der Haus- und Gartenarbeit, beim Heimwerken oder bei sonstigen Freizeitbeschäftigungen. Im Gegensatz zu Verkehrsunfällen oder zu Unfällen, die im Zusammenhang mit der Arbeit oder dem Besuch einer Schule oder eines Kindergartens stehen, werden Heim- und Freizeitunfälle, bei denen Personen verletzt werden, amtlich nicht registriert. Angaben über die Anzahl und Art der häuslichen Unfälle gehen aus statistischen Erhebungen und Einzeluntersuchungen sowie aus der amtlichen Todesursachenstatistik des Statistischen Bundesamtes hervor.

Nach der amtlichen Todesursachenstatistik des Statistischen Bundesamtes ereigneten sich 1992 insgesamt 9 016 tödliche Unfälle im häuslichen Bereich und 331 tödliche Sport- und Spielunfälle.

Die meisten tödlichen Unfälle im häuslichen Bereich erleiden alte Menschen. In 69 v. H. aller Unfälle

waren die tödlich verunglückten Personen 65 Jahre und älter. Frauen waren bei den Unfällen in dieser Altersgruppe mit 73 v. H. überproportional beteiligt.

Stürze haben den überwiegenden Anteil der tödlichen Unfälle im häuslichen Bereich verursacht. Ihr Anteil lag bei 85 v. H. Neben der Haupttodesursache Sturz waren Feuer und Flammen mit 3,5 v. H., mechanisches Ersticken mit 4,2 v. H. und Ertrinken mit 3,7 v. H. Urache der Unfälle.

Die Anzahl der häuslichen Unfälle mit Todesfolge ist von 9 510 Fällen in 1991 auf 9 016 Todesfälle im Jahr 1992 gesunken.

Über das Unfallgeschehen im Heim- und Freizeitbereich hat die Infratest-Wirtschaftsforschung im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeitsschutz eine Repräsentativbefragung in den Haushalten durchgeführt.

Nach dieser Befragung ereignen sich in der Bundesrepublik jährlich etwa 4,6 Mio. Unfälle im Heim- und Freizeitbereich. Davon entfallen 3,67 Mio. Unfälle auf die alten und 930 000 auf die neuen Bundesländer.

Eine Untersuchung der Unfälle nach verschiedenen Gesichtspunkten ergibt folgendes Bild:

Nach dem Geschlecht:

Männer sind häufiger als Frauen in einen Unfall verwickelt. Mit 62 Unfällen je 1 000 Einwohner haben Männer (bedingt durch einen hohen Anteil von Sportunfällen) eine höhere Unfallhäufigkeit als Frauen mit 55 Unfällen je 1 000 Einwohner.

Nach dem Unfallort:

Unfallträchtigster Ort ist das Wohnhaus. Hier passiert die Hälfte der Heim- und Freizeitunfälle. Jeder vierte Unfall ereignet sich auf dem Sportgelände und jeder siebte im Verkehr.

Nach dem Unfalltyp:

Bei der Fortbewegung in der Ebene, auf Stufen und Leitern, verunglücken über 48 v. H. aller Unfallopfer. 13 v. H. haben sich beim Hantieren mit Maschinen, Handwerkzeugen oder sonstigen Objekten eine Verletzung zugezogen.

Sportunfälle sind mit einem Anteil von 22 v. H. am Unfallgeschehen beteiligt. Schwerpunkt ist hier der Fußball mit fast einem Drittel aller Sportunfälle.

Nach der Unfallart:

Fast jeder zweite Unfall im Heim- und Freizeitbereich (48 v. H.) ist ein Sturzunfall. Häufiger als ein Sturz aus der Höhe (21 v. H.) ist der Sturz in der Ebene (27 v. H.). In rd. 10 v. H. aller Unfälle ist der Unfall auf Überbeanspruchung zurückzuführen.

Nach der Unfallursache:

Die Heim- und Freizeitunfälle sind auf die nachstehend aufgeführten Unfallursachen zurückzuführen. Da sich ein Unfall nur selten auf eine Ursache zurückführen läßt, haben die Verletzten zum Teil mehrere Unfallursachen genannt:

1.	Verhaltensmangel des Verunglückten	41,8 v. H.
2.	psychisch-physische Faktoren, z. B. Unkonzentriertheit, Unvorsichtigkeit, Müdigkeit, Leichtsinn	37,4 v. H.
3.	Umgebungseinflüsse	23,9 v. H.
4.	Fehler anderer Personen	10,8 v. H.
5.	bauliche Mängel	5,0 v. H.
6.	technische Mängel an Geräten	2,6 v. H.

In mehr als zwei Drittel aller Unfälle ist ein Verhaltensmangel des Verunglückten bzw. sind psychisch-physische Faktoren die Unfallursache. Diese sind nicht auf einen äußeren Einfluß zurückzuführen, sondern in der Person des Verunglückten begründet.

Insgesamt sind Geräte in knapp 30 v. H. aller Unfälle in irgendeiner Form in das Unfallgeschehen verwikkelt. Dabei kann das Gerät den Unfall selbst verursacht haben oder das Gerät ist, wie es bei einem Sturz von einem technisch einwandfreien Fahrrad der Fall ist, nur „passiv" am Unfall beteiligt.

Am häufigsten sind Fahrräder, Werkzeuge, Küchengeräte, Elektrowerkzeuge, Messer und Leitern an Heim- und Freizeitunfällen beteiligt. Sportgeräte sind ebenfalls in 21 v. H. der Geräteunfälle genannt.

Technische Mängel an Geräten und Maschinen haben in sehr geringem Maße Heim- und Freizeitunfälle verursacht. Bei nur 2,6 v. H. aller Unfälle haben sie eine Rolle gespielt. Die technischen Mängel treten zumeist bei alten Geräten und Maschinen auf.

II. Unfallkosten

Die im Wege einer Zusammenfassung der jährlichen Rechnungsergebnisse der Unfallversicherungsträger festgestellten Aufwendungen für die gesamte gesetzliche Unfallversicherung beliefen sich für das Jahr 1993 auf 24,251 Mrd. DM. Diese Bruttoaufwandssumme ist überhöht: Zum einen sind darin die gegenseitigen Zahlungen der Versicherungsträger im Rahmen des Lastenausgleichsverfahrens nach Artikel 3 des Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetzes in der Fassung des Finanzänderungsgesetzes 1967 — im Jahr 1993 waren dies rd. 908 Mio. DM — nicht bereinigt, zum anderen sind darin 1,315 Mrd. DM Konkursausfallgeld enthalten, das nicht zu den Leistungen der Unfallversicherung zählt.

Die um die beiden vorgenannten Beträge bereinigten Gesamtausgaben (Nettoausgaben) betrugen für 1993 somit 22,028 Mrd. DM. Hinzu kommen die Kosten für die gesetzliche Schülerunfallversicherung, die sich für das Jahr 1993 auf 560,7 Mio. DM beliefen.

Bei einem Vergleich der Nettoausgaben des Jahres 1993 mit denen des Jahres 1992 (20,551 Mrd. DM) ist ein Anstieg um 1,477 Mrd. DM oder 7,2 v. H. zu verzeichnen; von 1991 (18,751 Mrd. DM) auf 1992 belief sich die Zunahme auf 1,801 Mrd. DM oder 9,6 v. H. (s. Schaubild 16).

Die Erhöhung der Rentenausgaben ist im wesentlichen durch die Anhebungen der Renten bedingt. Bei nahezu unveränderter Zahl der Renten im Jahre 1993 haben sich die Kosten um 642 Mio. DM erhöht. In der Erhöhung der Aufwendungen für Heilbehandlung schlägt sich, abgesehen von der Mengenentwicklung (Fallzahlen), insbesondere die Kostenentwicklung auf dem Gesundheitssektor nieder (Krankenhauspflegesätze, Arztkosten, Arzneimittelkosten u. a.).

Auf Unfallverhütung, Arbeitsmedizinischen Dienst und Erste Hilfe entfielen im Jahr 1993 1,119 Mrd. DM (Schaubild 17) oder 5,1 v. H. der Gesamtausgaben. Mit 123 Mio. DM wurden für diese Leistungsarten 12,3 v. H. mehr ausgegeben als im Jahr 1992. Die Ausgaben verteilen sich auf die drei Gruppen der Versicherungsträger wie folgt:

	Ausgaben für Unfallverhütung und Erste Hilfe		Veränderung von 1992 auf 1993 v. H.
	1993	1992	
	(in Mio. DM)		
gewerbliche Berufsgenossenschaften	990,3	881,3	+12,4
landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	63,1	59,9	+ 5,3
Eigenunfallversicherungsträger	65,7	55,1	+19,2
zusammen	1 119,1	996,3	+12,3

Schlüsselt man die Gesamtzahl nach den einzelnen Leistungen auf, ergibt sich für die drei Gruppen der Unfallversicherungsträger folgendes Bild:

Art der Leistung	Ausgaben		Veränderung von 1992 auf 1993 v. H.
	1993	1992	
	(in Mio. DM)		
Kosten der Überwachung und Beratung der Betriebe (Technischer Aufsichtsdienst)	639,6	580,0	+10,3
Kosten der Ausbildung (Schulung)	151,6	132,0	+14,8
Öffentlichkeitsarbeit, Werbung für Unfallverhütung in den Betrieben	76,7	71,7	+ 7,0
Zahlungen an Verbände für Unfallverhütung	98,5	91,0	+ 8,2
Kosten für die Herstellung von Unfallverhütungsvorschriften	17,9	12,9	+39,5
Kosten der Ersten Hilfe	13,2	10,6	+24,5
Kosten der Arbeitsmedizinischen Dienste	121,5	98,2	+23,7
zusammen	1 119,1	996,3	+12,3

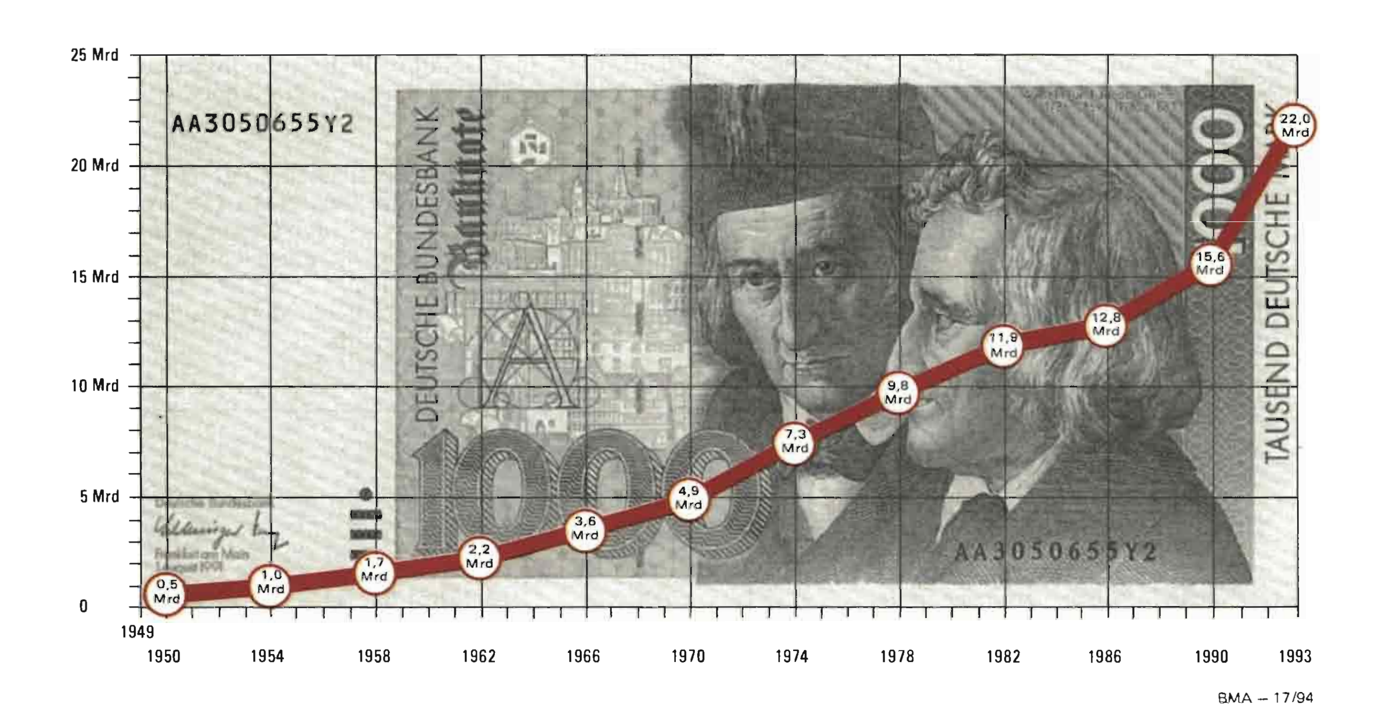
Schaubild 16

Aufwendungen der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung

1993: 22,028 Milliarden DM

1992: 20,55 Milliarden DM

Aufwendungen der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung seit 1949



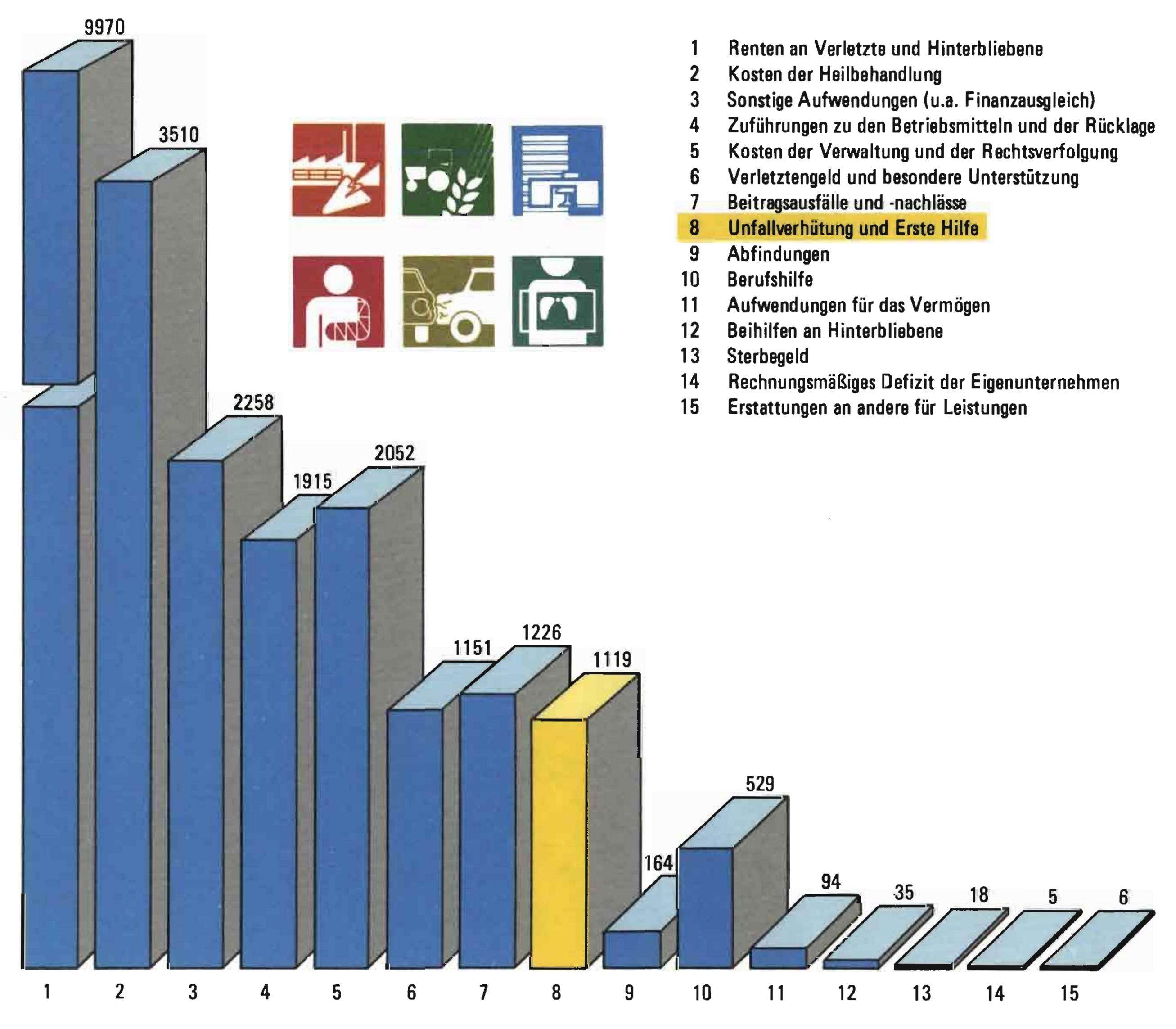
BMA – 17/94

Von den im Rahmen der Unfallverhütung insgesamt eingesetzten Mitteln wurden im Jahr 1993 55 v. H. (1992: 56 v. H.) für den Technischen Aufsichtsdienst zur Überwachung und Beratung der Betriebe sowie für die Ausbildung des technischen Personals und der Sicherheitsbeauftragten aufgewandt. Weitere rd. 7 v. H. erforderten die Aufwendungen für Maßnahmen der Werbung, Aufklärung und Information auf dem Gebiet der Unfallverhütung, für die Verhütung von Berufskrankheiten, für Vorsorgeuntersuchungen, Sehtests, Forschungsvorhaben und Versuchseinrichtungen, für Belohnungen und Anerkennungen, Mitteilungsblätter, Jahresberichte, Fachliteratur und Unterstützung des Deutschen Verkehrssicherheitsrates, die als „Öffentlichkeitsarbeit, Werbung für Unfallverhütung in den Betrieben" ausgewiesen sind.

Für die nach dem Gesetzesauftrag von den Ländern, Gemeinden und Städten mit Eigenunfallversicherung durchzuführende Schülerunfallversicherung hatten diese Versicherungsträger im Jahr 1993 rd. 560,7 Mio. DM aufzubringen; das waren 64,9 Mio. DM oder 13,1 v. H. mehr als im Vorjahr.

Schaubild 17

Aufwendungen der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung nach Kostenarten in Mio. DM im Jahre 1993



BMA – 18/94

III. Unfallverhütung

1. Gerätesicherheit

Das Gerätesicherheitsgesetz ist 1992 geändert worden und mit Beginn des Binnenmarktes 1993 neugefaßt in Kraft getreten. Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen, daß alle Harmonisierungsrichtlinien nach Artikel 100a EG-Vertrag für Beschaffenheitsanforderungen an technische Erzeugnisse auf der Grundlage des Gesetzes umgesetzt werden können. Der überwiegende Teil der Geräte und Maschinen fällt heute in den sog. harmonisierten Bereich des Gesetzes, der durch europäische Richtlinien nach der neuen Konzeption bestimmt wird.

Das Gerätesicherheitsgesetz ist in wesentlichen Punkten geändert worden. Der persönliche Anwendungsbereich ist an den Tatbestand des Inverkehrbringens als jedes Überlassen technischer Arbeitsmittel an andere geknüpft. Alle Personen, die technische Arbeitsmittel in den Verkehr bringen, können Adressaten behördlicher Maßnahmen sein. Dadurch ist es, wenn andere Maßnahmen nicht greifen, u. a. auch möglich, den Handel mit solchen Erzeugnissen zu verbieten, die nicht sicherheitsgerecht sind.

Der sachliche Anwendungsbereich ist so gefaßt, daß Richtlinien auf der Grundlage dieses Gesetzes vollständig durch Rechtsverordnungen umgesetzt werden können. Im Berichtszeitraum sind acht Verordnungen zum Gerätesicherheitsgesetz erlassen worden, die Harmonisierungsrichtlinien umsetzen. Dies betrifft Maschinen, Persönliche Schutzausrüstungen, Gasverbrauchseinrichtungen, Einfache Druckbehälter, Kraftbetriebene Flurförderzeuge, Schutzaufbauten an Baumaschinen, Maschinenlärminformation und Spielzeug.

Die sicherheitstechnischen Anforderungen und die sonstigen Voraussetzungen für das Inverkehrbringen im harmonisierten Bereich des Gerätesicherheitsgesetzes ergeben sich aus den Rechtsverordnungen zum Gesetz. Das Sicherheitsniveau für Geräte und Maschinen wird durch die grundlegenden Sicherheits- und Gesundheitsanforderungen der Richtlinien bestimmt. Nationale Normen und Regeln, und dies gilt auch für die Unfallverhütungsvorschriften, haben für die Konkretisierung der abstrakt formulierten wesentlichen Anforderungen nur noch für eine Übergangszeit, bis europäisch „harmonisierte Normen" vorliegen, Bedeutung.

In speziellen Verzeichnissen zu den einzelnen Richtlinien sind erstmals 1993 die einschlägigen harmonisierten und nationalen Normen vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung nach den produktorientierten Rechtsgebieten des Gerätesicherheitsgesetzes bekanntgemacht worden, z. B. in einem Verzeichnis „Maschinen". Die betreffende Richtlinie und Verordnung sowie das zugehörige Regelwerk sind damit als zusammengehörendes Vorschriftenwerk für die Betroffenen erkennbar und überschaubar. Ein Verzeichnis für „Gasverbrauchseinrichtungen" und „Persönliche Schutzausrüstungen" ist in Vorbereitung.

Zu den formalen Voraussetzungen für das Inverkehrbringen gehören Nachweise, die die Übereinstimmung mit den grundlegenden Anforderungen belegen. Die Konformitätsbewertungsverfahren werden in den verschiedenen Richtlinien für die einzelnen technischen Erzeugnisse unterschiedlich festgelegt. Mit dem CE-Zeichen soll derjenige, der für das Inverkehrbringen verantwortlich ist, letztlich erklären und dokumentieren, daß alle vorgeschriebenen Verfahren eingehalten sind und das angebotene Erzeugnis richtlinienkonform ist.

Für die zuständigen Behörden ergeben sich aus der Änderung des Gerätesicherheitsgesetzes und dem Erlaß von Rechtsverordnungen Auswirkungen auf die Überwachung dieser gesetzlichen Bestimmungen. Die behördlichen Maßnahmen sind den europäischen Vorgaben angepaßt worden und unmittelbar im Gesetz geregelt. Als geeignete Maßnahmen kommen außer dem Verbot des Inverkehrbringens und der Inbetriebnahme auch Rückrufaktionen und hoheitliche Warnungen der Öffentlichkeit in Betracht. Dabei haben eigene Maßnahmen der für das Inverkehrbringen Verantwortlichen, z. B. der Hersteller, Vorrang vor Maßnahmen der Behörden.

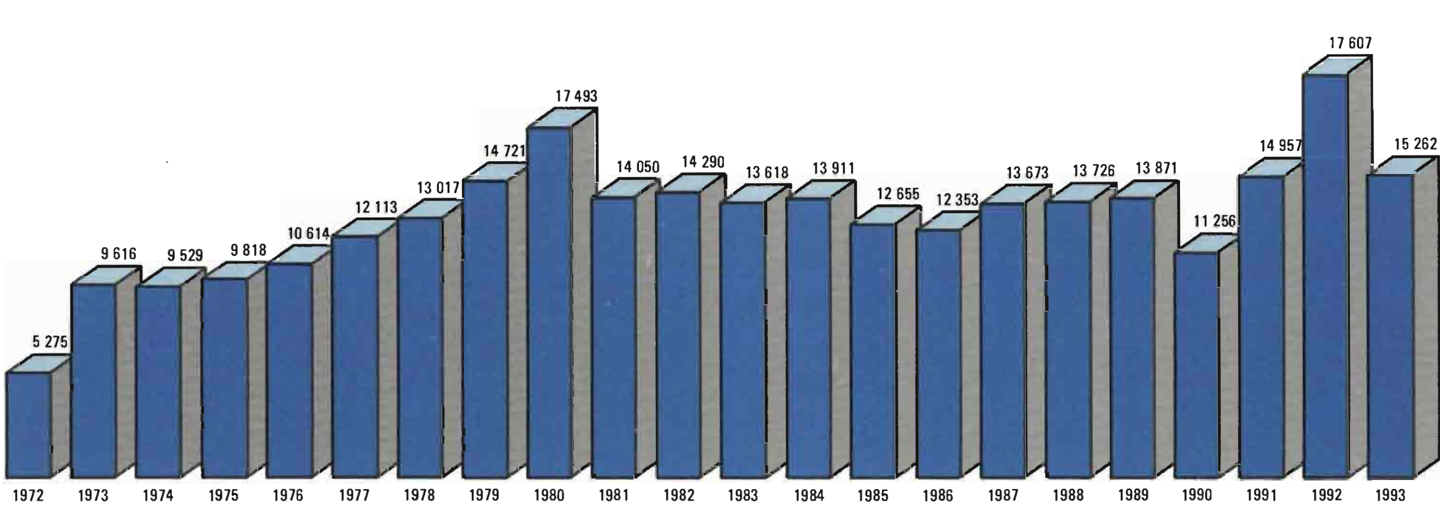
Aus den Harmonisierungsrichtlinien ergeben sich Unterrichtungs- und Mitteilungspflichten. Es ist Aufgabe der Bundesanstalt für Arbeitsschutz, im Rahmen des Gerätesicherheitsgesetzes die Kommission und die übrigen Mitgliedstaaten über behördliche Maßnahmen im harmonisierten Bereich des Gesetzes zu unterrichten. Die zuständigen Behörden sind gehalten, Hinweisen aus anderen Mitgliedstaaten und von der Kommission nachzugehen.

So sind 1993 von den zuständigen Behörden insgesamt 61 Untersagungsverfügungen gemeldet worden (in den Jahren 1990 bis 1992 waren es insgesamt 76). Von diesen 61 sind 53 Untersagungsverfügungen nach den jeweiligen Gemeinschaftsverfahren an die Kommission gemeldet worden (von 1990 bis 1992 waren es 28). Von der Kommission sind 46 Mitteilungen an die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zur Überprüfung gegeben worden (1990 bis 1992 waren es 160). Zur Unterrichtung der interessierten Öffentlichkeit werden Untersagungsverfügungen von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz bekanntgemacht. Im Jahr 1993 sind 57 veröffentlicht worden.

Neu geregelt wurde die Anerkennung von Stellen, die Prüfungen und Zertifizierungen von technischen Arbeitsmitteln auf freiwilliger oder vorgeschriebener Grundlage durchführen. Die Akkreditierung der zugelassenen Stellen (bisher Prüfstellen) wird nunmehr in einem Verwaltungsverfahren von einer

Schaubild 18

Entwicklung der Kontrollbesichtigungen nach dem Gerätesicherheitsgesetz



BMA – 19/94

zuständigen Landesbehörde durchgeführt. Die nach bisherigem Recht vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung anerkannten 74 Gerätesicherheits-Prüfstellen dürfen im Rahmen ihres Aufgabenbereiches in einer Übergangszeit noch bis zum 31. Dezember 1997 als zugelassene Stellen tätig bleiben und das Zeichen „GS = geprüfte Sicherheit" auf freiwilliger Basis vergeben. Sofern vorgeschriebene Zertifizierungen in Rechtsverordnungen sachidentisch mit GS-Zertifizierungen sind, kann das GS-Zeichen nicht mehr verwendet werden.

Die akkreditierten zugelassenen Stellen, die die vorgeschriebenen Zertifizierungsverfahren nach Rechtsverordnungen durchführen dürfen, werden von den Mitgliedstaaten an die Kommission und die übrigen Mitgliedstaaten gemeldet. Nach diesem Notifizierungsverfahren sind bisher 59 Zertifizierungsstellen von der Bundesregierung gemeldet und vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung bekanntgemacht worden. Eine Liste der im Geltungsbereich des Gerätesicherheitsgesetzes von den EG-Mitgliedstaaten insgesamt notifizierten Zertifizierungsstellen ist erstmals 1993 von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz veröffentlicht worden. Sie umfaßt 379 notifizierte Stellen.

2. Überwachungsbedürftige Anlagen

Überwachungsbedürftig sind Anlagen, von denen besondere Gefahren für die Benutzer und die Öffentlichkeit ausgehen können. Das mit dem Betrieb derartiger Anlagen verbundene Risiko hat den Gesetzgeber veranlaßt, staatliche Sicherheitsvorschriften zu erlassen. Im Jahre 1953 wurde das Recht für diese Anlagen durch Gesetz im § 24 der Gewerbeordnung bundeseinheitlich geregelt. Mit der Novellierung des Gerätesicherheitsgesetzes im Jahre 1992 wurden die Vorschriften für überwachungsbedürftige Anlagen aus der Gewerbeordnung in das Gerätesicherheitsgesetz übernommen.

Überwachungsbedürftige Anlagen sind

— Dampfkesselanlagen;

— Druckbehälteranlagen (außer Dampfkesseln),

— Anlagen zur Abfüllung von verdichteten, verflüssigten oder unter Druck gelösten Gasen,

— Leitungen unter innerem Überdruck für brennbare, ätzende oder giftige Gase, Dämpfe oder Flüssigkeiten,

— Aufzugsanlagen,

— elektrische Anlagen in besonders gefährdeten Räumen,

— Getränkeschankanlagen und Anlagen zur Herstellung kohlensaurer Getränke,

— Acetylenanlagen und Calciumcarbidlager,

— Anlagen zur Lagerung, Abfüllung und Beförderung von brennbaren Flüssigkeiten,

— medizinisch-technische Geräte.

Für alle genannten Anlagen sind Verordnungen erlassen worden, in denen technische und behördliche Präventivmaßnahmen sowie sicherheitstechnische Grundanforderungen festgelegt sind.

Neben den durch die Novellierung des Gerätesicherheitsgesetzes bedingten Änderungen sind alle Verordnungen im Jahre 1990 durch den Einigungsvertrag geändert worden. Die seinerzeit auf der Grundlage des § 24 der Gewerbeordnung (jetzt § 11 des Gerätesicherheitsgesetzes) durch die Verordnungen eingerichteten Technischen Ausschüsse sind durch den Einigungsvertrag — für eine Übergangszeit — um eine notwendige Anzahl von Vertretern der beteiligten Kreise aus dem Beitrittsgebiet ergänzt worden. Nach Ablauf des Übergangszeitraumes ist eine Neuberufung der Ausschüsse mit der ursprünglichen Mitgliederzahl unter Berücksichtigung von Vorschlägen der beteiligten Kreise aus dem Beitrittsgebiet erfolgt.

Die Herstellung der Einheit Deutschlands stellte im Berichtszeitraum eine ganz besondere Herausforderung für die Unfallverhütung im Bereich der überwachungsbedürftigen Anlagen dar. Grundsätzlich ist das bundesdeutsche Arbeitsschutzrecht mit dem Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland auf das Beitrittsgebiet übergeleitet worden. Allerdings enthält der Einigungsvertrag zahlreiche Ausnahmen von diesem Grundsatz, die sowohl die schrittweise Einführung von Bundesrecht als auch die befristete oder unbefristete Weitergeltung von Vorschriften der DDR zum Gegenstand haben.

Hervorzuheben ist insbesondere, daß die bundesdeutschen Betriebsvorschriften für überwachungsbedürftige Anlagen im Beitrittsgebiet nicht bereits mit dem Wirksamwerden des Beitritts, sondern spätestens bis zum 31. Dezember 1991 anzuwenden waren.

Im Berichtszeitraum wurde aufgrund der europäischen Integration eine weitere Novellierung der Verordnungen notwendig. Durch das EWR-Ausführungsgesetz wurden im Jahre 1993 die erforderlichen Ergänzungen in die Verordnungen eingefügt, damit die anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften gleichgestellt werden.

Schließlich erfolgte 1993 durch das Eisenbahnneuordnungsgesetz eine Anpassung der Verordnungen nach § 11 des Gerätesicherheitsgesetzes an die sich aus der Neuordnung des Eisenbahnwesens ergebenden Änderungen.

Im Hinblick auf die Harmonisierung von Rechtsvorschriften im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften ist aus dem Sachgebiet der überwachungsbedürftigen Anlagen der Bereich der Druckgeräte besonders hervorzuheben. Zum einen wurden 1992 durch die Novellierung der Druckbehälterverordnung und dem gleichzeitigen Erlaß der Verordnung über das Inverkehrbringen von einfachen Druckbehältern (6. GSGV) zwei EU-Richtlinien in deutsches Recht umgesetzt. Durch diesen weiteren Schritt auf dem Weg der europäischen Harmonisierung wurden die

Voraussetzungen dafür geschaffen, daß bestimmte Druckbehälter innerhalb der Gemeinschaft ungehindert in den Verkehr gebracht werden können.

Zum anderen wurden am Ende des Berichtszeitraums auf europäischer Ebene die Beratungen für eine Druckgeräterichtlinie aufgenommen, durch die eine Harmonisierung der Beschaffenheitsanforderungen für nahezu alle Druckgeräte angestrebt wird.

Zu allen Verordnungen bestehen neben umfangreichen Bestimmungen für den Bau und die Ausrüstung auch ausführliche Betriebsvorschriften. Diese sind in Technischen Regeln oder DIN-Normen niedergelegt. Die Technischen Regeln werden von Technischen Ausschüssen, die beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung eingerichtet sind, ermittelt und entsprechend der technischen Entwicklung fortgeschrieben.

Seit 1990 sind bei den überwachungsbedürftigen Anlagen insgesamt 25 neue und neugefaßte Technische Regeln vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung im Bundesarbeitsblatt bekanntgemacht worden. Davon Technische Regeln für

— Dampfkessel	11
— Druckbehälter und Druckgasbehälter	3
— Rohrleitungen	2
— Aufzugsanlagen	8
— Acetylenanlagen und Calciumcarbidlager	1

Außerdem sind im Berichtszeitraum 96 Technische Regeln geändert oder ergänzt worden.

Für die überwachungsbedürftigen Anlagen ist vom Gesetzgeber eine Überwachungspflicht eingeführt worden, weil der Betrieb dieser Anlagen mit einem hohen Risiko für Arbeitnehmer und die Bevölkerung verbunden ist. Es ist in den vergangenen Jahren gelungen, durch detaillierte Gestaltung des technischen Rechts die Sicherheit dieser Anlagen fortlaufend zu verbessern. Dementsprechend konnte die Zahl der Unfälle und Schadensfälle ständig verringert werden. Zukünftig wird insbesondere in der Anpassung der technischen Vorschriften an die sich permanent wandelnden Arbeitsbedingungen eine zentrale Aufgabe für alle Beteiligten liegen, wenn die günstigen Unfallprognosen und der Gesundheitsschutz für die Arbeitnehmer gesichert werden sollen.

3. Lärm

Lärm ist weiterhin eine der wesentlichen Belastungen des arbeitenden Menschen. Er tritt in vielen Bereichen der Arbeitswelt auf und kann zu Gesundheitsschäden führen. Auch heute sind noch ca. 4 Mio. Arbeitnehmer gesundheitsgefährdendem Lärm über 85 dB(A) ausgesetzt.

Vorschriften zum Schutz vor der Lärmbelastung finden sich in der Arbeitsstättenverordnung und der Unfallverhütungsvorschrift (UVV) „Lärm". Durch die Überarbeitung der zuletzt genannten Vorschrift zur Umsetzung der EU-Richtlinie über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Lärm am Arbeitsplatz (86/188/EWG) wurden neue Akzente gesetzt. Die UVV „Lärm" verlangt die Anwendung des Standes der fortschrittlichen in der Praxis bewährten Regeln der Lärmminderungstechnik für

— Arbeitsmittel,

— Arbeitsverfahren und

— Arbeitsräume.

Die Gefährdung durch Lärm wird jetzt als Teil der Beeinträchtigung der Gesundheit aufgefaßt. Hervorzuheben ist das Lärmminderungsprogramm, das für Lärmbereiche mit Pegeln über 90 dB(A) aufzustellen und durchzuführen ist. Jedes Unternehmen mit gehörgefährdendem Lärm hat die Arbeitsräume schalltechnisch zu verbessern. Bei der Beschaffung von Arbeitsmitteln sind sachdienliche Informationen für die Geräuschemission zur Verfügung zu stellen.

Die Auswahl leiser Maschinen durch den Unternehmer wird durch die nun verpflichtende Geräuschangabe in der Betriebsanleitung erleichtert (Maschinenlärminformations-Verordnung). Mit der Vorgabe an den Hersteller, Maschinen so zu konzipieren, daß Gefahren durch Lärm vornehmlich an der Quelle ausgeschaltet werden, leistet die Maschinenverordnung einen weiteren wesentlichen Beitrag zur Lärmminderung. Die beiden Verordnungen zugrunde liegenden EU-Richtlinien für

— Maschinen (89/392/EWG, geändert durch 91/368/EWG, 93/44/EWG und 93/68/EWG) und

— Lärmschutz (86/188/EWG)

werden unterstützt durch die europäische Normung zur Maschinensicherheit mit Ausführungen zur Geräuschmessung und Lärmminderung von Maschinen.

Durch die Einbeziehung der neuen Bundesländer ergaben sich für Gewerbeaufsicht, Berufsgenossenschaften und die beteiligten Institute im Berichtszeitraum neue Anforderungen. Zur Vermeidung der Gehörschäden wurden, wie in den Vorjahren,

— die Erfassung von Geräuschimmissionen am Arbeitsplatz,

— die technische Lärmminderung und

— die Gehörvorsorgeuntersuchungen

weitergeführt.

Das Europäische Jahr für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz bot die günstige Gelegenheit, in einem Schwerpunktprogramm gezielt

— über die Gefahren der Lärmeinwirkung aufzuklären und

— über die Möglichkeiten der Lärmminderung an der Quelle zu informieren.

Die Aktionen wandten sich an die Unternehmer in Klein- und Mittelbetrieben, insbesondere in den neuen Bundesländern und an Berufsschüler und -schülerinnen. Mit dem vom Hauptverband der Berufsgenossenschaften durchgeführten Programm an den Berufsschulen wurde rd. 700 000 Jugendlichen

— mit dem Eintritt in das Berufsleben — das Grundlagenwissen über die Risiken des Lärms vermittelt.

Von den Berufsgenossenschaften wurden jährlich zwischen 650 000 bis etwa 800 000 Gehörprüfungen durchgeführt. Die Anzahl der Gehörprüfungen hat durch die Eingliederung der neuen Bundesländer eine Steigerung erfahren.

Die enge Verknüpfung der Lärmprojekte mit der betrieblichen Praxis wurde im Forschungsprogramm Arbeit und Technik durch die Schwerpunkte Blechbearbeitung und Textilindustrie deutlich. Im Rahmen dieses Forschungsprogramms, das vom Bundesministerium für Forschung und Technologie und vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung finanziert wird und sich an das Forschungsprogramm zur Humanisierung des Arbeitslebens anschließt, wurden vom Projektträger „Arbeit und Technik" und auch von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz weiterhin Projekte vergeben, um Voraussetzungen für die Umsetzung der EU-Richtlinien zur Lärmminderung zu schaffen. Der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften beteiligt sich ebenfalls an der Förderung von Forschungsvorhaben, die im weiten Sinne der Prävention der Lärmschwerhörigkeit dienen.

In den Jahren 1989 bis 1993 wurden mehr als 70 Projekte zur Lärmminderung am Arbeitsplatz mit Gesamtkosten von rund 25 Mio. DM gefördert.

Um den Arbeitsschutz stärker in dem Bewußtsein der Bevölkerung zu verankern, wurde die Deutsche Arbeitsschutzausstellung in der Bundesanstalt für Arbeitsschutz eingerichtet, die auch u. a. über Lärmbelastung und Lärmschutz informiert.

4. Gefährliche Stoffe

Das Bundeskabinett hat am 15. September 1993 die Neufassung der Gefahrstoffverordnung (GefStoffV) mit den Maßgaben des Bundesrates beschlossen. Damit wurden auf einen Schlag nicht nur 18 EG-Richtlinien in nationales Recht umgesetzt, sondern auch der Ausstieg der Bundesrepublik Deutschland aus der Verwendung des krebserzeugenden Asbest festgelegt. Die inhaltliche und formale Umgestaltung der Gefahrstoffverordnung in eine moderne Arbeitsschutzvorschrift ist das Ergebnis einer langjährigen erfolgreichen Zusammenarbeit von Sozialpartnern, Wirtschaft, Vollzugsbehörden und Wissenschaft. Diese, im Ausschuß für Gefahrstoffe zusammengeschlossenen Kreise sind nun auch aufgerufen, den durch die GefStoffV vorgegebenen gesetzlichen Rahmen anwenderfreundlich und praxisnah auszufüllen, um damit die vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung angestrebte und erhoffte Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Unfallverhütung in die Tat umzusetzen.

Im folgenden wird ein Überblick über den Aufbau und Inhalt der „neuen" GefStoffV gegeben.

Zweck, Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen

Der in § 1 beschriebene Zweck der Verordnung lehnt sich eng an den entsprechenden Grundsatz des Chemikaliengesetzes (ChemG) an. Im Anwendungsbereich wird wegen der Vorgaben des ChemG und der EG-Richtlinien wie bisher unterschieden zwischen

— den an die Inverkehrbringer gerichteten Kennzeichnungsvorschriften

und

— den an die Arbeitgeber gerichteten Betriebsvorschriften.

Zu beachten sind die jeweils unterschiedlichen Geltungsbereiche.

Die Kennzeichnungsregelungen gelten für fast alle gefährlichen Stoffe und Zubereitungen, jedoch nur für bestimmte Erzeugnisse. Ausgenommen sind wie bisher diejenigen Chemikalien, für die besondere Bestimmungen in anderen Rechtsvorschriften bestehen (z. B. Arzneimittel).

Die Bestimmungen über den Arbeitsschutz im Betrieb haben vergleichsweise einen größeren Anwendungsbereich. Sie gelten für Gefahrstoffe und damit über die gefährlichen Stoffe und Zubereitungen hinaus auch für alle Stoffe, Zubereitungen sowie Erzeugnisse, aus denen beim Umgang gefährliche Stoffe entstehen oder freigesetzt werden können. Entscheidend ist demnach das Vorhandensein gefährlicher Stoffe an einem Arbeitsplatz oder in dessen Gefahrenbereich.

Die Regelungen erfassen mit Ausnahme der Privathaushalte alle Bereiche, in denen Beschäftigte tätig sind. Neben Arbeitern und Angestellten zählen hierzu auch Beamte, Soldaten, Richter, Heimarbeiter, Schüler, Auszubildende und Studenten u. a. Neu ist die Definition des Standes der Technik in enger Anlehnung an die Begriffsbestimmungen im Immissionsschutz, um ein gleiches Schutzniveau von Arbeits- und Umweltschutz sicherzustellen.

Einstufung

Unter Einstufung versteht man die Zuordnung der meist durch Testmethoden festgestellten Eigenschaften eines Stoffes zu definierten Gefährlichkeitsmerkmalen wie giftig, brandfördernd oder krebserzeugend. Die in § 4 aufgelisteten, aus den EG-Richtlinien übernommenen Gefährlichkeitsmerkmale bilden die Grundlage für alle weiteren Regelungen im Gefahrstoffbereich insbesondere für die Kennzeichnungs- und die Betriebsvorschriften. Neu ist die Einführung der Merkmale „umweltgefährlich" und „fortpflanzungsgefährdend".

Kennzeichnung und Verpackung beim Inverkehrbringen

Der dritte Abschnitt regelt in Verbindung mit den Anhängen I bis III die Informationspflichten des Inverkehrbringers. Er enthält detaillierte Bestimmungen über die Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen, Zubereitungen und Erzeugnissen und die zugehörigen Sicherheitsdatenblätter. Aufgrund des Verweises in § 23 auf den dritten Abschnitt gelten beim Umgang im Betrieb dieselben Kennzeichnungsvorschriften wie beim Inverkehrbringen.

Die Grundpflichten des Herstellers, Einführers oder Vertreibers bei der Kennzeichnung von Stoffen sind in der Neufassung der GefStoffV im wesentlichen unverändert geblieben. Erheblich geändert und erweitert wurden die Bestimmungen über die Kennzeichnung von Zubereitungen. Mit der Umsetzung der allgemeinen Zubereitungsrichtlinie der EG werden grundsätzlich alle gefährlichen Zubereitungen kennzeichnungspflichtig. Hierfür wird ein einheitliches Einstufungs- und Kennzeichnungssystem eingeführt, das die bisherigen Einzelregelungen zu Lösemitteln, Lakken u. a. ersetzt.

Für alle gefährlichen Stoffe und Zubereitungen ist für den gewerblichen Verwender zukünftig ein Sicherheitsdatenblatt mitzuliefern, das die für den Arbeitsschutz häufig unzureichenden Kurzinformationen auf dem Etikett in geeigneter Weise ergänzt.

Verbote und Beschränkungen

Der vierte Abschnitt enthält die bisher in verschiedenen Abschnitten der GefStoffV oder in stoffspezifischen Einzelverordnungen zum ChemG enthaltenen Herstellungs- und Verwendungsverbote für Gefahrstoffe sowie Beschäftigungsverbote für bestimmte Personengruppen. Verbote und Beschränkungen des Inverkehrbringens sind demgegenüber in der Chemikalien-Verbots-Verordnung zusammengefaßt und nicht mehr in der GefStoffV enthalten.

Bei den stoffbezogenen Verboten des vierten Abschnitts, die detailliert im Anhang IV beschrieben sind, handelt es sich in den meisten Fällen nicht um Total- sondern um Teilverbote und um Verwendungsbeschränkungen. Beim Herstellen und Verwenden sind daher zusätzlich die in der GefStoffV enthaltenen Arbeitsschutzvorschriften zu beachten, insbesondere die im vierten Abschnitt ebenfalls enthaltenen Beschäftigungsbeschränkungen.

Überarbeitet wurden dort die Regelungen für die „besonders gefährlichen" krebserzeugenden Gefahrstoffe (bisher: Gefährdungsgruppe I). Die Beschränkungen für Jugendliche, werdende Mütter, Heimarbeit und Begasungen sind nur unwesentlich geändert. Neu sind Vorschriften über die gewerbliche Schädlingsbekämpfung, die in Anhang V weiter konkretisiert werden.

Allgemeine Umgangsvorschriften

Die allgemeinen Schutzvorschriften des bisherigen dritten Abschnitts der GefStoffV wurden nur punktuell geändert und im wesentlichen beibehalten. Dies geschah auch im Hinblick auf den inzwischen vorliegenden Entwurf einer EU-Arbeitsschutz-Richtlinie zum Schutz vor chemischen Stoffen. Erst die weiteren Beratungen auf EU-Ebene werden zeigen, ob die bisherige Konzeption der GefStoffV beibehalten werden kann oder grundlegend geändert werden muß.

Die Reduzierung der Regelungen im fünften Abschnitt auf allgemeine, grundsätzliche Anforderungen und die Herausnahme von Verboten/Beschränkungen und anderen speziellen Vorschriften verbessern die Lesbarkeit und das Verständnis der Regelungen. Neu sind die Konkretisierung des Gefahrstoff-Verzeichnisses und die Verbesserung der Information des Arbeitgebers. Bei den anerkannten Meßstellen für Gefahrstoffe ist ein Akkreditierungsverfahren durch die Bundesländer vorgesehen.

Allgemeine Bestimmungen zur Sicherheitstechnik und zum Schutz vor Betriebsstörungen wurden in Ergänzung der bisherigen Lagervorschriften neu aufgenommen, ebenso wie ein Anpassungsgebot an die technische Entwicklung. Die GefStoffV schließt damit die Lücke unterhalb der Mengenschwelle der Störfall-Verordnung, die vor allem für den betrieblichen Arbeitsschutz von besonderer Bedeutung ist und nur teilweise durch die Verordnungen nach § 11 GSG (überwachungsbedürftige Anlagen) geregelt wird. Alle anderen allgemeinen Bestimmungen der seit 1986 geltenden GefStoffV wurden im wesentlichen beibehalten. Wie bisher ist eine arbeitsmedizinische Überwachung in besonderen Fällen vorgesehen (Stoffliste jetzt in Anhang VI).

Krebserzeugende und erbgutverändernde Stoffe

Die Umsetzung der EG-Richtlinie zum Schutz der Arbeitnehmer vor krebserzeugenden Stoffen machte eine Überarbeitung der bisherigen Regelungen erforderlich. Sie wurden vereinfacht, aktualisiert und in einem eigenen Abschnitt zusammengefaßt. Erbgutverändernde Stoffe werden den krebserzeugenden Stoffen gleichgestellt. Die krebserzeugenden Stoffe sind entsprechend ihrem Gefährdungspotential in zwei Gruppen unterteilt, wobei die in § 15a genannten besonders gefährlichen Stoffe mit einem Expositionsverbot belegt sind.

Aus dem EG-Recht übernommene zusätzliche Schutzmaßnahmen unterscheiden den Umgang von krebserzeugenden/erbgutverändernden und anderen gefährlichen Stoffen. Ziel ist es, den Umgang mit diesen Stoffen auf das unbedingt notwendige Maß zu begrenzen. Eine behördliche Umgangserlaubnis ist nicht vorgesehen.

5. Unfallverhütungsvorschriften

Die Unfallverhütungsvorschriften der Unfallversicherungsträger sind im Vorschriftensystem der Bundesrepublik Deutschland eine der wesentlichen Säulen des Arbeitsschutzes. Ihre Bedeutung geht weit über die Unfallversicherung hinaus; sie werden auch bei der Ausfüllung von Gesetzen herangezogen, z. B. bei der Gewerbeordnung und beim Gerätesicherheitsgesetz.

Aufgrund der technischen Entwicklung müssen die Unfallverhütungsvorschriften immer mehr und immer kompliziertere Sachverhalte regeln. Dies erfordert eine ständige Weiterentwicklung der Vorschriftenwerke der Unfallversicherungsträger.

Im Berichtszeitraum wurden von den gewerblichen Berufsgenossenschaften 35 und von den Eigenunfallversicherungsträgern 8 neue Unfallverhütungsvorschriften erlassen.

Vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung wurde im Zeitraum von 1990 bis 1993 der Erlaß bzw. die Änderung von 2 056 Unfallverhütungsvorschriften der einzelnen Berufsgenossenschaften, Gemeindeunfallversicherungsverbänden und Unfallkassen genehmigt. 10 Unfallverhütungsvorschriften wurden außer Kraft gesetzt.

Um Handelshemmnisse zu beseitigen und damit den freien Warenverkehr auf dem Europäischen Binnenmarkt zu gewährleisten, hat die Europäische Union entsprechende Richtlinien erlassen. Diese Binnenmarkt-Richtlinien werden im Rahmen der sozialen Dimension des Binnenmarktes durch Arbeitsschutzrichtlinien ergänzt. Die Richtlinien sind in nationales Recht zu übertragen. Auch die Regelungsmaterie der Unfallverhütungsvorschriften ist von den Richtlinien betroffen, insbesondere durch die

— Richtlinie des Rates vom 14. Juni 1989 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Maschinen (89/392/EWG-Maschinen-Richtlinie)

und

— Richtlinie des Rates vom 30. November 1989 über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Benutzung von Arbeitsmitteln durch Arbeitnehmer bei der Arbeit (89/655/EWG-Arbeitsmittel-Benutzungs-Richtlinie).

Den Vorgaben dieser Richtlinien mußten die Unfallverhütungsvorschriften rechtlich angepaßt werden mit der Folge, daß für neue Maschinen die Bau- und Ausrüstungsbestimmungen in den Unfallverhütungsvorschriften ab 1. Januar 1993 ihre rechtliche Verbindlichkeit verlieren, sofern die darin behandelten Maschinen in den Geltungsbereich der Richtlinie fallen. Der Anwender darf ab 1. Januar 1993 neue Maschinen nur noch einsetzen, wenn sie den Anforderungen der EG-Maschinen-Richtlinie entsprechen. Danach sind die bis zum 31. Dezember 1992 geltenden Unfallverhütungsvorschriften noch weiterhin insofern von Bedeutung, als damit konformen Maschinen nach den Übergangsregelungen der Richtlinie noch bis zum 31. Dezember 1994 in den Verkehr gebracht werden dürfen und die Unfallverhütungsvorschriften zur Auslegung der in der Richtlinie festgelegten wesentlichen Sicherheitsanforderungen herangezogen werden können, soweit noch keine harmonisierten europäischen Normen vorhanden sind. Alle im Betrieb befindlichen Maschinen müssen spätestens am 1. Januar 1997 der EG-Arbeitsmittel-Benutzungs-Richtlinie entsprechen.

Durch entsprechende Nachträge zu den einzelnen UVV'en sind 72 Einzelunfallverhütungsvorschriften durch die jeweiligen Unfallversicherungsträger an die neue durch diese EG-Richtlinien geschaffene Rechtssituation angepaßt worden.

Insgesamt wurden im Anpassungsverfahren 1 381 Einzelgenehmigungen erlassen. Anpassungen an entsprechende EG-Richtlinien wurden auch bei den Unfallverhütungsvorschriften „Lärm", „Kraftbetriebene Flurförderzeuge" und „Sicherheitskennzeichnung am Arbeitsplatz" vorgenommen.

6. Betriebliche Arbeitsschutzorganisation

Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten alleine sind sehr begrenzte Indikatoren dafür, wie es um die Gesundheitssituation der Arbeitnehmer in den Betrieben insgesamt bestellt ist. Modellrechnungen ergeben jährlich rd. 630 Mio. krankheitsbedingte Ausfalltage in deutschen Betrieben, die zum Teil auch arbeitsbedingt sind.

Dies verdeutlicht, daß der Arbeitsschutz auch aus betriebswirtschaftlichen Gründen integraler Bestandteil der Unternehmenspolitik sein sollte. Des weiteren muß sich ein moderner betrieblicher Arbeitsschutz um dieses Thema in einem umfassenderen Sinne kümmern: Die Europäische Union verwendet in diesem Zusammenhang das Begriffspaar Sicherheit und Gesundheitsschutz. Durch Maßnahmen der Prävention sollen die Arbeitnehmer nicht nur vor Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, sondern vor allen arbeitsbedingten Gesundheitsstörungen, z. B. durch psychische Belastungen, Monotonie, falsche Arbeitsplatzgestaltung, geschützt werden. Vor diesem Hintergrund verfolgt die Bundesregierung das Ziel, eine wirksamere betriebliche Arbeitsschutzorganisation in den Betrieben aufzubauen. Grundlage hierfür ist das bereits am 1. Januar 1974 in Kraft getretene Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Arbeitssicherheitsgesetz — ASiG). Wesentliches Ziel dieses Gesetzes ist es, den Arbeitgeber zu unterstützen, indem es ihm Fachleute — Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit — zur Beratung zur Seite stellt.

Bis heute werden — bis auf wenige Ausnahmen in einzelnen Branchen — durchschnittlich alle Betriebe mit 30 oder mehr Arbeitnehmern zur Bestellung von Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit verpflichtet. Im Ergebnis heißt dies, daß derzeit nur ca. 55 % der Arbeitnehmer im gewerblichen Bereich gemäß Arbeitssicherheitsgesetz betreut werden.

Daher hat die Bundesregierung Initiativen auf drei Ebenen eingeleitet:

1. Im Juni 1992 sind die gewerblichen Berufsgenossenschaften aufgefordert worden, ihre Unfallverhütungsvorschriften zur betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Betreuung von Betrieben nach dem Arbeitssicherheitsgesetz mit dem Ziel der Betreuung aller Arbeitnehmer zu ändern.
2. Gemeinsam mit den Fachinstitutionen wird ein neues Ausbildungskonzept für Fachkräfte für Arbeitssicherheit vorbereitet.
3. Für die Aufgaben der Betriebsärzte und der Fachkräfte für Arbeitssicherheit sind zusammen mit den beteiligten Fachkreisen „Qualitätsmerkmale" erarbeitet worden.

Starre, formale Regelungen für die betriebsärztliche und sicherheitstechnische Betreuung von Kleinbetrieben sind wenig sinnvoll. Es gilt vielmehr, unter Berücksichtigung der besonderen und personellen Verhältnisse in den Kleinbetrieben einen wirksamen Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer mit einem angemessenen betrieblichen Aufwand — qualitativ aber hochwertig — zu realisieren.

Für die betriebsärztliche Betreuung von Kleinbetrieben werden in sechs vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung eingesetzten Arbeitsgruppen mit den beteiligten Fachinstitutionen und den Ländern konkrete Umsetzungskonzepte erarbeitet.

Im Bereich der sicherheitstechnischen Betreuung hat das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung als Alternative zur Regelbetreuung für Kleinbetriebe das sog. Unternehmermodell in die Diskussion gebracht, dessen Realisierung von einigen gewerblichen Unfallversicherungsträgern angestrebt wird. Es soll den Unternehmer eines Kleinbetriebs direkt ansprechen, denn er ist der Schlüssel für einen erfolgreichen betrieblichen Arbeitsschutz. Das Unternehmermodell umfaßt die Teilnahme des Unternehmers an Informations- und Motivationsmaßnahmen zum betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie regelmäßige Fortbildung und die Inanspruchnahme externer sicherheitstechnischer Beratung durch den Unternehmer nach entsprechendem Bedarf. Die gewerblichen Berufsgenossenschaften entwickeln in Übereinstimmung mit den allgemeinen Rahmenbedingungen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung die für die jeweiligen Branchenstrukturen und -verhältnisse geeigneten Varianten des Unternehmermodells.

Zukünftig gewinnt die interdisziplinäre Zusammenarbeit — auch vor dem Hintergrund des erweiterten Arbeitsschutzverständnisses — zunehmend an Bedeutung. Dies gilt es gerade, bei der Betreuung für Kleinbetriebe organisatorisch geeignet zu lösen.

Zur erwähnten dritten Initiative hat das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung gemeinsam mit den Fachinstitutionen einen neuen Ratgeber für die betriebsärztliche Betreuung nach dem Arbeitssicherheitsgesetz sowie die „gemeinsame Empfehlung" zu Qualitätsmerkmalen und Anforderungen an Fachkräfte für Arbeitssicherheit für deren Aufgabenwahrnehmung veröffentlicht, die das Tätigwerden von Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit im Betrieb unterstützen.

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz erarbeitet insbesondere Beispielsammlungen zur gesundheitsgerechten Gestaltung von Arbeitsplätzen unter Auswertung geeigneter Forschungsergebnisse sowie zu Praxiserfahrungen erfolgreicher betrieblicher Präventionsmaßnahmen auch unter dem Aspekt Wirtschaftlichkeit des betrieblichen Arbeitsschutzes. Die Bundesanstalt für Arbeitsmedizin leistet ergänzende Unterstützung für den Bereich der betriebsärztlichen Aufgaben.

Bei der Anwendung des Arbeitssicherheitsgesetzes in der öffentlichen Verwaltung konnten weitere Fortschritte erzielt werden. Der Geltungsbereich der Unfallverhütungsvorschrift „Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit" (GUV 0.5) ist auf alle Mitglieder des Gemeindeunfallversicherungsverbandes ausgedehnt worden.

7. Aus- und Fortbildung

Eine hohe Qualifikation ist heute Voraussetzung für ein wirksames Tätigwerden der im Betrieb für den Arbeitsschutz zuständigen Personen. Diese erfordert auch eine entsprechende Aus- und Fortbildung der Unternehmer selber, der Führungskräfte, der Betriebs- und Personalräte sowie bestimmter Arbeitnehmergruppen. Bei diesen Personengruppen liegt auch der Schwerpunkt der Aktivitäten im Bereich Aus- und Fortbildung im Arbeitsschutz. Die Unfallversicherungsträger sind dabei die wichtigsten Ausbildungsträger.

Veränderte Rahmenbedingungen des betrieblichen Arbeitsschutzes, z. B. neue Technologien, weiterentwickeltes Fachwissen, Rechtsetzung der Europäischen Union sowie bisherige Ausbildungserfahrungen, erfordern eine Modernisierung der Ausbildung der Fachkräfte für Arbeitssicherheit, um den neuen Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können. Das Bundesministerium für Arbeit bereitet daher nach einer mehrjährigen fachlichen Diskussion gemeinsam mit dem Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften eine solche Neukonzeption vor, welche eine qualitative und quantitative Erweiterung der bisherigen Ausbildung mit sich bringen wird. Dies geschieht in enger Abstimmung mit der betrieblichen Praxis, um bei der anschließenden Umsetzung der Konzeption die erforderliche Ausbildungsqualität mit den betrieblichen Belangen in Einklang zu bringen.

8. Aufsichtsdienste

Für die Überwachung im Arbeitsschutz sind die Gewerbeaufsichtsbehörden der Bundesländer und die Technischen Aufsichtsdienste der Unfallversicherungsträger zuständig.

8.1 Gewerbeaufsicht

Die Bundesländer sind nach Artikel 83 ff. des Grundgesetzes für den Aufbau ihrer Verwaltung zur Durchführung der Arbeitsschutzvorschriften des Bundes zuständig. Auf der unteren Ebene nehmen diese Aufgaben die „Gewerbeaufsichtsämter" oder „Arbeitsschutzämter" wahr.

Sie unterstehen in der Regel dem jeweiligen Landesminister für Arbeit und Soziales.

Mit Hilfe von Bund und den alten Ländern sind in den neuen Bundesländern Arbeitsschutzbehörden eingerichtet worden. Der Aufbau kann bereits seit 1992 als abgeschlossen angesehen werden. Es sind insgesamt 24 Arbeitsschutzaufsichtsämter eingerichtet worden. Zusätzlich bestehen in den Ländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen Ländesämter für Arbeitsschutz.

Die personelle Ausstattung der Ämter ist ebenfalls abgeschlossen. Das Personal kommt in der Regel aus den Arbeitsschutzkontrolleinrichtungen der ehemaligen DDR.

Die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten ist von 3 337 im Jahr 1989 auf 4 058 im Jahr 1993 gestiegen. Im Jahre 1993 waren 3 615 (1989: 3 069) Beamte bei den Gewerbeaufsichtsämtern und 228 (1989: 268) bei den Mittelinstanzen und in den Länderministerien beschäftigt (ohne Sachsen). Die Zahl der Staatlichen Gewerbeärzte ist im Berichtszeitraum um 24 auf 135 gestiegen. Detaillierte Angaben über die einzelnen Jahre und die Personalentwicklungen in den Bundesländern sind in der Übersicht 16 enthalten.

Die Gewerbeaufsicht der Bundesländer war im Jahre 1993 für rund 2,06 Mio. Betriebe zuständig (Übersicht 17).

Im Jahre 1993 wurden rd. 647 000 Betriebsbesichtigungen durchgeführt und dabei ca. 289 000 Betriebe besichtigt (Übersicht 17). Bei den Betriebsbesichtigungen wurden rd. 1,4 Mio. Mängel beanstandet (Übersicht 18).

An Durchsetzungsmitteln wurden im Jahre 1993 eingesetzt:

Anordnungen	26 117	
Verwarnungen	5 918	
Bußgeldbescheide	8 083	(ohne Baden-Württemberg)
Strafanzeigen	108	

Eine Aufschlüsselung nach Bundesländern ist in der Übersicht 19 enthalten.

8.2 Unfallversicherungsträger

Die Aufsichtsdienste der gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sowie der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand sind nach der Reichsversicherungsordnung derzeit am Leistungsrecht orientiert und daher ausschließlich in der Arbeitssicherheit (Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten) tätig. Neben der Aufsichtstätigkeit arbeiten die Aufsichtsbeamten in starkem Maße in den berufsgenossenschaftlichen Prüfstellen nach dem Gerätesicherheitsgesetz, bei der Erstellung von Unfallverhütungsvorschriften sowie berufsgenossenschaftlichen Folgeregelungen, bei den Normenorganisationen und bei der Aus- und Fortbildung von Fachkräften für Arbeitssicherheit, Sicherheitsbeauftragten, betrieblichen Führungskräften und bestimmten Arbeitnehmergruppen mit.

Auf das Beitrittsgebiet haben sich zum 1. Januar 1991 30 Berufsgenossenschaften erstreckt, die dort über 125 Stützpunkte für den technischen Aufsichtsdienst eingerichtet haben. Die Berufsgenossenschaften haben für die Überwachungs- und Beratungstätigkeit Fachleute aus dem Beitrittsgebiet eingestellt, die bislang überwiegend Aufgaben im Arbeitsschutz oder der Arbeitshygiene wahrgenommen haben. Im Bereich der Landwirtschaft sind für die fünf neuen Bundesländer und Berlin zwei neue Berufsgenossenschaft gebildet worden.

Der Personalstand bei den Technischen Aufsichtsdiensten der gesetzlichen Unfallversicherungsträger hat sich seit dem Jahr 1989 um 915 erhöht. Am Ende des Berichtszeitraumes betrug die Personalstärke bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 2 170, bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 411 und bei den Eigenunfallversicherungsträgern 305. Insgesamt sind bei den gesetzlichen Unfallversicherungsträgern 2 886 technische Aufsichtsbeamte tätig; im Jahr 1989 waren es 1 971. Detaillierte Angaben über die einzelnen Jahre und die Entwicklungen bei den Unfallversicherungsträgern sind in der Übersicht 20 enthalten.

Die Technischen Aufsichtsdienste der gewerblichen Berufsgenossenschaften waren im Jahr 1993 für rd. 2,6 Mio. Betriebe zuständig (Übersicht 21). Es wurden rd. 964 000 Betriebsbesichtigungen durchgeführt und dabei rd. 570 000 Betriebe besichtigt. Sowohl bei der Zahl der Betriebsbesichtigungen als auch bei der Zahl der besichtigten Betriebe ist eine steigende Tendenz festzustellen (Übersicht 22).

An Durchsetzungsmitteln wurden eingesetzt

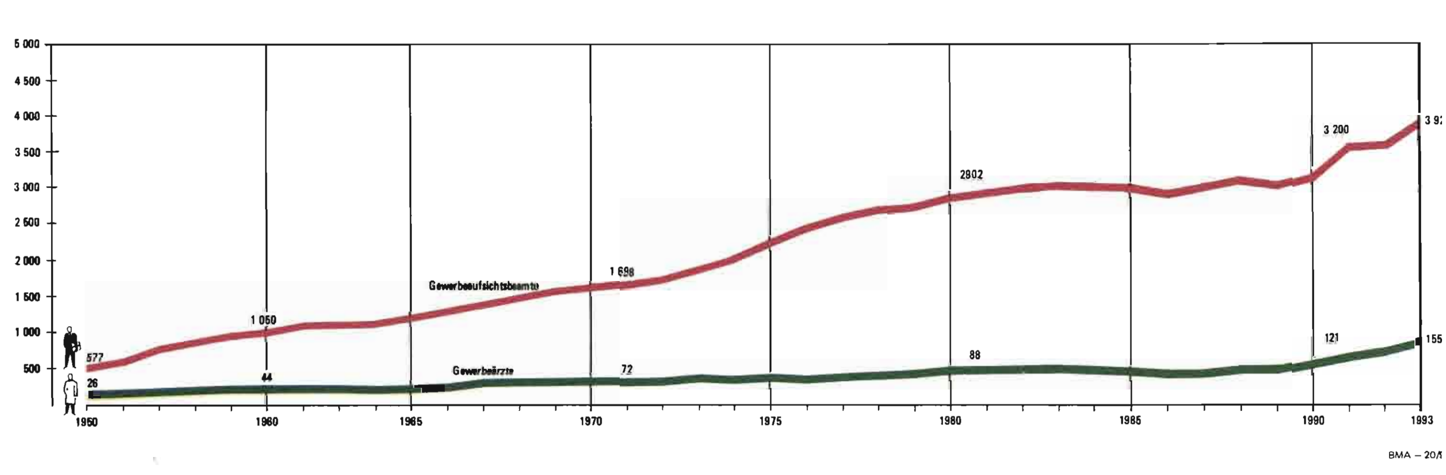
a) bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften
   Bußgeldbescheide gegen Unternehmer 1 004
   Bußgeldbescheide gegen Versicherte 405

b) bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften
   Bußgeldbescheide gegen Unternehmer 3 377
   Bußgeldbescheide gegen Versicherte 7

Im Jahre 1993 wurden von den Technischen Aufsichtsdiensten der Unfallversicherungsträger rd. 184 000 Anordnungen erlassen. Bei dieser Zahl ist zu berücksichtigen, daß das Durchsetzungsmittel „Anordnung" bei den einzelnen Unfallversicherungsträgern nicht einheitlich angewandt wird (Übersicht 23).

Schaubild 19

Entwicklung des Personalstandes in der Gewerbeaufsicht



9. Forschungsprogramm Arbeit und Technik

Wisssenschaft und Technik prägen die Arbeitswelt von heute in einem Maße, daß es kaum noch möglich ist, ohne Einsatz fortgeschrittenster wissenschaftlicher Erkenntnisse Sicherheit und Gesundheitsschutz in den Betrieben umfassend sicherzustellen. Ganz offensichtlich wird dies im Gefahrstoffbereich; aber die Situation ist in bezug auf andere Belastungs- und Gefährdungsfaktoren kaum anders einzuschätzen. Die Diskussion hierüber hat sich vielfach mit einigen herausgehobenen Arbeitsplätzen oder Problemen befaßt — z. B. mit Bildschirmarbeitsplätzen, elektromagnetischen Feldern oder psychomentalen Belastungen. Dies verdeckt aber eher die Tatsache, daß der Arbeits- und Gesundheitsschutz durch eine Fülle weiterer Entwicklungen gefordert ist. Die Bundesregierung hat hieraus ihre Konsequenzen gezogen, indem sie der Forschung in diesem Feld beträchtliche Mittel widmet.

Wichtige Forschungsarbeiten werden im Rahmen des Forschungs- und Entwicklungsprogramms „Arbeit und Technik" der Bundesregierung gefördert. Das Programm wird vom Bundesministerium für Forschung und Technologie, vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung sowie dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft getragen; die Durchführung liegt beim Forschungsministerium. Die zentralen Zielsetzungen des Programms sind

— Schutz der Gesundheit durch Abbau und Abwehr gefährdender Belastungen,

— menschengerechte Gestaltung von Arbeit und Technik.

Diese Zielsetzungen wurden durch mittelfristige Handlungsfelder auf die aktuellen Herausforderungen ausgerichtet. Wesentliche Gesichtspunkte dabei sind:

— Forschung und Entwicklung von Konzepten, in denen neue Techniken zusammen mit flexiblen Organisationsmodellen und modernen Personalstrategien erprobt werden, um Rationalisierungen sowie eine weitere Humanisierung der Arbeit zu ermöglichen.

— Verstärkte Ausrichtung von Forschungsvorhaben zum Arbeits- und Gesundheitsschutz auf Problemlösungen, die präventive Maßnahmen für eine Verbesserung von Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz zum Ziel haben.

— Forschung und Entwicklung von Konzepten im Hinblick auf demographische Veränderungen der Erwerbsbevölkerung.

— Durchführung von Forschungsarbeiten überwiegend in Verbundprojekten mit enger Kooperation von Wissenschaft und betrieblicher Praxis, um somit den oftmals langen Weg der Umsetzung von Forschungsergebnissen wesentlich zu verkürzen.

Ein erheblicher Anteil der Fördermittel wurde an Forschungsinstitutionen und Betriebe der neuen Bundesländer vergeben. Damit wird zum einen eine schnelle Anpassung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben und Verwaltungen in den neuen Bundesländern an moderne westliche Standards angestrebt. Zum andern sollen aber auch die Betriebe der neuen Bundesländer durch Vermittlung modernster Arbeits- und Produktionskonzepte in die Lage gesetzt werden, im schwieriger gewordenen Wettbewerb zu bestehen. Durch gemeinsame Verbundvorhaben soll darüber hinaus die Zusammenarbeit zwischen ost- und westdeutschen Forschern unterstützt werden.

Die Ergebnisse aus Aktivitäten der Forschungsvorhaben des Programms „Arbeit und Technik" in der Arbeitsschutzpraxis dienen den Bundesanstalten für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin für Umsetzungsmaßnahmen, die von der Information über die Aus- und Fortbildung bis in die Regelsetzung hineinreichen.

Die Forschung konzentriert sich auf die Bundesanstalt für Arbeitsschutz in Dortmund und die Bundesanstalt für Arbeitsmedizin in Berlin, die als nachgeordnete Behörden des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung den Arbeitsschutz in der Bundesrepublik Deutschland auf verschiedenen Wegen fördern, u. a. durch eigene Forschungsarbeiten und Vergabe von Forschungsaufträgen an Dritte. Die Forschungsplanung der Bundesanstalten wird laufend an die sich ändernden Aufgabenstellungen angepaßt, welche sich nicht zuletzt aus den technischen Entwicklungen der Arbeitswelt ergeben. Forschung sowie Bemühungen der Bundesanstalten, Forschungsergebnisse in die Praxis einzubringen, verschaffen den Anstalten eine wichtige Funktion für den Ausbau und die Weiterentwicklung des praktischen Arbeitsschutzes. Zur Gestaltung der deutschen Einheit auch im Bereich der Arbeitsbedingungen hat das Bundesministerium für Arbeit schon 1991 mit einem Förderprogramm „Modellmaßnahmen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz in den neuen Bundesländern" begonnen. Die beiden Bundesanstalten haben seitdem insgesamt 36 Modellmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von ca. 50 Mio. DM gefördert.

10. Wirtschaftlicher Anreiz zur Unfallverhütung

Die gewerblichen Berufsgenossenschaften haben nach § 725 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung die Möglichkeit, Zuschläge zum Mitgliedsbeitrag aufzuerlegen oder Nachlässe zu bewilligen; ihre Höhe hat sich nach der Zahl, der Schwere oder den Kosten der Arbeitsunfälle oder nach mehreren dieser Merkmale zu richten. Mit dieser Regelung soll den Mitgliedsunternehmen ein zusätzlicher wirtschaftlicher Anreiz zur Verbesserung der Unfallverhütung gegeben werden. Die gewerblichen Berufsgenossenschaften nutzen alle diese Möglichkeit, wenden aber unterschiedliche Verfahren an. Es gibt reine Zuschlagsverfahren und reine Nachlaßverfahren, aber auch Verfahren, die beide Möglichkeiten miteinander kombinieren. Die Verfahren stellen darauf ab, wie sich die Belastung des einzelnen Unternehmens durch Arbeitsunfälle zur Gesamtbelastung des Gewerbezweiges oder aller Mitglieder der Berufsgenossenschaften verhält.

Im Jahre 1993 haben von den gewerblichen Berufsgenossenschaften 8 ein reines Zuschlagsverfahren und

14 ein reines Nachlaßverfahren durchgeführt; ein kombiniertes Verfahren (Zuschläge und Nachlässe) haben 13 Berufsgenossenschaften angewendet.

An Beitragszuschlägen sind im Jahre 1993 insgesamt 217,1 Mio. DM erhoben worden. Die Sätze bei den einzelnen Berufsgenossenschaften schwanken zwischen 6,1 und 0,03 v. H. der Umlage. Aus diesem Rahmen fallen heraus die Bergbau-Berufsgenossenschaft mit Zuschlägen von 8,0 v. H. des Umlagesolls und die Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft mit 28,9 v. H. des Umlagesolls. Die Summe der Beitragsnachlässe betrug 760,5 Mio. DM. Die Prozentsätze bei den einzelnen Berufsgenossenschaften bewegen sich hier zwischen 12,5 und 2,1 v. H. Diese Prozentsätze der Beitragsumverteilung geben nicht das Ausmaß der Be- und Entlastung der einzelnen Mitgliedsunternehmen, sondern lediglich den Durchschnitt der Beitragszuschläge oder -nachlässe, bezogen auf das Beitragsaufkommen aller Mitglieder der Berufsgenossenschaft, wieder. Die Höhe der Zuschläge und Nachlässe sind für die gewerblichen Berufsgenossenschaften in Übersicht 23 ausgewiesen.

Der wirtschaftliche Nutzen menschengerechter Arbeitsbedingungen drückt sich aber nicht nur in den Beiträgen an die Unfallversicherungsträger aus. Gesunde, motivierte und leistungsstarke Mitarbeiter werden immer wichtiger, um den hohen Anforderungen im internationalen Wettbewerb an Flexibilität und Inovationskraft genügen zu können. Arbeitsschutz ist ein wichtiges Instrument auch für Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit.

11. Umsetzung der EU-Arbeitsschutz-Richtlinien

Zum Abbau von Handelshemmnissen bei verkehrsfähigen Produkten hat der Rat im Berichtszeitraum über 20 Richtlinien beschlossen, die auch die Arbeitssicherheit betreffen. Sie regeln Sicherheitsanforderungen und Prüfpflichten bei Maschinen, Geräten und technischen Anlagen sowie die Einstufung, Kennzeichnung, Verpackung und Beschränkungen des Inverkehrbringens und der Verwendung von Chemikalien.

Diese Richtlinien werden auf Grund des Artikels 100a EG-Vertrag erlassen. Im einzelnen handelt es sich um folgende Richtlinien:

— 7. Änderungsrichtlinie zur Richtlinie über Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe

— 11. bis 20. Anpassungsrichtlinie zur Richtlinie über Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe

— 2. und 3. Anpassungsrichtlinie zur Richtlinie über Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Zubereitungen

— 2 Richtlinien zur Ausführung einzelner Artikel der Richtlinie über Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Zubereitungen

— Richtlinie zur Anpassung der Richtlinie über Beschränkungen des Inverkehrbringens und der Verwendung gewisser gefährlicher Stoffe und Zubereitungen (Asbest)

— CE-Zeichen-Richtlinie

— Richtlinie zur Änderung der Richtlinie über elektrische Betriebsmittel zur Verwendung in explosibler Atmosphäre

— Richtlinie zur Änderung der Richtlinie über einfache Druckbehälter

— 2 Richtlinien zur Änderung der Richtlinie über Maschinen

— Richtlinie über Gasverbrauchseinrichtungen

— Richtlinie zur Änderung der Richtlinie über persönliche Schutzausrüstungen.

Alle Richtlinien über gefährliche Stoffe und Zubereitungen sind nach der Novelle zur Gefahrstoffverordnung vom 26. Oktober 1993 in deutsches Recht umgesetzt. Was die Richtlinien über technische Arbeitsmittel betrifft, so wurden durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Gerätesicherheitsgesetzes vom 26. August 1992 die Voraussetzungen für eine Umsetzung der einzelnen Richtlinien durch Rechtsverordnungen auf Grund des Gerätesicherheitsgesetzes verbessert. Mit dem Erlaß der derzeit vorbereiteten Rechtsverordnung zur Anpassung der schon erlassenen Rechtsverordnungen an die CE-Zeichen-Richtlinie und die Änderungsrichtlinien zur Richtlinie über Maschinen und persönliche Schutzausrüstungen sind alle Richtlinien in deutsches Recht umgesetzt.

Im Berichtszeitraum sind ferner 12 Richtlinien erlassen worden, die Mindestvorschriften zur Verbesserung der Arbeitsumwelt im Sinne des Artikels 118a EG-Vertrag enthalten, nämlich:

— Richtlinie über Karzinogene

— Richtlinie über biologische Arbeitsstoffe

— Richtlinie über den Arbeitsschutz auf Baustellen

— Richtlinie über die Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung am Arbeitsplatz

— Richtlinie über den Gesundheitsschutz Schwangerer

— Richtlinie über den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer in Betrieben, in denen durch Bohrungen Mineralien gewonnen werden

— Richtlinie über den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer in übertägigen oder untertägigen mineralgewinnenden Betrieben

— Richtlinie zur Änderung der Richtlinie über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Asbest am Arbeitsplatz

— Richtlinie zur Festsetzung von Richtgrenzwerten

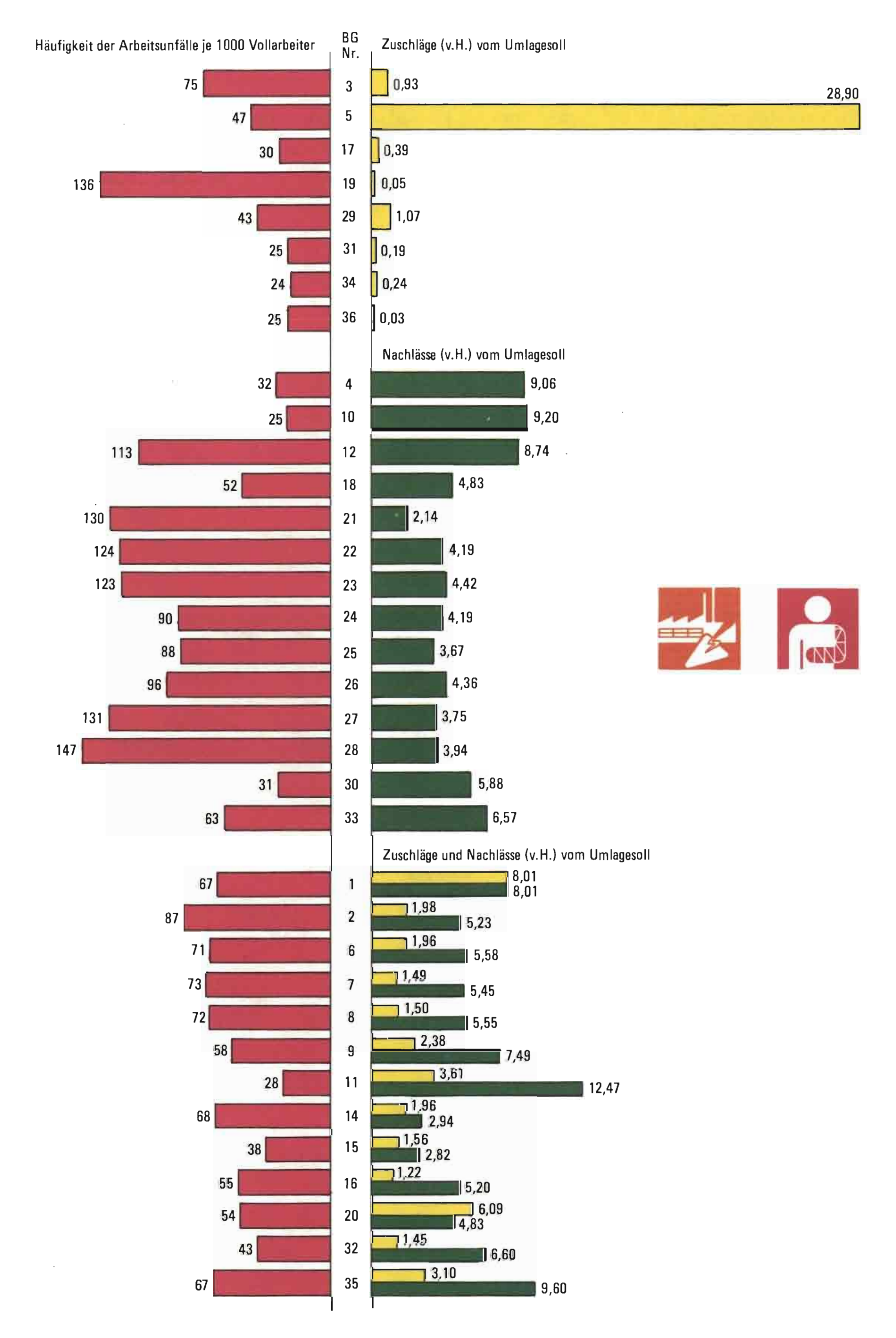
— Richtlinie über den Gesundheitsschutz von Arbeitnehmern mit befristetem Arbeitsverhältnis oder Leiharbeitsverhältnis

— Richtlinie über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Fischereifahrzeugen

— Richtlinie über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung.

Schaubild 20

Zuschläge und Nachlässe der gewerblichen Berufsgenossenschaften in v. H. vom Umlagesoll und Häufigkeit der angezeigten Arbeitsunfälle je 1000 Vollarbeiter im Jahre 1993



Die Richtlinie über Karzinogene, die Richtlinie zur Änderung der Richtlinie über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Asbest am Arbeitsplatz und die Richtlinie zur Festlegung von Richtgrenzwerten sind mit der Novelle der Gefahrstoffverordnung vom 26. Oktober 1993 vollständig in deutsches Recht umgesetzt worden. Der Richtlinie über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung entspricht bereits weitestgehend das zum 1. Juli 1994 in Kraft getretene Arbeitszeitgesetz. Dagegen sind noch Maßnahmen zur Anpassung des bestehenden Arbeitsschutzrechts an die übrigen Richtlinien erforderlich. Als wichtigste dieser Maßnahmen hat die Bundesregierung am 5. November 1993 den Entwurf eines Arbeitsschutzrahmengesetzes beschlossen und den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet. Mit diesem Gesetz sollen unmittelbar drei Richtlinien (die schon 1989 erlassene sog. Arbeitsschutz-Rahmenrichtlinie, die Richtlinie über Arbeitsstätten und die Richtlinie über den Gesundheitsschutz von Arbeitnehmern mit befristetem Arbeitsverhältnis oder Leiharbeitsverhältnis) umgesetzt werden. Außerdem werden im Arbeitsschutzrahmengesetz, im Bundesberggesetz und in der Reichsversicherungsordnung ausreichende gesetzliche Grundlagen geschaffen, die eine Umsetzung der übrigen Richtlinien durch Rechtsverordnungen und teilweise auch Unfallverhütungsvorschriften ermöglichen. Der Gesetzentwurf ist gleichzeitig Kernstück einer Neuordnung des öffentlich-rechtlichen Arbeitsschutzes, die der Einigungsvertrag als Aufgabe des gesamtdeutschen Gesetzgebers festgestellt hat. Er wurde jedoch in der 12. Legislaturperiode nicht mehr verabschiedet. Dadurch verzögern sich auch die Umsetzungsmaßnahmen für die übrigen Richtlinien.

Übersichten

Inhaltsverzeichnis

Tabellen zu den Schaubildern

Übersicht 1

Angezeigte Unfälle (Arbeitsunfälle und Wegeunfälle)
in den Jahren 1991 bis 1993

	1993	1992	1991	Veränderung von			
				1992 auf 1993		1991 auf 1992	
				absolut	v. H.	absolut	v. H.
1	2	3	4	5	6	7	8
Angezeigte Arbeitsunfälle	**1 931 387**	2 069 422	2 016 153	–138 035	– *6,7*	+53 269	+ *2,6*
davon:							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	**1 510 745**	1 622 732	1 587 177	–111 987	– *6,9*	+35 555	+ *2,2*
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	**184 833**	194 709	199 491	– 9 876	– *5,1*	– 4 782	– *2,4*
Eigenunfallversicherung	**235 809**	251 981	229 485	– 16 172	– *6,4*	+22 496	+ *9,8*
Angezeigte Wegeunfälle	**266 902**	262 196	245 127	+ 4 706	+ *1,8*	+ 17 069	+ *7,0*
davon:							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	**204 755**	204 155	195 667	+ 600	+ *0,3*	+ 8 488	+ *4,3*
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	**5 421**	4 096	4 491	+ 1 325	*+32,3*	– 395	– *8,8*
Eigenunfallversicherung	**56 726**	53 945	44 969	+ 2 781	+ *5,2*	+ 8 976	*+20,0*
Angezeigte Arbeits- und Wegeunfälle insgesamt	**2 198 289**	2 331 618	2 261 280	–133 329	– *5,7*	+70 338	+ *3,1*
davon:							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	**1 715 500**	1 826 887	1 782 844	–111 387	– *6,1*	+44 043	+ *2,5*
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	**190 254**	198 805	203 982	– 8 551	– *4,3*	– 5 177	– *2,5*
Eigenunfallversicherung	**292 535**	305 926	274 454	– 13 391	– *4,4*	+31 472	*+11,5*

Übersicht 2

Erstmals entschädigte Unfälle (Arbeitsunfälle und Wegeunfälle)
in den Jahren 1991 bis 1993

	1993	1992	1991	Veränderung von			
				1992 auf 1993		1991 auf 1992	
				absolut	v. H.	absolut	v. H.
1	2	3	4	5	6	7	8
Erstmals entschädigte Arbeitsunfälle	**48 422**	45 619	43 791	+2 803	+ *6,1*	+1 828	+ *4,2*
davon:							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	**35 553**	32 932	30 612	+2 621	+ *8,0*	+2 320	+ *7,6*
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	**9 688**	9 633	10 333	+ 55	+ *0,6*	– 700	– *6,8*
Eigenunfallversicherung	**3 181**	3 054	2 846	+ 127	+ *4,2*	+ 208	+ *7,3*
Erstmals entschädigte Wegeunfälle	**11 727**	10 515	9 077	+1 212	+*11,5*	+1 438	+*15,8*
davon:							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	**9 789**	8 968	7 812	+ 821	+ *9,2*	+1 156	+*14,8*
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	**301**	221	158	+ 80	+*36,2*	+ 63	+*39,9*
Eigenunfallversicherung	**1 637**	1 326	1 107	+ 311	+*23,5*	+ 219	+*19,8*
Erstmals entschädigte Arbeits- und Wegeunfälle insgesamt	**60 149**	56 134	52 868	+4 015	+ *7,2*	+3 266	+ *6,2*
davon:							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	**45 342**	41 900	38 424	+3 442	+ *8,2*	+3 476	+ *9,0*
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	**9 989**	9 854	10 491	+ 135	+ *1,4*	– 637	– *6,1*
Eigenunfallversicherung	**4 818**	4 380	3 953	+ 438	+*10,0*	+ 427	+*10,8*

Übersicht 3

Tödliche Unfälle (Arbeitsunfälle und Wegeunfälle)
in den Jahren 1991 bis 1993

	1993	1992	1991	Veränderung von 1992 auf 1993		Veränderung von 1991 auf 1992	
				absolut	v. H.	absolut	v. H.
1	2	3	4	5	6	7	8
Erstmals entschädigte tödliche Arbeitsunfälle[2]) insgesamt	**1 867**	1 752	1 496	+115	+ *6,6*	+256	+ *17,1*
davon im Betrieb am Arbeitsplatz[1]) zusammen	**1 334**	1 223	1 102	+111	+ *9,1*	+121	+ *11,0*
darunter:							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	**974**	887	735	+ 87	+ *9,8*	+152	+ *20,7*
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	**279**	252	293	+ 27	+ *10,7*	− 41	− *14,0*
Eigenunfallversicherung	**81**	84	74	− 3	− *3,6*	+ 10	+ *13,5*
davon im Straßenverkehr bei der Arbeit zusammen	**533**	529	394	+ 4	+ *0,8*	+135	+ *34,3*
darunter:							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	**440**	423	327	+ 17	+ *4,0*	+ 96	+ *29,4*
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	**45**	57	43	− 12	− *21,1*	+ 14	+ *32,6*
Eigenunfallversicherung	**48**	49	24	− 1	− *2,0*	+ 25	+*104,2*
Erstmals entschädigte tödliche Wegeunfälle	**973**	910	730	+ 63	+ *6,9*	+180	+ *24,7*
davon:							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	**813**	781	650	+ 32	+ *4,1*	+131	+*20,2*
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	**52**	26	17	+ 26	+*100,0*	+ 9	+ 52,9
Eigenunfallversicherung	**108**	103	63	+ 5	+ *4,9*	+ 40	+ 63,5
Erstmals entschädigte tödliche Unfälle insgesamt	**2 840**	2 662	2 226	+178	+ *6,7*	+436	+ *19,6*
davon:							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	**2 227**	2 091	1 712	+136	+ *6,5*	+379	+ *22,1*
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	**376**	335	353	− 41	− *12,2*	− 18	− *5,1*
Eigenunfallversicherung	**237**	236	161	+ 1	+ *0,4*	+ 75	+ *46,6*

[1]) incl. Dienstwegeunfälle, die nicht im Straßenverkehr geschahen
[2]) Erstmals entschädigte tödliche Arbeitsunfälle im Betrieb und im Straßenverkehr

Übersicht 4

Unfälle (Schul- und Wegeunfälle) der Schüler, Studenten und Kinder in Kindergärten
— Eigenunfallversicherungsträger —
in den Jahren 1991 bis 1993

	1993	1992	1991	Veränderung von			
				1992 auf 1993		1991 auf 1992	
				absolut	v. H.	absolut	v. H.
1	2	3	4	5	6	7	8
Angezeigte Unfälle	**1 416 104**	1 336 307	1 083 049	+79 797	+ *6,0*	+253 258	*+23,4*
davon:							
Schulunfälle	**1 289 485**	1 217 928	977 129	+71 557	+ *5,9*	+240 799	*+24,6*
Wegeunfälle	**126 619**	118 379	105 920	+ 8 240	+ *7,0*	+ 12 459	*+11,8*
Erstmals entschädigte Unfälle	**2 657**	2 705	2 635	– 48	– *1,8*	+ 70	+ *2,7*
davon:							
Schulunfälle	**1 764**	1 806	1 762	– 42	– *2,3*	+ 44	+ *2,5*
Wegeunfälle	**893**	899	873	– 6	– *0,7*	+ 26	+ *3,0*
Tödliche Unfälle	**105**	130	89	– 25	*–19,2*	+ 41	*+46,1*
davon:							
Schulunfälle	**14**	16	14	– 2	*–12,5*	+ 2	*+14,3*
Wegeunfälle	**91**	114	75	– 23	*–20,2*	+ 39	*+52,0*

Übersicht 5

Vollarbeiter, Versicherungsverhältnisse, Arbeitsstunden
in den Jahren 1991 bis 1993
in 1 000

	1993	1992	1991	Veränderung von 1992 auf 1993 v. H.	Veränderung von 1991 auf 1992 v. H.
1	2	3	4	5	6
Vollarbeiter					
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	**29 688,4**	29 966,0	29 937,3	*– 0,9*	*+ 0,1*
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	**2 279,6**	2 200,1	2 234,6	*+ 3,6*	*– 1,5*
Eigenunfallversicherung	**5 136,9**	5 290,3	4 954,0	*– 2,9*	*+ 6,8*
insgesamt	**37 105,0**	37 456,4	37 125,9	*– 0,9*	*+ 0,9*
Versicherungsverhältnisse					
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	**46 384,8**	45 435,3	44 326,2	*+ 2,1*	*+ 2,5*
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	**556,0**	—	—	—	—
Eigenunfallversicherung	**13 948,3**	14 381,5	12 562,0	*– 3,0*	*+14,5*
insgesamt	**60 889,0**	59 816,9	56 888,2	*+ 1,8*	*+ 5,1*
Arbeitsstunden					
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	**46 610 827**	48 544 964	47 600 263	*– 4,0*	*+ 2,0*

Übersicht 6

Angezeigte Arbeitsunfälle je 1 000 Vollarbeiter
in den Jahren 1991 bis 1993

Nr. der BG		1993	1992	1991
	1	2	3	4
1	Bergbau-BG	**67**	77	73
2	Steinbruchs-BG	**87**	91	82
3	BG der keramischen und Glasindustrie	**74**	79	77
4	BG der Gas- und Wasserwerke	**32**	34	33
5	Hütten- und Walzwerks-BG	**47**	58	61
6	Maschinenbau- und Metall-BG	**71**	78	71
7	Norddeutsche Metall-BG	**73**	86	85
8	Süddeutsche Metall-BG	**72**	82	81
9	Edel- und Unedelmetall-BG	**58**	73	61
10	BG der Feinmechanik und Elektrotechnik	**25**	27	26
11	BG der chemischen Industrie	**28**	32	34
12	Holz-BG	**113**	121	112
14	Papiermacher-BG	**68**	81	85
15	BG Druck und Papierverarbeitung	**38**	42	41
16	Lederindustrie-BG	**55**	63	64
17	Textil- und Bekleidungs-BG	**30**	33	33
18	BG Nahrungsmittel und Gaststätten	**52**	56	58
19	Fleischerei-BG	**136**	164	191
20	Zucker-BG	**54**	65	62
21	Bau-BG Hamburg	**130**	136	126
22	Bau-BG Hannover	**124**	132	111
23	Bau-BG Wuppertal	**123**	112	115
24	Bau-BG Frankfurt a.M.	**90**	98	94
25	Südwestliche Bau-BG	**88**	96	94
26	Württembergische Bau-BG	**96**	110	107
27	Bau–BG Bayern und Sachsen	**131**	126	108
28	Tiefbau-BG	**147**	159	143
29	Großhandels- und Lagerei-BG	**43**	48	51
30	BG für den Einzelhandel	**31**	33	32
31	Verwaltungs-BG	**25**	25	25
32	BG der Straßen-, U-Bahnen und Eisenbahnen	**43**	43	40
33	BG für Fahrzeughaltungen	**63**	63	59
34	See-BG	**24**	26	25
35	Binnenschiffahrts-BG	**67**	70	67
36	BG für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege	**25**	28	28
Gewerbliche Berufsgenossenschaften		**51**	54	53
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften		**81**	89	89
Eigenunfallversicherung		**46**	48	46
Versicherungsträger insgesamt		**52**	55	54

Übersicht 7

Angezeigte Arbeitsunfälle je 1 Mio. Arbeitsstunden
in den Jahren 1991 bis 1993

Nr. der BG		1993	1992	1991
	1	2	3	4
1	Bergbau-BG	**43**	47	46
2	Steinbruchs-BG	**55**	56	52
3	BG der keramischen und Glasindustrie	**47**	49	48
4	BG der Gas- und Wasserwerke	**21**	21	21
5	Hütten- und Walzwerks-BG	**30**	36	38
6	Maschinenbau- und Metall-BG	**45**	48	45
7	Norddeutsche Metall-BG	**46**	53	53
8	Süddeutsche Metall-BG	**46**	51	51
9	Edel- und Unedelmetall-BG	**37**	45	38
10	BG der Feinmechanik und Elektrotechnik	**16**	17	16
11	BG der chemischen Industrie	**18**	20	21
12	Holz-BG	**72**	75	70
14	Papiermacher-BG	**44**	50	53
15	BG Druck und Papierverarbeitung	**24**	26	26
16	Lederindustrie-BG	**35**	39	40
17	Textil- und Bekleidungs-BG	**19**	20	20
18	BG Nahrungsmittel und Gaststätten	**33**	35	36
19	Fleischerei-BG	**87**	101	120
20	Zucker-BG	**34**	40	39
21	Bau-BG Hamburg	**83**	84	79
22	Bau-BG Hannover	**79**	82	70
23	Bau-BG Wuppertal	**78**	69	73
24	Bau-BG Frankfurt a. M.	**57**	61	59
25	Südwestliche Bau-BG	**56**	59	59
26	Württembergische Bau-BG	**61**	68	67
27	Bau-BG Bayern und Sachsen	**84**	78	68
28	Tiefbau-BG	**94**	98	90
29	Großhandels- und Lagerei-BG	**28**	30	32
30	BG für den Einzelhandel	**20**	20	20
31	Verwaltungs-BG	**16**	16	16
32	BG der Straßen-, U-Bahnen und Eisenbahnen	**27**	26	25
33	BG für Fahrzeughaltungen	**40**	39	37
34	See-BG	**16**	16	16
35	Binnenschiffahrts-BG	**42**	43	42
36	BG für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege	**16**	17	18
Gewerbliche Berufsgenossenschaften insgesamt		**32**	33	33

Übersicht 8

Erstmals entschädigte Arbeitsunfälle je 1 000 Vollarbeiter
in den Jahren 1991 bis 1993

Nr. der BG		1993	1992	1991
	1	2	3	4
1	Bergbau-BG	**5,9**	5,0	3,9
2	Steinbruchs-BG	**2,5**	2,4	2,0
3	BG der keramischen und Glasindustrie	**1,7**	1,6	1,3
4	BG der Gas- und Wasserwerke	**0,6**	0,5	0,6
5	Hütten- und Walzwerks-BG	**2,4**	2,2	2,4
6	Maschinenbau- und Metall-BG	**2,6**	2,3	1,9
7	Norddeutsche Metall-BG	**1,3**	1,1	0,9
8	Süddeutsche Metall-BG	**1,2**	1,0	0,9
9	Edel- und Unedelmetall-BG	**0,8**	1,1	0,6
10	BG der Feinmechanik und Elektrotechnik	**0,7**	0,7	0,6
11	BG der chemischen Industrie	**1,1**	0,9	0,9
12	Holz-BG	**2,2**	2,2	2,0
14	Papiermacher-BG	**2,9**	2,0	1,9
15	BG Druck und Papierverarbeitung	**1,0**	1,0	0,8
16	Lederindustrie-BG	**1,3**	1,1	1,1
17	Textil- und Bekleidungs-BG	**0,8**	0,8	0,7
18	BG Nahrungsmittel und Gaststätten	**1,0**	1,0	1,0
19	Fleischerei-BG	**1,8**	1,7	1,7
20	Zucker-BG	**2,2**	2,6	1,1
21	Bau-BG Hamburg	**2,1**	1,9	1,7
22	Bau-BG Hannover	**2,5**	2,1	1,9
23	Bau-BG Wuppertal	**3,2**	3,4	3,4
24	Bau-BG Frankfurt a.M.	**1,8**	1,6	1,6
25	Südwestliche Bau-BG	**2,7**	2,8	2,9
26	Württembergische Bau-BG	**2,8**	3,0	2,6
27	Bau-BG Bayern und Sachsen	**2,6**	2,0	2,1
28	Tiefbau-BG	**2,9**	2,6	2,8
29	Großhandels- und Lagerei-BG	**1,3**	1,3	1,2
30	BG für den Einzelhandel	**0,8**	0,7	0,7
31	Verwaltungs-BG	**0,4**	0,3	0,4
32	BG der Straßen-, U-Bahnen und Eisenbahnen	**0,7**	0,7	0,6
33	BG für Fahrzeughaltungen	**2,0**	1,9	1,7
34	See-BG	**2,5**	1,7	1,6
35	Binnenschiffahrts-BG	**3,4**	3,4	2,3
36	BG für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege	**0,5**	0,4	0,4
Gewerbliche Berufsgenossenschaften		**1,2**	1,1	1,0
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften		**3,9**	4,2	4,6
Eigenunfallversicherung		**0,7**	0,7	0,7
Versicherungsträger insgesamt		**1,3**	1,2	1,2

Übersicht 9

Erstmals entschädigte Arbeitsunfälle je 1 Mio. Arbeitsstunden
in den Jahren 1991 bis 1993

Nr. der BG		1993	1992	1991
	1	2	3	4
1	Bergbau-BG	**3,7**	3,1	2,4
2	Steinbruchs-BG	**1,6**	1,5	1,3
3	BG der keramischen und Glasindustrie	**1,1**	1,0	0,8
4	BG der Gas- und Wasserwerke	**0,4**	0,3	0,4
5	Hütten- und Walzwerks-BG	**1,5**	1,3	1,5
6	Maschinenbau- und Metall-BG	**1,6**	1,4	1,2
7	Norddeutsche Metall-BG	**0,9**	0,7	0,6
8	Süddeutsche Metall-BG	**0,7**	0,6	0,5
9	Edel- und Unedelmetall-BG	**0,5**	0,7	0,4
10	BG der Feinmechanik und Elektrotechnik	**0,5**	0,4	0,3
11	BG der chemischen Industrie	**0,7**	0,6	0,6
12	Holz-BG	**1,4**	1,3	1,2
14	Papiermacher-BG	**1,8**	1,2	1,2
15	BG Druck und Papierverarbeitung	**0,6**	0,6	0,5
16	Lederindustrie-BG	**0,9**	0,7	0,7
17	Textil- und Bekleidungs-BG	**0,5**	0,5	0,4
18	BG Nahrungsmittel und Gaststätten	**0,7**	0,6	0,6
19	Fleischerei-BG	**1,1**	1,0	1,1
20	Zucker-BG	**1,4**	1,6	0,7
21	Bau-BG Hamburg	**1,3**	1,2	1,1
22	Bau-BG Hannover	**1,6**	1,3	1,2
23	Bau-BG Wuppertal	**2,0**	2,1	2,1
24	Bau-BG Frankfurt a.M.	**1,1**	1,0	1,0
25	Südwestliche Bau-BG	**1,7**	1,7	1,8
26	Württembergische Bau-BG	**1,8**	1,9	1,6
27	Bau-BG Bayern und Sachsen	**1,7**	1,2	1,3
28	Tiefbau-BG	**1,8**	1,6	1,8
29	Großhandels- und Lagerei-BG	**0,8**	0,8	0,7
30	BG für den Einzelhandel	**0,5**	0,5	0,4
31	Verwaltungs-BG	**0,3**	0,2	0,2
32	BG der Straßen-, U-Bahnen und Eisenbahnen	**0,5**	0,4	0,4
33	BG für Fahrzeughaltungen	**1,3**	1,2	1,1
34	See-BG	**1,6**	1,0	1,0
35	Binnenschiffahrts-BG	**2,2**	2,1	1,5
36	BG für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege	**0,3**	0,3	0,3
Gewerbliche Berufsgenossenschaften insgesamt		**0,8**	0,7	0,6

Übersicht 10

Angezeigte Wegeunfälle je 1000 Versicherungsverhältnisse
in den Jahren 1991 bis 1993

gesetzliche Unfallversicherung	**1993**	1992	1991
1	2	3	4
Versicherungsträger insgesamt	**4,38**	4,38	4,31
davon:			
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	**4,41**	4,49	4,41
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	**9,75**		
Eigenunfallversicherung	**4,07**	3,75	3,58

Übersicht 11

Erstmals entschädigte Wegeunfälle je 1000 Versicherungsverhältnisse
in den Jahren 1991 bis 1993

gesetzliche Unfallversicherung	**1993**	1992	1991
1	2	3	4
Versicherungsträger insgesamt	**0,19**	0,18	0,16
davon:			
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	0,21	0,20	0,18
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	0,54		
Eigenunfallversicherung	0,12	0,09	0,09

Übersicht 12

Berufskrankheiten[1]) — Gesamtzahlen
in den Jahren 1991 bis 1993

	1993	1992	1991	Veränderung von			
				1992 auf 1993		1991 auf 1992	
				absolut	v. H.	absolut	v. H.
1	2	3	4	5	6	7	8
Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit	**108 989[2])**	85 721	68 858	+23 268	+ *27,1*	+16.863	+ *24,5*
davon:							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	**92 058**	73.568	61.156	+18 490	+ *25,1*	+12.412	+ *20,3*
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	**7 307**	3 963	2 295	+ 3 344	+ *84,4*	+ 1 668	+ *72,7*
Eigenunfallversicherung	**9 624**	8 190	5 407	+ 1 434	+ *17,5*	+ 2 783	+ *51,5*
Anerkannte Berufskrankheiten	**18 725**	13 140	11 197	+ 5 585	+ *42,5*	+ 1 943	+ *17,4*
davon:							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	**17 293**	12 227	10 479	+ 5 066	+ *41,4*	+ 1 748	+ *16,7*
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	**815**	296	246	+ 519	+*175,3*	+ 50	+ *20,3*
Eigenunfallversicherung	**617**	617	472	+ 0	+ *0*	+ 145	+ *30,7*
Erstmals entschädigte Berufskrankheiten	**6 401**	5 918	5 049	+ 483	+ *8,2*	+ 869	+ *17,2*
davon:							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	**5 668**	5 201	4 570	+ 467	+ *9,0*	+ 631	+ *13,8*
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	**423**	370	221	+ 53	+ *14,3*	+ 149	+ *67,4*
Eigenunfallversicherung	**310**	347	258	– 37	– *10,7*	+ 89	+ *34,5*
Erstmals entschädigte Berufskrankheiten mit tödlichem Ausgang	**788**	549	333	+ 239	+ *43,5*	+ 216	+ *64,9*
davon:							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	**678[3])**	483	310	+ 195	+ *40,4*	+ 173	+ *55,8*
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	**85[4])**	42	6	+ 43	+*102,4*	+ 36	+*600,0*
Eigenunfallversicherung	**25[5])**	24	17	+ 1	+ *4,2*	+ 7	+ *41,2*

[1]) incl. Berufskrankheiten nach Recht der ehemaligen DDR
[2]) davon 5 610 Fälle nach dem Berufskrankheitenrecht der ehemaligen DDR
[3]) davon 239 Fälle nach dem Berufskrankheitenrecht der ehemaligen DDR (1992: 150 Fälle)
[4]) davon 79 Fälle nach dem Berufskrankheitenrecht der ehemaligen DDR (1992: 33 Fälle)
[5]) davon 5 Fälle nach dem Berufskrankheitenrecht der ehemaligen DDR (1992: 11 Fälle)

Übersicht 13

Angezeigte und erstmals entschädigte Berufskrankheiten nach Krankheitsarten
in den Jahren 1991 bis 1993

Lfd. Nr.	Krankheiten	Angezeigte Krankheiten			Erstmals entschädigte Fälle		
		1993	1992	1991	**1993**	1992	1991
1	2	3	4	5	6	7	8
1	**Durch chemische Einwirkungen verursachte Krankheiten**						
11	**Metalle und Metalloide**						
1101	Erkrankungen durch Blei oder seine Verbindungen	**160**	186	180	**3**	8	7
1102	Erkrankungen durch Quecksilber oder seine Verbindungen	**75**	85	58	**2**	3	3
1103	Erkrankungen durch Chrom oder seine Verbindungen	**94**	80	83	**15**	14	17
1104	Erkrankungen durch Cadmium oder seine Verbindungen	**19**	15	8	**3**	1	1
1105	Erkrankungen durch Mangan oder seine Verbindungen	**4**	3	3	**1**	0	0
1106	Erkrankungen durch Thallium oder seine Verbindungen	**1**	1	2	**1**	0	0
1107	Erkrankungen durch Vanadium oder seine Verbindungen	**4**	5	2	**0**	1	2
1108	Erkrankungen durch Arsen oder seine Verbindungen	**36**	31	27	**11**	8	15
1109	Erkrankungen durch Phosphor oder seine anorganischen Verbindungen	**16**	10	4	**0**	0	0
1110	Erkrankungen durch Beryllium oder seine Verbindungen	**8**	4	3	**1**	0	0
12	**Erstickungsgase**						
1201	Erkrankungen durch Kohlenmonoxyd	**137**	130	174	**3**	0	8
1202	Erkrankungen durch Schwefelwasserstoff	**45**	23	21	**2**	4	1
13	**Lösungsmittel, Schädlingsbekämpfungsmittel (Pestizide) und sonstige chemische Stoffe**						
1301	Schleimhautveränderungen, Krebs oder andere Neubildungen der Harnwege durch aromatische Amine	**192**	179	134	**63**	52	38
1302	Erkrankungen durch Halogenkohlenwasserstoffe	**951**	798	624	**25**	20	34
1303	Erkrankungen durch Benzol, seine Homologe oder durch Styrol	**399**	300	260	**31**	30	21
1304	Erkrankungen durch Nitro- oder Aminoverbindungen des Benzols oder seiner Homologe oder ihrer Abkömmlinge	**81**	74	90	**2**	1	0
1305	Erkrankungen durch Schwefelkohlenstoff	**60**	7	8	**3**	1	0
1306	Erkrankungen durch Methylalkohol (Methanol)	**28**	26	34	**0**	1	1
1307	Erkrankungen durch organische Phosphorverbindungen	**184**	56	31	**2**	0	1
1308	Erkrankungen durch Fluor oder seine Verbindungen	**52**	58	81	**2**	0	0
1309	Erkrankungen durch Salpetersäureester	**12**	7	7	**0**	1	0
1310	Erkrankungen durch halogenierte Alkyl-, Aryl- oder Alkylaryloxide	**130**	88	220	**24**	8	14
1311	Erkrankungen durch halogenierte Alkyl-, Aryl- oder Alkylarylsulfide	**4**	2	0	**0**	0	1
1312	Erkrankungen der Zähne durch Säure	**821**	900	865	**0**	0	0
1313	Hornschädigungen des Auges durch Benzchinon	**1**	5	2	**0**	0	0
1314	Erkrankungen durch para-tertiär-Buthylphenol	**3**	3	3	**0**	1	0
1315	Isocyanate	**115**	0	0	**26**	0	0
2	**Durch physikalische Einwirkungen verursachte Krankheiten**						
21	**Mechanische Einwirkungen**						
2101	Erkrankungen der Sehnenscheiden oder des Sehnengleitgewebes sowie der Sehnen- oder Muskelansätze, die zur Unterlassung aller Tätigkeiten gezwungen haben, die für die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufleben der Krankheit ursächlich waren oder sein können	**1 932**	1 779	1 829	**13**	13	5

noch Übersicht 13

noch Angezeigte und erstmals entschädigte Berufskrankheiten nach Krankheitsarten in den Jahren 1991 bis 1993

Lfd. Nr.	Krankheiten	Angezeigte Krankheiten			Erstmals entschädigte Fälle		
		1993	1992	1991	**1993**	1992	1991
1	2	3	4	5	6	7	8
2102	Meniskusschäden nach mehrjährigen andauernden oder häufig wiederkehrenden, die Kniegelenke überdurchschnittlich belastenden Tätigkeiten	**2 258**	1 751	1 530	**305**	315	315
2103	Erkrankungen durch Erschütterung bei Arbeit mit Druckluftwerkzeugen oder gleichartig wirkenden Werkzeugen oder Maschinen	**1 068**	876	601	**105**	110	111
2104	Vibrationsbedingte Durchblutungsstörungen an den Händen, die zur Unterlassung aller Tätigkeiten gezwungen haben, die für die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufleben der Krankheit ursächlich waren oder sein können	**159**	110	119	**13**	33	17
2105	Chronische Erkrankungen der Schleimbeutel durch ständigen Druck	**707**	606	618	**7**	11	8
2106	Drucklähmungen der Nerven	**81**	95	56	**3**	4	5
2107	Abrißbrüche der Wirbelfortsätze	**70**	64	34	**0**	1	0
2108	Lendenwirbelsäule, Heben und Tragen	**27 305**	0	0	**19**	0	0
2109	Halswirbelsäule	**2 925**	0	0	**0**	0	0
2110	Lendenwirbelsäule, Ganzkörperschwingungen	**1 746**	0	0	**7**	0	0
2111	Zahnabrasionen	**52**	0	0	**0**	0	0
22	**Druckluft**						
2201	Erkrankungen durch Arbeit in Druckluft	**30**	36	14	**2**	5	0
23	**Lärm**						
2301	Lärmschwerhörigkeit	**12 708**	12 243	10 329	**1 277**	1 232	1 149
24	**Strahlen**						
2401	Grauer Star durch Wärmestrahlung	**23**	19	14	**1**	1	1
2402	Erkrankungen durch ionisierende Strahlen	**651**	251	59	**88**	17	4
3	**Durch Infektionserreger oder Parasiten verursachte Krankheiten sowie Tropenkrankheiten**						
3101	Infektionskrankheiten, wenn der Versicherte im Gesundheitsdienst, in der Wohlfahrtspflege oder in einem Laboratorium tätig oder durch eine andere Tätigkeit der Infektionsgefahr in ähnlichem Maße besonders ausgesetzt war	**2 137**	2 749	1 653	**158**	180	160
3102	Von Tieren auf Menschen übertragbare Krankheiten	**595**	609	444	**23**	19	23
3103	Wurmkrankheit der Bergleute, verursacht durch Ankylostoma duodenale oder Strongyloides stercoralis	**8**	6	3	**0**	0	0
3104	Tropenkrankheiten, Fleckfieber	**716**	911	825	**7**	19	6
4	**Erkrankungen der Atemwege und der Lungen, des Rippenfells und des Bauchfells**						
41	**Erkrankungen durch anorganische Stäube**						
4101	Quarzstaublungenerkrankung (Silikose)	**3 320**	2 924	2 726	**466**	475	454
4102	Quarzstaublungenerkrankung in Verbindung mit aktiver Lungentuberkulose (Siliko-Tuberkulose)	**111**	118	100	**59**	71	60
4103	Asbeststaublungenerkrankung (Asbestose) oder durch Asbeststaub verursachte Erkrankung der Pleura	**3 245**	2 954	2 588	**376**	362	375

noch Übersicht 13

noch Angezeigte und erstmals entschädigte Berufskrankheiten nach Krankheitsarten in den Jahren 1991 bis 1993

Lfd. Nr.	Krankheiten	Angezeigte Krankheiten			Erstmals entschädigte Fälle		
		1993	1992	1991	**1993**	1992	1991
1	2	3	4	5	6	7	8
4104	Lungenkrebs — in Verbindung mit Asbeststaublungenerkrankung (Asbestose) — in Verbindung mit durch Asbeststaub verursachter Erkrankung der Pleura oder — bei Nachweis der Einwirkung einer kumulativen Asbestfaserstaub-Dosis am Arbeitsplatz von mindestens 25 Faserjahren	**1 062**	785	622	**388**	223	171
4105	Durch Asbest verursachtes Mesotheliom des Rippenfells, des Bauchfells oder des Pericards	**605**	551	541	**416**	350	315
4106	Erkrankungen der tieferen Luftwege und der Lungen durch Aluminium oder seine Verbindungen	**18**	25	21	**0**	2	1
4107	Erkrankungen an Lungenfibrose durch Metallstäube bei der Herstellung oder Verarbeitung von Hartmetallen	**90**	70	70	**1**	3	5
4108	Erkrankungen der tieferen Luftwege und der Lunge durch Thomasmehl (Thomasphosphat)	**4**	4	7	**0**	0	1
4109	Bösartige Neubildungen der Atemwege und der Lungen durch Nickel oder seine Verbindungen	**22**	15	12	**8**	4	3
4110	Bösartige Neubildungen der Atemwege und der Lungen durch Kokereirohgase	**27**	21	19	**14**	21	5
42	**Erkrankungen durch organische Stäube**						
4201	Exogen-allergische Alveolitis	**231**	249	252	**49**	68	81
4202	Erkrankungen der tieferen Atemwege und der Lungen durch Rohbaumwoll-, Rohflachs- oder Rohhanfstaub (Byssinose)	**12**	11	10	**6**	1	3
4203	Adenokarzinome der Nasenhaupt- und Nasennebenhöhlen durch Stäube von Eichen- oder Buchenholz	**40**	43	32	**25**	31	18
43	**Obstruktive Atemwegserkrankungen**						
4301	Durch allergisierende Stoffe verursachte Atemwegserkrankungen (einschließlich Rhinopathie), die zur Unterlassung aller Tätigkeiten gezwungen haben, die für die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufleben der Krankheit ursächlich waren oder sein können	**5 654**	5 903	5 706	**382**	367	300
4302	Durch chemisch-irritativ oder toxisch wirkende Stoffe verursachte obstruktive Atemwegserkrankungen, die zur Unterlassung aller Tätigkeiten gezwungen haben, die für die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufleben der Krankheit ursächlich waren oder sein können	**2 312**	2 286	1 870	**167**	166	99
5	**Hautkrankheiten**						
5101	Schwere oder wiederholt rückfällige Hauterkrankungen, die zur Unterlassung aller Tätigkeiten gezwungen haben, die für die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufleben der Krankheit ursächlich waren oder sein können	**22 156**	24 056	22 844	**789**	761	750
5102	Hautkrebs oder zur Krebsbildung neigende Hautveränderungen durch Ruß, Rohparaffin, Teer, Anthrazen, Pech oder ähnliche Stoffe	**51**	64	40	**9**	7	12
6	**Krankheiten sonstiger Ursache**						
6101	Augenzittern der Bergleute	**6**	2	3	**0**	0	0
	Zusammen	**97 769**	65 262	58 515	**5 403**	5 026	4 621

noch Übersicht 13

Angezeigte und erstmals entschädigte Berufskrankheiten nach Krankheitsarten gemäß DDR-BKVO
in den Jahren 1991 bis 1993

Lfd. Nr.	Krankheiten	Angezeigte Krankheiten			Erstmals entschädigte Fälle		
		1993	1992	1991	**1993**	1992	1991
1	2	3	4	5	6	7	8
	Krankheiten durch chemische Einwirkungen						
	Berufskrankheiten durch						
8001	Blei und seine anorganischen Verbindungen	**14**	16	25	**3**	0	0
8002	Bleiorganische Verbindungen	**2**	2	1	**0**	0	0
8003	Cadmium und seine Verbindungen	**2**	3	3	**0**	0	0
8004	Quecksilber und anorganische Quecksilberverbindungen	**10**	9	17	**0**	0	1
8005	Organische Quecksilberverbindungen	**0**	0	1	**1**	1	0
8006	Mangan und seine Verbindungen	**1**	2	2	**1**	0	0
8007	Beryllium und seine Verbindungen	**0**	0	0	**0**	0	1
8008	Nickel und seine Verbindungen	**3**	8	3	**0**	0	0
8009	Chromium und seine Verbindungen	**11**	11	4	**1**	1	0
8010	Arsen und seine Verbindungen (außer Arsenwasserstoff)	**0**	2	5	**0**	0	1
8011	Arsenwasserstoff	**4**	4	0	**0**	0	0
8012	Phosphor und anorganische Phosphorverbindungen	**2**	3	1	**0**	0	0
8013	Organische Phosphorverbindungen	**2**	4	4	**0**	1	0
8014	Fluor und seine anorganischen Verbindungen	**7**	4	5	**1**	1	0
8015	Kohlenmonoxid	**9**	8	7	**1**	1	0
8016	Schwefelwasserstoff	**2**	1	1	**0**	0	1
8017	Schwefelkohlenstoff	**4**	6	14	**5**	1	1
8018	Benzen	**7**	9	13	**0**	1	1
8019	Toluen, Xylen	**4**	4	6	**0**	2	1
8020	Styren	**8**	13	14	**0**	0	0
8021	Aliphatische Halogenkohlenwasserstoffe (außer Vinylchlorid)	**29**	20	34	**2**	0	1
8022	Vinylchlorid	**21**	10	13	**0**	0	3
8023	Aromatische Halogenkohlenwasserstoffe	**15**	11	16	**3**	1	0
8024	Aromatische Nitro- und Aminoverbindungen	**4**	8	6	**1**	0	0
8025	Methanol	**4**	3	2	**0**	0	0
8026	Dimethylformamid	**2**	1	2	**0**	8	0
8027	Salpetersäureester	**7**	10	24	**2**	3	0
8028	Benzochinon	**3**	0	8	**0**	0	0
8029	Säuren	**10**	12	19	**0**	0	0
	Krankheiten durch Stäube						
	Berufskrankheiten durch						
8040	Quarz	**650**	723	1 145	**174**	133	50
8041	Asbest	**106**	219	153	**30**	25	5
8042	Aluminium	**4**	0	1	**0**	0	0
8043	Hartmetall	**2**	10	5	**0**	0	0
8044	Thomasschlackenmehl	**1**	4	0	**0**	2	0
	Krankheiten durch physikalische Einwirkungen						
	Berufskrankheiten durch						
8050	Lärm, der Schwerhörigkeit mit sozialer Bedeutung verursacht	**1 370**	1 324	1 346	**169**	162	130
8051	Ionisierende Strahlung	**18**	12	17	**4**	2	0
8052	Nichtionisierende Strahlung	**2**	4	7	**1**	1	1
8053	Druckluft	**5**	6	2	**0**	3	0
8054	Teilkörpervibration	**238**	103	333	**19**	41	27

noch Übersicht 13

noch Angezeigte und erstmals entschädigte Berufskrankheiten nach Krankheitsarten gemäß DDR-BKVO in den Jahren 1991 bis 1993

Lfd. Nr.	Krankheiten	Angezeigte Krankheiten			Erstmals entschädigte Fälle		
		1993	1992	1991	**1993**	1992	1991
1	2	3	4	5	6	7	8
	Krankheiten durch Infektionserreger und Parasiten						
	Berufskrankheiten durch						
8060	Von Mensch zu Mensch übertragbare Infektionserreger und Parasiten	**117**	107	232	**9**	11	13
8061	Vom Tier auf den Menschen übertragbare Infektionserreger und Parasiten	**39**	55	122	**8**	6	2
8062	In den Tropen aufgenommene Infektionserreger und Parasiten	**52**	24	104	**2**	1	1
	Krankheiten durch fortgesetzte mechanische Überbelastung des Bewegungsapparates						
	Berufskrankheiten durch						
8070	Verschleißkrankheiten der Wirbelsäule (Bandscheiben, Wirbelkörperabschlußplatten) Wirbelfortsätze, Bänder, kleine Wirbelgelenke, durch langjährige mechanische Überbelastungen)	**1 107**	955	456	**60**	52	26
8071	Verschleißkrankheiten von Gliedmaßengelenken einschließlich der Zwischengelenkscheiben durch langjährige mechanische Überbelastungen	**214**	161	156	**18**	24	13
8072	Erkrankungen der Sehnengleitgewebe, der Sehnenscheiden, Sehnenfächer, Sehnen- und Muskelursprünge und -ansätze	**87**	77	94	**10**	7	3
8073	Druckschädigung peripherer Nerven	**20**	80	6	**2**	12	0
8074	Chronische Erkrankungen der Schleimbeutel durch Druck	**3**	13	7	**0**	0	0
8075	Ermüdungsbrüche der Knochen	**2**	1	2	**1**	0	0
	Krankheiten durch nicht einheitliche Einwirkungen						
	Berufskrankheiten durch						
8080	Hautkrankheiten durch chemische und physikalische Einwirkungen	**620**	1 013	1 077	**71**	40	30
8081	Irritative chronische Krankheiten der oberen und tieferen Luftwege und Lungen durch chemische Stoffe	**159**	142	127	**22**	32	14
8082	Allergische Krankheiten der oberen und tieferen Luftwege und Lungen durch pflanzliche oder tierische Allergene oder durch chemische Stoffe	**165**	197	285	**43**	46	21
	Beruflich verursachte bösartige Neubildungen						
	Berufskrankheiten durch						
8090	Bösartige Neubildungen der Haut und zur Krebsbildung neigende Hautveränderungen	**7**	14	28	**2**	1	0
8091	Bösartige Neubildungen durch chemische Kanzerogene der Gruppe I dieser Liste	**19**	17	29	**4**	5	1
8092	Bösartige Neubildungen oder ihre Vorstufen durch ionisierende Strahlung	**306**	570	498	**199**	120	10
8093	Bösartige Neubildungen durch Asbest	**110**	107	159	**74**	60	29
	Zusammen	**5 610**	6 122	6 644	**943**	807	387

	Berufskrankheiten zusammen	**103 379**	71 384	65 156	**6 346**	5 833	5 008
	Fälle nach § 551 Abs. 2 RVO	**0**	0	0	**28**	59	30
	Sonstige Krankheiten	**5 033**	13 919	3 019	**0**	0	0
	BK-Ziffer nicht feststellbar	**570**	375	681	**0**	0	0
	Sonderentscheide	**7**	2	2	**27**	26	11
	Insgesamt	**108 989**	85 680	68 858	**6 401**	5 918	5 049

Übersicht 14

Erstmals entschädigte Berufskrankheiten mit tödlichem Ausgang
in den Jahren 1991 bis 1993

		1993	1992	1991	Veränderung von 1992 auf 1993 absolut	Veränderung von 1991 auf 1992 absolut
1		2	3	4	5	6
Versicherungsträger insgesamt		**788**	549	333	+239	+216
davon:						
Gewerbliche Berufsgenossenschaften		**678**	483	310	+195	+173
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften		**85**	42	6	+ 43	+ 36
Eigenunfallversicherung		**25**	24	17	+ 1	+ 7
Bkh Nr.	**darunter: Berufskrankheiten mit der höchsten Zahl an Todesfällen**					
11 03	Erkrankungen durch Chrom oder seine Verbindungen	**5**	1	5	+ 4	– 4
11 08	Erkrankungen durch Arsen oder seine Verbindungen	**2**	1	6	+ 1	– 5
13 01	Schleimhautveränderungen, Krebs oder andere Neubildungen der Harnwege durch aromatische Amine	**8**	2	5	+ 6	– 3
13 02	Erkrankungen durch Halogenkohlenwasserstoffe	**2**	3	8	– 1	– 5
13 03	Erkrankungen durch Benzol oder seine Homologe	**9**	6	5	+ 3	+ 1
31 01	Infektionskrankheiten	**3**	4	3	– 1	+ 1
41 01	Quarzstaublungenerkrankung (Silikose)	**39**	42	41	– 3	+ 1
41 02	Quarzstaublungenerkrankung in Verbindung mit aktiver Lungentuberkulose (Siliko-Tuberkulose)	**9**	19	12	– 10	+ 7
41 03	Asbeststaublungenerkrankung (Asbestose) oder durch Asbeststaub verursachte Erkrankung der Pleura	**9**	15	10	– 6	+ 5
41 04	Lungenkrebs in Verbindung mit Asbeststaublungenerkrankung (Asbestose) oder mit durch Asbeststaub verursachter Erkrankung der Pleura	**171**	95	63	+ 76	+ 32
41 05	Durch Asbest verursachtes Mesotheliom des Rippenfells und des Bauchfells	**128**	121	124	+ 7	– 3
42 03	Adenokarzinom der Nasenhaupt- oder Nasennebenhöhlen durch Stäube von Eichen- oder Buchenholz	**5**	10	—	– 5	+ 10
43 01	Durch allergisierende Stoffe verursachte obstruktive Atemwegserkrankungen (einschließlich Rhinopathie), die zur Unterlassung aller Tätigkeiten gezwungen haben, die für die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufleben der Krankheit ursächlich waren oder sein können	**4**	6	2	– 2	+ 4

Übersicht 15

Todesfälle durch Berufskrankheiten
(gewerbliche Wirtschaft)

Jahr	Berufskrankheitenrentner zu Jahresbeginn	Verstorbene Berufskrankheitenrentner		erstmals entschädigte tödliche Berufskrankheiten	Todesfälle durch Berufskrankheiten insgesamt
		insgesamt	BK-Todesursache oder Mitursache		
1	2	3	4	5	6
1976	71 587	3 369	1 747	147	1 894
1977	73 921	3 222	1 666	163	1 829
1978	73 797	3 289	1 961	148	2 109
1979	75 105	3 836	1 788	159	1 947
1980	74 130	3 688	1 932	174	2 106
1981	74 987	3 796	1 656	201	1 857
1982	75 675	3 539	1 783	189	1 972
1983	76 026	3 768	1 557	174	1 731
1984	75 653	3 610	1 556	209	1 765
1985	74 829	2 738	1 296	192	1 488
1986	74 094	3 488	1 297	251	1 548
1987	73 206	3 319	1 193	262	1 455
1988	71 983	3 243	1 085	278	1 363
1989	71 736	3 160	992	289	1 281
1990	71 657	3 378	1 128	263	1 391
1991	71 451	3 968	1 007	310	1 317
1992	135 878	4 675	1 087	483	1 570
1993	132 599	5 051	1 094	678	1 772

Übersicht 16

Personalstand der Gewerbeaufsicht in den Jahren 1991 bis 1993 nach Ländern

	Jahr	Ortsinstanz (Gewerbeaufsichtsbehörde) – Gewerbeaufsichtsbeamte mit Aufsichtstätigkeit				Mittelinstanz – Gewerbeaufsichtsbeamte		
		höherer Dienst	gehobener Dienst	mittlerer Dienst	insgesamt	höherer Dienst	gehobener Dienst	insgesamt
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Personal insgesamt	**1993**	**770**	**1 955**	**1 204**	**3 929**	**134**	**115**	**249**
	1992	671	1 772	1 172	3 615[1]	125	103	228[2]
	1991	647	1 780	1 173	3 600	112	97	209
davon in:								
Schleswig-Holstein	**1993**	**22**	**82**	**27**	**131**	—	—	—
	1992	26	80	27	133	—	—	—
	1991	26	76	27	129	—	—	—
Hamburg	**1993**	**21**	**56**	**16**	**93**	—	—	—
	1992	21	62	18	101	—	—	—
	1991	19	61	15	95	—	—	—
Niedersachsen	**1993**	**72**	**211**	**98**	**381**	**15**	**13**	**28**
	1992	65	185	101	351	15	12	27
	1991	65	185	101	351	15	12	27
Bremen	**1993**	**6**	**20**	**28**	**54**	—	—	—
	1992	6	17	23	46	—	—	—
	1991	6	18	24	48	—	—	—
Nordrhein-Westfalen	**1993**	**69**	**234**	**448**	**751**	**40**	**58**	**98**
	1992	65	228	450	743	30	48	78
	1991	59	240	444	743	32	48	80
Hessen	**1993**	**38**	**91**	**34**	**163**	**5**	**11**	**16**
	1992	40	82	31	153	5	4	9
	1991	31	68	29	128	3	4	7
Rheinland-Pfalz	**1993**	**27**	**60**	**61**	**148**	**12**	**6**	**18**
	1992	27	55	59	141	12	6	18
	1991	29	51	55	135	9	5	14
Baden-Württemberg	**1993**	**148**	**250**	**100**	**498**	**48**	**15**	**63**
	1992	141	226	97	464	44	12	56
	1991	129	215	98	442	38	10	48
Bayern	**1993**	**88**	**210**	**191**	**489**	—	—	—
	1992	85	198	196	479	—	—	—
	1991	86	207	173	466	—	—	—
Saarland	**1993**	**8**	**23**	**21**	**52**	—	—	—
	1992	8	24	20	52	—	—	—
	1991	7	25	21	53	—	—	—
Berlin	**1993**	**23**	**121**	**44**	**188**	—	—	—
	1992	22	122	45	189	—	—	—
	1991	22	107	71	200	—	—	—
Brandenburg	**1993**	**36**	**119**	**21**	**176**	—	—	—
	1992	36	117	22	175	—	—	—
	1991	36	131	31	198	—	—	—
Mecklenburg-Vorpommern	**1993**	**31**	**104**	**16**	**151**	—	—	—
	1992	34	105	—	139	—	—	—
	1991	37	102	21	160	—	—	—
Sachsen	**1993**	**83**	**104**	**38**	**225**	—	—	—
	1992	—	—	—	—	—	—	—
	1991	—	—	—	—	—	—	—
Sachsen-Anhalt	**1993**	**74**	**160**	**56**	**290**	**8**	**4**	**12**
	1992	87	162	57	306	7	5	12
	1991	87	157	63	307	4	1	5
Thüringen	**1993**	**24**	**110**	**5**	**139**	**6**	**8**	**14**
	1992	8	109	26	143	6	8	14
	1991	8	137	—	145	5	8	13

[1]) keine Angaben von Sachsen

[2]) keine Angaben von Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Hessen, Saarland, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen

Übersicht 16

Oberste Aufsichtsbehörden – Gewerbeaufsichtsbehörde: höherer Dienst	gehobener Dienst	mittlerer Dienst	insgesamt	Personal insgesamt: Gewerbeaufsichtsbeamte	Ärzte	Gewerbeaufsichtsbeamte in der Ausbildung: höherer Dienst	gehobener Dienst	mittlerer Dienst	insgesamt
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
110	**83**	**4**	**197**[3]	**4 380**	**155**	**40**	**97**	**65**	**202**
104	82	4	190[3]	4 058	135[4]	43	97	41	181
91	67	3	161[3]	3 970	126	47	71	67	230
7	**8**	**—**	**15**	**146**	**2**	**3**	**9**	**1**	**13**
5	8	—	13	149	2	—	—	—	—
5	8	—	13	142	2	—	—	—	—
—	**—**	**—**	**—**	**93**	**6**	**—**	**12**	**12**	**24**
—	—	—	—	101	5	—	—	5	5
—	—	—	—	95	6	1	12	5	18
3	**4**	**—**	**7**	**416**	**7**	**14**	**20**	**14**	**48**
3	5	—	8	386	7	14	9	4	27
3	5	—	8	386	7	14	9	4	27
1	**—**	**—**	**1**	**54**	**2**	**—**	**3**	**—**	**3**
1	—	—	1	47	2	—	6	4	10
1	—	—	1	49	2	—	6	3	9
8	**8**	**1**	**17**	**866**	**20**	**14**	**19**	**19**	**52**
9	8	1	18	839	21	19	31	24	74
7	10	1	18	841	21	18	15	25	58
9	**10**	**1**	**20**	**199**	**11**	**7**	**12**	**1**	**20**
9	10	1	20	182	10	4	6	1	11
5	2	—	7	142	6	6	8	2	16
6	**3**	**—**	**9**	**175**	**3**	**—**	**—**	**—**	**—**
6	4	—	10	169	4	—	—	—	—
6	4	—	10	159	5	—	—	—	—
30	**18**	**—**	**48**	**609**	**16**	**—**	**—**	**—**	**14**
31	18	—	49	569	16	—	—	—	52
30	18	—	48	538	15	—	—	—	45
18	**13**	**1**	**32**	**521**	**25**	**—**	**17**	**17**	**34**
17	12	1	30	523	16	6	35	—	41
17	12	1	30	511	16	6	18	28	52
6	**7**	**—**	**13**	**65**	**4**	**—**	**1**	**—**	**1**
—	—	—	—	52	4	—	3	1	4
—	—	—	—	53	4	1	—	—	1
8	**6**	**1**	**15**	**203**	**14**	**2**	**4**	**1**	**7**
8	6	1	15	204	15	—	3	—	3
5	4	—	9	209	18	—	—	—	—
—	**—**	**—**	**—**	**182**	**9**	**—**	**—**	**—**	**—**
5	5	—	10	185	10	—	4	2	6
2	—	1	3	201	—	—	—	—	—
5	**2**	**—**	**7**	**158**	**7**	**—**	**—**	**—**	**—**
5	1	—	6	162	8	—	—	—	—
3	—	—	3	163	8	1	3	—	4
—	**—**	**—**	**—**	**225**	**10**	**—**	**—**	**—**	**—**
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	**—**	**—**	**2**	**304**	**11**	**—**	**—**	**—**	**—**
3	—	—	3	321	9	—	—	—	—
—	—	—	—	312	8	—	—	—	—
7	**4**	**—**	**11**	**164**	**8**	**—**	**—**	**—**	**—**
7	5	—	12	169	8	—	—	—	—
7	4	—	11	169	8	—	—	—	—

[3]) keine Angaben von Hamburg, Sachsen (Saarland 1991, 1992)
[4]) keine Angaben von Brandenburg und Sachsen

Übersicht 17

Zu beaufsichtigende Betriebe sowie Besichtigungstätigkeit der Gewerbeaufsicht

für die Jahre 1992 und 1993

	Betriebe mit ... Arbeitnehmern				
	1 bis 19	20 bis 199	200 bis 999	1 000 und mehr	insgesamt
1	2	3	4	5	6
Zahl der Betriebe[2]					
1993	**1 875 116**	**169 254**	**14 827**	**1 875**	**2 061 072**
1992	1 575 019	143 393	13 238	1 709	1 733 359
Zahl der Arbeitnehmer[2]					
1993	**6 871 385**	**8 316 694**	**5 542 397**	**4 347 454**	**25 077 930**
1992	5 781 744	7 193 070	4 950 360	4 033 895	21 959 069
Zahl der besichtigten Betriebe					
1993	**226 974**	**51 671**	**8 469**	**1 597**	**288 711**
1992	213 696	51 563	8 225	1 273	274 757
Gesamtzahl der Besichtigungen					
1993	**314 904**	**94 271**	**23 335**	**8 496**	**647 064[1]**
1992	306 711	97 425	25 128	8 587	612 591[1]

[1]) In der Gesamtzahl der Besichtigungen sind im Jahre 1993 auch ca. 206 058 Besichtigungen (1992: 174 740) enthalten, die nicht in der Betriebsstatistik erfaßt sind. Es handelt sich um Besichtigungen von Baustellen, überwachungsbedürftigen Anlagen außerhalb von Betrieben u. ä.

[2]) ohne Sachsen

Übersicht 18

Beanstandungen der Gewerbeaufsicht

in 1993

	Festgestellte Beanstandungen insgesamt	davon Beanstandungen auf Grund von		
		Unfallverhütung und Gesundheitsschutz	Sozialer Arbeitsschutz	Arbeitsschutz in der Seeschiffahrt
1	2	3	4	5
Beanstandungen insgesamt	**1 354 684**	**1 156 698**	**196 282**	**1 704**
davon in:				
Schleswig-Holstein	25 574	22 798	2 568	208
Hamburg	18 759	17 252	262	1 245
Niedersachsen	62 755	50 284	12 457	14
Bremen	8 854	8 199	654	1
Nordrhein-Westfalen	302 614	254 012	48 602	—
Hessen	31 239	26 536	4 703	—
Rheinland-Pfalz	46 183	42 934	3 249	—
Baden-Württemberg	83 348	77 293	6 055	—
Bayern	400 512	363 723	36 789	—
Saarland	35 642	10 301	25 341	—
Berlin	72 500	53 134	19 366	—
Brandenburg	69 468	52 993	16 475	—
Mecklenburg-Vorpommern	63 109	58 366	4 507	236
Sachsen	50 025	45 861	4 164	—
Sachsen-Anhalt	62 155	52 818	9 337	—
Thüringen	21 947	20 194	1 753	—

Übersicht 19

Durchsetzungsmaßnahmen der Gewerbeaufsicht[1])
in den Jahren 1991 bis 1993

	Jahr	Zahl der				
		Anordnungen	Verwarnungen	Bußgeldbescheide	Strafanzeigen	gerichtlichen Strafen
1	2	3	4	5	6	7
Anordnungen, Verwarnungen, Bußgeldbescheide, Strafanzeigen insgesamt	**1993**	**26 117**	**5 918**	**8 083[3])**	**108**	**69[4])**
	1992	17 558	7 136	3 739[3])	98	165[4])
	1991	12 175	4 765[3])	965[3])	59	36[4])
davon in:						
Schleswig-Holstein	**1993**	**50**	**13**	**40**	**10**	**0**
	1992	110	8	28	2	1
	1991	36	10	21	3	1
Hamburg	**1993**	**925**	**14**	**22**	**2**	**6**
	1992	830	13	19	0	1
	1991	637	359	43	1	2
Niedersachsen	**1993**	**557**	**22**	**125**	**6**	**5**
	1992	860	134	94	7	10
	1991	860	134	94	7	10
Bremen	**1993**	**35**	**12**	**24**	**0**	**0**
	1992	57	14	33	0	0
	1991	73	14	29	0	0
Nordrhein-Westfalen	**1993**	**692**	**199**	**419**	**8**	**12**
	1992	1 148	245	351	34	114
	1991	1 217	179	222	13	13
Hessen	**1993**	**250**	**496**	**6 636**	**1**	**0**
	1992	277	639	2 610	10	0
	1991	271	63	104	5	4
Rheinland-Pfalz	**1993**	**406**	**273**	**133**	**0**	— [2])
	1992	609	30	118	0	— [2])
	1991	592	39	81	0	— [2])
Baden-Württemberg	**1993**	**274**	**138**	— [2])	**7**	**0**
	1992	208	97	— [2])	3	0
	1991	201	— [2])	— [2])	2	2
Bayern	**1993**	**14 220**	**309**	**267**	**9**	**13**
	1992	7 537	343	265	10	6
	1991	5 412	311	260	4	2
Saarland	**1993**	**53**	**1**	**3**	**0**	**0**
	1992	55	4	2	3	0
	1991	29	9	0	3	0
Berlin	**1993**	**1 992**	**3 832**	**58**	**33**	**16**
	1992	1 041	3 384	77	6	0
	1991	432	3 629	73	11	2
Brandenburg	**1993**	**1 422**	**308**	**79**	**2**	**7**
	1992	635	79	15	6	30
	1991	308	11	0	3	0
Mecklenburg-Vorpommern	**1993**	**963**	**52**	**114**	**7**	**2**
	1992	1 729	18	17	5	0
	1991	158	1	0	0	0
Sachsen	**1993**	**3 081**	**192**	**85**	**7**	**2**
	1992	1 731	2 093	82	0	0
	1991	117	2	0	0	0
Sachsen-Anhalt	**1993**	**539**	**32**	**23**	**12**	**5**
	1992	278	29	13	2	1
	1991	1 702	1	31	6	0
Thüringen	**1993**	**658**	**25**	**55**	**4**	**1**
	1992	453	6	32	10	2
	1991	130	3	7	1	0

[1]) Auf den Gebieten „Unfallverhütung und Gesundheitsschutz" sowie „Arbeitsschutz in der Seefahrt" [2]) Daten wurden nicht erhoben [3]) ohne Baden-Württemberg [4]) ohne Rheinland-Pfalz

Übersicht 20

Personalstand des Technischen Aufsichtsdienstes
in den Jahren 1991 bis 1993

	Gewerbliche Berufsgenossenschaften			Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften			Eigenunfallversicherung [1]			insgesamt		
	1993	1992	1991	**1993**	1992	1991	**1993**	1992	1991	**1993**	1992	1991
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Zahl der im technischen Dienst Beschäftigten des Versicherungsträgers (einschließlich Büro- und Schreibpersonal)												
insgesamt	4 102	3 811	3 577	520	508	503	490	463	403	5 112	4 782	4 099
davon:												
Technisches Aufsichtspersonal mit Besichtigungstätigkeit	2 170	2 056	1 881	411	401	405	305	298	257	2 886	2 755	2 543

[1]) Von den Trägern der Eigenunfallversicherung sind nur Gemeindeunfallversicherungsverbände zur Überwachung der Unternehmen verpflichtet.

Übersicht 21

Unternehmen und Vollarbeiter bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften
in den Jahren 1991 bis 1993

Zahl der Unternehmen und Zahl der Versicherten in Unternehmen	**1993**	1992	1991
1	2	3	4
Unternehmen insgesamt	**2 633 499**	2 537 550	2 417 829
Vollarbeiter[1]) insgesamt	**28 095 214**	28 484 749	28 726 033
davon mit:			
1 bis 19 Vollarbeiter			
Unternehmen	**2 442 179**	2 353 849	2 240 047
Vollarbeiter	**8 210 004**	7 979 500	7 480 889
20 bis 199 Vollarbeiter			
Unternehmen	**174 748**	166 750	160 423
Vollarbeiter	**8 658 662**	8 395 061	7 984 793
200 bis 999 Vollarbeiter			
Unternehmen	**13 910**	14 136	14 703
Vollarbeiter	**5 385 329**	5 516 187	5 679 739
1 000 und mehr Vollarbeiter			
Unternehmen	**2 662**	2 815	2 656
Vollarbeiter	**5 841 219**	6 594 002	7 580 606

[1]) Nur abhängig Beschäftigte und Unternehmer

Übersicht 22

Aufsichtstätigkeit der Technischen Aufsichtsdienste
in den Jahren 1991 bis 1993

	Gewerbliche Berufsgenossenschaften		
	1993	1992	1991
1	2	3	4
Zahl der von den technischen Aufsichtsbeamten vorgenommenen Besichtigungen insgesamt	**630 416**	596 673	543 157
davon:			
in Unternehmen mit:			
1 bis 19 Vollarbeiter	**399 585**	392 371	340 528
20 bis 199 Vollarbeiter	**168 098**	147 879	144 472
200 bis 999 Vollarbeiter	**46 530**	41 982	43 721
1 000 und mehr Vollarbeiter	**16 203**	14 441	14 436
in Kindergärten, Schulen und Hochschulen			
Zahl der besichtigten Unternehmen insgesamt	**378 324**	355 578	319 489
davon:			
in Unternehmen mit:			
1 bis 19 Vollarbeiter	**292 653**	275 033	245 496
20 bis 199 Vollarbeiter	**72 622**	67 928	61 131
200 bis 999 Vollarbeiter	**10 962**	10 406	10 497
1 000 und mehr Vollarbeiter	**2 087**	2 211	2 365
in Kindergärten, Schulen und Hochschulen			
Zahl der untersuchten Unfälle einschließlich der Teilnahme an Unfalluntersuchungen nach § 1562 RVO	**97 009**	99 759	99 858

[1]) Im Bereich der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften wird eine Aufteilung nach Größe der Unternehmen nicht vorgenommen.
[2]) Eine Aufteilung nach Betriebsgrößen ist nicht für alle Besichtigungen möglich.

Übersicht 22

Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften [1])			Eigenunfallversicherung [2])			insgesamt		
1993	1992	1991	**1993**	1992	1991	**1993**	1992	1991
5	6	7	8	9	10	11	12	13
305 023	296 780	290 503	**28 382**	21 023	19 317	**963 821**	914 476	852 977
			5 526	1 153	1 039			
			2 580	1 956	705			
			2 456	1 704	786			
			9 871	7 743	6 935			
			7 959	8 467	7 279			
182 373	178 728	187 334	**8 866**	8 067	8 734	**569 563**	542 373	515 557
			677	509	562			
			1 286	1 113	450			
			659	500	196			
			650	461	543			
			5 601	5 484	5 880			
16 112	17 394	17 681	**3 768**	3 399	3 286	**116 889**	120 552	120 825

Übersicht 23

Beitragszuschläge und Beitragsnachlässe nach § 725 Abs. 2 RVO bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften im Jahre 1993[1])

Nr. der BG	Träger der gesetzlichen Unfallversicherung	Beitragszuschläge			Beitragsnachlässe		
		Anzahl der Fälle	Betrag in DM	v. H. vom Umlagesoll	Anzahl der Fälle	Betrag in DM	v. H. vom Umlagesoll
	1	2	3	4	5	6	7
1	Bergbau-BG	65	49 987 503	*8,01*	620	49 987 503	*8,01*
2	Steinbruchs-BG	764	6 122 959	*1,98*	4 980	16 166 859	*5,23*
3	BG der keramischen und Glasindustrie	325	1 988 622	*0,93*	0	0	—
4	BG der Gas- und Wasserwerke	0	0	—	3 539	7 005 338	*9,06*
5	Hütten- und Walzwerks-BG	119	59 007 319	*28,90*	0	0	—
6	Maschinenbau- und Metall-BG	4 736	18 801 561	*1,96*	32 543	53 484 078	*5,58*
7	Norddeutsche Metall-BG	3 363	9 867 508	*1,49*	23 994	36 106 079	*5,45*
8	Süddeutsche Metall-BG	6 792	17 213 866	*1,50*	50 591	63 669 412	*5,55*
9	Edel- und Unedelmetall-BG	597	2 861 412	*2,38*	4 346	8 985 629	*7,49*
10	BG der Feinmechanik und Elektrotechnik	0	0	—	73 437	107 056 350	*9,20*
11	BG der chemischen Industrie	2 083	27 336 697	*3,61*	7 814	94 491 101	*12,47*
12	Holz-BG	0	0	—	46 943	47 356 549	*8,74*
14	Papiermacher-BG	103	1 455 986	*1,96*	250	2 180 110	*2,94*
15	BG Druck und Papierverarbeitung	3 113	3 443 197	*1,56*	24 464	6 240 977	*2,82*
16	Lederindustrie-BG	897	771 945	*1,22*	9 945	3 296 521	*5,20*
17	Textil- und Bekleidungs-BG	16 547	868 932	*0,39*	0	0	—
18	BG Nahrungsmittel und Gaststätten	0	0	—	258 347	43 771 229	*4,83*
19	Fleischerei-BG	752	72 952	*0,05*	0	0	—
20	Zucker-BG	27	912 844	*6,09*	23	724 216	*4,83*
21	Bau-BG Hamburg	0	0	—	16 965	3 994 678	*2,14*
22	Bau-BG Hannover	0	0	—	39 530	24 225 279	*4,19*
23	Bau-BG Wuppertal	0	0	—	37 375	25 520 203	*4,42*
24	Bau-BG Frankfurt a. M.	0	0	—	17 906	12 186 703	*4,19*
25	Südwestliche Bau-BG	0	0	—	15 496	7 849 852	*3,67*
26	Württembergische Bau-BG	0	0	—	13 951	8 242 044	*4,36*
27	Bau-BG Bayern und Sachsen	0	0	—	35 368	22 512 901	*3,75*
28	Tiefbau-BG	0	0	—	9 166	23 947 104	*3,94*
29	Großhandels- und Lagerei-BG	10 881	10 944 498	*1,07*	0	0	—
30	BG für den Einzelhandel	0	0	—	201 557	34 616 785	*5,88*
31	Verwaltungs-BG	3 042	2 527 992	*0,19*	0	0	—
32	BG der Straßen-, U-Bahnen und Eisenbahnen	123	1 145 074	*1,45*	1 262	5 211 067	*6,60*
33	BG für Fahrzeughaltungen	0	0	—	125 016	47 357 410	*6,57*
34	See-BG	1 047	179 930	*0,24*	0	0	—
35	Binnenschiffahrts-BG	189	1 400 819	*3,10*	1 854	4 331 935	*9,60*
36	BG für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege	7 364	202 250	*0,03*	0	0	—
Gewerbliche Berufsgenossenschaften		62 929	217 113 866	—	1057 282	760 517 912	—

[1]) Die Angaben der einzelnen Berufsgenossenschaften können nicht miteinander verglichen werden.

Übersicht 24

Durchsetzungsmaßnahmen der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung
in den Jahren 1991 bis 1993

	Gewerbliche Berufsgenossenschaften			Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften			Eigenunfallversicherung		
	1993	1992	1991	**1993**	1992	1991	**1993**	1992	1991
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Bußgeldbescheide gegen Mitglieder (Unternehmer) nach §§ 710 Abs. 1, 717a Abs. 1 RVO ..	**1 004**	1 071	1 168	**3 377**	3 779	4 119	—	—	—
Bußgeldbescheide gegen Versicherte nach §§ 710 Abs. 1, 717a Abs. 1 RVO ..	**405**	353	343	**7**	8	3	—	—	—
Anordnungen: nach § 712 Abs. 1 Satz 2 RVO	**66 731**	64 515	56 265	**101 233**	105 210	101 930	**8 522**	6 354	6 888
nach § 714 Abs. 1 Satz 5 RVO	**4 882**	4 617	3 795	**2 214**	1 964	2 267	**190**	165	194
Beanstandungen	**865 198**	843 852	811 996	**1 275 903**	1 334 950	1 225 955	**70 382**	59 059	51 679

Übersicht 25

Sicherheitsbeauftragte
in den Jahren 1991 bis 1993

Träger der gesetzlichen Unfallversicherung	Unternehmen mit Sicherheitsbeauftragten			Sicherheitsbeauftragte		
	1993	1992	1991	**1993**	1992	1991
1	2	3	4	5	6	7
Versicherungsträger insgesamt	**246 323**	236 267	223 245	**454 325**	435 496	424 489
davon:						
Gewerbliche Berufsgenossenschaften ..	**191 320**	183 701	177 782	**325 742**	316 014	303 298
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	**3 308**	2 526	2 334	**5 441**	4 581	4 170
Eigenunfallversicherung	**51 695**	50 040	43 129	**123 142**	114 901	117 021
— davon in Kindergärten, Schulen und Hochschulen	**39 441**	35 911	33 055	**56 166**	52 125	60 612

Übersicht 26

Schulungskurse

1993

	Dauer der Schulungskurse			insgesamt
	bis 1 Tag	2 bis 3 Tage	mehr als 4 Tage	
1	2	3	4	5
Gewerbliche Berufsgenossenschaften				
Zahl der Kurse zusammen	7 877	4 325	4 430	16 632
Teilnehmer zusammen	199 030	92 339	71 880	363 249
davon:				
Kurse für Unternehmer und Führungskräfte				
Zahl der Kurse	1 255	779	25	2 059
Teilnehmer	30 324	16 093	558	46 975
Kurse für Sicherheitsbeauftragte				
Zahl der Kurse	604	1 150	527	2 281
Teilnehmer	13 296	24 640	11 846	49 782
Kurse für Sicherheitsfachkräfte nach ASiG				
Zahl der Kurse	163	131	907	1 201
Teilnehmer	4 356	2 718	17 924	24 998
Kurse für sonstige Betriebsangehörige				
Zahl der Kurse	5 855	2 265	2 971	11 091
Teilnehmer	151 054	48 888	41 552	241 494
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften				
Zahl der Kurse zusammen	2 151	327	39	2 517
Teilnehmer zusammen	41 231	6 005	392	47 628
davon:				
Kurse für Unternehmer und Führungskräfte				
Zahl der Kurse	680	148	2	830
Teilnehmer	12 491	2 053	115	15 459
Kurse für Sicherheitsbeauftragte				
Zahl der Kurse	74	66		140
Teilnehmer	1 137	1 233		2 370
Kurse für Sicherheitsfachkräfte nach ASiG				
Zahl der Kurse	39	3	27	69
Teilnehmer	749	21	135	905
Kurse für sonstige Betriebsangehörige				
Zahl der Kurse	1 358	110	10	1 478
Teilnehmer	26 854	1 898	142	28 894

noch Übersicht 26

noch Schulungskurse

1993

	Dauer der Schulungskurse			insgesamt
	bis 1 Tag	2 bis 3 Tage	mehr als 4 Tage	
1	2	3	4	5
Eigenunfallversicherung				
Zahl der Kurse zusammen	1 180	1 042	93	2 315
Teilnehmer zusammen	27 839	17 419	2 907	48 165
davon:				
Kurse für Unternehmer und Führungskräfte				
Zahl der Kurse	200	140	2	342
Teilnehmer	5 158	2 463	20	7 641
Kurse für Sicherheitsbeauftragte				
Zahl der Kurse	272	312	5	589
Teilnehmer	6 360	5 852	45	12 257
Kurse für Sicherheitsfachkräfte nach ASiG				
Zahl der Kurse	61	115	38	214
Teilnehmer	983	1 497	519	2 999
Kurse für sonstige Betriebsangehörige				
Zahl der Kurse	231	188	28	447
Teilnehmer	4 998	2 994	1 164	9 156
Kurse der Schülerunfallversicherung				
Zahl der Kurse	416	287	20	723
Teilnehmer	10 340	4 613	1 159	16 112

Übersicht 27

Aufwendungen der gesetzlichen Unfallversicherungsträger
in den Jahren 1992 und 1993

Pos.-Nr. des Konten-Rahmens	Aufwendungen (Ausgaben)	DM		Veränderungen von 1992 auf 1993	
		1993	1992	absolut	v. H.
	1	2	3	4	5
40	Ambulante Heilbehandlung	**1 141 492 306**	1 035 682 677	105 809 629	*10,2*
45	Zahnersatz	**23 563 175**	22 403 529	1 159 646	*5,2*
46	Stationäre Behandlung	**1 605 550 032**	1 549 303 623	56 246 409	*3,6*
47	Verletztengeld und besondere Unterstützung	**1 150 926 778**	1 088 813 488	62 113 290	*5,7*
48	Sonstige Heilbehandlungskosten und ergänzende Leistungen zur Heilbehandlung	**739 280 104**	660 826 270	78 453 834	*11,9*
49	Berufshilfe und ergänzende Leistungen zur Berufshilfe	**528 776 447**	444 579 942	84 196 505	*18,9*
50	Renten an Verletzte und Hinterbliebene	**9 970 084 034**	9 328 060 308	642 023 726	*6,9*
51	Beihilfen an Hinterbliebene	**34 528 343**	28 698 187	5 830 156	*20,3*
52	Abfindungen an Verletzte und Hinterbliebene	**163 575 050**	166 325 235	– 2 750 185	*– 1,7*
53	Unterbringung in Alters- und Pflegeheimen	**2 056 585**	1 154 883	901 702	*78,1*
54	Erstattungen an andere für Leistungen	**6 511 859**	4 157 782	2 354 077	*56,6*
57	Sterbegeld	**18 026 272**	16 032 499	1 993 773	*12,4*
58	Mehrleistungen	**20 117 168**	18 646 815	1 470 353	*7,9*
59	Unfallverhütung und Erste Hilfe	**1 119 082 365**	996 300 333	122 782 032	*12,3*
60 bis 62	Aufwendungen für das Vermögen	**94 346 584**	56 630 833	37 715 751	*66,6*
63	Rechnungsmäßiges Defizit der eigenen Unternehmen	**5 495 251**	8 027 433	– 2 532 182	*–31,5*
64	Beitragsausfälle[1]	**564 515 580**	413 671 313	150 844 267	*36,5*
65	Beitragsnachlässe	**661 013 296**	566 972 172	94 041 124	*16,6*
67	Zuführungen zu den Betriebsmitteln und der Rücklage	**1 915 282 681**	2 124 016 664	–208 733 983	*– 9,8*
69	Sonstige Aufwendungen[2]	**2 258 333 253**	1 634 880 476	623 452 777	*38,1*
70/71	Persönlicher Verwaltungsaufwand	**1 387 558 727**	1 259 892 016	127 666 711	*10,1*
72/73	Sächlicher Verwaltungsaufwand	**482 197 492**	416 330 966	65 866 526	*15,8*
74	Laufende Aufwendungen für die Selbstverwaltung	**22 801 927**	13 954 105	8 847 822	*63,4*
75	Vergütungen an andere für Verwaltungsarbeiten	**151 022 792**	134 267 670	16 755 122	*12,5*
76	Kosten der Rechtsverfolgung	**8 736 808**	7 134 383	1 602 425	*22,5*
77	Kosten der Unfalluntersuchungen und der Feststellung der Entschädigungen	**172 811 204**	154 123 474	18 687 730	*12,1*
78	Vergütungen für die Auszahlung von Renten	**4 130 715**	4 190 874	– 60 159	*– 1,4*
79	Vergütungen an andere für den Beitragseinzug	**48 635**	58 317	– 9 682	*–16,6*
690	abzüglich Lastenausgleich	**908 251 521**	877 041 184	31 210 337	*3,6*
691	abzüglich Konkursausfallgeld	**1 315 382 914**	726 860 803	588 522 111	*81,0*
	Nettoaufwendungen insgesamt	**22 028 231 028**	20 551 234 280	1 476 996 748	*7,2*

[1]) Hierbei handelt es sich um Beträge, die durch die Umlage des Vorjahres nicht aufgebracht wurden und deshalb zur Ermittlung der Umlage des Berichtsjahres als Aufwendungen erneut eingesetzt werden müssen.

[2]) In dieser Position ist der Betrag aus dem Lastenausgleich der Versicherungsträger untereinander (z. B. gemäß Artikel 3 des Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetzes) enthalten; wegen der den Versicherungsträgern vorgeschriebenen Bruttobuchung ist die Gesamtsumme der Aufwendungen um diesen Betrag überhöht. Um die Nettoaufwendungen zu erhalten, muß die Summe des Finanzausgleichs abgesetzt werden; ferner ist in der Position 69 noch das Konkursausfallgeld enthalten.

Übersicht 28

Aufwendungen für Unfallverhütung und Erste Hilfe

in den Jahren 1992 und 1993

in DM

(Kontengruppe 59)

	Gewerbliche Berufsgenossenschaften		Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften		Eigenunfall-versicherung		Versicherungsträger insgesamt	
	1993	1992	**1993**	1992	**1993**	1992	**1993**	1992
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Kosten für die Herstellung von Unfallverhütungs-vorschriften (§§ 708 bis 711 RVO) (Kontenart 590)	**15 973 727**	11 270 201	**319 946**	224 644	**1 668 746**	1 367 186	**17 962 419**	12 862 031
Kosten der Überwachung und Beratung der Unternehmen (§§ 712 bis 717 und § 719 RVO) (Kontenart 591)	**541 295 943**	491 992 561	**54 347 997**	51 712 907	**44 001 707**	36 266 964	**639 645 647**	579 972 432
Kosten der Ausbildung (Kontenart 592)	**142 363 980**	123 479 270	**1 811 655**	1 793 385	**7 388 774**	6 680 753	**151 564 409**	131 953 408
Zahlungen an Verbände für Unfallverhütung (Kontenart 593)	**85 186 920**	79 147 421	**5 778 489**	5 299 640	**7 536 949**	6 530 449	**98 502 358**	90 977 510
Kosten der arbeitsmedizinischen Dienste (Kontenart 594)	**121 443 892**	97 812 078	**40 074**	27 276	**19 374**	320 937	**121 503 340**	98 160 291
Sonstige Kosten der Unfallverhütung (Kontenart 595)	**73 158 740**	68 448 680	**663 546**	697 349	**2 888 042**	2 591 017	**76 710 328**	71 737 046
Kosten der Ersten Hilfe (§ 721 RVO) (Kontenart 598)	**10 875 497**	9 146 433	**149 419**	130 651	**2 168 948**	1 360 531	**13 193 864**	10 637 615
Kosten insgesamt (Kontengruppe 59)	**990 298 699**	881 296 644	**63 111 126**	59 885 852	**65 672 540**	55 117 837	**1 119 082 365**	996 300 333

Übersicht 29

Renten

in den Jahren 1991 bis 1993

	31. Dezember 1993	31. Dezember 1992	31. Dezember 1991	Veränderung von 1992 auf 1993 in v. H.	Veränderung von 1991 auf 1992 in v. H.
1	2	3	4	5	6
Renten an Verletzte und Erkrankte					
Versicherungsträger	**1 015 571**	1 017 068	1 015 072	*−0,1*	*+0,2*
davon:					
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	**759 647**	760 498	762 609	*−0,1*	*−0,3*
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	**166 589**	168 466	170 902	*−1,1*	*−1,4*
Eigenunfallversicherung	**89 335**	88 104	81 561	*+1,4*	*+8,0*
Renten an Hinterbliebene					
Versicherungsträger	**172 424**	172 075	171 750	*+0,2*	*+0,2*
davon:					
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	**141 006**	140 598	140 307	*+0,3*	*+0,2*
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	**16 575**	16 799	17 266	*−1,3*	*−2,7*
Eigenunfallversicherung	**14 843**	14 678	14 177	*+1,1*	*+3,5*

Übersicht 30

Zusammenstellung

Unfallgeschehen und Unfallverhütung bei den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung im Jahre 1993

1993

Nr. der BG	Träger der gesetzlichen Unfallversicherung	Angezeigte Arbeitsunfälle			Erstmals entschädigte Arbeitsunfälle				
		absolut	auf 1 Mio. geleistete Arbeitsstunden	je 1 000 Vollarbeiter	absolut	auf 1 Mio. geleistete Arbeitsstunden	je 1 000 Vollarbeiter	darunter tödliche Arbeitsunfälle	auf 1 Mio. geleistete Arbeitsstunden
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1	Bergbau-BG	13 585	42,70	67,04	1 186	3,73	5,85	35	0,11
2	Steinbruchs-BG	17 589	55,22	86,69	508	1,59	2,50	51	0,16
3	BG der keramischen und Glas-Industrie	16 895	47,45	74,50	387	1,09	1,71	14	0,04
4	BG der Gas- und Wasserwerke	5 765	20,60	32,34	109	0,39	0,61	6	0,02
5	Hütten- und Walzwerks-BG	5 832	29,96	47,04	292	1,50	2,36	3	0,02
6	Maschinenbau- und Metall-BG	84 329	45,31	71,14	3 029	1,63	2,56	66	0,04
7	Norddeutsche Metall-BG	56 505	46,29	72,68	1 041	0,85	1,34	43	0,04
8	Süddeutsche Metall-BG	118 415	45,84	71,97	1 906	0,74	1,16	72	0,03
9	Edel- und Unedelmetall-BG	12 623	37,16	58,35	168	0,49	0,78	7	0,02
10	BG der Feinmechanik und Elektrotechnik	62 809	16,21	25,44	1 846	0,48	0,75	104	0,03
11	BG der chemischen Industrie	28 626	17,67	27,75	1 183	0,73	1,15	33	0,02
12	Holz-BG	72 967	71,82	112,75	1 416	1,39	2,19	32	0,03
14	Papiermacher-BG	5 139	43,61	68,46	214	1,82	2,85	6	0,05
15	BG Druck und Papierverarbeitung	23 020	24,14	37,89	613	0,64	1,01	20	0,02
16	Lederindustrie-BG	6 869	35,28	55,40	166	0,85	1,34	2	0,01
17	Textil- und Bekleidungs-BG	17 718	19,39	30,44	447	0,49	0,77	17	0,02
18	BG Nahrungsmittel und Gaststätten	98 324	32,97	51,77	1 961	0,66	1,03	54	0,02
19	Fleischerei-BG	40 958	86,66	136,05	530	1,12	1,76	5	0,01
20	Zucker-BG	726	34,37	53,97	29	1,37	2,16	4	0,19
21	Bau-BG Hamburg	26 162	82,94	130,21	422	1,34	2,10	11	0,03
22	Bau-BG Hannover	78 112	78,91	123,88	1 607	1,62	2,55	86	0,09
23	Bau-BG Wuppertal	61 962	78,20	122,78	1 597	2,02	3,16	37	0,05
24	Bau-BG Frankfurt a. M.	27 401	57,48	90,24	544	1,14	1,79	31	0,07
25	Südwestliche Bau-BG	20 158	56,34	88,45	625	1,75	2,74	12	0,03
26	Württembergische Bau-BG	20 630	60,96	95,71	614	1,81	2,85	28	0,08
27	Bau-BG Bayern und Sachsen	76 870	83,60	131,25	1 526	1,66	2,61	66	0,07
28	Tiefbau-BG	63 359	93,78	147,24	1 232	1,82	2,86	89	0,13
29	Großhandels- und Lagerei-BG	82 165	27,65	43,41	2 491	0,84	1,32	137	0,05
30	BG für den Einzelhandel	58 309	19,65	30,85	1 430	0,48	0,76	54	0,02
31	Verwaltungs-BG	162 024	16,12	25,31	2 573	0,26	0,40	63	0,01
32	BG der Straßen-, U-Bahnen und Eisenbahnen	6 609	27,18	42,68	111	0,46	0,72	8	0,03
33	BG für Fahrzeughaltungen	74 084	40,32	63,30	2 384	1,30	2,04	174	0,09
34	See-BG	970	15,56	24,43	99	1,59	2,49	12	0,19
35	Binnenschiffahrts-BG	1 477	42,44	66,63	76	2,18	3,43	10	0,29
36	BG für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege	61 759	15,68	24,62	1 191	0,30	0,47	22	0,01
	Gewerbliche Berufsgenossenschaften	1 510 745	32,41	50,89	35 553	0,76	1,20	1 414	0,80
	Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	184 833	—	81,08	9 688	—	3,90	324	—
	Eigenunfallversicherung	235 809	31,83	45,90	3 181	0,43	0,70	129	0,02

noch Übersicht 30

1993

noch Unfallgeschehen und Unfallverhütung
bei den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung im Jahre 1993

Nr. der BG	Träger der gesetzlichen Unfallversicherung	Angezeigte Wegeunfälle		Erstmals entschädigte Wegeunfälle		
		absolut	je 1 000 Versicherte	absolut	je 1 000 Versicherte	darunter tödliche Wegeunfälle
		10	11	12	13	14
1	Bergbau-BG	1 159	5,1	153	0,7	9
2	Steinbruchs-BG	1 117	4,9	83	0,4	16
3	BG der keramischen und Glasindustrie	1 558	5,7	105	0,4	13
4	BG der Gas- und Wasserwerke	1 131	5,8	50	0,3	4
5	Hütten- und Walzwerks-BG	758	4,3	59	0,3	2
6	Maschinenbau- und Metall-BG	7 784	6,1	569	0,4	39
7	Norddeutsche Metall-BG	6 291	7,8	308	0,4	37
8	Süddeutsche Metall-BG	10 529	5,7	644	0,3	83
9	Edel- und Unedelmetall-BG	1 309	5,6	67	0,3	7
10	BG der Feinmechanik und Elektrotechnik	12 380	4,9	823	0,3	76
11	BG der chemischen Industrie	5 797	5,3	466	0,4	32
12	Holz-BG	3 559	5,3	227	0,3	29
14	Papiermacher-BG	453	5,3	37	0,4	4
15	BG Druck und Papierverarbeitung	4 637	5,5	172	0,2	9
16	Lederindustrie-BG	810	5,5	64	0,4	4
17	Textil- und Bekleidungs-BG	4 181	7,0	275	0,5	15
18	BG Nahrungsmittel und Gaststätten	12 948	4,7	659	0,2	53
19	Fleischerei-BG	2 607	6,4	124	0,3	10
20	Zucker-BG	92	5,5	8	0,5	2
21	Bau-BG Hamburg	1 466	4,9	76	0,3	9
22	Bau-BG Hannover	5 771	6,7	257	0,3	36
23	Bau-BG Wuppertal	4 220	5,8	184	0,3	14
24	Bau-BG Frankfurt a. M.	1 791	4,4	66	0,2	12
25	Südwestliche Bau-BG	1 095	3,6	62	0,2	9
26	Württembergische Bau-BG	780	2,8	49	0,2	10
27	Bau-BG Bayern und Sachsen	3 995	5,1	178	0,2	35
28	Tiefbau-BG	3 134	6,0	143	0,3	29
29	Großhandels- und Lagerei-BG	11 916	6,3	617	0,3	56
30	BG für den Einzelhandel	14 672	6,2	905	0,4	40
31	Verwaltungs-BG	46 969	4,7	1 239	0,1	62
32	BG der Straßen-, U-Bahnen und Eisenbahnen	1 338	7,7	50	0,3	5
33	BG für Fahrzeughaltungen	4 290	3,7	218	0,2	22
34	See-BG	133	2,8	15	0,3	0
35	Binnenschiffahrts-BG	89	3,5	6	0,2	1
36	BG für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege	23 996	5,6	831	0,2	29
Gewerbliche Berufsgenossenschaften		204 755	5,3	9 789	0,3	813
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften		5 421		301		52
Eigenunfallversicherung		56 726	6,6	1 637	0,2	108

noch Übersicht 30

noch Unfallgeschehen und Unfallverhütung
bei den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung im Jahre 1993

1993

Nr. der BG	Träger der gesetzlichen Unfallversicherung	Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit	Erstmals entschädigte Berufskrankheiten		Vollarbeiter	Versicherte	Unternehmen
			insgesamt	davon mit tödlichem Ausgang			
		15	16	17	18	19	20
1	Bergbau BG	10 443	1 043	174	202 648	227 151	256
2	Steinbruchs-BG	1 263	122	9	202 891	229 057	6 289
3	BG der keramischen und Glasindustrie	1 201	60	6	226 784	272 210	8 132
4	BG der Gas- und Wasserwerke	272	19	3	178 286	193 745	5 464
5	Hütten- und Walzwerks-BG	666	71	4	123 976	174 970	153
6	Maschinenbau- und Metall-BG	7 009	414	19	1 185 405	1 283 156	38 465
7	Norddeutsche Metall-BG	3 494	381	74	777 499	809 353	28 303
8	Süddeutsche Metall-BG	4 966	487	34	1 645 422	1 858 373	60 882
9	Edel- und Unedelmetall-BG	573	45	3	216 339	231 811	5 083
10	BG der Feinmechanik und Elektrotechnik	4 813	353	55	2 468 575	2 547 554	88 388
11	BG der chemischen Industrie	4 125	610	89	1 031 586	1 102 024	11 287
12	Holz-BG	1 331	176	14	647 140	670 170	56 400
14	Papiermacher-BG	233	22	8	75 063	85 037	387
15	BG Druck und Papierverarbeitung	993	23	7	607 508	838 977	33 566
16	Lederindustrie-BG	357	25	2	123 999	147 524	14 654
17	Textil- und Bekleidungs-BG	1 933	130	13	582 107	595 768	86 808
18	BG Nahrungsmittel und Gaststätten	7 004	218	6	1 899 264	2 780 489	358 163
19	Fleischerei-BG	1 372	11	0	301 042	404 819	28 670
20	Zucker BG	44	3	3	13 453	16 698	87
21	Bau-BG Hamburg	1 097	38	6	200 916	299 939	24 754
22	Bau-BG Hannover	3 448	126	22	630 542	858 165	76 259
23	Bau-BG Wuppertal	3 491	162	11	504 666	725 359	70 960
24	Bau-BG Frankfurt a. M.	1 398	81	3	303 650	409 897	39 710
25	Südwestliche Bau-BG	1 060	56	1	227 911	300 989	39 102
26	Württembergische Bau-BG	731	32	5	215 552	277 560	35 041
27	Bau-BG Bayern und Sachsen	3 313	197	49	585 676	782 525	66 487
28	Tiefbau-BG	1 681	110	14	430 306	519 831	12 725
29	Großhandels- und Lagerei-BG	2 672	129	18	1 892 637	1 894 744	121 089
30	BG für den Einzelhandel	2 898	70	12	1 889 920	2 377 161	306 397
31	Verwaltungs-BG	3 557	122	7	6 402 309	10 083 077	460 203
32	BG der Straßen-, U-Bahnen und Eisenbahnen	256	15	0	154 852	173 603	1 422
33	BG für Fahrzeughaltungen	1 694	36	0	1 170 436	1 170 433	162 211
34	See-BG	126	12	4	39 701	48 274	3 897
35	Binnenschiffahrts-BG	95	8	2	22 166	25 139	2 785
36	BG für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege	12 449	251	1	2 508 195	4 296 762	379 020
Gewerbliche Berufsgenossenschaften		92 058	5 668	678	29 688 422	38 712 344	2 633 499
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften		7 307	423	85	2 279 616	4 549 046	1 800 321
Eigenunfallversicherung		9 624	310	25	5 136 916	8 574 119	27 487

noch Übersicht 30

1993

noch Unfallgeschehen und Unfallverhütung
bei den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung im Jahre 1993

Nr. der BG	Träger der gesetzlichen Unfallversicherung	Geleistete Arbeitsstunden	Gesamtausgaben in DM	darunter (Spalte 21) Kosten für Erste Hilfe und Unfallverhütung in DM
		21	22	23
1	Bergbau-BG	318 157 170	1 593 787 118	26 924 103
2	Steinbruchs-BG	318 538 904	343 668 257	17 546 014
3	BG der keramischen und Glasindustrie	356 049 924	255 878 909	14 224 181
4	BG der Gas- und Wasserwerke	279 908 928	91 814 616	8 578 268
5	Hütten- und Walzwerks-BG	194 642 389	217 490 812	9 136 140
6	Maschinenbau- und Metall-BG	1 861 086 848	1 203 169 548	78 553 289
7	Norddeutsche Metall-BG	1 220 673 547	789 014 636	39 676 113
8	Süddeutsche Metall-BG	2 583 313 598	1 374 388 260	59 542 092
9	Edel- und Unedelmetall-BG	339 652 154	146 853 920	9 536 244
10	BG der Feinmechanik und Elektrotechnik	3 875 663 378	1 465 301 066	60 654 736
11	BG der chemischen Industrie	1 619 588 860	881 726 934	75 587 673
12	Holz-BG	1 016 010 547	638 430 719	34 460 261
14	Papiermacher-BG	117 848 037	87 066 366	6 506 435
15	BG Druck und Papierverarbeitung	953 788 520	281 916 371	15 148 702
16	Lederindustrie-BG	194 678 472	76 323 763	4 975 816
17	Textil- und Bekleidungs-BG	913 907 112	307 350 916	13 188 769
18	BG Nahrungsmittel und Gaststätten	2 981 845 187	1 067 638 043	60 444 943
19	Fleischerei-BG	472 635 469	190 471 319	8 525 265
20	Zucker-BG	21 121 102	18 505 607	1 527 600
21	Bau-BG Hamburg	315 438 172	228 058 561	14 486 529
22	Bau-BG Hannover	989 949 893	694 901 239	39 202 014
23	Bau-BG Wuppertal	792 325 580	672 356 293	41 476 934
24	Bau-BG Frankfurt a. M.	476 731 308	352 726 000	22 278 803
25	Südwestliche Bau-BG	357 821 088	262 624 297	15 899 067
26	Württembergische Bau-BG	338 417 549	229 882 371	15 012 064
27	Bau-BG Bayern und Sachsen	919 510 830	706 293 481	41 334 608
28	Tiefbau-BG	675 581 323	668 979 129	53 077 363
29	Großhandels- und Lagerei-BG	2 971 440 483	1 283 721 907	37 701 342
30	BG für den Einzelhandel	2 967 174 793	727 612 176	21 071 364
31	Verwaltungs BG	10 051 624 895	1 836 336 536	68 034 469
32	BG der Straßen-, U-Bahnen und Eisenbahnen	243 118 375	91 512 246	5 581 153
33	BG für Fahrzeughaltungen	1 837 584 206	933 808 469	19 738 262
34	See-BG	62 330 256	92 320 851	11 464 199
35	Binnenschiffahrts-BG	34 801 395	57 952 240	7 139 856
36	BG für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege	3 937 866 857	909 873 400	32 064 028
	Gewerbliche Berufsgenossenschaften	46 610 827 149	20 779 756 384	990 298 699
	Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	—	1 717 890 628	63 111 126
	Eigenunfallversicherung [2])	7 407 345 166	1 754 218 451	65 672 540

[2]) Inklusive Schülerunfallversicherung

noch Übersicht 30

noch Unfallgeschehen und Unfallverhütung
bei den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung im Jahre 1993

1993

Nr. der BG	Träger der gesetzlichen Unfallversicherung	Technisches Aufsichtspersonal[1]	Besichtigte Unternehmen	Besichtigungen in den Unternehmen	Untersuchte Unfälle	Bußgeldbescheide gegen	
						Mitglieder (Unternehmer)	Versicherte
		24	25	26	27	28	29
1	Bergbau-BG	25	213	1 505	447	0	0
2	Steinbruchs-BG	47	6 239	9 296	4 084	7	2
3	BG der keramischen und Glasindustrie	38	3 065	4 080	2 222	0	0
4	BG der Gas- und Wasserwerke	30	757	894	120	0	0
5	Hütten- und Walzwerks-BG	15	153	1 034	2 516	0	0
6	Maschbau- und Metall-BG	185	18 186	28 687	7 702	3	0
7	Norddeutsche Metall-BG	105	15 060	27 866	5 848	8	0
8	Süddeutsche Metall-BG	146	14 688	15 847	4 297	5	0
9	Edel- und Unedelmetall-BG	25	994	1 337	2 029	0	0
10	BG der Feinmechanik und Elektrotechnik	118	22 127	29 848	5 929	9	1
11	BG der chemischen Industrie	112	5 170	7 449	8 043	7	0
12	Holz-BG	108	18 109	19 555	4 139	79	3
14	Papiermacher-BG	16	351	508	785	0	0
15	BG Druck und Papierverarbeitung	40	5 214	5 903	1 516	39	10
16	Lederindustrie-BG	16	1 039	1 917	1 100	0	0
17	Textil- und Bekleidungs-BG	49	14 376	15 277	9 435	46	2
18	BG Nahrungsmittel und Gaststätten	103	26 802	31 666	10 780	50	0
19	Fleischerei-BG	27	3 066	3 252	284	0	0
20	Zucker-BG	3	71	181	83	0	0
21	Bau-BG Hamburg	32	4 571	16 998	1 691	1	11
22	Bau-BG Hannover	85	13 469	51 283	1 370	51	8
23	Bau-BG Wuppertal	76	18 697	52 590	1 889	331	93
24	Bau-BG Frankfurt a. M.	44	12 129	24 305	1 279	99	29
25	Südwestliche Bau-BG	44	9 095	17 351	1 253	34	8
26	Württembergische Bau-BG	39	7 706	20 167	1 477	28	10
27	Bau-BG Bayern und Sachsen	80	24 864	48 986	1 130	87	96
28	Tiefbau-BG	82	4 977	28 449	3 087	14	77
29	Großhandels- und Lagerei-BG	114	32 951	53 494	4 126	51	34
30	BG für den Einzelhandel	58	57 508	58 764	1 674	25	0
31	Verwaltungs-BG	130	12 442	19 481	2 936	0	0
32	BG der Straßen-, U-Bahnen und Eisenbahnen	15	462	543	1 113	0	0
33	BG für Fahrzeughaltungen	63	10 298	10 825	1 171	2	6
34	See-BG	21	3 897	10 164	47	27	15
35	Binnenschiffahrts-BG	21	1 115	2 443	111	1	0
36	BG für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege	58	8 463	8 471	1 296	0	0
	Gewerbliche Berufsgenossenschaften	2 170	378 324	630 416	97 009	1 004	405
	Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	411	182 373	305 023	16 112	3 377	7
	Eigenunfallversicherung[2]	305	8 866	28 382	3 768	0	0

[1]) Hier ist das Personal aufgeführt, das Betriebsbesichtigungen oder dgl. durchführt.
[2]) Inklusive Schülerunfallversicherung.

noch Übersicht 30

1993

noch Unfallgeschehen und Unfallverhütung
bei den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung im Jahre 1993

Nr. der BG	Träger der gesetzlichen Unfallversicherung	Unternehmen mit Sicherheitsbeauftragten	Sicherheitsbeauftragte	Schulungskurse	In Kursen geschulte Personen	In Erster Hilfe unterwiesene Personen
		30	31	32	33	34
1	Bergbau-BG	208	4 383	665	9 887	2 162
2	Steinbruchs-BG	2 048	5 495	250	4 749	4 659
3	BG der keramischen und Glasindustrie	1 552	2 852	105	2 756	2 457
4	BG der Gas- und Wasserwerke	874	5 216	71	2 224	10 289
5	Hütten- und Walzwerks-BG	124	5 035			5 045
6	Maschinenbau- und Metall-BG	9 574	18 764	688	14 973	16 276
7	Norddeutsche Metall-BG	5 588	17 799	395	7 417	10 207
8	Süddeutsche Metall-BG	11 183	36 340	799	16 817	21 433
9	Edel- und Unedelmetall-BG	1 306	4 033	106	2 708	2 634
10	BG der Feinmechanik und Elektrotechnik	13 812	42 234	1 440	31 917	72 144
11	BG der chemischen Industrie	4 246	25 042	493	13 274	26 542
12	Holz-BG	5 769	7 675	2 234	27 873	2 942
14	Papiermacher-BG	296	2 749	49	1 225	1 885
15	BG Druck und Papierverarbeitung	5 026	6 788	110	2 267	4 524
16	Lederindustrie-BG	888	1 103	66	1 199	535
17	Textil- und Bekleidungs-BG	4 895	5 480	118	2 346	2 696
18	BG Nahrungsmittel und Gaststätten	13 760	13 703	185	4 606	10 483
19	Fleischerei-BG	2 141	1 597	56	1 610	1 068
20	Zucker-BG	69	417	11	310	498
21	Bau-BG Hamburg	1 957	930	351	7 682	766
22	Bau-BG Hannover	5 994	3 410	1 708	43 377	2 074
23	Bau-BG Wuppertal	4 034	4 931	965	26 333	2 654
24	Bau-BG Frankfurt a. M.	2 543	1 548	299	7 847	1 251
25	Südwestliche Bau-BG	1 686	1 106	399	12 541	385
26	Württembergische Bau-BG	1 534	1 324	346	9 194	948
27	Bau-BG Bayern und Sachsen	5 307	3 845	1 303	27 548	3 203
28	Tiefbau-BG	4 192	4 200	1 307	42 874	6 519
29	Großhandels- und Lagerei-BG	17 699	22 484	211	5 006	9 328
30	BG für den Einzelhandel	7 663	9 528	384	8 384	15 740
31	Verwaltungs-BG	32 028	22 663	905	13 362	29 319
32	BG der Straßen-, U-Bahnen und Eisenbahnen	380	6 397	66	1 579	5 412
33	BG für Fahrzeughaltungen	9 049	12 374	55	1 401	5 039
34	See-BG	267	4 232	141	1 683	303
35	Binnenschiffahrts-BG	155	205	40	571	502
36	BG für Gesundheit und Wohlfahrtspflege	13 473	19 860	311	5 704	28 597
	Gewerbliche Berufsgenossenschaften	191 320	325 742	16 632	363 249	310 519
	Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	3 308	5 441	2 517	47 628	5 868
	Eigenunfallversicherung[1]	51 695	123 142	1 543	30 671	70 912

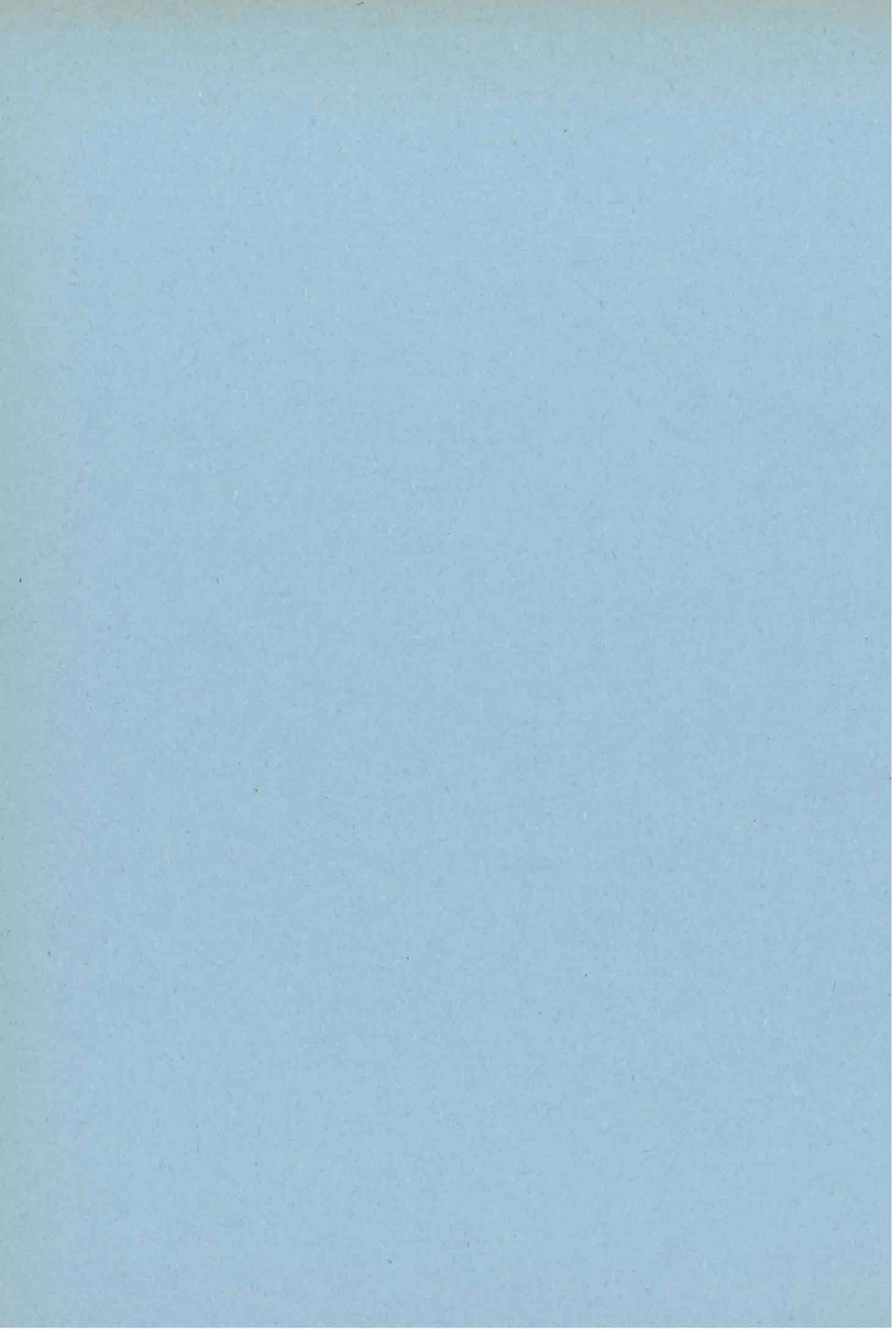
[1] Inklusive Schülerunfallversicherung

Übersicht 31

Länderübersicht[2]) **1993**

Bundesländer	Meldepflichtige Arbeits- und Wegeunfälle			Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit	Anerkannte Berufskrankheiten	Erstmals entschädigte Arbeits- und Wegeunfälle sowie Berufskrankheiten					Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30. 6. 1993
	Arbeitsunfälle[1])	Wegeunfälle[1])	Zusammen (Sp. 2, 3)[1])			Arbeitsunfälle	Wegeunfälle	Berufskrankheiten	tödliche Arbeitsunfälle	tödliche Wegeunfälle	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Schleswig-Holstein	44 197	6 925	51 122	2 339	386	769	261	110	31	21	825 149
Hamburg	34 371	6 841	41 212	2 104	430	968	278	182	40	15	783 111
Niedersachsen	138 578	19 788	158 366	7 937	1 293	4 566	1 407	379	166	118	2 412 829
Bremen	17 640	2 695	20 335	1 436	433	541	148	227	19	8	306 272
Nordrhein-Westfalen	340 133	43 609	383 742	28 350	6 060	10 107	2 269	1 916	259	109	6 002 336
Hessen	104 894	15 023	119 917	5 711	1 361	2 048	610	339	81	53	2 207 413
Rheinland-Pfalz	65 432	7 449	72 881	3 934	778	1 789	415	250	47	36	1 191 478
Baden-Württemberg	190 862	19 520	210 382	7 736	2 032	3 827	1 025	468	165	100	3 848 321
Bayern	256 038	30 583	286 621	10 969	1 977	4 624	1 390	484	183	134	4 315 592
Saarland	22 850	2 488	25 338	2 309	727	638	125	151	12	7	349 581
Berlin	57 210	11 911	69 121	2 041	243	1 106	453	110	64	41	1 344 058
Brandenburg	39 091	5 567	44 658	1 603	127	664	204	63	52	25	906 581
Mecklenburg-Vorpommern	36 550	5 737	42 287	1 674	143	545	160	63	53	22	651 236
Sachsen	54 344	11 066	65 410	8 008	890	1 642	538	655	118	53	1 687 524
Sachsen-Anhalt	40 688	6 208	46 896	3 174	227	984	294	159	72	41	995 867
Thüringen	42 416	5 863	48 279	2 731	186	735	212	112	52	28	882 896
Insgesamt[3])	**1 510 745**	**204 755**	**1 715 500**	**92 058**	**17 293**	**35 553**	**9 789**	**5 668**	**1 414**	**813**	**28 714 836**

[1]) Hochrechnung auf Basis einer 10 %-Stichprobe
[2]) Zahlen der gewerblichen Wirtschaft
[3]) einschließlich Ausland und nicht zuzuordnender Fälle



Tabellen zu den Schaubildern

Tabelle 1

Entwicklung der Arbeitsunfälle ab 1949

Jahr	Vollarbeiter in 1 000[1]	Arbeitsunfälle	Angezeigte Arbeitsunfälle je 1 000 Vollarbeiter	Erstmals entschädigte Arbeitsunfälle	Erstmals entschädigte Arbeitsunfälle je 1 000 Vollarbeiter	Tödliche Arbeitsunfälle	davon			Tödliche Arbeitsunfälle je 1 000 Vollarbeiter
							Gewerbliche Berufsgenossenschaften	Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	Eigenunfallversicherungsträger	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1949	18 033	1 099 811	61	84 916	4,7	6 966	3 836	2 407	723	0,39
1950	19 183	1 258 220	66	98 963	5,2	6 429	5 564	2 222	643	0,34
1951	19 989	1 453 734	73	105 635	5,3	6 098	3 466	2 184	448	0,31
1952	20 209	1 653 107	82	107 411	5,3	5 890	3 384	2 122	384	0,29
1953	21 304	1 854 127	87	115 411	5,4	6 374	3 704	2 264	406	0,30
1954	21 779	1 992 424	91	106 457	4,9	6 020	3 640	2 031	349	0,28
1955	22 575	2 179 834	97	105 006	4,7	6 017	3 665	2 063	316	0,27
1956	22 133	2 305 144	104	107 538	4,9	5 844	3 622	1 920	302	0,26
1957	23 133	2 341 506	101	100 241	4,3	5 375	3 377	1 795	203	0,23
1958	23 523	2 491 428	106	100 458	4,3	5 235	3 230	1 816	189	0,22
1959	24 123	2 555 432	106	97 767	4,1	5 134	3 124	1 874	136	0,21
1960	24 883	2 711 078	109	94 881	3,8	4 893	3 021	1 681	191	0,20
1961	24 324	2 870 765	118	95 406	3,9	4 920	3 130	1 584	206	0,20
1962	24 440	2 722 415	111	99 694	4,1	5 446	3 567	1 658	221	0,22
1963	24 345	2 618 544	108	92 328	3,8	4 831	2 873	1 651	307	0,20
1964	24 859	2 694 962	108	87 345	3,5	4 941	3 086	1 580	275	0,20
1965	24 951	2 655 363	106	88 895	3,6	4 784	3 018	1 511	255	0,19
1966	25 028	2 542 299	102	86 750	3,5	4 849	3 094	1 528	227	0,19
1967	24 129	2 181 464	90	81 077	3,4	4 524	2 920	1 402	202	0,19
1968	24 327	2 263 841	93	75 701	3,1	4 290	2 693	1 315	282	0,18
1969	25 599	2 359 956	92	76 384	3,0	4 289	2 622	1 391	276	0,17
1970	25 218	2 391 757	95	77 935	3,1	4 263	2 696	1 321	245	0,17
1971	24 828	2 337 926	94	76 833	3,1	4 589	2 992	1 348	248	0,18
1972	24 668	2 237 366	91	72 030	2,9	4 082	2 706	1 133	243	0,17
1973	24 965	2 281 268	91	68 887	2,8	4 011	2 691	1 085	235	0,16
1974	24 228	1 989 315	82	67 825	2,8	3 644	2 449	967	228	0,15
1975	23 301	1 760 713	76	61 590	2,6	3 137	2 069	871	197	0,13
1976	24 458	1 828 743	75	59 278	2,4	3 154	2 049	895	210	0,13
1977	24 340	1 809 810	74	58 933	2,4	2 970	1 989	802	179	0,12
1978	24 668	1 817 510	74	56 408	2,3	2 825	1 927	716	182	0,11
1979	25 237	1 901 602	75	59 371	2,4	2 822	1 996	633	193	0,11
1980	25 597	1 917 211	75	57 873	2,3	2 597	1 807	612	178	0,10
1981	25 448	1 763 167	69	57 501	2,3	2 450	1 689	563	198	0,10
1982	24 967	1 593 446	64	55 362	2,2	2 196	1 492	520	184	0,09
1983	24 555	1 510 924	62	51 341	2,1	2 069	1 406	498	165	0,08
1984	25 072	1 517 008	61	50 284	2,0	1 918	1 319	460	139	0,08
1985	25 616	1 536 090	60	49 681	1,9	1 795	1 204	445	146	0,07
1986	28 532	1 581 423	55	48 883	1,7	1 576	1 069	389	118	0,06
1987	28 654	1 568 813	55	47 337	1,7	1 524	1 057	356	111	0,05
1988	29 168	1 578 995	54	46 192	1,6	1 605	1 130	363	112	0,06
1989	29 760	1 601 847	54	43 707	1,5	1 515	1 098	330	87	0,05
1990	30 717	1 672 480	54	43 027	1,4	1 558	1 086	350	122	0,05
1991	37 126	2 016 153	54	43 791	1,2	1 496	1 062	336	98	0,04
1992	37 456	2 069 422	55	45 619	1,2	1 752	1 310	309	133	0,05
1993	37 105	1 931 387	52	48 422	1,3	1 867	1 414	324	129	0,05

[1]) Die Zahl der Vollarbeiter für die Jahre 1949 und 1950 ist vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung aus der Zahl der Versicherten geschätzt.

Tabelle 2

Arbeitsunfälle der gewerblichen Berufsgenossenschaften
— absolute Zahlen und Häufigkeit je 1 000 000 Arbeitsstunden —

seit 1969

Jahr	Zahl der Arbeitsstunden in 1 000	Angezeigte Arbeitsunfälle		Erstmals entschädigte Arbeitsunfälle		Tödliche Arbeitsunfälle	
		absolut	je 1 Mio. Arbeitsstunden	absolut	je 1 Mio. Arbeitsstunden	absolut	je 1 Mio. Arbeitsstunden
1	2	3	4	5	6	7	8
1969	36 368 423	1 969 909	54	48 902	1,3	2 622	0,07
1970	37 495 990	2 010 395	54	51 496	1,4	2 696	0,07
1971	37 637 554	1 959 759	52	51 499	1,4	2 992	0,08
1972	37 442 968	1 868 546	50	49 326	1,3	2 706	0,07
1973	37 797 009	1 854 677	49	47 267	1,3	2 691	0,07
1974	36 634 146	1 627 880	44	46 238	1,3	2 449	0,07
1975	34 472 600	1 406 998	41	42 025	1,2	2 069	0,06
1976	34 814 938	1 471 240	42	39 459	1,1	2 049	0,06
1977	35 102 864	1 456 301	41	40 009	1,1	1 989	0,06
1978	35 467 072	1 454 617	41	38 827	1,1	1 927	0,05
1979	36 319 442	1 524 928	42	40 796	1,1	1 996	0,05
1980	36 682 750	1 541 214	42	40 051	1,1	1 807	0,05
1981	36 359 545	1 397 976	38	40 056	1,1	1 689	0,05
1982	35 480 094	1 228 317	35	39 478	1,1	1 492	0,04
1983	34 623 402	1 144 814	33	35 119	1,0	1 406	0,04
1984	35 592 835	1 153 321	32	34 749	1,0	1 319	0,04
1985	36 334 319	1 166 468	32	34 431	0,9	1 204	0,03
1986	37 613 758	1 212 064	32	33 737	0,9	1 069	0,03
1987	37 765 675	1 211 517	32	32 537	0,9	1 057	0,03
1988	38 665 768	1 234 634	32	32 256	0,8	1 130	0,03
1989	39 371 662	1 262 374	32	30 840	0,8	1 098	0,03
1990	40 639 397	1 331 395	33	30 142	0,7	1 086	0,03
1991	47 600 263	1 587 177	33	30 612	0,6	1 062	0,02
1992	48 544 964	1 622 732	33	32 932	0,7	1 310	0,03
1993	46 610 827	1 510 745	32	35 553	0,8	1 414	0,03

Tabelle 3

Angezeigte und erstmals entschädigte Wegeunfälle sowie Häufigkeiten je 1 000 Versicherte seit 1949

Jahr	Versicherte[1][2] in 1 000	Angezeigte Wegeunfälle		Erstmals entschädigte Wegeunfälle		Tödliche Wegeunfälle	
		absolut	je 1 000 Versicherte	absolut	je 1 000 Versicherte	absolut	je 1 Mio. Versicherte
1	2	3	4	5	6	7	8
1949	23 690	56 286	2,38	4 470	0,19	683	28,83
1950	25 198	86 582	3,44	6 795	0,27	809	32,11
1951	27 593	107 509	3,90	9 413	0,34	1 122	40,66
1952	29 181	140 088	4,80	10 999	0,38	1 101	37,73
1953	29 738	178 998	6,02	14 567	0,49	1 322	44,45
1954	30 519	193 816	6,35	16 101	0,53	1 539	50,43
1955	31 946	244 925	7,67	18 064	0,57	1 843	57,69
1956	32 508	256 711	7,90	19 743	0,61	1 841	56,63
1957	32 424	240 451	7,42	19 423	0,60	1 836	56,62
1958	32 596	267 615	8,21	19 153	0,59	1 586	48,66
1959	32 870	273 678	8,33	18 463	0,56	1 594	48,49
1960	32 864	283 605	8,63	18 360	0,56	1 716	52,22
1961	33 371	283 665	8,50	19 152	0,57	1 891	56,67
1962	31 384	271 208	8,64	19 203	0,61	1 763	56,18
1963	33 304	288 164	8,65	19 007	0,57	1 576	47,32
1964	32 568	267 971	8,23	17 450	0,54	1 813	55,67
1965	32 606	255 297	7,83	17 086	0,52	1 809	55,48
1966	32 493	239 942	7,38	17 785	0,55	1 923	59,18
1967	31 763	209 512	6,60	15 946	0,50	1 853	58,34
1968	32 128	223 799	6,97	15 544	0,48	1 684	52,42
1969	32 194	243 916	7,58	15 713	0,49	1 740	54,05
1970	32 550	255 480	7,85	17 584	0,54	1 852	56,90
1971	30 764	221 592	7,20	16 056	0,52	1 879	61,08
1972	30 588	213 468	6,98	14 652	0,48	1 825	59,66
1973	31 989	228 542	7,14	13 843	0,43	1 695	52,99
1974	31 290	186 827	5,97	12 894	0,41	1 374	43,91
1975	31 690	171 520	5,41	11 896	0,38	1 400	44,18
1976	30 945	188 179	6,08	11 745	0,38	1 373	44,37
1977	31 034	186 432	6,01	12 166	0,39	1 305	42,05
1978	31 363	194 291	6,19	12 171	0,39	1 357	43,27
1979	31 964	233 674	7,31	14 807	0,46	1 261	39,45
1980	32 854	195 595	5,95	12 253	0,37	1 197	36,43
1981	32 759	197 613	6,03	12 726	0,39	1 187	36,23
1982	32 921	176 316	5,36	13 333	0,40	1 043	31,68
1983	33 174	162 794	4,91	11 209	0,34	1 020	30,75
1984	34 380	158 151	4,60	11 351	0,33	978	28,45
1985	35 079	178 538	5,09	11 168	0,32	831	23,69
1986	37 734	169 590	4,49	10 721	0,28	767	20,33
1987	38 852	185 538	4,78	10 765	0,28	725	18,66
1988	39 721	174 202	4,39	9 724	0,24	755	19,01
1989	40 302	173 285	4,30	8 716	0,22	742	18,41
1990	41 134	187 835	4,57	8 410	0,20	714	17,36
1991	50 539	245 127	4,85	9 077	0,18	730	14,44
1992	52 514	262 196	4,99	10 515	0,20	910	17,33
1993	47 286	266 902	5,64	11 727	0,25	973	20,58

[1] Der Rückgang der Versichertenzahl 1971 gegenüber 1970 ist darauf zurückzuführen, daß die Berufsschüler auf Grund des Gesetzes über Unfallversicherung für Schüler und Studenten sowie Kindern in Kindergärten vom 18. März 1971 bei der Schülerunfallversicherung ausgewiesen werden.

[2] In den Zahlen der Spalte 2 sind Doppeltversicherte mit einem Anteil von ca. 10 % enthalten.

Tabelle 4

Berufskrankheiten
ab 1949

Jahr	Vollarbeiter[3] in 1 000	Versicherte[1][2] in 1 000	Berufskrankheit(en)		
			Anzeigen auf Verdacht einer ...	erstmals entschädigte ...	erstmals entschädigte ... mit tödlichem Ausgang
1	2	3	4	5	6
1949	18 033	23 690	37 414	8 361	513
1951	19 989	27 593	34 624	9 306	457
1953	21 304	29 738	53 456	14 521	491
1955	22 575	31 946	51 348	8 952	373
1957	23 133	32 424	33 759	7 960	307
1959	24 123	32 870	32 851	7 942	256
1961	24 324	33 371	33 184	7 306	261
1963	24 345	33 304	27 947	6 779	279
1964	24 859	32 568	28 042	6 284	278
1965	24 951	32 606	27 467	6 464	272
1966	25 028	32 493	26 061	6 152	234
1967	24 129	31 763	26 280	5 836	220
1968	24 327	32 128	25 793	5 316	224
1969	25 599	32 194	27 427	5 464	218
1970	25 218	32 550	25 960	5 173	168
1971	24 828	30 764	27 200	5 374	219
1972	24 668	30 588	30 273	5 488	195
1973	24 965	31 989	32 827	5 580	179
1974	24 228	31 290	36 124	6 072	201
1975	23 301	31 690	38 296	6 104	187
1976	24 458	30 945	43 197	6 474	161
1977	24 340	31 034	48 189	7 581	179
1978	24 668	31 363	45 484	7 248	169
1979	25 237	31 964	45 471	6 446	179
1980	25 597	32 854	45 114	6 235	204
1981	25 448	32 759	42 654	6 120	219
1982	24 967	32 921	37 366	5 652	207
1983	24 555	33 174	35 354	4 792	188
1984	25 072	34 380	35 413	4 407	229
1985	25 616	35 079	37 457	3 971	208
1986	28 532	37 734	44 708	3 779	264
1987	28 654	38 852	47 265	3 760	275
1988	29 168	39 721	51 747	4 048	285
1989	29 760	40 302	54 467	4 400	300
1990	30 717	41 134	57 751	4 452	275
1991	37 126	50 539	68 858	5 049	333
1992	37 456	52 514	85 721	5 918	549
1993	37 105	47 286	108 989	6 401	788

[1]) Der Rückgang der Versichertenzahl von 1971 gegenüber 1970 ist darauf zurückzuführen, daß die Berufsschüler auf Grund des Gesetzes über Unfallversicherung für Schüler und Studenten sowie Kinder in Kindergärten vom 18. März 1971 bei der Schülerunfallversicherung ausgewiesen werden.

[2]) In den Zahlen der Spalte 3 sind Doppeltversicherte mit einem Anteil von ca. 10 % enthalten.

[3]) Die Zahl der Vollarbeiter für das Jahr 1949 ist vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung aus der Zahl der Versicherten geschätzt.

Tabelle 5

Anerkannte Berufskrankheiten seit 1978

Jahr	Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	Eigenunfallversicherung	Gewerbliche Berufsgenossenschaften	Insgesamt
1	2	3	4	5
1978	—[1]	787	13 214	14 001[2]
1979	307	774	13 486	14 567
1980	346	700	12 046	13 092
1981	357	725	12 187	13 269
1982	404	814	11 522	12 740
1983	516	696	9 934	11 146
1984	412	670	8 195	9 277
1985	394	623	6 869	7 886
1986	539	490	7 317	8 346
1987	496	397	7 275	8 168
1988	410	375	7 367	8 152
1989	497	427	9 051	9 975
1990	543	478	9 363	10 384
1991	527	472	10 479	11 478
1992	662	618	12 227	13 507
1993	815	617	17 293	18 725

[1]) anerkannte Berufskrankheiten nicht bekannt
[2]) ohne Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften

Tabelle 6

Entwicklung von fünf ausgewählten Berufskrankheiten (Verdachtsanzeigen) im Vergleich (angezeigte und erstmals entschädigte Fälle) seit 1949

Jahr	Nr. 2102 Meniskus-schäden		Nr. 2301 Lärm-schwerhörigkeit		Nr. 3101 Infektions-krankheiten		Nr. 4101 Quarzstaublungen-erkrankung (Silikose)		Nr. 5101 Haut-erkrankungen	
	angezeigte	erstmals entschädigte	angezeigte	erstmals entschädigte	angezeigte	erstmals entschädigte	angezeigte	erstmals entschädigte	angezeigte	erstmals entschädigte
	Fälle		Fälle		Fälle		Fälle		Fälle	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1949	—	—	26	7	3 243	909	23 689	5 184	1 784	104
1951	—	—	83	12	2 755	987	19 281	5 263	3 689	267
1953	1 385	227	140	32	2 211	970	28 041	10 385	4 966	359
1955	1 226	417	109	13	1 894	677	22 560	4 947	6 123	416
1957	1 272	632	135	22	1 732	542	8 822	4 323	5 047	410
1959	1 978	1 147	129	16	1 622	520	6 599	3 976	6 197	462
1961	2 284	1 299	274	22	1 595	619	6 229	3 238	6 420	519
1963	2 136	1 266	444	78	1 558	491	5 618	2 817	7 068	494
1964	2 308	1 361	526	100	1 744	514	5 343	2 450	7 618	456
1965	2 442	1 369	722	124	1 725	561	5 285	2 415	7 719	492
1966	2 214	1 541	903	165	1 672	601	5 399	2 070	6 965	500
1967	1 964	1 379	1 123	173	2 270	781	5 206	1 870	6 647	460
1968	2 070	1 050	1 192	324	2 272	802	4 996	1 525	6 910	435
1969	2 279	1 093	1 833	524	2 161	878	5 814	1 396	6 997	518
1970	1 774	866	2 007	622	2 728	874	5 244	1 300	6 642	543
1971	1 675	829	3 163	715	2 908	996	4 964	1 314	6 852	500
1972	1 584	731	4 607	979	2 887	1 014	5 482	1 272	7 597	513
1973	1 781	619	6 337	1 145	3 251	1 077	5 241	1 337	8 327	476
1974	1 712	746	9 890	1 589	3 437	1 072	5 726	1 208	7 756	501
1975	1 636	624	12 418	2 028	3 291	1 077	6 324	1 092	7 778	390
1976	1 598	672	13 789	2 452	3 468	1 244	4 901	976	8 820	361
1977	1 552	546	20 592	3 514	3 463	1 282	4 418	1 054	10 001	378
1978	1 325	684	18 121	3 286	3 542	1 060	4 071	1 002	10 259	399
1979	1 231	521	17 664	2 635	3 174	1 003	3 738	940	11 144	460
1980	1 170	450	16 256	2 639	2 957	840	3 820	1 003	12 028	423
1981	1 002	476	14 164	2 408	2 673	819	3 491	930	12 120	506
1982	922	371	10 791	2 087	2 723	725	3 233	1 009	10 945	507
1983	913	340	9 640	1 512	2 299	664	3 207	842	10 170	455
1984	883	274	8 617	1 268	1 961	619	3 268	782	10 890	441
1985	891	250	8 828	1 180	1 684	464	3 146	631	11 602	460
1986	943	241	10 039	992	1 515	327	3 119	653	13 737	462
1987	965	244	10 516	1 023	1 431	218	2 888	606	15 499	408
1988	1 884	269	10 826	1 052	1 491	218	2 709	599	16 737	508
1989	2 193	250	10 147	1 185	1 501	227	2 753	545	18 333	663
1990	1 809	277	10 018	1 039	1 926	184	2 499	454	20 670	753
1991	1 530	315	10 329	1 149	1 653	160	2 726	454	22 844	750
1992	1 751	315	12 243	1 232	2 749	180	2 924	475	24 056	761
1993	2 258	305	12 708	1 277	2 137	158	3 320	466	22 156	789

Tabelle 7

Unfallversicherung für Schüler und Studenten sowie Kinder in Kindergärten Versicherte, Unfälle, Berufskrankheiten sowie Aufwendungen seit 1972

Jahr	Versicherte in 1000	Angezeigte		Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit	Erstmals entschädigte			Tödliche		Aufwendungen in 1000 DM[1])
		Schulunfälle	Wegeunfälle		Schulunfälle	Wegeunfälle	Berufskrankheiten	Schulunfälle	Wegeunfälle	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1972	12 600	452 662	72 498	14	759	782	2	43	314	72 380
1973	13 170	517 964	79 917	44	1 374	1 248	2	34	291	99 880
1974	14 000	567 319	79 903	9	1 602	1 408	0	40	276	139 900
1975	14 595	599 808	85 316	19	1 706	1 585	4	33	308	175 593
1976	14 487	665 710	89 316	12	1 828	1 632	6	24	295	202 000
1977	14 800	731 813	92 808	22	2 028	1 871	1	38	289	225 000
1978	14 318	751 187	96 818	54	1 987	1 753	4	19	309	251 200
1979	14 400	801 705	107 138	72	2 171	1 859	11	30	207	279 200
1980	14 366	874 725	107 406	66	2 154	1 670	11	25	184	318 000
1981	14 344	879 358	102 448	86	2 250	1 572	12	19	160	350 000
1982	14 068	886 643	102 770	102	2 019	1 512	10	26	170	382 000
1983	13 714	889 848	104 238	73	2 096	1 552	3	20	191	402 306
1984	12 998	908 811	99 856	98	2 129	1 529	9	21	141	420 471
1985	12 747	904 653	101 576	92	2 258	1 523	3	18	164	427 652
1986	12 612	881 969	94 423	85	2 193	1 345	3	5	119	361 641
1987	12 137	897 810	94 137	90	2 267	1 253	3	21	112	366 310
1988	12 104	902 057	92 292	73	2 272	1 189	2	19	106	369 191
1989	11 909	884 182	89 036	96	1 961	1 034	3	19	69	355 806
1990	11 957	879 163	90 298	141	1 710	935	7	6	65	363 363
1991	14 878	977 129	105 920	163	1 762	873	5	14	75	405 467
1992	15 844	1 217 928	118 379	162	1 806	899	5	16	114	495 789
1993	16 153	1 289 485	126 619	169	1 764	893	6	14	91	560 651

[1]) ab 1986 ohne Vermögensaufwendungen und sonstige Abgaben

Verzeichnis der Arbeitsschutzvorschriften des Bundes

(Stand: 1. Oktober 1994)

Inhaltsverzeichnis

A. Grundlegende und ermächtigende Gesetze

1. Gewerbeordnung (GewO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Januar 1987 (BGBl. I S. 425), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. Juli 1994 (BGBl. I S. 1490)

2. Reichsversicherungsordnung (RVO) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 820-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 12 Abs. 70 des Gesetzes vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 2325) §§ 546, 708-722

3. Bundesberggesetz (BBergG) vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 6. Juni 1994 (BGBl. I S. 1170)

4. Heimarbeitsgesetz vom 14. März 1951 (BGBl. I S. 191), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 7. Oktober 1993 (BGBl. I. S. 1668)

5. Seemannsgesetz vom 26. Juli 1957 (BGBl. III 9513-1), zuletzt geändert durch Artikel 12 Abs. 85 des Gesetzes vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 2325)

6. Gesetz über technische Arbeitsmittel (Gerätesicherheitsgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Oktober 1992 (BGBl. I S. 1793), geändert durch Artikel 12 Abs. 69 des Gesetzes vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 2325)

7. Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit vom 12. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1885), geändert durch § 70 des Gesetzes vom 12. April 1976 (BGBl. I S. 965)

8. Gesetz zum Schutz der arbeitenden Jugend (Jugendarbeitsschutzgesetz) vom 12. April 1976 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 31. Mai 1994 (BGBl. I S. 1168)

9. Gesetz zum Schutz der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. April 1968 (BGBl. I S. 315), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 6. Juni 1994 (BGBl. I S. 1170)

10. Arbeitszeitgesetz (ArbZG) vom 6. Juni 1994 (BGBl. I S. 1170)

11. Gesetz über den Ladenschluß in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-20, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 6. Juni 1994 (BGBl. I S. 1170)

12. Gesetz zur Einführung eines Dienstleistungsabends vom 10. Juli 1989 (BGBl. I S. 1382)

13. Gesetz über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-8, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 6. Juni 1994 (BGBl. I S. 1170)

14. Fahrpersonalgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 640), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 6. Juni 1994 (BGBl. I S. 1170)

15. Gesetz zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Chemikaliengesetz — ChemG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juli 1994 (BGBl. I S. 1703), geändert durch § 52 des Gesetzes vom 2. August 1994 (BGBl. I S. 1963)

16. Gesetz zur Regelung von Fragen der Gentechnik (Gentechnikgesetz — GenTG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2066), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1416)

17. Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 1985 (BGBl. I S. 1565), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 19. Juli 1994 (BGBl. I S. 1618)

18. Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffgesetz — SprengG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. April 1986 (BGBl. I S. 577), zuletzt geändert durch Artikel 12 Abs. 59 des Gesetzes vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 2325)

B. Vorschriften des Bundes

1. Acetylen

1.1 Verordnung über Acetylenanlagen und Calciumcarbidlager (Acetylenverordnung — AcetV) vom 27. Februar 1980 (BGBl. I S. 220), zuletzt geändert durch Artikel 12 Abs. 54 des Gesetzes vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 2325)

1.2 Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Acetylenverordnung vom 27. Februar 1980 (Bundesanzeiger Nr. 43)

1.3 Technische Regeln für Acetylenanlagen und Calciumcarbidlager (TRAC), aufgestellt vom Deutschen Acetylenausschuß (DAcA), veröffentlicht durch den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in der Fachbeilage Arbeitsschutz zum Bundesarbeitsblatt sowie im Bundesarbeitsblatt;

TRAC 001	„Allgemeines, Aufbau und Anwendung der TRAC" Ausgabe September 1975 (ArbSch. 9/1975 S. 359), zuletzt geändert BArbBl. 11/1982 S. 48
TRAC 201	„Acetylenentwickler" Ausgabe September 1973 (ArbSch. 10/1973 S. 417), zuletzt geändert BArbBl. 11/1982 S.48
TRAC 202	„Acetylenkühler, -trockner und -reiniger" Ausgabe Februar 1976 (ArbSch. 9/1976 S. 324), zuletzt geändert BArbBl. 11/1982 S. 48
TRAC 203	„Acetylenverdichter" Ausgabe Mai 1974 (ArbSch. 5/1974 S. 150), zuletzt geändert BArbBl. 11/1982 S. 48
TRAC 204	„Acetylenleitungen" Ausgabe Oktober 1990 (BArbBl. 10/1990 S. 65)
TRAC 205	„Acetylenspeicher" Ausgabe September 1973 (ArbSch. 10/1973 S. 417), zuletzt geändert BArbBl. 11/1982 S. 48
TRAC 206	„Acetylenflaschenbatterieanlagen" Ausgabe Oktober 1988 (BArbBl. 10/1988 S. 45), zuletzt geändert BArbBl. 5/1994 S. 42
TRAC 207	„Sicherheitseinrichtungen" Ausgabe Mai 1978 (BArbBl. 1/1979 S. 77), zuletzt geändert BArbBl. 7-8/1979 S. 76
TRAC 208	„Acetyleneinzelflaschenanlagen" Ausgabe Oktober 1988 (BArbBl. 10/1988 S. 49), geändert BArbBl. 10/1990, S. 64
TRAC 209	„Anlagen zur Herstellung und Abfüllung von unter Druck gelöstem Acetylen (Acetylenwerke, Dissousgaswerke)" Ausgabe November 1982 (BArbBl. 11/1982 S. 39)
TRAC 301	„Calciumcarbidlager" Ausgabe Juni 1971 (ArbSch. 7-8/1971 S. 227), zuletzt geändert BArbBl. 10/1988 S. 44)
TRAC 302	„Kalkschlammgruben" Ausgabe Mai 1978 (BArbBl. 1/1979 S.77), zuletzt geändert BArbBl. 11/1982 S. 48
TRAC 401	„Richtlinie für die Prüfungen von Acetylenanlagen durch Sachverständige (Prüfrichtlinie)" Ausgabe Mai 1978 (BArbBl. 1/1979 S. 77), zuletzt geändert BArbBl. 11/1982 S. 48
TRAC 402	„Richtlinie für die Prüfung von Acetylenflaschenbatterieanlagen durch Sachkundige (Sachkundigen-Prüfrichtlinie)" Ausgabe November 1982 (BArbBl. 11/1982 S. 39)
TRAC 410	„Richtlinie für das Verfahren der Bauartzulassung von Acetylenanlagen" Ausgabe Juli 1980 (BArbBl. 7—8/1980 S. 123)

2. Arbeiten im Freien

2.1 Verordnung über besondere Arbeitsschutzanforderungen bei Arbeiten im Freien in der Zeit vom 1. November bis 31. März (Arbeitsschutz-VO für Winterbaustellen) vom 1. August 1968 (BGBl. I S. 901), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 10. Juni 1992 (BGBl. I S. 1019)

3. Arbeitsstätten

3.1 Verordnung über Arbeitsstätten (ArbStättV) vom 20. März 1975 (BGBl. I S. 729) zuletzt geändert durch Verordnung vom 1. August 1983 (BGBl. I S. 1057)

3.2 Arbeitsstätten-Richtlinien (ASR) Bekanntmachungen des BMA, veröffentlicht im Bundesarbeitsblatt;

ASR 5	„Lüftung" Ausgabe Oktober 1979 (BArbBl. 10/1979 S. 103), berichtigt BArbBl. 12/1984 S. 85
ASR 6/1,3	„Raumtemperaturen" Ausgabe April 1976 (ArbSch. 4/1976 S. 1130), berichtigt ArbSch. 5/1977 S. 98 und BArbBl. 12/1984 S. 85
ASR 7/1	„Sichtverbindung nach außen" Ausgabe April 1976 (ArbSch. 4/1976 S. 130)
ASR 7/3	„Künstliche Beleuchtung" Ausgabe November 1993 (BArbBl. 11/1993 S. 40)
ASR 7/4	„Sicherheitsbeleuchtung" Ausgabe März 1981 (BArbBl. 3/1981 S. 68), berichtigt BArbBl. 9/1988 S. 46
ASR 8/1	„Fußböden" Ausgabe Mai 1977 (ArbSch. 5/1977 S. 98), berichtigt BArbBl. 3/1981 S. 68, BArbBl. 12/1984 S. 85 und BArbBl. 9/1988 S. 46
ASR 8/4	„Lichtdurchlässige Wände" Ausgabe Februar 1977 (ArbSch. 2/1977 S. 50), berichtigt BArbBl. 3/1981 S. 68
ASR 8/5	„Nicht durchtrittsichere Dächer" Ausgabe Februar 1977 (ArbSch. 2/1977 S. 52), berichtigt BArbBl. 3/1981 S. 68

ASR 10/1 „Türen, Tore"
Ausgabe September 1985 (BArbBl. 9/1985 S. 79), berichtigt BArbBl. 9/1988 S. 46

ASR 10/5 „Glastüren, Türen mit Glaseinsatz"
Ausgabe April 1976 (ArbSch 4/1976 S. 132), berichtigt ArbSch. 9/1976 S. 318 und BArbBl. 3/1981 S. 68

ASR 10/6 „Schutz gegen Ausheben, Herausfallen und Herabfallen von Türen und Toren"
Ausgabe Oktober 1979 (BArbBl. 10/1979 S. 103), berichtigt BArbBl. 12/1984 S. 85

ASR 11/1-5 „Kraftbetätigte Türen und Tore"
Ausgabe September 1985 (BArbBl. 9/1985 S. 81)

ASR 12/1-3 „Schutz gegen Absturz und herabfallende Gegenstände"
Ausgabe Oktober 1986 (BArbBl. 10/86 S. 71)

ASR 13/1,2 „Feuerlöscheinrichtungen"
Ausgabe Mai 1979 (BArbBl. 5/1979 S. 62), berichtigt BArbBl. 3/1981 S. 68, 12/1984 S. 85 und BArbBl. 9/1988 S. 46

ASR 17/1,2 „Verkehrswege"
Ausgabe Januar 1988 (BArbBl. 1/1988 S. 34), berichtigt BArbBl. 9/1988 S. 46

ASR 18/1-3 „Fahrtreppen und Fahrsteige"
Ausgabe Mai 1977 (ArbSch. 5/1977 S. 99), berichtigt BArbBl. 3/1981 S. 68

ASR 20 „Steigeisengänge"
Ausgabe Mai 1976 (ArbSch. 5/1976 S. 176)

ASR 25/1 „Sitzgelegenheiten"
Ausgabe Oktober 1985 (BArbBl. 12/1985 S. 106), berichtigt BArbBl. 9/1988 S. 46

ASR 29/1-4 „Pausenräume"
Ausgabe Mai 1977 (ArbSch. 6/1977 S. 141), berichtigt ArbSch. 10/1977 S. 282, BArbBl. 12/1984 S.85 und BArbBl. 9/1988 S. 46

ASR 31 „Liegeräume"
Ausgabe Mai 1977 (ArbSch. 6/1977 S. 142)

ASR 34/1-5 „Umkleideräume"
Ausgabe Juni 1976 (ArbSch. 6/1976 S. 215), berichtigt BArbBl. 7-8/1979 S. 65, 3/1981 S. 68 und BArbBl. 9/1988 S. 46

ASR 35/1-4 „Waschräume"
Ausgabe September 1976 (ArbSch. 9/1976 S. 320), berichtigt ArbSch. 10/1977 S. 282, BArbBl. 7-8/1979 S. 65, 3/1981 S. 68 und BArbBl. 9/1988 S. 47

ASR 35/5 „Waschgelegenheiten außerhalb von erforderlichen Waschräumen"
Ausgabe Mai 1976 (ArbSch. 5/1976 S. 178), berichtigt ArbSch. 9/1976 S. 318 und 10/1977 S. 282

ASR 37/1 „Toilettenräume"
Ausgabe September 1976 (ArbSch. 9/1976 S. 322), berichtigt ArbSch. 5/1977 S. 98, 10/1977 S. 282 und BArbBl. 7-8/1979 S. 65

ASR 38/2 „Sanitätsräume"
Ausgabe Oktober 1986 (BArbBl. 10/1986 S. 62)

ASR 39/1,3 „Mittel und Einrichtungen zur Ersten Hilfe"
Ausgabe Mai 1976 (ArbSch. 5/1976 S. 180), berichtigt ArbSch. 5/1977 S. 98, BArbBl. 3/1981 S. 68 und BArbBl. 9/1988 S. 47

ASR 41/3 „Künstliche Beleuchtung für Arbeitsplätze und Verkehrswege im Freien"
Ausgabe November 1993 (BArbBl. 11/1993 S. 44)

ASR 45/1-6 „Tagesunterkünfte auf Baustellen"
Ausgabe November 1977 (ArbSch. 11/1977 S. 333), berichtigt BArbBl. 12/1984 S. 85 und BArbBl. 9/1988 S. 47

ASR 47/1-3,5 „Waschräume für Baustellen"
Ausgabe November 1977 (ArbSch. 11/1977 S. 334)

ASR 48/1,2 „Toiletten und Toilettenräume auf Baustellen"
Ausgabe November 1977 (ArbSch. 11/1977 S. 335)

4. Arbeitszeit

4.1 Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-8-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 6. Juni 1994 (BGBl. I S. 1170)

4.2 Fahrpersonalverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2344), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 23. Juli 1990 (BGBl. I S. 1484)

4.3 Verordnung (EWG) Nr. 3820/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 über die Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr (ABl. EG Nr. L 370/1; ber. ABl. EG Nr. L 206/36)

4.4 Verordnung (EWG) Nr. 3821/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 über die Einführung eines Kontrollgerätes im Straßenverkehr (ABl. EG Nr. L 370/8), zuletzt geändert durch VO (EWG) Nr. 3572 vom 4. Dezember 1990 (ABl. EG Nr. L 353/12)

5. Aufzugsanlagen

5.1 Verordnung über Aufzugsanlagen (Aufzugsverordnung — AufzV) vom 27. Februar 1980 (BGBl. I S. 205), zuletzt geändert durch Artikel 12 Abs. 52 des Gesetzes vom 14. Septemer 1994 (BGBl. I S. 2325)

5.2 Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Aufzugsverordnung vom 27. Februar 1980 (Bundesanzeiger Nr. 43)

5.3 Technische Regeln für Aufzüge (TRA), aufgestellt vom Deutschen Aufzugsausschuß (DAA), veröffentlicht durch den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in der Fachbeilage Arbeitsschutz zum Bundesarbeitsblatt sowie im Bundesarbeitsblatt:

TRA 001 „Technisches Regelwerk für Aufzüge, Allgemeines, Aufbau, Anwendung"
Ausgabe November 1990 (BArbBl. 11/1990), geändert BArbBl. 12/1990 S. 35, 50

TRA 002 „Verzeichnis der in den TRA angeführten DIN-Normen, AD-Merkblätter und VDE-Bestimmungen“
Ausgabe Dezember 1981 (BArbBl. 12/1981 S. 93)

TRA 003 „Berechnung der Treibscheibe“
Ausgabe September 1981 (BArbBl. 9/1981 S. 83)

TRA 006 „Wesentliche Änderungen“
Ausgabe Juli 1986 (BArbBl. 7-8/1986 S. 60)

TRA 007 „Betrieb“
Ausgabe Oktober 1985 (BArbBl. 10/1985 S. 74), geändert BArbBl. 5/1994 S. 63)

TRA 101 „Richtlinie für die Prüfung von Bauteilen nach § 17 der Aufzugsverordnung (AufzV)“
Ausgabe Juli 1980 (BArbBl. 11/1980 S. 77), zuletzt geändert BArbBl. 6/1988 S. 41

TRA 102 „Richtlinie für die Prüfung von Aufzugsanlagen“
Ausgabe April 1981 (BArbBl. 7-8/1981 S. 38), zuletzt geändert BArbBl. 5/1994, S. 63

TRA 104 „Richtlinie für die Prüfung von Fassadenaufzügen mit motorbetriebenem Hubwerk“
Ausgabe April 1981 (BArbBl. 7-8/1981 S. 42), geändert BArbBl. 5/1983 S. 56

TRA 105 „Richtlinie für die Prüfung von Bauaufzügen mit Personenbeförderung“
Ausgabe April 1981 (BArbBl. 7-8/1981 S. 47), geändert BArbBl. 5/1982 S. 104

TRA 106 „Leitsysteme für Fernnotrufe“
Ausgabe März 1990 (BArbBl. 3/1990 S. 87)

TRA 200 „Personenaufzüge, Lastenaufzüge, Güteraufzüge“
Ausgabe Mai 1992 (BArbBl. 5/1992 S. 30), geändert BArbBl. 5/1994 S. 63

TRA 300 „Vereinfachte Güteraufzüge, Behälteraufzüge, Unterfluraufzüge“
Ausgabe Mai 1992 (BArbBl. 5/1992 S. 49)

TRA 400 „Kleingüteraufzüge“
Ausgabe Mai 1992 (BArbBl. 5/1992 S. 62), geändert BArbBl. 5/1994 S. 63

TRA 500 „Personen-Umlaufaufzüge“
Ausgabe September 1972 (ArbSch. 10-11/1972, S.393), geändert BArbBl. 10/1985 S. 81

TRA 600 „Mühlenaufzüge“
Ausgabe Mai 1992 (BArbBl. 5/1992 S. 73)

TRA 700 „Lagerhausaufzüge“
Ausgabe Mai 1992 ((BArbBl. 5/1992 S. 80)

TRA 900 „Fassadenaufzüge mit motorbetriebenem Hubwerk“
Ausgabe Mai 1992 (BArbBl. 5/1992 S. 86)

TRA 1100 „Bauaufzüge mit Personenbeförderung“
Ausgabe Mai 1992 (BArbBl. 5/92 S.97), geändert BArbBl. 5/1994 S. 63

TRA 1300 Vereinfachte Personenaufzüge
Ausgabe Mai 1994 (BArbBl. 5/1994 S. 49)

DIN EN 81 Teil 1 Elektrisch betriebene Aufzüge
Ausgabe Oktober 1986 (BArbBl. 5/1987 S. 49)

DIN EN 81 Teil 2 Hydraulisch betriebene Aufzüge, Ausgabe Juli 1989 (BArbBl. 9/1989 S. 58)

6. Aufsichtsbehörden

6.1 Allgemeine Verwaltungsvorschrift über das Zusammenwirken der Träger der Unfallversicherung und der Gewerbeaufsichtsbehörden vom 26. Juli 1968 (Bundesanzeiger Nr. 142) i. d. F. der Änderungs-Verwaltungsvorschrift vom 28. November 1977 (Bundesanzeiger Nr. 225)

6.2 Allgemeine Verwaltungsvorschrift über das Zusammenwirken der technischen Aufsichtsbeamten der Träger der Unfallversicherung mit den Betriebsvertretungen vom 21. Juni 1968 (Bundesanzeiger Nr. 116) i. d. F. der Änderungs-Verwaltungsvorschrift vom 28. November 1977 (Bundesanzeiger Nr. 225)

6.3 Allgemeine Verwaltungsvorschrift über das Zusammenwirken der Berufsgenossenschaften und der für die Bergaufsicht zuständigen Behörden vom 12. Februar 1986 (Bundesanzeiger Nr. 32 vom 15. Februar 1986)

6.4 Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Selbstverwaltung und die Geschäftsführung sowie über die Durchführung der gesetzlichen Unfallversicherung im Zuständigkeitsbereich der Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung

7. Bergbau

7.1 Bergverordnung zum Schutz der Gesundheit gegen Klimaeinwirkungen (Klima-Bergverordnung — KlimaBergV) vom 9. Juni 1983 (BGBl. I S. 685)

7.2 Bergverordnung über die allgemeine Zulassung schlagwettergeschützter und explosionsgeschützter elektrischer Betriebsmittel (Elektrozulassungs-Bergverordnung — ELZulBergV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. März 1993 (BGBl. I S. 316)

7.3 Bergverordnung für den Festlandsockel (Festlandsockel-Bergverordnung-FlsBergV) vom 21. März 1989 (BGBl. I S. 554)

7.4 Bergverordnung zum gesundheitlichen Schutz der Beschäftigten (Gesundheitsschutz-Bergverordnung — GesBergV) vom 31. Juli 1991 (BGBl. I S. 1751), geändert durch Artikel 64 des Gesetzes vom 27. April 1993 (BGBl. I S. 512)

8. Berufskrankheiten

8.1 Siebente Berufskrankheiten-Verordnung vom 20. Juni 1968 (BGBl. I S. 721), zuletzt geändert durch Änderungsverordnung vom 18. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2343)

9. Brennbare Flüssigkeiten

9.1 Verordnung für Anlagen zur Lagerung, Abfüllung und Beförderung brennbarer Flüssigkeiten zu Lande (Verordnung über brennbare Flüssigkeiten — VbF) vom 27. Februar 1980 (BGBl. I S. 173), zuletzt geändert durch Artikel 12 Abs. 55 des Gesetzes vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 2325)

9.2 Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Verordnung über brennbare Flüssigkeiten vom 27. Februar 1980 (Bundesanzeiger Nr. 43)

9.3 Technische Regeln für brennbare Flüssigkeiten (TRbF), aufgestellt vom Deutschen Ausschuß für brennbare Flüssigkeiten (DAbF), veröffentlicht durch den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in der Fachbeilage Arbeitsschutz zum Bundesarbeitsblatt sowie im Bundesarbeitsblatt;

TRbF 001 „Aufbau und Anwendung der TRbF" Ausgabe Dezember 1982 (BArbBl. 12/1982 S. 34)

TRbF 001 Anl. 1 „Übersicht über den Stand der TRbF" Ausgabe März 1988 (BArbBl. 3/1988 S. 59)

TRbF 002 Teil 1 „Zusammenstellung von Normen, Merkblättern, Unfallverhütungsvorschriften und dergleichen zu den TRbF der Reihen 100 und 200" Ausgabe April 1983 (BArbBl. 4/1983 S. 41), geändert BArbBl. 2/1984 S. 105

TRbF 003 „Einstufung brennbarer Flüssigkeiten — Prüfverfahren" Ausgabe März 1981 (BArbBl. 3/1981 S. 55)

TRbF 100 „Allgemeine Sicherheitsanforderungen" Ausgabe Juli 1980 (BArbBl. 7-8/1980 S. 69), zuletzt geändert BArbBl. 5/1994 S. 39

TRbF 110 „Läger" Ausgabe Juli 1980 (BArbBl. 7-8/1980 S. 69), zuletzt geändert BArbBl. 5/1994 S. 39 und 40

TRbF 111 „Füllstellen, Entleerstellen, Flugfeldbetankungsstellen" Ausgabe Dezember 1982 (BArbBl. 12/1982 S. 34), zuletzt geändert BArbBl. 7-8/1992 S. 70

TRbF 112 „Tankstellen" Ausgabe Juli 1980 (BArbBl. 7-8/1980 S. 69), zuletzt geändert BArbBl. 5/1994 S. 40

TRbF 120 „Ortsfeste Tanks aus metallischen und nichtmetallischen Werkstoffen — Allgemeines" Ausgabe Juli 1980 (BArbBl. 7-8/1980 S. 69), zuletzt geändert BArbBl. 5/1994 S. 41

TRbF 121 „Ortsfeste Tanks aus metallischen Werkstoffen", Ausgabe Juli 1980 (BArbBl. 7-8/1980 S. 69), zuletzt geändert BArbBl. 5/1994 S. 41

TRbF 131 Teil 1 „Rohrleitungen innerhalb des Werkgeländes" Ausgabe März 1981 (BArbBl. 3/1981 S. 55), zuletzt geändert BArbBl. 7-8/1992 S. 72

TRbF 131 Teil 2 „Schlauchleitungen" Ausgabe November 1981 (BArbBl. 11/1981 S. 68), zuletzt geändert BArbBl. 7-8/1992 S. 72

TRbF 141 „Tanks auf Fahrzeugen" Ausgabe Januar 1988 (BArbBl. 1/1988 S. 42), zuletzt geändert BArbBl. 4/1994 S. 60

TRbF 142 „Tankcontainer" Ausgabe Januar 1988 (BArbBl. 1/1988 S. 44), zuletzt geändert BArbBl. 4/1994 S. 61

TRbF 143 „Ortsbewegliche Gefäße" Ausgabe Januar 1988 (BArbBl. 1/1988 S. 46), zuletzt geändert BArbBl. 7-8/1992 S. 73

TRbF 180 „Betriebsvorschriften" Ausgabe Juli 1980 (BArbBl. 7-8/1980 S. 69), zuletzt geändert BArbBl. 5/1994 S. 41

TRbF 200 „Allgemeine Sicherheitsanforderungen" Ausgabe November 1981 (BArbBl. 11/1981 S. 68), zuletzt geändert BArbBl. 7-8/1992 S. 74

TRbF 210 „Läger" Ausgabe November 1981 (BArbBl. 11/1981 S. 68), zuletzt geändert BArbBl. 5/1994 S. 41

TRbF 211 „Füllstellen, Entleerstellen" Ausgabe Dezember 1982 (BArbBl. 12/1982 S. 34), zuletzt geändert BArbBl 1/1994 S. 65

TRbF 212 „Tankstellen" Ausgabe November 1981 (BArbBl. 11/1981 S. 68), zuletzt geändert BArbBl. 4/1994 S. 61

TRbF 220 „Ortsfeste Tanks aus metallischen und nichtmetallischen Werkstoffen — Allgemeines" Ausgabe Juni 1982 (BArbBl. 6/1982 S. 35), zuletzt geändert BArbBl. 5/1994 S. 42

TRbF 221 „Ortsfeste Tanks aus metallischen Werkstoffen" Ausgabe Juni 1982 (BArbBl. 6/1982 S. 35), geändert BArbBl. 5/1994 S. 42

TRbF 231 Teil 1 „Rohrleitungen innerhalb des Werkgeländes einschließlich Rohrleitungen zur Versorgung von Ölfeuerungsanlagen" Ausgabe Dezember 1982 (BArbBl. 12/1982 S. 34), zuletzt geändert BArbBl. 5/1989 S. 69

TRbF 280 „Betriebsvorschriften" Ausgabe April 1983 (BArbBl. 4/1983 S. 41), zuletzt geändert BArbBl. 5/1994 S. 42

TRbF 301 „Richtlinie für Fernleitungen zum Befördern gefährdender Flüssigkeiten — RFF" Ausgabe April 1982 (BArbBl. 4/1982 S. 93), zuletzt geändert BArbBl. 1/1988 S. 38

TRbF 302 „Richtlinie für Verbindungsleitungen zum Befördern gefährdender Flüssigkeiten — RVF" Ausgabe September 1982 (BArbBl. 9/1982 S. 78), zuletzt geändert BArbBl. 6/1986 S. 71

TRbF 401 „Richtlinie für Innenbeschichtungen von Tanks zur Lagerung brennbarer Flüssigkeiten der Gefahrklasse A I, A II und B (Richtlinie Innenbeschichtungen A I, A II und B)" Ausgabe Dezember 1981 (BArbBl. 12/1981 S. 55), geändert BArbBl. 12/1982 S. 34

TRbF 402 „Richtlinie für Innenbeschichtungen von Tanks zur Lagerung brennbarer Flüssigkeiten der Gefahrklasse A III (Richtlinie Innenbeschichtungen A III)"
Ausgabe Dezember 1981 (BArbBl. 12/1981 S. 55)

TRbF 414 „Richtlinie für Faltbehälter zur Zwischenlagerung von Heizöl und Dieselkraftstoff (Richtlinie Faltbehälter A III)"
Ausgabe März 1981 (BArbBl. 3/1981 S. 55)

TRbF 501 „Richtlinie/Bau- und Prüfgrundsätze für Leckanzeigegeräte für Behälter"
Ausgabe Dezember 1982 (BArbBl. 12/1982 S. 34), zuletzt geändert BArbBl. 5/1989 S. 69

TRbF 502 „Richtlinie/Bau- und Prüfgrundsätze für Leckanzeigegeräte für doppelwandige Rohrleitungen"
Ausgabe Dezember 1982 (BArbBl. 12/1982 S. 34), zuletzt geändert BArbBl. 5/1989 S. 69

TRbF 503 „Richtlinie für die Überwachung der Montage von Leckanzeigegeräten"
Ausgabe Februar 1985 (BArbBl. 2/1985 S. 80), geändert BArbBl.5/1987 S. 47

TRbF 510 „Richtlinie/Bau- und Prüfgrundsätze für Überfüllsicherungen"
Ausgabe Februar 1985 (BArbBl. 2/1985 S. 80), zuletzt geändert BArbBl. 5/1989 S. 69

TRbF 511 „Richtlinie für den Bau von Grenzwertgebern"
Ausgabe Juni 1982 (BArbBl. 6/1982 S. 35), zuletzt geändert BArbBl. 3/1986 S. 72

TRbF 512 „Richtlinie für den Bau von Abfüllsicherungen"
Ausgabe Juni 1982 (BArbBl. 6/1982 S. 35), zuletzt geändert BArbBl. 3/1986 S. 72

TRbF 513 „Richtlinie für selbsttätige Zapfventile"
Ausgabe Februar 1985 (BArbBl. 2/1985 S. 80), geändert BArbBl. 5/1989 S. 68

TRbF 521 „Richtlinie für den kathodischen Korrosionsschutz (KKS) von unterirdischen Tankanlagen und Rohrleitungen aus metallischen Werkstoffen (KKS-Richtlinie)"
Ausgabe Februar 1984 (BArbBl. 2/1984 S. 105)

TRbF 522 „Richtlinie für den lokalen kathodischen Korrosionsschutz (LKS) von unterirdischen Tankanlagen und Rohrleitungen aus metallischen Werkstoffen (LKS-Richtlinie)"
Ausgabe März 1988 (BArbBl. 3/1988 S. 62)

TRbF 600 „Prüfrichtlinie — Allgemeine Prüfgrundsätze"
Ausgabe Oktober 1983 (BArbBl. 10/1983 S. 88)

TRbF 610 „Prüfrichtlinie — Prüfregeln für Anlagen"
Ausgabe Februar 1985 (BArbBl. 2/1985 S. 80), geändert BArbBl. 1/1988 S. 38

TRbF 620 „Prüfrichtlinie — Prüfregeln für Tanks und Rohrleitungen"
Ausgabe Oktober 1993 (BArbBl. 10/1993 S. 88)

10. Dampfkesselanlagen

10.1 Verordnung über Dampfkesselanlagen (Dampfkesselverordnung DampfkV) vom 27. Februar 1980 (BGBl. I S. 173), zuletzt geändert durch Artikel 12 Abs. 50 des Gesetzes vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 2325)

10.2 Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Dampfkesselverordnung vom 27. Februar 1980 (Bundesanzeiger Nr. 43)

10.3 Technische Regeln für Dampfkessel (TRD), aufgestellt vom Deutschen Dampfkesselausschuß (DDA), veröffentlicht durch den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in der Fachbeilage Arbeitsschutz zum Bundesarbeitsblatt sowie im Bundesarbeitsblatt:

TRbF 001 „Aufbau und Anwendung der TRD"
Ausgabe Juni 1970 (ArbSch. 1970 S. 234), zuletzt geändert BArbBl. 4/1984 S. 60

TRD 001 Anl. 1 „Zusammenstellung wichtiger Normen, Merkblätter u. dgl."
Ausgabe Mai 1991 (BArbBl. 5/1991 S. 69)

TRD 001 Anl. 2 „Übersicht über das TRD-Regelwerk"
Ausgabe November 1988 (BArbBl. 11/1988 S. 45)

TRD 100 „Allgemeine Grundsätze für Werkstoffe"
Ausgabe April 1975 (ArbSch. 7-8/1975 S. 287), zuletzt geändert BArbBl. 7/8/1991 S. 72

TRD 101 „Bleche, Preß- und Kümpelteile"
Ausgabe September 1985 (BArbBl. 9/1985 S. 77), geändert BArbBl. 5/1988 S. 48

TRD 102 „Nahtlose und elektrisch preßgeschweißte Rohre aus Stahl"
Ausgabe Dezember 1987 (BArbBl. 12/1987 S. 37), geändert BArbBl. 5/1991 S. 67

TRD 103 „Stahlguß"
Ausgabe März 1992 (BArbBl. 4/1992 S. 81)

TRD 104 „Schüsse, Trommeln und ähnliche Hohlkörper ohne Längsschweißnaht mit einem lichten Durchmesser von 600 mm und mehr aus Stahl"
Ausgabe Juni 1981 (BArbBl. 6/1981 S. 68)

TRD 106 „Schrauben und Muttern aus Stahl"
Ausgabe Mai 1982 (BArbBl. 5/1982 S. 52), zuletzt geändert BArbBl. 5/1988 S. 49

TRD 107 „Kesselteile aus Formstahl und Schmiedestücken"
Ausgabe Januar 1989 (BArbBl. 1/1989 S. 70), geändert BArbBl. 5/1991 S. 67

TRD 108 „Gußeisen mit Lamellengraphit und Gußeisen mit Kugelgraphit"
Ausgabe Juli 1981 (BArbBl. 7-8/1981 S. 61), zuletzt geändert BArbBl. 5/1988 S. 52

TRD 110 „Armaturengehäuse"
Ausgabe Juni 1989 (BArbBl. 6/1989 S. 103), geändert BArbBl. 5/1991 S. 67

TRD 110 Anl. 1	„Richtlinien für die Bauteilprüfung von Armaturen" Ausgabe Mai 1974 (ArbSch. 5/1974 S. 154)
TRD 201	„Schweißen von Bauteilen aus Stahl; Fertigung — Prüfung" Ausgabe Juni 1989 (BArbBl. 6/1989 S. 106),
TRD 201 Anl. 1	„Schweißen von Bauteilen aus Stahl — Richtlinien für die Verfahrensprüfung" Ausgabe Juni 1989 (BArbBl. 6/1989 S. 109)
TRD 201 Anl. 2	„Schweißen von Bauteilen aus Stahl — Richtlinien für die Prüfung und Überwachung von Kesselschweißern" Ausgabe Juni 1989 (BArbBl. 6/1989 S. 112)
TRD 201 Anl. 3	„Schweißen von Bauteilen aus Stahl — Richtlinien für die Prüfung an geschweißten Schüssen, Trommeln und Sammlern mit höherbewerteten Längsschweißnähten — Arbeitsprüfungen" Ausgabe Juni 1989 (BArbBl. 6/1989 S. 113)
TRD 202	„Prüfung von Fertigteilen aus Stahlblech" Ausgabe Februar 1971 (ArbSch. 6/1971 S. 186), geändert ArbSch. 4/1976 S. 134
TRD 203	„Nahtlose Sammler und ähnliche Hohlkörper mit einem Innendurchmesser unter 600 mm; Fertigung und Prüfung" Ausgabe April 1980 (BArbBl. 5/1980 S. 91), geändert BArbBl. 5/1981 S. 68
TRD 300	„Festigkeitsberechnung von Dampfkesseln" Ausgabe April 1975 (ArbSch. 7-8/1975 S. 288), zuletzt geändert BArbBl. 5/1991 S. 67
TRD 301	„Zylinderschalen unter innerem Überdruck" Ausgabe April 1975 (ArbSch. 7-8/1975 S.293), zuletzt geändert BArbBl. 4/1984 S. 60
TRD 301 Anl. 1	„Berechnung auf Wechselbeanspruchung durch schwellenden Innendruck bzw. durch kombinierte Innendruck- und Temperaturänderungen" Ausgabe April 1975 (ArbSch. 7-8/1975 S. 299), zuletzt geändert BArbBl. 5/1986 S. 51
TRD 301 Anl. 2	„Berechnung von Rohrbögen" Ausgabe Oktober 1976 (ArbSch. 1/1977 S. 22), zuletzt geändert BArbBl. 4/1992 S. 80
TRD 303	„Kugelschalen und gewölbte Böden unter innerem und äußerem Überdruck" Ausgabe Mai 1976 (ArbSch. 7-8/1976 S. 247), zuletzt geändert BArbBl. 5/1991 S. 68
TRD 304	„Gewölbte Flammrohrböden" Ausgabe August 1964 (Beiheft zu ArbSch. 9/1965), zuletzt geändert ArbSch. 4/1975 S. 142
TRD 305	„Ebene Wandungen, Verankerungen und Versteifungsträger" Ausgabe Juni 1977 (ArbSch. 8-9/1977 S. 210), zuletzt geändert BArbBl. 6/1989 S. 103
TRD 306	„Zylinderförmige Schalen unter äußerem Überdruck" Ausgabe Juni 1977 (ArbSch. 8-9/1977 S. 214)
TRD 309	„Schrauben" Ausgabe Juni 1965 (Beiheft zu ArbSch. 9/1965), zuletzt geändert ArbSch. 4/1975 S. 142
TRD 320	„Glatte Vierkantrohre und Teilkammern unter innerem Überdruck" Ausgabe April 1975 (ArbSch. 7-8/1975 S. 290)
TRD 401	„Ausrüstung für Dampferzeuger der Gruppe IV" Ausgabe Dezember 1987 (BArbBl. 12/1987 S. 40), zuletzt geändert BArbBl. 5/1991 S. 68
TRD 402	„Ausrüstung von Dampfkesselanlagen mit Heißwassererzeugern der Gruppe IV" Ausgabe Dezember 1987 (BArbBl. 12/1987 S. 44), zuletzt geändert BArbBl. 4/1992 S. 80
TRD 403	„Aufstellung von Dampfkesselanlagen mit Dampfkesseln der Gruppe IV" Ausgabe Juni 1984 (BArbBl. 6/1984 S. 64), geändert BArbBl. 5/1986 S. 51
TRD 411	„Ölfeuerungen an Dampfkesseln" Ausgabe Juli 1985 (BArbBl. 7-8/1985 S. 44),zuletzt geändert BArbBl. 4/1992 S. 81
TRD 411	„Ölschlammverbrennungsanlagen an Dampfkesseln auf Seeschiffen" Ausgabe März 1992 (BArbBl. 4/1992 S. 83)
TRD 412	„Gasfeuerungen an Dampfkesseln" Ausgabe Juli 1985 (BArbBl. 7-8/1985 S. 56), zuletzt geändert BArbBl. 5/1991 S. 68
TRD 413	„Kohlenstaubfeuerungen an Dampfkesseln" Ausgabe Juli 1985 (BArbBl. 7-8/1985 S. 66)
TRD 414	„Holzfeuerungen an Dampfkesseln" Ausgabe Juli 1985 (BArbBl. 7-8/1985 S. 72), geändert BArbBl. 5/1988 S. 52
TRD 421	„Sicherheitseinrichtungen gegen Drucküberschreitung Sicherheitsventile — für Dampfkessel der Gruppen I, III, IV" Ausgabe Mai 1982 (BArbBl. 5/1982 S. 76), zuletzt geändert BArbBl. 5/1990 S. 76
TRD 431	„Rauchgas-Wasservorwärmer für Dampfkessel der Gruppe IV" Ausgabe Juli 1985 (BArbBl. 7-8/1985 S. 80), geändert BArbBl. 5/1990 S. 76
TRD 450	„Anlagen zur Lagerung von druckverflüssigtem Ammoniak für Dampfkesselanlagen — Allgemeines" Ausgabe Mai 1990 (BArbBl. 5/1990 S. 68)

TRD 451 „Anlagen zur Lagerung von druckverflüssigtem Ammoniak für Dampfkesselanlagen — Druckbehälter"
Ausgabe Mai 1990 (BArbBl. 5/1990 S. 68)

TRD 452 „Anlagen zur Lagerung von druckverflüssigtem Ammoniak für Dampfkesselanlagen — Aufstellung, Ausrüstung, Betrieb"
Ausgabe Mai 1990 (BArbBl. 5/1990 S. 72)

TRD 460 „Anlagen zur Verminderung von luftverunreinigenden Stoffen in Rauchgasen von Dampfkesselanlagen — Rauchreinigungsanlagen"
Ausgabe März 1992 (BArbBl. 4/1992 S. 85)

TRD 500 „Prüfung von Dampfkesselanlagen — Allgemeines"
Ausgabe Juni 1983 (BArbBl. 6/1983 S. 58)

TRD 501 „Vorprüfung der Unterlagen des Erlaubnisantrages oder der Anzeige — Prüfung der Ausrüstung, der Aufstellung und der Betriebsverhältnisse"
Ausgabe Juni 1983 (BArbBl. 6/1983 S. 60)

TRD 502 „Vorprüfung der Unterlagen des Erlaubnisantrages — Prüfung der Bemessung der druckführenden Teile und der Konstruktion"
Ausgabe Oktober 1978 (ArbSch. 10/1978 S 373), geändert BArbBl. 6/1983 S. 57

TRD 503 „Prüfung vor Inbetriebnahme — Bauprüfung und Wasserdruckprüfung"
Ausgabe Oktober 1978 (ArbSch. 10/1978 S. 373), geändert BArbBl. 6/1983 S. 57

TRD 504 „Prüfung vor Inbetriebnahme — Abnahmeprüfung"
Ausgabe Mai 1980 (BArbBl. 6/1980 S. 86), geändert BArbBl. 6/1983 S. 57)

TRD 505 „Wiederkehrende Prüfung — äußere Prüfung"
Ausgabe Mai 1980 (BArbBl. 6/1980 S. 87), geändert BArbBl. 6/1983 S. 57

TRD 506 „Wiederkehrende Prüfung — innere Prüfung"
Ausgabe September 1981 (BArbBl. 9/1981 S. 86), geändert BArbBl. 6/1983 S. 57

TRD 507 „Prüfung — Wiederkehrende Prüfung — Wasserdruckprüfung"
Ausgabe Juni 1983 (BArbBl. 6/1983 S. 60)

TRD 508 „Zusätzliche Prüfungen an Bauteilen, berechnet mit zeitabhängigen Festigkeitskennwerten"
Ausgabe Oktober 1978 (ArbSch. 10/1978 S. 375), geändert BArbBl. 7-8/1986 S. 50

TRD 508 Anl. 1 „Zusätzliche Prüfungen an Bauteilen — Verfahren zur Berechnung von Bauteilen mit zeitabhängigen Festigkeitskennwerten" Ausgabe Juli 1986 (BArbBl. 7-8/1986 S. 50)

TRD 509 „Richtlinie für das Verfahren der Bauartzulassung von Dampfkesselanlagen oder deren Teilen"
Ausgabe September 1982 (BArbBl. 9/1982 S. 73), zuletzt geändert BArbBl. 9/1987 S. 79

TRD 511 „Prüfung von Dampfkesselanlagen mit Dampkesseln der Gruppen I, II oder III"
Ausgabe Juni 1983 (BArbBl. 6/1983 S. 61)

TRD 520 „Richtlinie für das Verfahren der Erlaubnis zur Errichtung und zum Betrieb und für das Verfahren der Anzeige von Dampfkesselanlagen"
Ausgabe September 1981 (BArbBl. 9/1981 S. 89), zuletzt geändert BArbBl. 5/1991 S. 68

TRD 601 Blatt 1 „Betrieb der Dampfkesselanlagen — Teil I — Allgemeine Anweisung für den Betreiber von Dampfkesselanlagen für Dampfkessel der Gruppe IV"
Ausgabe Juni 1983 (BArbBl. 6/1983 S. 47), zuletzt geändert BArbBl. 5/1988 S. 53

TRD 601 Blatt 2 „Betrieb der Dampfkesselanlagen — Teil II — Allgemeine Anweisung für die Wartung von Dampfkesselanlagen — Betriebsvorschriften für Dampfkessel der Gruppe IV"
Ausgabe September 1986 (BArbBl. 9/1986 S. 78), geändert BArbBl. 5/1991 S. 68

TRD 601 Blatt 3 „Erprobung der Dampfkesselanlagen"
Ausgabe April 1980 (BArbBl. 7-8/1980 S. 60)

TRD 602 Blatt 1 „Eingeschränkte Beaufsichtigung von Dampfkesselanlagen mit Dampferzeugern der Gruppe IV"
Ausgabe Mai 1982 (BArbBl. 5/1982 S. 83), geändert BArbBl. 4/1983 S. 56

TRD 602 Blatt 2 „Eingeschränkte Beaufsichtigung von Dampfkesselanlagen mit Heißwassererzeugern der Gruppe IV" Ausgabe Mai 1982 (BArbBl. 5/1982 S. 85)

TRD 602 Blatt 1 Blatt 2 Anl. 1 „Zusätzliche Anforderungen zu TRD 602 für Dampfkessel der Gruppe IV mit u. Rostfeuerungen für Kohle"
Ausgabe Februar 1971 (ArbSch. 6/1971 S. 187), geändert BArbBl. 5/1981 S. 70

TRD 603 Blatt 1 „Zeitweiliger Betrieb einer Dampfkesselanlage mit einem Dampferzeuger der Gruppe IV mit herabgesetztem Betriebsdruck ohne Beaufsichtigung"
Ausgabe Juli 1981 (BArbBl. 7-8/1981 S. 84), geändert BArbBl. 3/1982 S. 96

TRD 603 Blatt 2 „Zeitweiliger Betrieb einer Dampfkesselanlage mit einem Heißwassererzeuger mit herabgesetzter Vorlauftemperatur ohne Beaufsichtigung"
Ausgabe Juli 1981 (BArbBl. 7-8/1981 S. 85), zuletzt geändert BArbBl. 5/1985 S. 68

TRD 604 Blatt 1 „Betrieb von Dampfkesselanlagen mit Dampferzeugern der Gruppe IV ohne ständige Beaufsichtigung"

Ausgabe Juli 1986 (BArbBl. 9/1986 S. 70), zuletzt geändert BArbBl. 5/1991 S. 68

TRD 604 Blatt 1 Anl. 1 — „Zusätzliche Anforderungen zu TRD 604 Blatt 1 an Dampfkesselanlagen mit Dampferzeugern der Gruppe IV mit Rostfeuerungen für Kohle"
Ausgabe Dezember 1987 (BArbBl. 12/1987 S. 58), geändert BArbBl. 7-8/1989 S. 102

TRD 604 Blatt 1 Anl. 2 — „Betrieb von Dampfkesselanlagen und Dampferzeugern der Gruppe IV ohne ständige Beaufsichtigung — Abgasbeheizte Dampferzeuger auf Schiffen"
Ausgabe Juli 1986 (BArbBl. 9/1986 S. 70), zuletzt geändert BArbBl. 5/1988 S. 53

TRD 604 Blatt 2 — „Betrieb von Dampfkesselanlagen mit Heißwassererzeugern der Gruppe IV ohne ständige Beaufsichtigung"
Ausgabe September 1986 (BArbBl. 9/1986 S. 85), zuletzt geändert BArbBl. 5/1991 S. 69)

TRD 604 Blatt 2 Anl. 1 — „Zusätzliche Anforderungen an TRD 604 Blatt 2 an Dampfkesselanlagen mit Heißwassererzeugern der Gruppe IV mit Rostfeuerungen für Kohle"
Ausgabe Dezember 1987 (BArbBl. 12/1987 S. 61)

TRD 611 — „Speisewasser und Kesselwasser von Dampferzeugern der Gruppe IV"
Ausgabe Juni 1981 (BArbBl. 6/1981 S. 81), zuletzt geändert BArbBl. 5/1991 S. 69

TRD 701 — „Dampfkesselanlagen mit Dampferzeugern der Gruppe II"
Ausgabe Juli 1985 (BArbBl. 7-8/1985 S. 84), zuletzt geändert BArbBl. 6/1989 S. 103

TRD 702 — „Dampfkesselanlagen mit Heißwassererzeugern der Gruppe II"
Ausgabe Juli 1985 (BArbBl. 7-8/1985 S. 90), zuletzt geändert BArbBl. 5/1991, S. 69

TRD 721 — „Sicherheitseinrichtungen gegen Drucküberschreitung — Sicherheitsventile — für Dampfkessel der Gruppe II"
Ausgabe Mai 1982 (BArbBl. 5/1982 S. 98)

TRD 801 — „Dampfkessel der Gruppe I"
Ausgabe Mai 1990 (BArbBl. 5/1990 S. 77)

TRD 802 — „Dampfkessel der Gruppe III"
Ausgabe Juli 1985 (BArbBl. 7-8/1985 S. 99), geändert BArbBl. 5/1989 S. 103

11. Druckbehälter, Druckgasbehälter und Füllanlagen

11.1 Verordnung über Druckbehälter, Druckgasbehälter und Füllanlagen (Druckbehälterverordnung — DruckbehV) vom 27. Februar 1980 (BGBl. I S. 184), zuletzt geändert durch Artikel 12 Abs. 51 des Gesetzes vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 2325)

11.2 Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Druckbehälterverordnung vom 27. Februar 1980 (Bundesanzeiger Nr. 43)

11.3 Technische Regeln zur Druckbehälterverordnung — Druckbehälter — (TRB), aufgestellt vom Fachausschuß Druckbehälter bei der Zentralstelle für Unfallverhütung und Arbeitsmedizin des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften, veröffentlicht vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung im Bundesarbeitsblatt:

TRB 001 — „Allgemeines, Aufbau und Anwendung der TRB"
Ausgabe Mai 1983 (BArbBl. 5/1983 S. 55), zuletzt geändert BArbBl. 2/1989 S. 106

TRB 002 — „Allgemeines — Erläuterungen zu Begriffen der Druckbehälterverordnung"
Ausgabe Februar 1984 (BArbBl. 2/1984 S. 91), zuletzt geändert BArbBl. 2/1989 S. 106

TRB 010 — „Allgemeines — Zusammenstellung der in den TRB in Bezug genommenen technischen Normen und Vorschriften"
Ausgabe Mai 1985 (BArbBl. 5/1985 S. 60), zuletzt geändert BArbBl. 5/1993 S. 43

TRB 100 — „Werkstoffe"
Ausgabe Juli 1980 (BArbBl. 7-8/1980 S. 64), zuletzt geändert BArbBl. 5/1989 S. 92

TRB 200 — „Herstellung"
Ausgabe Juli 1980 (BArbBl. 7-8/1980 S. 65), zuletzt geändert BArbBl. 5/1993 S. 46

TRB 300 — „Berechnung"
Ausgabe Juli 1980 (BArbBl. 7-8/1980 S. 65), zuletzt geändert BArbBl. 2/1989 S. 107

TRB 401 — „Ausrüstung der Druckbehälter — Kennzeichnung"
Ausgabe November 1983 (BArbBl. 11/1983 S. 47), zuletzt geändert BArbBl. 2/1989 S. 107

TRB 402 — „Ausrüstung der Druckbehälter — Öffnungen und Verschlüsse"
Ausgabe November 1983 (BArbBl. 11/1983 S. 48), zuletzt geändert BArbBl. 4/1991 S. 61

TRB 403 — „Ausrüstung der Druckbehälter — Einrichtungen zum Erkennen und Begrenzen von Druck und Temperatur"
Ausgabe Januar 1984 (BArbBl. 1/1984 S. 45), zuletzt geändert BArbBl. 4/1991 S. 61

TRB 404 — „Ausrüstung der Druckbehälter — Ausrüstungsteile"
Ausgabe Januar 1984 (BArbBl. 1/1984 S. 47), zuletzt geändert BArbBl. 2/1989 S. 108

TRB 500 — „Verfahrens- und Prüfrichtlinien für Druckbehälter"
Ausgabe März 1984 (BArbBl. 3/1984 S. 80), geändert BArbBl. 5/1993 S. 46

TRB 502 — „Sachkundiger nach § 32 DruckbehV"
Ausgabe September 1983 (BArbBl. 9/1983 S. 86), geändert BArbBl. 5/1993 S. 46

TRB 502 Anl. 1 „Aufgaben des Sachkundigen nach der DruckbehV"
Ausgabe September 1983 (BArbBl. 9/1983 S. 87)

TRB 502 Anl. 2 „Muster für die Übertragung von Prüfaufträgen an Sachkundige nach § 32 DruckbehV"
Ausgabe September 1983 (BArbBl. 9/1983 S. 88)

TRB 505 „Verfahren und Registrieren der Baumusterprüfung sowie Prüfung von Druckbehältern durch den Hersteller"
Ausgabe März 1984 (BArbBl. 3/1984 S. 82), zuletzt geändert BArbBl. 9/1991 S. 88

TRB 511 „Prüfungen durch Sachverständige — Erstmalige Prüfung — Vorprüfung"
Ausgabe November 1983 (BArbBl. 11/1983 S. 50), geändert BArbBl. 5/1993 S. 48

TRB 512 „Prüfungen durch Sachverständige — Erstmalige Prüfung — Bauprüfung und Druckprüfung"
Ausgabe November 1983 (BArbBl. 11/1983 S. 51) geändert BArbBl. 2/1989 S. 109

TRB 512 Anlage „Muster für eine Bescheinigung über die erstmalige Prüfung eines Druckbehälters nach § 9 Abs. 1 DruckbehV"
Ausgabe November 1983 (BArbBl. 11/1983 S. 53)

TRB 513 „Prüfungen durch Sachverständige — Abnahmeprüfung"
Ausgabe November 1983 (BArbBl. 11/1983 S. 54), geändert BArbBl. 2/1989 S. 110

TRB 513 Anlage „Muster für eine Bescheinigung über die Abnahmeprüfung eines Druckbehälters nach § 9 Abs. 1 DruckbehV"
Ausgabe November 1983 (BArbBl. 11/1983 S. 55)

TRB 514 „Prüfungen durch Sachverständige — Wiederkehrende Prüfungen"
Ausgabe November 1983 (BArbBl. 11/1983 S. 56), zuletzt geändert BArbBl. 5/1993 S. 49

TRB 515 „Prüfungen durch Sachverständige — Prüfung in besonderen Fällen"
Ausgabe November 1983 (BArbBl. 11/1983 S. 57), geändert BArbBl. 2/1989 S. 110

TRB 521 „Bescheinigung der ordnungmäßigen Herstellung"
Ausgabe September 1983 (BArbBl. 9/1983 S. 88), geändert BArbBl. 2/1989 S. 110

TRB 522 „Prüfung durch den Hersteller — Druckprüfung"
Ausgabe September 1983 (BArbBl. 9/1983 S. 88), zuletzt geändert BArbBl. 5/1993 S. 49

TRB 521—522 Anlage „Muster für Herstellerbescheinigungen"
Ausgabe September 1983 (BArbBl. 9/1983 S. 89), geändert BArbBl. 5/1993 S. 49

TRB 531 „Prüfungen durch Sachkundige — Abnahmeprüfung"
Ausgabe Dezember 1983 (BArbBl. 12/1983 S. 71), zuletzt geändert BArbBl. 5/1993 S. 49

TRB 532 „Prüfungen durch Sachkundige — Wiederkehrende Prüfungen"
Ausgabe Dezember 1983 (BArbBl. 12/1983 S. 72), zuletzt geändert BArbBl. 5/1993 S. 49

TRB 533 „Prüfungen durch Sachkundige — Prüfung in besonderen Fällen"
Ausgabe Dezember 1983 (BArbBl. 12/1983 S. 74), geändert BArbBl 5/1993 S. 49

TRB 600 „Aufstellung der Druckbehälter"
Ausgabe Januar 1984 (BArbBl. 1/1984 S. 45), geändert BArbBl. 2/1989 S. 111

TRB 601 „Aufstellung der Druckbehälter — Kathodischer Korrosionsschutz für erdgedeckte Druckbehälter"
Ausgabe Dezember 1987 (BArbBl. 12/1987 S. 68)

TRB 610 „Druckbehälter — Aufstellung von Druckbehältern zum Lagern von Gasen"
Ausgabe Januar 1984 (BArbBl. 1/1984 S. 50), zuletzt geändert BArbBl. 2/1989 S. 111

TRB 700 „Betrieb von Druckbehältern"
Ausgabe November 1983 (BArbBl. 11/1983 S. 48), zuletzt geändert BArbBl. 2/1989 S. 111

TRB 801 „Besondere Druckbehälter nach Anhang II zu § 12 DruckbehV"
Ausgabe Februar 1984 (BArbBl. 2/1984 S. 92), zuletzt geändert BArbBl. 5/1993 S. 49

TRB 851 „Einrichtungen zum Abfüllen von Druckgasen aus Druckgasbehältern in Druckbehälter — Errichten"
Ausgabe Januar 1984 (BArbBl. 1/1984 S. 63), geändert BArbBl. 2/1989 S. 112

TRB 852 „Einrichtungen zum Abfüllen von Druckgasen aus Druckgasbehältern in Druckbehälter — Betreiben"
Ausgabe Januar 1984 (BArbBl. 1/1984 S. 65), geändert BArbBl. 2/1989 S. 112

11.4 Technische Regeln zur Druckbehälterverordnung — Rohrleitungen — (TRR), aufgestellt vom Fachausschuß Druckbehälter bei der Zentralstelle für Unfallverhütung und Arbeitsmedizin des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften, veröffentlicht vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung im Bundesarbeitsblatt:

TRR 010 „Allgemeine Zusammenstellung der in den TRR in Bezug genommenen technischen Normen und Vorschriften"
Ausgabe Mai 1993 (BArbBl. 5/1993 S. 28)

TRR 100 „Bauvorschriften Rohrleitungen aus metallischen Werkstoffen"
Ausgabe Mai 1993 (BArbBl. 5/1993 S. 31)

11.5 Technische Regeln Druckgase (TRG), aufgestellt vom Deutschen Druckgasausschuß (DGA), ab 1. Juli 1980 vom Deutschen Druckbehälterausschuß (DBA), veröffentlicht vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung in der Fachbeilage Arbeitsschutz zum Bundesarbeitsblatt sowie im Bundesarbeitsblatt:

TRG 001 „Allgemeines — Aufbau und Anwendung der TRG"
Ausgabe September 1989 (BArbBl 9/1989 S. 50)

TRG 002 „Allgemeines Verzeichnis der in den TRG aufgeführten Normen, Richtlinien, Merkblätter, Technischen Regeln und Vorschriften"
Ausgabe November 1988 (BArbBl. 11/1988 S. 51)

TRG 100 „Druckgase — Allgemeine Bestimmungen für Druckgase"
Ausgabe März 1985 (BArbBl. 3/1985 S. 81)

TRG 100 Anl. 1 „Allgemeine Bestimmungen für Druckgase — Verzeichnis der Druckgase"
Ausgabe März 1985 (BArbBl. 3/1985 S. 83), zuletzt geändert BArbBl. 9/1993 S. 78

TRG 101 „Druckgase — Gase"
Ausgabe März 1985 (BArbBl. 3/1985 S. 91), geändert BArbBl. 6/1988 S. 41

TRG 101 Anl. 1 „Gase; Liste 1: Gase mit tk kleiner — 10 °C, Gruppen 1.1 und 1.2"
Ausgabe März 1985 (BArbBl. 3/1985 S. 93), zuletzt geändert BArbBl. 9/1993 S. 78

TRG 101 Anl. 2 „Gase; Liste 2: Gase mit — 10 °C kleiner/gleich tk + 70 °C, Gruppen 2.1 bis 2.3"
Ausgabe März 1985 (BArbBl. 3/1985 S. 95), geändert BArbBl. 9/1989 S. 58

TRG 101 Anl. 3 „Gase; Liste 3:Gase mit tk größer/gleich + 70 °C, Gruppen 3.1 bis 3.3"
Ausgabe März 1985 (BArbBl. 3/1985 S. 97), zuletzt geändert BArbBl. 11/1991 S. 74

TRG 101 Anl. 4 „Gase; Liste 4: Unter Druck gelöste Gase, Gruppe 4"
Ausgabe März 1985 (BArbBl. 3/1985 S. 102)

TRG 102 „Druckgase — Gasgemische"
Ausgabe März 1985 (BArbBl. 3/1985 S. 103)

TRG 102 Anl. 1 „Gasgemische, Technische Gasgemische"
Ausgabe März 1985 (BArbBl. 3/1985 S. 106), zuletzt geändert BArbBl. 9/1993 S. 78

TRG 102 Anl. 2 „Gasgemische, Gasgemische-Diagramm"
Ausgabe Januar 1972 (ArbSch. 2/1972 Beilage S. 17)

TRG 103 „Druckgase — Flüssige tiefkalte Druckgase"
Ausgabe Januar 1972 (ArbSch. 2/1972 Beilage S. 17)

TRG 103 Anl. 1 „Liste 1: Flüssige tiefkalte Druckgase, unbrennbar"
Ausgabe Januar 1972 (ArbSch. 2/1972 Beilage S. 18)

TRG 103 Anl. 2 „Liste 2: Flüssige tiefkalte Druckgase, brennbar"
Ausgabe Januar 1972 (ArbSch. 2/1972 Beilage S. 20), zuletzt geändert BArbBl. 6/1988 S. 41

TRG 104 „Druckgase — wahlweise Verwendung von Druckgasbehältern"
Ausgabe März 1985 (BArbBl. 3/1985 S. 116)

TRG 104 Anl. 1 „Wahlweise Verwendung von Druckgasbehältern — Gruppen"
Ausgabe März 1985 (BArbBl. 3/1985 S. 117), geändert BArbBl. 2/1992 S. 89

TRG 200 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Werkstoffe"
Ausgabe August 1977 (ArbSch. 7-8/1977 S. 225)

TRG 201 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Werkstoffe, Bleche aus Stahl für geschweißte Behälter"
Ausgabe August 1974 (ArbSch. 10/1974 S. 300)

TRG 201 Anl. 1 „Bleche aus Stahl für geschweißte Behälter — Zulässige Stähle nach Normen"
Ausgabe August 1974 (ArbSch. 10/1974 S. 300), geändert BArbBl. 6/1979 S. 92

TRG 202 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Werkstoffe, Hohlkörper aus Stahl für nahtlose Behälter"
Ausgabe August 1974 (ArbSch. 10/1974 S. 301)

TRG 202 Anl. 1 „Hohlkörper aus Stahl für nahtlose Behälter — Zulässige Stähle nach Normen"
Ausgabe August 1974 (ArbSch. 10/1974 S. 302) geändert BArbBl. 6/1979 S. 92

TRG 203 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Werkstoffe, Stähle für tiefe Temperaturen"
Ausgabe August 1974 (ArbSch. 10/1974 S. 302), geändert ArbSch. 10/1975 S. 353

TRG 203 Anl. 1 „Stähle für tiefe Temperaturen — Zulässige Stähle nach Normen"
Ausgabe August 1974 (ArbSch. 10/1974 S. 303), zuletzt geändert ArbSch. 6/1979 S. 92

TRG 220 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Berechnen der Druckgasbehälter"
Ausgabe Oktober 1992 (BArbBl. 10/1992 S. 63)

TRG 240 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Herstellen und betriebsfertiges Herrichten"
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 401)

TRG 240 Anl. 1 „Herstellen und betriebsfertiges Herrichten — Zeichnungen und dazugehörige Unterlagen"
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 401)

TRG 241 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Herstellen — Schweißen und andere Fügeverfahren"
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 402)

TRG 241 Anl. 1 „Herstellen geschweißter oder nach einem anderen Verfahren gefügter Behälter — Verfahrensprüfung für Schweißverbindungen"
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 403)

TRG 242 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Herstellen — Wärmebehandlung"
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 404), geändert BArbBl. 4/1981 S. 54)

TRG 250 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter Ausrüstung der Druckgasbehälter"
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 405)

TRG 252 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Ausrüstung — Verschlüsse; Besichtigungs-, Befahr- und Reinigungsöffnungen"
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 406)

TRG 253 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Ausrüstung — Absperreinrichtungen"
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 407), zuletzt geändert BArbBl. 2/1992 S. 88

TRG 254 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Ausrüstung — Sicherheitsventile und Berstscheiben-Einrichtungen"
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 408), zuletzt geändert BArbBl. 9/1989 S. 49

TRG 256 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Ausrüstung — Sonstige Ausrüstung"
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 409)

TRG 270 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Kennzeichnen der Druckgasbehälter"
Ausgabe Oktober 1992 (BArbBl. 10/1992 S. 67)

TRG 270 Anl. 1 „Kennzeichnen der Druckgasbehälter — Erläuterungen und Maßgaben zur Tafel 1"
Ausgabe Oktober 1992 (BArbBl. 10/1992 S. 70)

TRG 280 „Allgemeine Anforderungen an Druckgasbehälter — Betreiben von Druckgasbehältern"
Ausgabe September 1989 (BArbBl. 9/1989 S. 51), geändert BArbBl. 5/1990 S. 79

TRG 300 „Besondere Anforderungen an Druckgasbehälter — Druckgaspackungen"
Ausgabe Februar 1992 (BArbBl. 2/1992 S. 89)

TRG 300 Anl. 1 „Druckgase für Druckgaspackungen"
Ausgabe Februar 1992 (BArbBl. 2/1992 S. 93), geändert BArbBl. 9/1993 S. 78

TRG 301 „Besondere Anforderungen an Druckgasbehälter — Druckgaskartuschen, Halterungen und Entahmeeinrichtungen"
Ausgabe Mai 1985 (BArbBl. 5/1985 S. 49)

TRG 301 Anl. 1 „Druckgase für Druckgaskartuschen"
Ausgabe Mai 1985 (BArbBl. 5/1985 S. 49), geändert BArbBl. 9/1993 S. 78

TRG 303 „Besondere Anforderungen an Druckgasbehälter — Einwegflaschen"
Ausgabe Juli 1978 (ArbSch. 9/1978 S. 309)

TRG 310 „Besondere Anforderungen an Druckgasbehälter — Flaschen aus Stahl"
Ausgabe November 1978 (ArbSch. 11/1978 S. 414), zuletzt geändert BArbBl. 5/1990 S. 80

TRG 311 „Besondere Anforderungen an Druckgasbehälter — Flaschen, Acetylen-Flaschen"
Ausgabe November 1985 (BArbBl. 11/1985 S. 55)

TRG 311 Anl. 1 „Acetylen-Flaschen — Kennzeichen auf Acetylen-Flaschen"
Ausgabe Dezember 1974 (ArbSch. 1/1975 S. 55)

TRG 311 Anl. 2 „Acetylen-Flaschen — Zugelassene poröse Massen"
Ausgabe November 1985 (BArbBl. 11/1985 S. 58)

TRG 330 „Besondere Anforderungen an Druckgasbehälter-Fässer aus Stahl"
Ausgabe November 1978 (ArbSch. 11/1978 S. 416), geändert BArbBl. 10/1981 S. 83

TRG 360 „Besondere Anforderungen an Druckgasbehälter — Druckgasbehälter für flüssige, tiefkalte Druckgase"
Ausgabe Dezember 1987 (BArbBl. 12/1987 S. 62), geändert BArbBl. 2/1992 S. 88/89

TRG 370 „Besondere Anforderungen an Druckgasbehälter — Flaschenbündel"
Ausgabe Dezember 1987 (BArbBl. 12/1987 S. 65)

TRG 371 „Besondere Anforderungen an Druckgasbehälter — Batterien und Bündel — Acetylen-Flaschenbündel"
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 410)

TRG 380 „Besondere Anforderungen an Druckgasbehälter — Treibgastanks"
Ausgabe September 1983 (BArbBl. 9/1983 S. 78), zuletzt geändert BArbBl. 2/1992 S. 89

TRG 400 „Füllanlagen — Allgemeine Bestimmungen für Füllanlagen"
Ausgabe Oktober 1972 (ArbSch. 12/1972 S. 447)

TRG 401 „Füllanlagen — Errichten von Füllanlagen"
Ausgabe Oktober 1972 (ArbSch. 12/1972 S. 447), zuletzt geändert BArbBl. 5/1990 S. 79

TRG 402 „Füllanlagen — Betreiben von Füllanlagen"
Ausgabe Oktober 1972 (ArbSch. 12/1972 S. 449), zuletzt geändert BArbBl. 9/1989 S. 58

TRG 402 Anl. 1 „Betreiben von Füllanlagen — Volumetrisches Füllen von Handwerkerflaschen mit Flüssiggas"
Ausgabe September 1989 (BArbBl. 9/1989 S. 49)

TRG 403 „Füllanlagen — Anlagen zum Füllen von Druckgaspackungen und Druckgaskartuschen"
Ausgabe Mai 1985 (BArbBl. 5/1985 S. 55)

TRG 404 „Füllanlagen — Anlagen zum Füllen von Treibgastanks Treibgastankstellen"
Ausgabe Juni 1987 (BArbBl. 6/1987 S. 50)

TRG 404 Anl. 1 „Anlagen zum Füllen von Treibgastanks — Muster von Füllanweisungen"
Ausgabe Juni 1987 (BArbBl. 6/1987 S. 53)

TRG 404 Anl. 2 „Anlagen zum Füllen von Treibgastanks — Muster von Füllanweisungen"
Ausgabe Juni 1987 (BArbBl. 6/1987 S. 53)

TRG 404 Anl. 3 „Anlagen zum Füllen von Treibgastanks — Anforderungen an Schutzgehäuse von Abgabeeinrichtungen"
Ausgabe September 1983 (BArbBl. 9/1983 S. 85)

TRG 404 Anl. 4 „Anlagen zum Füllen von Treibgastanks — Maßnahmen zum Schutz oberirdischer Treibgas-Lagerbehälter gegen Brandeinwirkung"
Ausgabe Juni 1987 (BArbBl. 6/1987 S. 53)

TRG 405 „Füllanlagen — Füllen ausländischer, für das Ausland bestimmter und sonstiger in § 20 DruckbehV genannter Druckgasbehälter"
Ausgabe September 1982 (BArbBl. 9/1982 S. 94)

TRG 500 „Druckbehälter ortsbeweglicher Feuerlöscher (Prüfüberdruck kleiner/gleich 40 bar und Fassungsraum kleiner/gleich 20 l)"
Ausgabe August 1977 (ArbSch. 7-8/1977 S. 228), geändert BArbBl. 3/1983 S. 77

TRG 510 „Sonstige Regeln für besondere Druckgasbehälter — Maßnahmen zur Vermeidung von Schäden durch Rißbildung bei Druckgasbehältern für Wasserstoff"
Ausgabe Mai 1985 (BArbBl. 5/1985 S. 56)

TRG 601 „Verzinkte Druckgasbehälter"
Ausgabe Januar 1985 (BArbBl. 1/1985 S. 49)

TRG 602 „Campingflaschen"
Ausgabe Januar 1985 (BArbBl. 1/1985 S. 50)

TRG 603 „Erstmalige Prüfung von Druckgasbehältern"
Ausgabe Januar 1985 (BArbBl. 1/1985 S. 52)

TRG 700 „Richtlinie für das Verfahren der Bauartzulassung von Druckgasbehältern"
Ausgabe August 1977 (ArbSch. 8-9/1977 S. 229)

TRG 700 Anl. 1 „Verzicht auf das Prüfen durch den Sachverständigen (§ 22 Abs. 3 Satz 2 DruckbehV)"
Ausgabe Januar 1987 (BArbBl. 1/1987 S. 72)

TRG 701 „Richtlinie für das Verfahren der Bauartzulassung von Druckgaskartuschen und ihrer Ausrüstung"
Ausgabe Mai 1985 (BArbBl. 5/1985 S. 57)

TRG 702 „Richtlinie für das Verfahren der Bauartzulassung von porösen Massen und Lösungsmitteln für Acetylenflaschen"
Ausgabe November 1974 (ArbSch. 1/1975 S. 52)

TRG 710 „Richtlinie für das Verfahren der Bauartzulassung von Ausrüstungsteilen der Druckgasbehälter"
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 395)

TRG 730 „Richtlinie für das Verfahren der Erlaubnis zum Errichten und zum Betreiben von Füllanlagen"
Ausgabe September 1988 (BArbBl. 9/1988 S. 47), geändert BArbBl. 2/1992 S. 89

TRG 760 „Richtlinie für das Prüfen von Druckgasbehältern durch den Sachverständigen; Prüfen im Bauartzulassungsverfahren, erstmaliges Prüfen und Prüfen nach Änderung und Instandsetzung"
Ausgabe Januar 1985 (BArbBl. 1/1985 S. 45)

TRG 760 Anl. 1 „Prüfen im Bauartzulassungsverfahren und erstmaliges Prüfen — Nahtlose Gasflaschen aus Stahl"
Ausgabe Januar 1985 (BArbBl. 1/1985 S. 47), geändert BArbBl. 1/1987 S. 72

TRG 760 Anl. 3 „Prüfen im Bauartzulassungsverfahren und erstmaliges Prüfen — Geschweißte Flaschen und Treibgastanks aus Stahl"
Ausgabe Mai 1990 (BArbBl. 5/1990 S. 80)

TRG 760 Anl. 4 „Prüfen im Bauartzulassungsverfahren von Einwegflaschen und Druckgasbehältern ortsbeweglicher Feuerlöscher"
Ausgabe Januar 1987 (BArbBl. 1/1987 S. 73)

TRG 760 Anl. 5 „Prüfen im Bauartzulassungsverfahren und erstmaliges Prüfen — Geschweißte Fässer aus Stahl"
Ausgabe September 1988 (BArbBl. 9/1988 S. 49)

TRG 761 „Richtlinie für die Prüfung von Druckgaskartuschen, ihrer Halterungen und ihrer Entnahmeeinrichtungen durch den Sachverständigen im Bauartzulassungsverfahren"
Ausgabe Mai 1985 (BArbBl. 5/1985 S. 59)

TRG 762 „Richtlinie für das Prüfen von porösen Massen und von Lösungsmitteln für Acetylen-Flaschen durch die Bundesanstalt für Materialprüfung"
Ausgabe November 1974 (ArbSch. 1/1975 S. 53)

TRG 763 „Richtlinie für das Prüfen von Acetylen-Flaschen durch den Sachverständigen"
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 411), geändert BArbBl. 2/1992 S. 88

TRG 765 „Richtlinie für die wiederkehrende Prüfungen von Druckgasbehältern durch den Sachverständigen"
Ausgabe September 1988 (BArbBl. 9/1988 S. 51), geändert BArbBl. 2/1992 S. 88

TRG 770 „Richtlinie für das Prüfen von Ausrüstungsteilen der Druckgasbehälter durch den Sachverständigen"
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 397)

TRG 770 Anl. 1 „Prüfen der Baumuster — Spindelventile für Gasflaschen"
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 398)

TRG 770 Anl. 2 „Prüfen der Baumuster — Absperreinrichtungen für Fässer und Fahrzeugbehälter"
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 399)

TRG 770 Anl. 3 „Prüfen der Baumuster-Sicherheitsventile in Absperrventilen für Propan/Butan-Flaschen"
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 400)

TRG 770 Anl. 4 Prüfen der Baumuster — Berstscheiben-Einrichtungen für Flaschen für Kohlendioxid (Kohlensäure)"
Ausgabe September 1975 (ArbSch. 10/1975 S. 400)

TRG 790 „Richtlinie für das Prüfen von Füllanlagen durch den Sachverständigen"
Ausgabe Oktober 1972 (ArbSch. 12/1972 S. 453)

TRG 801 „Umsetzung von EG-Einzelrichtlinien — Nahtlose Gasflaschen aus Stahl"
Ausgabe Juni 1986 (BArbBl. 6/1986 S. 46)

TRG 802 „Umsetzung von EG-Einzelrichtlinien — Nahtlose Gasflaschen aus unlegiertem Aluminium und Aluminiumlegierungen"
Ausgabe Juni 1986 (BArbBl. 6/1986 S. 52)

TRG 803 „Umsetzung von EG-Einzelrichtlinien — Geschweißte Gasflaschen aus unlegiertem Stahl"
Ausgabe Juni 1986 (BArbBl. 6/1986 S. 62)

12. Druckluft

12.1 Verordnung über Arbeiten in Druckluft (Druckluftverordnung) vom 4. Oktober 1972 (BGBl. I S. 1909), geändert durch § 69 Abs. 3 des Gesetzes vom 12. April 1976 (BGBl. I S. 965)

12.2 Richtlinie für die ärztliche Untersuchung von Arbeitnehmern, die mit Arbeiten in Druckluft beschäftigt werden, Bekanntmachung des BMA vom 19. März 1973 (ArbSch. S. 194)

12.3 Richtlinie für das Ausschleusen mit Sauerstoff nach Arbeiten in Druckluft, Bekanntmachung des BMA vom 28. August 1974 (ArbSch. S. 295)

12.4 Richtlinie über die Voraussetzungen für die Ausstellung eines Befähigungsscheines nach § 18 Abs. 2 der Druckluftverordnung, Bekanntmachung des BMA vom 27. Februar 1975 (ArbSch. S. 274)

13. Elektrische Anlagen

13.1 Verordnung über elektrische Anlagen in explosionsgefährdeten Räumen vom 27. Februar 1980 (BGBl. I S. 214), zuletzt geändert durch Artikel 12 Abs. 53 des Gesetzes vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 2325)

13.2 Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Verordnung über elektrische Anlagen in explosionsgefährdeten Räumen vom 27. Februar 1980 (Bundesanzeiger Nr. 43)

14. Gas

14.1 Verordnung über Gashochdruckleitungen vom 17. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3591), zuletzt geändert durch Artikel 9 Nr. 1 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gerätesicherheitsgesetzes vom 26. August 1992 (BGBl. I S. 1564, 1572)

14.2 Technische Regeln für Gashochdruckleitungen (TRGL), aufgestellt vom Ausschuß für Gashochdruckleitungen (AGL), veröffentlicht durch das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung in der Fachbeilage Arbeitsschutz zum Bundesarbeitsblatt sowie im Bundesarbeitsblatt;

TRGL 001 „Textaufbau und Anwendung der TRGL"
Ausgabe August 1978 (BArbBl. 2/1978 S. 74), geändert BArbBl. 7-8/1981 S. 96

TRGL 001 Anl. 1 „Übersicht über den Stand der TRGL"
Ausgabe Januar 1987 (BArbBl. 1/1987 S. 75)

TRGL 001 Anl. 2 „Einheitliche Begriffserklärungen für TRGL"
Ausgabe Februar 1979 (BArbBl. 7-8/1979 S. 76), geändert BArbBl. 7-8/1981 S. 96

TRGL 004 „Zusammenstellung wichtiger Normen, Merkblätter, Unfallverhütungsvorschriften und dergleichen"
Ausgabe Januar 1987 (BArbBl. 1/1987 S. 75)

TRGL 101 „Allgemeine Anforderungen an Gashochdruckleitungen"
Ausgabe Januar 1978 (ArbSch. S. 249), geändert BArbBl. 7-8/1981 S. 96

TRGL 111 „Leitungsführung"
Ausgabe August 1978 (BArbBl. 2/1979 S. 74), zuletzt geändert BArbBl. 1/1987 S. 75

TRGL 121 „Konstruktion und Berechnung"
Ausgabe Juni 1977 (ArbSch. S. 328), geändert BArbBl. 7-8/1981 S. 96

TRGL 131 „Rohre — Werkstoffe, Herstellung, Prüfung"
Ausgabe Januar 1977 (ArbSch. S. 162), zuletzt geändert BArbBl. 1/1987 S. 75

TRGL 132 „Rohrleitungsteile — Werkstoffe, Herstellung, Prüfung"
Ausgabe Juni 1977 (ArbSch. S. 328), geändert BArbBl. 7-8/1981 S. 96

TRGL 133 „Flansche, Dichtungen, Schrauben und Muttern — Werkstoffe, Herstellung, Prüfung"
Ausgabe Januar 1978 (ArbSch. S. 249), zuletzt geändert BArbBl. 1/1987 S. 75

TRGL 134 „Isolierverbindungen"
Ausgabe Januar 1978 (ArbSch. S. 249), geändert BArbBl. 1/1987 S. 75

TRGL 141 „Schutz der Rohrleitungen gegen Korrosion"
Ausgabe Januar 1977 (ArbSch. S. 162), geändert BArbBl. 7-8/1981 S. 96

TRGL 151 „Bau-, Schweiß- und Verlegearbeiten"
Ausgabe Juni 1977 (ArbSch. S. 328), zuletzt geändert BArbBl. 11/1992 S. 28

TRGL 151 Anl. 1 „Muster eines Rohrbuches"
Ausgabe Juni 1977 (ArbSch. S. 328), geändert BArbBl. 7-8/1981 S. 96

TRGL 161 „Überwachung der Bau-, Schweiß- und Verlegearbeiten"
Ausgabe Juni 1977 (ArbSch. S. 328), zuletzt geändert BArbBl. 1/1987 S. 75

TRGL 161 Anl. 1 „Überwachungsplan"
Ausgabe Januar 1978 (ArbSch. S. 249)

TRGL 171 „Druckprüfung"
Ausgabe August 1978 (BArbBl. 2/1979 S. 74)

TRGL 181 „Ausrüstung"
Ausgabe Januar 1977 (ArbSch. S. 162), zuletzt geändert BArbBl. 4/1985 S. 82

TRGL 191 „Betrieb und Überwachung"
Ausgabe Januar 1977 (ArbSch. S. 162), zuletzt geändert BArbBl. 11/1992 S. 29

TRGL 192 „Überwachung im Einwirkungsbereich des Bergbaues"
Ausgabe November 1985 (BArbBl. 11 S. 69)

TRGL 192 Anl. 1 „Erläuterungen zur TRGL 192"
Ausgabe November 1985 (BArbBl. 11 S. 69)

TRGL 195 „Instandhaltungsarbeiten an Gashochdruckleitungen"
Ausgabe Juni 1977 (ArbSch. S. 328)

TRGL 201 „Allgemeine Anforderungen an Stationen"
Ausgabe Januar 1978 (ArbSch. S. 249), zuletzt geändert BArbBl. 4/1985 S. 82

TRGL 211 „Bauliche Anforderungen an Stationen"
Ausgabe Januar 1978 (ArbSch. S. 249), geändert BArbBl. 7-8/1981 S. 96

TRGL 221 „Maschinen in Verdichter- und Pumpstationen"
Ausgabe Januar 1978 (ArbSch. S. 249)

TRGL 231 „Druckbehälter in Stationen"
Ausgabe Februar 1981 (BArbBl. 7-8/1981 S. 96)

TRGL 241 „Rohre und Rohrleitungsteile in Stationen — Werkstoffe, Berechnung, Prüfung"
Ausgabe August 1978 (BArbBl. 2/1979 S. 74), zuletzt geändert BArbBl. 1/1987 S. 75

TRGL 242 „Rohre und Rohrleitungsteile in Stationen Errichtung, Prüfung"
Ausgabe August 1978 (BArbBl. 2/1979 S. 74), zuletzt geändert BArbBl. 1/1987 S. 75

TRGL 251 „Elektrische Einrichtungen in Stationen"
Ausgabe August 1978 (BArbBl. 2/1979 S. 74), geändert BArbBl. 7-8/1981 S. 96

TRGL 261 „Sicherheitstechnische Ausrüstung von Stationen"
Ausgabe Februar 1979 (BArbBl. 7-8/1979 S. 76)

TRGL 291 „Betrieb und Überwachung von Stationen"
Ausgabe August 1978 (BArbBl. 2/1979 S.74), geändert BArbBl. 7-8/1981 S. 96

TRGL 295 „Instandhaltungsarbeiten in Stationen"
Ausgabe August 1978 (BArbBl. 2/1979 S.74), geändert BArbBl. 7-8/1981 S. 96

TRGL 501 „Richtlinie für die Prüfung von Gashochdruckleitungen (Prüfrichtlinie)"
Ausgabe August 1978 (BArbBl. 2/1979 S.74), geändert BArbBl. 7-8/1981 S. 96

TRGL 501 Anl. 1 „— Muster — Gutachtliche Äußerung"
Ausgabe Februar 1979 (BArbBl. 7-8/1979 S. 76)

TRGL 501 Anl. 2 „— Muster — Vorabbescheinigung"
Ausgabe Februar 1979 (BArbBL. 7-8/1979 S. 76)

TRGL 501 Anl. 3 „— Muster — Schlußbescheinigung"
Ausgabe Februar 1979 (BArbBL. 7-8/1979 S. 76)

TRGL 511 „Richtlinie über Anzeigeunterlagen"
Ausgabe August 1978 (BArbBl. 2/1979 S. 74), geändert BArbBl. 7-8/1981 S. 96

TRGL 521 „Richtlinie für Änderungen und Erweiterungen von sowie Arbeiten an Gashochdruckleitungen"
Ausgabe August 1978 (BArbBl. 2/1979 S. 74)

15. Gefahrstoffe

15.1 Neufassung des Chemikaliengesetzes vom 25. Juli 1994 (BGBl. I S. 1703)

15.2 Zwölfte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Störfall-Verordnung) — 12. BImSchV — in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. September 1991 (BGBl. I S. 1891, 2044), geändert durch Artikel 3 Nr. 5 der VO vom 26. Oktober 1993 (BGBl. I S. 1782)

15.3 Verordnung zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Gefahrstoffverordnung — GefStoffV —) vom 26. Oktober 1993 (BGBl. I S. 1783), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. September 1994 (BGBl. I S. 2557)

15.4 Technische Regeln für gefährliche Stoffe (TRgA und TRGS), aufgestellt vom früheren Ausschuß für gefährliche Arbeitsstoffe (AgA) sowie vom Ausschuß für Gefahrstoffe (AGS), veröffentlicht durch das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung im Bundesarbeitsblatt, Fachbeilage Arbeitsschutz, sowie im Bundesarbeitsblatt;

TRGS 001 „Allgemeines, Aufbau, Anwendung und Wirksamwerden der TRGS (Hinweise des BMA)"
Ausgabe März 1991 (BArbBl. 3/1991 S. 70) geändert BArbBl. 6/1994

TRGS 002 „Übersicht über den Stand der Technischen Regeln für Gefahrstoffe"
Ausgabe April 1994 (BArbBl. 4/94 S. 39)

TRGS 003 „Allgemein anerkannte sicherheitstechnische, arbeitsmedizinische und hygienische Regeln"
Ausgabe März 1991 (BArbBl. 3/1991 S. 69)

TRGS 100 „Auslöseschwelle für gefährliche Stoffe"
Ausgabe November 1986 (BArbBl. 11/1986 S. 91) AGS-Beschluß vom 31. Januar 1990 (BArbBl. 3/90 S. 80)

TRgA 101 „Begriffsbestimmungen"
Ausgabe Juli 1978 (ArbSch. S. 313), zuletzt geändert BArbBl. 1/1987 S. 48

TRGS 102 „Technische Richtkonzentrationen (TRK) für gefährliche Stoffe"
Ausgabe September 1993 (BArbBl. 9/1993, S. 65), geändert BArbBl. 10/1994 S. 131

Anlage zu TRGS 102	„Kurzzeitwerte für Stoffe mit TRK-Wert (BArbBl. 9/1993 S. 68)
Anhang zu TRgA 102	Ausgabe März 1988 (BArbBl. 3/1988 S. 86), zuletzt geändert BArbBl. 10/1994 S. 131
TRgA 150	„Unmittelbarer Hautkontakt mit Gefahrstoffen" Ausgabe Oktober 1989 (BArbBl. 10/1989 S. 47)
TRgA 200	„Einstufung und Kennzeichnung von Stoffen und Zubereitungen" Ausgabe September 1987 (BArbBl. 9/1987 S. 40), geändert BArbBl. 3/1988 S. 87
TRGS 201	„Kennzeichnung von Abfällen beim Umgang" Ausgabe Oktober 1989 (BArbBl. 10/1989 S. 48)
TRGS 210	„Sachkenntnis" Ausgabe März 1991 (BArbBl. 3/1991 S. 75)
TRGS 220	„Sicherheitsdatenblatt für gefährliche Stoffe und Zubereitungen" Ausgabe September 1993 (BArbBl. 9/1993 S. 36)
TRGS 300	„Sicherheitstechnik" Ausgabe Januar 1994 (BArbBl. 1/1994 S. 39)
Anhang 1 zu TRGS 300	Ausgabe Januar 1994 (BArbBl. 1/1994 S. 46)
Anhang 2 zu TRGS 300	Ausgabe Januar 1994 (BArbBl. 1/1994 S. 47)
Anhang 3 zu TRGS 300	Ausgabe Januar 1994 (BArbBl. 1/1994 S. 50)
TRgA 400	„Anforderungen an Meßstellen zur Durchführung der Messungen gefährlicher Stoffe in der Luft am Arbeitsplatz" Ausgabe September 1993 (BArbBl. 9/1993 S. 36
Anhang zu TRgA 400	„Zusammensetzung des Erfahrungsaustauschkreises der Meßstellen" Ausgabe Januar 1987 (BArbBl. 1/1987 S. 70)
TRGS 402	„Ermittlung und Beurteilung der Konzentrationen gefährlicher Stoffe in der Luft in Arbeitsbereichen" Ausgabe November 1986 (BArbBl. 11/1986 S. 92), zuletzt geändert BArbBl. 9/1993 S. 77
TRgA 403	„Bewertung von Stoffgemischen in der Luft am Arbeitsplatz" Ausgabe Oktober 1985 (BArbBl. 10/1989 S. 71)
TRGS 404	„Bewertung von Kohlenwasserstoffdämpfen in der Luft am Arbeitsplatz (nur Kohlenstoff- und Wasserstoffhaltig)" Ausgabe September 1992 (BArbBl. 9/1992 S. 40)
TRgA 410	„Statistische Qualitätssicherung" Ausgabe Juni 1979 (BArbBl. 6/1979 S. 88)
TRgA 415	„Tragezeitbegrenzungen von Atemschutzgeräten und isolierenden Schutzanzügen ohne Wärmeaustausch für Arbeit" Ausgabe September 1986 (BArbBl.9/1986 S. 91)
TRgA 420	„Verfahrens- und stoffspezifische Kriterien für die dauerhafte sichere Einhaltung von Luftgrenzwerten (VSK)" Ausgabe September 1993 (BArbBl. 9/1993 S. 63)
Anhang zu TRGS 420	BArBl. 9/1993 S. 64
TRgA 450	„Umgang mit Gefahrstoffen im Schulbereich" Ausgabe Mai 1989 (BArbBl. 5/1989 S. 72, berichtigt BArbBl. 2/1992 S. 87)
TRGS 451	„Umgang mit Gefahrstoffen im Hochschulbereich" Ausgabe November 1991 (BArbBl. 11/1991 S. 57)
TRGS 500	aufgehoben
TRGS 503	„Strahlmittel" Ausgabe September 1987 (BArbBl. 9/1987 S. 47 ber. BArbBl. 10/1987 S. 120), geändert BArbBl. 3/1989 S. 84
TRgA 505	„Blei" Ausgabe März 1988 (BArbBl. 3/1988 S. 73)
TRGS 507	„Oberflächenbehandlung in Räumen und Behältern" Ausgabe September 1987 (BArbBl. 9/1987 S. 49)
TRgA 508	„Silikogener Staub" Ausgabe September 1981 (BArbBl. 9/1981 S. 81)
TRgA 509	„Magnesium" Ausgabe März 1976 (ArbSch. S. 285), geändert BArbBl. 10/1981 S. 83
TRgA 510	„Schmälzmittel und geschmälzte Faserstoffe" Ausgabe März 1976 (ArbSch.S. 287), geändert BArbBl. 10/1981 S. 83
TRGS 511	„Ammoniumnitrat" Ausgabe September 1987 (BArbBl. 9/1987 S. 56), zuletzt geändert BArbBl. 3/1990 S. 80
TRGS 512	„Begasungen" Ausgabe Oktober 1989 (BArbBl. 10/1989 S. 72), zuletzt geändert BArbBl. 2/1992 S. 86, berichtigt BArbBl. 9/1992 S. 62
TRGS 513	„Begasungen mit Ehtylenoxid und Formaldehyd in Gas-Sterilisatoren mit einem Nutzraum bis 1 000 dm³ und zur Desinfektion mit Formaldehyd in Begasungsanlagen in medizinischen und sonstigen Bereichen" Ausgabe April 1994 (BArbBl. 4/1994 S. 42)
TRGS 514	„Lagern sehr giftiger und giftiger Stoffe in Verpackungen und ortsbeweglichen Behältern" Ausgabe Dezember 1992 (BArbBl. 12/1992 S. 40)

TRGS 515 „Lagern brandfördernder Stoffe in Verpackungen und ortsbeweglichen Behältern"
Ausgabe Dezember 1992 (BArbBl. 12/1992 S. 45), geändert BArbBl. 4/1994 S. 48

TRGS 516 „Antifouling-Farben"
Ausgabe Oktober 1989 (BArbBl. 10/1989 S. 50)

TRGS 517 „Asbest"
Ausgabe Februar 1992 (BArbBl. 2/1992 S. 80)

TRGS 518 „Elektroisolierflüssigkeiten, die mit PCDD oder PCDF verunreinigt sind"
Ausgabe April 1994 (BArbBl. 4/1994 S. 50)

TRGS 519 „Asbest — Abbruch-, Sanierungs- oder Instandhaltungsarbeiten"
Ausgabe September 1991 (BArbBl. 3/1991 S. 66), geändert BArbBl. 12/1991 S. 53

TRGS 520 „Errichtung und Betrieb von Sammelstellen für gefährliche Abfälle aus Haushalten, gewerblichen und öffentlichen Einrichtungen"
Ausgabe September 1993 (BArbBl. 9/1993 S. 45)

TRGS 522 „Raumdesinfektion mit Formaldehyd"
Ausgabe Juni 1992 (BArbBl. 6/1992 S. 35), geändert BArBl. 10/1994 S. 135

TRGS 530 „Friseurhandwerk"
Ausgabe September 1992 (BArbBl. 9/1992 S. 41)

TRgA 551 „Pyrolyseprodukte aus organischem Material"
Ausgabe April 1993 (BArbBl. 4/1993 S. 47)

Anlage zu TRGS 551 Ausgabe Januar 1994 (BArbBl. 1/1994 S. 62)

TRGS 552 „Nitrosamine"
Ausgabe September 1988 (BArbBl. 9/1988 S. 61), geändert BArbBl. 3/1989 S. 84

TRGS 553 „Holzstaub"
Ausgabe September 1992 (BArbBl. 9/1992 S. 45), zuletzt geändert BArbBl. 1/1994 S. 64

Anlage zu TRGS 553 Ausgabe April 1993 (BArbBl. 4/1993 S. 69), neugefaßt BArbBl. 1/19941 S. 64

TRGS 554 „Dieselmotoremissionen (DME)"
Ausgabe September 1993 (BArbBl. 9/1993 S. 53)

TRGS 555 „Betriebsanweisung und Unterweisung nach § 20 GefStoffV"
Ausgabe März 1989 (BArbBl. 3/1989 S. 85), geändert BArbBl. 10/1989 S. 62

TRgA 560 „Luftrückführung beim Umgang mit krebserzeugenden Arbeitsstoffen"
Ausgabe Juli 1991 (BArbBl. 7-8/1991 S. 66)

TRgA 601 „Ersatzstoffe für Asbest"
Ausgabe April 1986 (BArbBl. 4/1986 S. 75)

TRGS 602 „Ersatzstoffe und Verwendungsbeschränkungen — Zinkchromate und Strontiumchromat als Pigmente für Korrosionsschutz — Beschichtungsstoffe"
Ausgabe Mai 1988 (BArbBl. 5/1988 S. 46)

TRgA 603 „Benzidin-Ersatzstoffe und Verwendungsbeschränkungen"
Ausgabe April 1986 (BArbBl. 4/1986 S. 77)

TRgA 604 „4-Nitrodiphenyl — Ersatzstoffe und Verwendungsbeschränkungen"
Ausgabe April 1986 (BArbBl. 4/1986 S. 78)

TRgA 605 „4-Aminodiphenyl — Ersatzstoffe und Verwendungsbeschränkungen"
Ausgabe April 1986 (BArbBl. 4/1986 S. 79)

TRgA 606 „2-Naphthylamin — Ersatzstoffe und Verwendungsbeschränkungen"
Ausgabe April 1986 (BArbBl. 4/1986 S. 80)

TRGS 607 „Formaldehyd — Ersatzstoffe und Verwendungsbeschränkungen"
Ausgabe März 1989 (BArbBl. 3/1989 S. 87)

TRGS 608 „Ersatzstoffe, Ersatzverfahren und Verwendungsbeschränkungen für Hydrazin in Wasser- und Dampfsystemen"
Ausgabe April 1991 (BArbBl. 4/1991 S. 36) geändert BArbBl. 4/1993 S. 69

TRGS 609 „Ersatzstoffe, Ersatzverfahren und Verwendungsbeschränkungen für Methyl- und Ethylglykol sowie deren Acetate"
Ausgabe Juni 1992 (BArbBl. 6/1992 S. 41)

TRGS 610 „Ersatzstoffe und Ersatzverfahren für stark lösemittelhaltige Vorstriche und Klebstoffe für den Bodenbereich"
Ausgabe Oktober 1994 (BArbBl. 10/1994 S. 129)

TRGS 611 „Verwendungsbeschränkungen für wassermischbare bzw. wassergemischte Kühlschmierstoffe, bei deren Einsatz N-Nitrosamine auftreten können"
Ausgabe April 1993 (BArbBl. 4/1993 S. 51)

TRGS 612 „Ersatzstoffe, Ersatzverfahren und Verwendungsbeschränkungen für Dichlormethan beim Einsatz in Abbeizmitteln"
Ausgabe April 1993 (BArbBl. 4/1993 S. 54)

TRGS 613 „Ersatzstoffe, Ersatzverfahren und Verwendungsbeschränkungen für chromathaltige Zemente und chromathaltige zementhaltige Zubereitungen"
Ausgabe April 1993 (BArbBl. 4/1993 S. 63)

TRGS 614 „Verwendungsbeschränkungen für Azofarbstoffe, die in krebserzeugende aromatische Amine gespalten werden können"
Ausgabe September 1993 (BArbBl. 9/1993 S. 58)

TRGS 616 „Ersatzstoffe, Ersatzverfahren und Verwendungsbeschränkungen für Polychlorierte Biphenyle (PCB)"

Ausgabe Mai 1994 (BArbBl. 5/1994 S. 43)

TRGS 617 „Ersatzstoffe und Ersatzverfahren für stark lösemittelhaltige Oberflächenbehandlungsmittel für Parkett und andere Holzfußböden"
Ausgabe September 1993 (BArbBl. 9/1993 S. 61)

TRGS 900 „Grenzwerte in der Luft am Arbeitsplatz — MAK- und TRK-Werte"
Ausgabe Juni 1994 (BArbBl. 6/1994 S. 34)

TRgA 901 „Richtlinie für die Prüfung von Schmälzmitteln (Schmälzmittelprüfrichtlinie)"
Ausgabe April 1976 (ArbSch. S. 294)

TRgA 902 „Richtlinie für die Rückführung abgesaugter Luft in Betriebsräumen der keramischen und Glasindustrie"
Ausgabe Mai 1976 (ArbSch. S. 296)

TRGS 903 „Biologische Arbeitsplatztolerantwerte — BAT-Werte"
Ausgabe Juni 1994 (BArbBl. 6/1994 S. 53)

TRGS 905 „Verzeichnis krebserzeugender, erbgutverändernder oder fortpflanzungsgefährdender Stoffe"
Ausgabe Juni 1994 (BArbBl. 6/1994 S. 56)

TRGS 910 „Begründung für die Einstufung der krebserzeugenden Gefahrstoffe in die Gruppen I, II oder III der Liste des Anhangs II Nr. 1.1 Gefahrstoffverordnung"
Ausgabe September 1987 (BArbBl. 9/1987 S. 70), zuletzt geändert BArbBl. 10/1994 S. 136

TRGS 953 „Empfehlung zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für den Umgang mit Styrol"
(BArbBl. 3/1990 S. 80)

16. Gentechnik

Verordnung über die Sicherheitsstufen und Sicherheitsmaßnahmen bei gentechnischen Arbeiten in gentechnischen Anlagen (Gentechnik-Sicherheitsverordnung — GenTSV) vom 24. Oktober 1990 (BGBl. I S. 2340), geändert durch Artikel 5 § 3 des Gesetzes vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1416)

17. Gerätesicherheit

17.1 Erste Verordnung zum Gesetz über technische Arbeitsmittel vom 11. Juni 1979 (BGBl. I S. 629)

17.2 Verordnung über die Sicherheit medizinisch-technischer Geräte (Medizingeräteverordnung) vom 14. Januar 1985 (BGBl. I S. 93), zuletzt geändert durch Artikel 12 Abs. 56 des Gesetzes vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 2325)

17.3 Gerätesicherheits-Prüfstellenverordnung (GSPrüfV) vom 2. Januar 1980 (BGBl. I S. 1), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. März 1992 (BGBl. I S. 729).

Diese Verordnung ist zwar mit Wirkung vom 1. Januar 1993 außer Kraft gesetzt worden, die in ihr aufgeführten Prüfstellen gelten jedoch bis zum 31. Dezember 1997 für ihre Aufgabenbereiche als zugelassene Stellen im Sinne des § 9 Abs. 2 des Gerätesicherheitsgesetzes.

17.4 Prüfstellenverzeichnis vom Oktober 1986 (BArbBl. 10/1986 S. 50), zuletzt geändert durch 12. Nachtrag zum Prüfstellenverzeichnis vom Juli 1992 (BArbBl. 10/1992 S. 63)

17.5 Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Gesetz über technische Arbeitsmittel vom 27. Oktober 1970 (BAnz. Nr. 205 vom 3. November 1970) i. d. F. der Änderung vom 16. August 1992 (BAnz. S. 6950)

17.6 Verzeichnisse A, B und C der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Gesetz über technische Arbeitsmittel vom März 1992 (BArbBl. 3/1992 S. 26) und Verzeichnis Maschinen (BArbBl. 3/1993 S. 59)

17.7 Verordnung über die Sicherheit von Spielzeug vom 21.Dezember 1989 (BGBl. I S. 2541), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 2 der Verordnung zum Gerätesicherheitsgesetz und zur Änderung von Verordnungen zum Gerätesicherheitsgesetz vom 12. Mai 1993 (BGBl. I S. 704)

17.8 Dritte Verordnung zum Gerätesicherheitsgesetz (Maschinenlärminformations-Verordnung — 3. GSGV) vom 18. Januar 1991 (BGBl. I S. 146), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 3 der Verordnung zum Gerätesicherheitsgesetz und zur Änderung von Verordnungen zum Gerätesicherheitsgesetz vom 12. Mai 1993 (BGBl. I S. 704)

17.9 Vierte Verordnung zum Gerätesicherheitsgesetz (Schutzaufbautenverordnung) vom 18. Mai 1990 (BGBl. I S. 957), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 4 der Verordnung zum Gerätesicherheitsgesetz und zur Änderung von Verordnungen zum Gerätesicherheitsgesetz vom 12. Mai 1993 (BGBl. I S. 704)

17.10 Fünfte Verordnung zum Gerätesicherheitsgesetz (Verordnung über kraftbetriebene Flurförderzeuge — 5.GSGV) vom 6. Dezember 1991 (BGBl. I S. 2179), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 5 der Verordnung zum Gerätesicherheitsgesetz und zur Änderung von Verordnungen zum Gerätesicherheitsgesetz vom 12. Mai 1993 (BGBl. I S. 704)

17.11 Sechste Verordnung zum Gerätesicherheitsgesetz (Verordnung über das Inverkehrbringen von einfachen Druckbehältern 6.GSGV) vom 25. Juni 1992 (BGBl. I S. 1171), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 6 der Verordnung zum Gerätesicherheitsgesetz und zur Änderung von Verordnungen zum Gerätesicherheitsgesetz vom 12. Mai 1993 (BGBl. I S. 704)

17.12 Siebte Verordnung zum Gerätesicherheitsgesetz (Verordnung über das Inverkehrbringen von Gasverbrauchseinrichtungen — 7. GSGV) vom 26. Januar 1993 (BGBl. I S. 131)

17.13 Achte Verordnung zum Gerätesicherheitsgesetz (Verordnung über das Inverkehrbringen von persönlichen Schutzausrüstungen — 8. GSGV) vom 10. Juni 1992 (BGBl. I S. 1019), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 7 der Verordnung zum Gerätesicherheitsgesetz und zur Änderung von Verordnungen zum Gerätesicherheitsgesetz vom 12. Mai 1993 (BGBl. I S. 704)

17.14 Neunte Verordnung zum Gerätesicherheitsgesetz (Verordnung für das Inverkehrbringen von Maschinen — 9. GSGV) vom 12. Mai 1993 (BGBl. I S. 704)

18. Getränkeschankanlagen

18.1 Verordnung über Getränkeschankanlagen (Getränkeschankanlagenverordnung — SchankV) vom 27. November 1989 (BGBl. I S. 2044), zuletzt geändert durch Artikel 12 Abs. 57 des Gesetzes vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 2325)

18.2 Allgemeine Verwaltungsorschrift zur Getränkeschankanlagenverordnung vom 27. November 1989 (Bundesanzeiger 1989)

18.3 Technische Regeln für Getränkeschankanlagen (TRSK), aufgestellt vom Deutschen Ausschuß für Getränkeschankanlagen (DAGSch), veröffentlicht im Bundesanzeiger

TRSK 001	Allgemeines Aufbau und Anwendung der TRSK, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 001 Anlage	Zusammenstellung wichtiger Normen, Merkblätter und dergleichen, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 100	Anforderungen an Werkstoffe, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 200	Anforderungen an Getränke- und Grundstoffbehälter, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 201	Anforderungen an Getränkebehälter der Gruppe I, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 202	Anforderungen an Getränke- und Grundstoffbehälter der Gruppe II, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 203	Anforderungen an Getränkebehälter der Gruppe III, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 204	Anforderungen an Getränkebehälter der Gruppe IV, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 300	Anforderungen an Bauteile, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 301	Anforderungen an Druckminderer, Zwischendruckregler und Wandbrükken, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 302	Anforderungen an Sicherheitsventile, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 303	Anforderungen an Absperreinrichtungen für Hinterdruckgasleitungen, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 304	Anforderungen an Überdruckmeßgeräte (Manometer), Ausgabe Dezember 1993
TRSK 305	Anforderugnen an Rückschlagsicherungen für Hinterdruckgasleitungen, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 306	Anforderungen an Behälter- und Leitungsanschlußteile, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 307	Anforderungen an Absperreinrichtungen für Getränkeleitungen, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 308	Anforderungen an Leitungsteile und Leitungsverteiler, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 309	Anforderungen an Flüssigkeitspumpen, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 310	Anforderungen an Durchflußmengenmesser, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 400	Errichtung von Getränkeschankanlagen, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 500	Betrieb von Getränkeschankanlagen. Ausgabe Dezember 1993
TRSK 500 Anlage	Betriebsanweisung für Getränkeschankanlagen, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 501	Reinigung von Getränkeschankanlagen, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 600	Prüfung von Getränkeschankanlagen (Prüfrichtlinie), Ausgabe Dezember 1993
TRSK 600	Anlage Werkzeuge für die Prüfung von Getränkeschankanlagen, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 601	Führung und Aufbewahrung des Betriebsbuches und der Formblätter, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 601 Anlage	Muster des Betriebsbuches für eine Getränkeschankanlage, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 602	Baumusterprüfung von Getränkeschankanlagen und Bauteilen, ausgenommen Getränkebehälter der Gruppe IV, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 602 Anlage 1	Übersicht über die durchzuführenden Prüfungen, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 602 Anlage 2	Muster für die Baumusterprüfungbescheinigung nach § 6 Abs. 2 SchankV für verwendungsfertige Getränkeschankanlagen oder Bauteile, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 602 Anlage 3	Prüfrichtlinien, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 603	Erstmalige Prüfung von Getränkebehältern der Gruppe IV ohne Baumusterprüfung, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 603 Anlage	Muster für die Bescheinigung über die erstmalige Prüfung eines Getränkebehälters der Gruppe IV nach § 7 Abs. 3 SchnakV ohne Baumusterprüfung, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 604	Baumusterprüfung und Registrierung von Getränkebehältern der Gruppe IV, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 604 Anlage 1	Muster für die Baumusterprüfbescheinigung nach § 7 Abs. 5 Nr. 1 SchankV im Umfang der erstmaligen Prüfung, Ausgabe Dezember 1993
TRSK 604 Anlage 2	Muster für die Baumusterprüfbescheinigung nach § 7 Abs. 5 Nr. 1 i.V. mit § 7 Abs. 5 letzter Satz SchankV im Umfang der erstmaligen Prüfung einschließlich Prüfung der Ausrüstung, Ausgabe Dezember 1989
TRSK 604 Anlage 3	Muster der Herstellerbescheinigung über die Übereinstimmung des Getränkebehälters mit dem geprüften Baumuster und über die Druckprüfung nach § 7 Abs. 5 Nr. 2 SchankV, Ausgabe Dezember 1993

TRSK 604 Anlage 4 Muster für die Herstellerbescheinigung über die Ordnungsprüfung und Prüfung der Ausrüstung eines Getränkebehälters nach § 7 Abs. 5 Nr. 2 SchankV, Ausgabe Dezember 1993

TRSK 605 Abnahmeprüfung von Getränkebehältern der Gruppe IV, Ausgabe Dezember 1993

TRSK 605 Anlage 1 Muster für die Bescheinigung über die Abnahmeprüfung eines Getränkebehälters der Gruppe IV nach § 7 Abs. 3 SchankV, Ausgabe Dezember 1993

TRSK 605 Anlage 2 Muster für die Bescheinigung über die Prüfung der Aufstellung eines Getränkebehälters der Gruppe IV nach § 7 Abs. 3 SchankV, Ausgabe Dezember 1993

TRSK 606 Wiederkehrende Prüfung von Getränkebehältern der Gruppe IV, Ausgabe Dezember 1989

TRSK 606 Anlage Muster für die Bescheinigung über die wiederkehrende Prüfung eines Getränkebehälters der Gruppe IV nach § 12 Abs. 2 SchankV, Ausgabe Dezember 1989

TRSK 607 Sachkundiger nach § 15 SchankV, Ausgabe Dezember 1993

TRSK 607 Anlage Muster für die Übertragung von Prüfaufgaben an Sachkundige nach § 16 SchankV, Ausgabe Dezember 1993

19. Jugendarbeitsschutz

19.1 Verordnung über die ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz vom 16. Oktober 1990 (BGBl. I S. 2221)

19.2 Verordnung über das Verbot der Beschäftigung von Personen unter 18 Jahren mit sittlich gefährdenden Tätigkeiten in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8051-1-4, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 8. Oktober 1986 (BGBl. I S. 1634)

20. Ladenschluß

20.1 Verordnung über den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-20-2, veröffentlichten bereinigten Fassung

20.2 Verordnung über die Ladenschlußzeiten für die Verkaufsstellen auf Personenbahnhöfen der nichtbundeseigenen Eisenbahnen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 8050-20-3, veröffentlichten bereinigten Fassung.

21. Mutterschutz

21.1 Verordnung über den Mutterschutz für Beamtinnen in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Januar 1991 (BGBl. I S. 125), §§ 4 und 4a neugefaßt durch Artikel 1 der Verordnung vom 7. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2238)

22. Seeschiffahrt und Binnenschiffahrt

22.1 Verordnung über die Seediensttauglichkeit vom 19. August 1970 (BGBl. I S. 1241), geändert durch Verordnung vom 9. September 1975 (BGBl. I S. 2507)

22.2 Verordnung über die Unterbringung der Besatzungsmitglieder an Bord von Kauffahrteischiffen vom 8. Februar 1973 (BGBl. I S. 66), geändert durch Verordnung vom 23. August 1976 (BGBl. I S. 2443)

22.3 Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Aufsicht über die Durchführung der Arbeitsschutzvorschriften des Seemannsgesetzes vom 28. Dezember 1962 (Bundesanzeiger 1963 Nr. 4)

22.4 Binnenschiffs-Untersuchungsordnung vom 17. März 1988 (BGBl. I S. 238)

22.5 Rheinschiffs-Untersuchungsordnung vom 26. März 1976 (BGBl. I S. 773), zuletzt geändert nach Maßgabe des Artikels 2 V der Verordnung vom 9. September 1988 (BGBl. I S. 1742)

23. Sonn- und Feiertagsarbeit

23.1 Verordnung über Ausnahmen vom Verbot der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen in der Eisen- und Stahlindustrie in der Fassung vom 31. Juli 1968 (BGBl. S. 885), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 6. Juni 1994 (BGBl. I S. 1170)

23.2 Verordnung über Ausnahmen vom Verbot der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen in der Papierindustrie in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7107-5, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 6. Juni 1994 (BGBl. I S. 1170)

24. Sprengstoff

24.1 Erste Verordnung zum Sprengstoffgesetz (1. SprengV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1991 (BGBl. I S. 169), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26. Oktober 1993 (BGBl. I S. 1782)

24.2 Zweite Verordnung zum Sprengstoffgesetz (2. SprengV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. September 1989 (BGBl. I S. 1620) ber. am 15. Dezember 1989) BGBl. I S. 2458)

23.3 Dritte Verordnung zum Sprengstoffgesetz (3. SprengV) vom 23. Juni 1978 (BGBl. I S. 783)

24.4 Kostenverordnung zum Sprengstoffgesetz (SprengKostV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1991 (BGBl. I S. 216)

24.5 Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Sprengstoffgesetz (SprengVwV) i. d. F. vom 10. März 1987 (Bundesanzeiger Nr. 60a)

24.6 Sprengstofflager-Richtlinien (SprengLR), veröffentlicht durch das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern, nach Anhören des Sachverständigenausschusses für explosionsgefährliche Stoffe und im Benehmen mit den für den Arbeitsschutz zuständigen obersten Landesbehörden in der Fachbeilage Arbeitsschutz zum Bundesarbeitsblatt sowie im Bundesarbeitsblatt;

SprengLR 010 „Richtlinie für das Zuordnen explosionsgefährlicher Stoffe zu Lagergruppen"
Ausgabe April 1978 (ArbSch. 6/1978 S. 231), geändert ArbSch. 12/1978 S. 449)

SprengLR 011 „Richtlinie für das Zuordnen sonstiger explosionsgefährlicher Stoffe zu Lagergruppen"
Ausgabe Mai 1981 (BArbl. 5/1981 S. 70), berichtigt BArbBl. 6/1981 S. 88, geändert BArbBl. 11/1991 S. 40

SprengLR 210 „Richtlinie Bauweise und Einrichtung der Lager für Sprengstoffe und Zündmittel"
Ausgabe September 1978 (ArbSch. S. 305)

SprengLR 220 „Richtlinie Bauweise und Einrichtung der Lager für pyrotechnische Sätze und Gegenstände"
Ausgabe Dezember 1979 (BArbBl. 2/1980 S. 101)

SprengLR 230 „Richtlinie Diebstahlsicherung der Lager für Explosivstoffe und Gegenstände mit Explosivstoff"
Ausgabe Dezember 1979 (BArbBl. 2/1980 S. 101)

SprengLR 300 „Richtlinie Aufbewahrung sonstiger explosionsgefährlicher Stoffe"
Ausgabe September 1991 (BArbBl. 11/1991 S. 40)

SprengLR 310 „Richtlinie Bauweise und Einrichtung der Lager für sonstige explosionsgefährliche Stoffe (Lagergruppen I-III)"
Ausgabe Januar 1986 (BArbBl. 1/1986 S. 67)

SprengLR 340 „Richtlinie für die Zusammenlagerung sonstiger explosionsgefährlicher Stoffe (Lagergruppen I-III)"
Ausgabe Januar 1986 (BArbBl. 1/1986 S. 67)

SprengLR 350 „Richtlinie Abstände der Lager für sonstige explosionsgefährliche Stoffe (Lagergruppen I-III)"
Ausgabe Januar 1986 (BArbBl. 1/1986 S. 67)

SprengLR 360 „Richtlinie Aufbewahrung sonstiger explosionsgefährlicher Stoffe, die sich wie Explosivstoffe der Lagergruppe 1.3 verhalten"
Ausgabe September 1984 (BArbBl. 9/1984 S. 54)

SprengLR 410 „Richtlinie Aufbewahrung kleiner Mengen"
Ausgabe Februar 1982 (BArbBl. 2/1982 S. 72)

25. Strahlenschutz

25.1 Verordnung über den Schutz vor Schäden durch Röntgenstrahlen (Röntgenverordnung) vom 8. Januar 1987 (BGBl. I S. 114), zuletzt geändert durch § 50 des Gesetzes vom 2. August 1994 (BGBl. I S. 1963)

25.2 Verordnung über den Schutz vor Schäden durch ionisierende Strahlen (Strahlenschutzverordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 1989 (BGBl. I S. 1321), zuletzt geändert durch § 49 des Gesetzes vom 2. August 1994 (BGBl. I S. 1963)



Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333